

DER KAMPF

Nr.: 19. 13/1

TAG: Jänner 1920

v Friedrich Austerlitz: Schuld und Mitschuld am Weltkrieg.

Die Nachforschung nach der persönlichen Verschuldung am dem Ausbruch des Weltkrieges begegnet zwei Einwänden, die beide ihre Unzweckmäßigkeit und Unmöglichkeit dartun wollen, die man also zu beachten hat, bevor jene Nachprüfung unternommen wird. Der eine Einwand, von denen vorgebracht, die natürlich, weil an der mit so viel Nachdrücklichkeit und Eifer vorgebrachten Behauptung mit-tätig, daß der Krieg ausschließlich ein Werk der Entente sei, nun die volle und wirkliche Wahrheit zu fürchten haben, dieser Einwand geht dahin, daß der Ausbruch des Krieges keineswegs aus den Ereignissen vom Juli und August 1914 abgeleitet werden dürfe, vielmehr als das Ergebnis einer verkehrten, gegen die Mittelmächte gerichteten Politik der Mächte der Entente anzusehen sei, weshalb, wie immer sich die Dinge in jenen kritischen Wochen, die über den Frieden der Welt entschieden, gestaltet haben mögen, die eigentliche und letzte Schuld an dem Ausbruch des Krieges den drei Ententemächten zufalle und von ihnen durch keine Ueberprüfung der tatsächlichen Vorgänge getilgt werden könne. Dieser Einwand, bestimmt, die Wiener und Berliner Diplomaten und Generale von der Kriegsschuld vorweg zu entlasten, ist offenkundig ein Widersinn. Angenommen, jene Spannung in Europa wäre ausschließlich durch die Entente herbeigeführt worden, welche Annahme wohl die offiziell gebotene Legende der fünf Kriegsjahre war, aber trotzdem eine unzweideutige Geschichtslüge ist, so stuf sie dennoch nur die objektiven Möglichkeiten des Krieges, führte ihn aber keineswegs herbei. Schon deshalb nicht, weil die Teilung Europas in die zwei Mächtegruppen, indem sie jeden Konflikt aus seiner Isolierung herausriß und zu einem allgemeinen gestaltete, wieder auch zu einem friedensbewahrenden Element ward; es stand bei jedem Konflikt eben so viel auf dem Spiele, daß daraus die Antriebe zur Lösung entsprangen; wie es sich sichtlich in den Konflikten der Jahre 1908 und 1912 zeigte. Unzweifelhaft hatten sich mit dem Dreibund, ursprünglich nur zur Verteidigung bestimmt, allmählich ganz unzweifelhafte Eroberungszwecke verknüpft. Immer mehr hatte sich das Deutsche Reich von dem Standpunkt entfernt, der noch der Bismarcks gewesen ist: sich mit seiner äußeren Politik auf seine Gemarkungen zu beschränken und sich von den Händeln der Welt tunlichst fernzuhalten. Das ausgreifende Streben nach Kolonien, der Anspruch, die Meere zu beherrschen, mußte, wie immer man die ökonomische Berechtigung dieser imperialistischen Tendenzen bewerten will, zur Erhöhung der Spannung in Europa beitragen; mußte bei England die Vorstellung erwecken, daß Deutschlands Kraft seine Stellung und seine Macht bedrohe. Immer mehr verstrickte sich das Wilhelmsche Deutschland auch in die Fragen des Balkans, von denen der Gründer des Reiches noch gemeint hatte, daß sie nicht die Knochen eines pommerischen Musketiers wert wären; für alle Konflikte, die von dort nach Europa schlugen, wurde Deutschland der verantwortliche Träger. Aber unter der Patronanz Berlins legte sich selbst das faule Oesterreich-Ungarn imperialistische Allüren zu: wie es der Plan der Sandskaf-bahn, die bosnische Annexion, sein Verlangen, Serbien unter Vormüßigkeit zu halten (sich darstellend in der sinnlosen Forderung, es nicht ans Meer gelangen zu lassen), die Bestrebungen, aus Albanien eine Wiener Kolonie zu machen, deutlich genug dartun. Deshalb war die Entente keineswegs, wie es die Kriegslegende behauptete, nur als Eroberungsbund gestiftet; die Furcht vor den übergreifenden imperialistischen Tendenzen der Mittelmächte hat an ihrer Begründung ihren ganz bestimmten und deutlich erkennbaren Anteil. War also die Spannung in Europa so weit gediehen, daß jeder Konflikt zu einem Weltkrieg reifen konnte, so waren die Mittelmächte an der Entstehung dieser Spannung nicht minder be-

DER KAMPF

Nr.:

TAG:

Schuld und Mitschuld am Weltkrieg.

9

teiligt als die Entente; für sie nicht minder verantwortlich. Jeder Konflikt konnte sich zu einem Weltkrieg auswachsen; mußte er es deshalb? In Europa standen überall Pulverfässer herum — und aufgestellt waren sie von beiden Seiten —: mußte deshalb der Funke geworfen werden, der sie in Brand setzt? Und ist der nicht doppelt schuldig, der den Funken wirft, obwohl er weiß, daß Pulverfässer herumstehen? Mit der Berufung auf die Dinge der Vorkriegszeit, die ohne Zweifel so waren, daß der Krieg über jede Sache ausbrechen konnte, kommt man über die Frage nicht hinweg, wer Schuld daran trägt, daß der Krieg ausgebrochen ist.

Dann wird die Nachforschung nach der Kriegsschuld von denen verworfen, die jede persönliche Verantwortlichkeit bestreiten und die alleinige Ursache einfach in die ökonomischen Tatsachen verlegen, als den einzig Verantwortlichen nur das kapitalistische System anerkennen wollen. Aber daß die ökonomischen Tatsachen das Denken und Handeln der Menschen bestimmen, ist eine Binsenwahrheit; sie hörte auf, eine Wahrheit zu sein, wenn die persönliche Verantwortlichkeit des Menschen für sein Tun und Lassen damit ausgeschlossen wäre, und aus der Erkenntnis, daß die ökonomischen Tatsachen die Bewegerin der Geschichte sind, die Immunität der Handelnden gefolgert würde, wodurch jeder Volksfeind und Verbrecher nicht weniger als einen Freibrief für sein Treiben erhielte. Das hieße die Wahrheit, daß auch das menschliche Tun an das Gesetz der Kausalität gebunden ist, zur Sinnlosigkeit entstellen; auch die Unfreiheit des Willens hebt die Verantwortlichkeit nicht auf, die dann eben nicht in seinem Handeln, sondern in seinem Sein liegt. Grad aus würde diese Behauptung zu dem Schluß führen, daß die Verbrecher jener Wochen, in denen der Krieg geboren ward, nur so handeln konnten, wie sie eben gehandelt haben, ein anderes Handeln, ein vernünftigeres, ein die Gebote der Menschlichkeit erfüllendes, ihnen schlechthin unmöglich gewesen sei. Hat das noch irgendwie einen Sinn? Alles menschliche Geschehen auf die ökonomischen Verhältnisse zu schieben und nur die Abstraktion des Kapitalismus zu sehen, wo doch Menschen handeln, würde darauf hinauslaufen, aus der materialistischen Geschichtsauffassung eine Art Fatum zu machen, eine Abart jener göttlichen Vorsehung, ohne deren Willen bekanntlich kein Stein vom Dache fällt und die die letzte Quelle alles dessen sei, was sich als menschliches und gesellschaftliches Handeln der Anschauung kundgibt. Für diese Auffassung, die den Anspruch erhebt, die tiefstgründigste zu sein, ist es ganz bezeichnend, daß sie in der Schlußfolgerung mit denen zusammentrifft, die die Nachforschung nach der Kriegsschuld aus nationalistischer Besorgnis um das Renommee der Mittelmächte ablehnen, so daß man die ergößliche Beobachtung machen kann, daß sich die in Bedrängnis geratenen Patrioten immer zum Schluß auf die Einwände dieser Marxisten zurückziehen und die Unverantwortlichkeit der Menschen, die ihnen diese attestiert haben, zum Schild der schuldigen Monarchen und Diplomaten gebrauchen. Da wir aber nicht bloß ein Geschehen, sondern eine Schuld sehen, werden wir uns nicht abhalten lassen, nach den Schuldigen zu forschen.

Im übrigen sagt uns die Erwägung aller Tatsachen, wie sie im Jahre 1914 eben gegeben waren, daß für den Weltkrieg damals wohl die objektiven Voraussetzungen vorhanden waren — eben das kapitalistische System mit allen seinen Folgeerscheinungen — daß aber schon damals gar nicht wenige Kräfte wirksam gewesen sind, um den Ausbruch eines Krieges zu hemmen, und daß man mit einem großen Schein von Berechtigung sagen kann, daß, wenn es damals gelungen wäre, die Kriegsgefahr zu beschwören, sie in einem großen Maße überhaupt ausgelöscht worden wäre. Ein sorgfältiges Studium der Akten jener Tage führt zu dem Schlusse, daß es die Entente zu empfinden begann, sie habe mit der Politik, die Deutschland isolierte und den Bestand Oesterreich-Ungarns bedrohte, gleichsam mit dem Kriege gespielt und nun wäre der Krieg, den sie leichtsinnigerweise in ihr Kalkül aufgenommen, unvermutet da; daß sich das Gewissen zu regen begann und daß die brennende Kriegsgefahr ihr die Erkenntnis von der Gefährlichkeit der Politik, die zu der Einkreisung Deutschlands führen wollte, und von der Notwendigkeit, diese Politik um der Bewahrung des Friedens der Welt willen aufzugeben, geweckt hatte. Das geht mit unzweideutiger Klarheit aus den Worten hervor, die Grey in den letzten Augenblicken zu Berlin

DER KAMPF

Nr.:

TAG:

10

Schuld und Mitschuld am Weltkrieg.

sprach: „Wenn man den europäischen Frieden retten und durch die gegenwärtige Krise ohne Schaden hindurchkommen kann, werde ich alles in meinen Kräften Stehende tun, um ein Abkommen zustande zu bringen, an dem Deutschland teilnehmen könnte, und das ihm die Sicherheit geben würde, daß Frankreich, Rußland und wir weder einzeln noch gemeinsam gegen Deutschland oder seine Verbündeten eine herausfordernde oder feindselige Politik verfolgen.“ Von einer Naturnotwendigkeit, von „der Unvermeidlichkeit des Krieges“ zu sprechen — worauf die Auffassung, das kapitalistische System allein habe ihn geboren, also gebären müssen, schließlich hinausläuft — ist eine grenzenlose Torheit. Gegen die militaristischen Tendenzen wirkten die pazifistischen, gegen die imperialistischen die sozialistischen; gegen die aus dem Kapitalismus erfließende Selbstsucht der Völker und Staaten wirkte die immer stärker und inniger werdende Verflechtung alles wirtschaftlichen, geistigen und moralischen Lebens der Welt; der Kapitalismus erzeugte die Kriegstendenzen, aber alle Kräfte, die er als seinen Widerpart hervorbringt, stritten gegen sie. Deshalb können wir den Krieg nicht fatalistisch betrachten, sondern haben, als die wirksamste Bekämpfung des Kapitalismus, die Veranschuldung an dieser Menschheitskatastrophe fest ins Auge zu fassen.

Und wenn sie uns einwenden, daß diese Nachforschung eine einseitige bleiben müsse, weil sich bisher nur die Archive in Wien und Berlin geöffnet haben, wogegen in den Ländern der Entente das Geheimnis unter Schloß und Riegel gehalten wird, so ist auch dieses falsch. Denn die Enthüllungen der Entente vermöchten wohl den Anteil der Entente an der Kriegsschuld festzustellen; die zweifellose Schuld der Mittelmächte vermögen sie nicht zu beseitigen. Die ist aber in ihrem Tun niedergelegt, und dieses ist in den Bänden der Akten über die Vorgeschichte des Krieges beschriftet. Was könnte die Feststellung aller Vorgänge im Lager der Entente daran ändern? Angenommen selbst, daß aus einer solchen Entschleierung herauskommen würde, daß all die Bemühungen der Ententemächte, den Krieg zu verhindern oder zu hemmen, nur Heuchelei gewesen seien, die Ententemächte zu dem Kriege vielmehr entschlossen gewesen wären — aber es ist nur ein abgeschmackter Unsinn, nach all den Zeugnissen, die wir vor uns sehen, an derlei Märkten zu glauben — so würde das die Schuld der Mittelmächte an dem Ausbruch des Krieges um kein Haar mindern: weil ihnen die Friedensbemühungen doch als ernste Tatsache entgegengetreten sind, sie also verpflichtet waren, sie ernst zu nehmen und durch deren Annahme das Heuchelspiel der Gegner zu durchkreuzen — wenn es ein Heuchelspiel gewesen wäre, was aber, wie schon ausreichend die bangen Appelle Grens dartun, in Wahrheit Angst vor dem Kriege war. Das Material liegt vor, die Beweise sind zur Stelle, und die Urteilsfällung kann beginnen.

Nicht der geringste Zweifel ist darüber zulässig, daß man in Wien sofort entschlossen war, das Attentat in Sarajevo zum Anlaß eines Krieges gegen Serbien auszubenten und dabei auch die kriegerische Verwicklung mit Rußland nicht zu scheuen, bei der man zumindest nicht daran zweifeln konnte, daß mit Rußland auch Frankreich auf den Plan treten werde. Die Absicht des Ballhausplatzes, den Krieg mit Serbien unter allen Umständen herbeizuführen, ist durch so viele Tatsachen erhärtet, und diese laut und unzweideutig sprechenden Tatsachen sind der Öffentlichkeit so mannigfach vorgeführt worden*), daß es nicht überflüssig wäre, sie noch einmal aneinanderzureihen. Dagegen ist es vielleicht nützlich, sich mit dem Argument auseinanderzusetzen, womit man noch immer versucht, das Verbrechen des Ballhausplatzes zu beschönigen und zu rechtfertigen: daß nämlich Oesterreich-Ungarn auf diesen Krieg nicht verzichten konnte, wenn es seinen Bestand bewahren wollte, daß es ihn führen mußte, wenn es sein Ansehen, und damit sein Dasein, nicht selbst aufgeben sollte. Daß es auch unter diesem Gesichtspunkte ein namenloses Verbrechen bleibt, für das es keine Sühne gibt, die Welt in Brand zu setzen und die ganze Menschheit in Not und Elend zu stürzen, um das habsburgische Imperium zu bewahren — denn auch der Weltkrieg war in den Vorjahren des Ballhausplatzes eingeschlossen: Oesterreich-

*) Siehe die Artikel in der „Arbeiter-Zeitung“ vom 20., 21., 24., 25., 27. September 1919; vom 1., 7., 11., 29., 30. Oktober 1919; vom 27. Dezember 1919; vom 2., 11., 20. Jänner 1920.

DER KAMPF

Nr.:

TAG:

Ungarns Ansehen muß bleiben, auch wenn die ganze Welt darüber zugrunde ginge — ist selbstverständlich. Aber ist der verruchte Einfall, Oesterreichs rampo- niertes Prestige durch den Weltkrieg aufzuputzen, vor dem Richterpruche der Vernunft auch nur zu erklären? Warum war dieses Ansehen so gesunken, warum hat die ganze Welt auf das Habsburgerreich mit Verachtung geblickt? („Oester- reich zählt schon jetzt kaum mehr als vollwertige Großmacht. Ob wir bei dem Bündnis mit dem sich immer mehr zerfallenden Staatengebilde an der Donau ganz auf unsere Rechnung kommen, läßt sich diskutieren“; so schreibt Jagow an Lichnowsky, dem Botschafter in London, der der Politik, Oesterreich für seine Abenteuer eine Blankovollmacht zu erteilen, mit besonderer Eindringlichkeit widerraten hatte, am 18. Juli 1914.) Doch nur darum, weil sich der Nationalitäten- staat als ganz unfähig zeigte, mit den Problemen, die aus seinem Sein ent- sprangen und deren Lösung ihm, wenn er bestehen bleiben wollte, gebieterische Pflicht war, fertig zu werden; weil er sich als innerlich morisch darstellte, und Staaten, deren Lebensunfähigkeit immer sichtbarer wird, eben nur Geringschätzung wecken können. Angesichts des gesteigerten Nationalbewußtseins, von dem ganz Europa ergriffen war und das mit Leidenschaft nach einer Zusammenfassung aller Nationsteile zu dem einheitlichen und ganzen Nationalstaate drängte, war der Nationalitätenstaat selbst zu einem Problem geworden; um so zwingender die Pflicht, um so drängender die Notwendigkeit, den Nationalitätenstaat so zu formen, daß sich in seinem Bereiche alle Nationen heimisch fühlen können und keine gezwungen wäre, ihre Sehnsucht über die Grenze hinauszuschicken. Aber der Nationalitätenstaat meinte die Gefahr der Irredenta, die alle seine Grenzen umtoste, zu beschwören, indem er sie als Hochverrat ächtete; aber welche Torheit, zu meinen, in unserer Zeit werden sich die Nationen zu einer Treue, die sich be- rechtigt hält, auf eine Begründung zu verzichten und ihre Beglaubigung aus sich selbst empfangen will, verpflichten lassen! Gewiß wäre es eine arge Entstellung, mit der Verantwortung für den Zusammenbruch der habsburgischen Staatlich- keit, schon vor dem Kriege in der Abkehr so vieler Völker von ihr vollendet, das habsburgische Geschlecht allein zu belasten. Die Hauptschuld tragen die herrschenden Klassen der zwei herrschenden Nationen innerhalb dieser Staatlichkeit: die Deutsch- bürgerlichen in Oesterreich und die magyarische Herrenklasse in Ungarn, deren Verstocktheit dem unerläßlichen Umformungsprozeß beharrlich widerstrebt; aber welcher Irrsinn und welches Verbrechen, das Problem des Nationalitätenstaates durch einen Krieg sanieren zu wollen! Wohl hätte das Attentat in Sarajevo, wie schon viele Zeichen des Verfalles vor ihm, ein Anruf sein sollen, aber weiß Gott nicht zum Kriege, sondern zur Einkehr und Umkehr. Der Einfall des Krieges zu diesem Zweck ist ein Produkt echt österreichischer Leichtfertigkeit, und man mußte nicht das Ende des Krieges abwarten, das die Hirnrichtigkeit der Vorstellung, der Nationalitätenstaat könnte geheilt werden, indem seine ganze Existenz aufs Spiel gesetzt wird, allerdings in der denkbar drastischsten Form bezeugt hatte, um zu verstehen, daß Fehler der inneren Politik, daß Grundgebrehen eines Staates durch militärische Unternehmungen nach außen nicht aus der Welt zu schaffen sind. Das Argument, das letzte der Schwarzen, sie hätten mit dem Kriege doch nur die Interessen der Staatlichkeit wahren wollen, die ihrer Obhut anvertraut waren, wird also zur stärksten Anklage wider sie.

Das Verbrechen ist um so fürchterlicher, als es sehr rasch — und rechtzeitig, um noch einlenken zu können — klar geworden war, daß die „Idee“ des Krieges gegen Serbien, sofern angenommen werden kann, daß sich die „Kavaliere“ des Ballhausplatzes, als sie den Krieg ausbrüteten, überhaupt Gedanken gemacht haben, unausführbar sei. Die Idee war, daß Serbiens Aspirationen, die darauf zielten, Habsburg die serbischen Länder wegzunehmen, den Bestand des Impe- riums bedrohe. Da es nun aussichtslos sei, diese Aspirationen zu bändigen, müssen sie Serbien ausgetrieben, müsse Serbien zerstört werden. (Wie es Graf Hoyos, der Ueberbringer des Handschreibens Franz Josefs, das die Kriegsaktion ein- leitete, in Berlin so kurz sagte: „Oesterreich müsse Serbien aufteilen.“) Nun konnten sich die Ballhauskretins vielleicht einbilden, die ganze Welt werde ruhig zusehen, wie sie in Serbien einmarschieren und die Leistung vollbringen, daß eine Großmacht das Kleine, durch zwei Kriege völlig erschöpfte Serbien nieder- ringe; aber daß man sie nicht gewähren lassen werde, Serbien zu „zererschlagen“.

DER KAMPF

Nr.:

TAG:

12

Schuld und Mitschuld am Weltkrieg.

sondern daß sie darauf zu rechnen haben, man werde ihnen da, wo der Ertrag des Krieges beginnen soll, sehr ernstlich in den Arm fallen, hätte ihnen vorweg klar sein müssen. Es wurde ihnen auch klargemacht; mußten sie doch mit ihren Annexions- und Aufteilungsplänen ununterbrochen zurückweichen und am Schlusse blieb als „Kriegsziel“ nur, daß sie mit Serbien „abrechnen“ wollen; sie wollten ihm nichts tun, sie wollten mit ihm nur Krieg führen. Aber was hätten sie erreicht, wenn sie Serbien gedemütigt hätten? Hätten sie damit die serbischen „Untertanen“ zu der Ueberzeugung verführt, die serbische Sache sei bei dem Kaiser von Oesterreich am besten aufgehoben? Die „Idee“ des Krieges, die die Zerstörung Serbiens war, hatte sich also schon im Verlaufe der Verhandlungen vor dem Kriege als undurchführbar herausgestellt; die österreichischen Imperatoren hatten es bereits schwarz auf weiß, daß man es ihnen nicht erlauben werde — und darin, in dem Schutz des Kleinstaates gegen die anmaßliche Großmacht, war die gegnerische Welt wirklich einig — Serbien aus dem Buch des Lebens zu streichen; der Krieg war also vor seinem Beginn als unfruchtbar, widersinnig, zwecklos erkannt. Die Berufung auf die „Notwendigkeit“ des Krieges für Oesterreich-Ungarn ist also in jedem Betracht eine Spiegelfechterei. Und so grotesk es klingt: sie bestanden auf dem Ballhausplatz auf den Krieg nur deshalb, weil sie sich ihn in den Kopf gesetzt hatten. Die Welt ist in Brand aufgegangen, weil Herr Berchtold seinen „kleinen“ Krieg haben wollte.

Die Wiener Diplomatie war also entschlossen, aus dem Attentat in Sarajevo einen Kriegsfall zu machen, und die unsaubere Gast, womit der Entschluß gefaßt wurde — hatte doch Berchtold den Grafen Tisza den Entschluß schon am 30. Juni eröffnet — führt geradezu zu dem Gedanken, daß ihnen die Ermordung ihres künftigen Kaisers als der ersehnte Vorwand ganz willkommen war. Auf den Kriegspfad konnte man sich in Wien natürlich nur begeben, wenn Berlin den Rücken deckte, wenn Berlin an die Seite des Ballhausplatzes tritt und Rußland zurückdrückt, wie es in den Jahren 1908 und 1912 eben der Fall war. Wie hätte man sich in Berlin nun verhalten müssen, wenn Vernunft und Ueberlegung dort die Zügel behalten hätten? Wohl hätte man sich der Sache des Bundesgenossen, wie die Dinge eben lagen, annehmen müssen und auch annehmen dürfen; aber mit dem ganz selbstverständlichen Vorbehalt, daß aus den Forderungen Oesterreich-Ungarns ein Krieg nicht entstehen dürfe. Man hätte sich also bemühen müssen, Oesterreich eine einprägsame Genugtuung zu verschaffen — und die war, wie die Stimmung damals ward, eine Stimmung, die denen, die auf den Krieg verzichtet hätten, die Sympathie ganz Europas gewonnen hätte, unschwer und in der umfassendsten Weise zu erhalten —; aber die Politik in Wien hemmen müssen, die die Dinge auf die Spitze treiben will. Gerade das Umgekehrte haben die Berliner Dummköpfe getan: sie haben die Wiener Abenteuerer noch ermuntert, angeeifert, geradezu von ihnen verlangt, daß sie rasch zuschlagen sollen. Hier war die „Idee“ folgende: Ob Oesterreich-Ungarn den Krieg „braucht“, müsse es selbst entscheiden. Aber da es erklärt habe, den Krieg, um seine Bedeutung als Großmacht wiederherzustellen, nicht missen zu können, sei der Bundesgenosse verpflichtet, ihm bei der Durchführung des Krieges alle Hilfe angedeihen zu lassen, den Kriegswillen des Verbündeten zum eigenen zu machen. Der „Plan“ war aber, daß Oesterreich-Ungarn, wenn es sich nun zum Kriege entschlossen habe, ungehäumt loszuschlagen und energisch „durchgreifen“ müsse: um so rasch als möglich vollendete Tatsachen zu schaffen, die Rußland ein Eingreifen unmöglich machen. Freilich hat es sich herausgestellt, daß gerade militärische Raschheit dem in allem verchlumpten Oesterreich nicht erreichbar war, weshalb in die deutsche Unterstützung jener Tage auch Ausbrüche von Geringschätzung einfließen über den „österreichischen Landsturm, der immer nicht nachkommen kann“. (Zu dem Bericht des deutschen Botschafters in Wien an das Auswärtige Amt vom 10. Juli, worin er meldet, Franz Josef sei ganz der Berliner Ansicht, „daß man jetzt zu einem Entschluß kommen müsse“, macht Wilhelm die spöttische Randbemerkung: „Da S. M. [Franz Josef] pro memoria etwa vierzehn Tage alt ist, so dauert das sehr lange!“ Daß Franz Josef „der Ansicht zuneigt, daß konkrete Forderungen an Serbien zu stellen sein würden, randbegleitet Wilhelm mit den Worten: „Aber sehr und unzweideutig!“ Daß die Formulierung geeigneter Forderungen gegenüber Serbien in Wien die Hauptfrage bildet, reizt

DER KAMPF

Nr.:

TAG:

Schuld und Mitschuld am Weltkrieg.

13

Wilhelm zu dem Stoßseufzer an: „Dazu haben sie Zeit genug gehabt!“ So sehr verkannte man in Berlin die Aufgabe, daß — welche Ironie der Dinge! — Berchtold nach Berlin sagen mußte (Bericht Tschirschts vom 14. Juli), „man könne in Berlin vollkommen sicher sein, daß von einem Bögern oder einer Unschlüssigkeit in Wien keine Rede sein könne“. Ausgehört ist der Krieg in Wien worden, das steht unumstößlich fest. Aber nicht minder steht fest, daß Deutschland dem Krieg nicht nur nicht widerraten, vielmehr dem Kriegswillen sofort zugestimmt und seinen ganzen Einfluß darauf gesetzt hat, ihn unwiderruflich zu machen. Der einzige, der widerraten hat, war Tschirscht, der aber dafür von Wilhelm tüchtig gerüffelt wird. Er berichtet am 30. Juni: „Ich benütze jeden Anlaß, um ruhig, aber sehr nachdrücklich und ernst vor übereilten Schritten zu warnen.“ Wozu Herr Wilhelm bemerkt: „Wer hat ihn dazu ermächtigt? Das ist sehr dumm! Geht ihn gar nichts an, da es lediglich Oesterreichs Sache ist, was es hierauf zu tun gedenkt. Tschirscht soll den Unsinn gefälligst lassen! Mit den Serben muß ausgeräumt werden, und zwar bald!“ Es bezeugt daher die Kenntnis der diplomatischen Vorgänge oder die Ehrlichkeit des Grafen Czernin, daß er gerade dem deutschen Botschafter eine besonders kriegerische Tätigkeit nachjagen will*). Die deutsche Politik hatte also wirklich den Gipfel des Überwigen erklommen: einesteils zu erklären, daß es darauf, was Oesterreich-Ungarn tun werde, keinen Einfluß nehmen wolle, andernteils sich zu verpflichten, unbedenken für alles einzustehen, und wäre es selbst der Weltkrieg, was Oesterreich-Ungarn zu verhängen für gut befinden werde. Das ist so aberwitzig, daß es ihnen später kein Mensch geglaubt hat, vielmehr die ganze Welt darauf schwört, daß Deutschland den Krieg überhaupt angezettelt habe.

In allen Tonarten versichern die Lenker der deutschen Politik jener Tage, Deutschland sei zu dem rückhaltlosen Eintreten für den Bundesgenossen aus Gründen der Selbsterhaltung gezwungen gewesen. Schon in dem Weißbuch, das im August 1914 dem Reichstag unterbreitet wurde, dringt diese Auffassung durch: „Ein moralisch geschwächtes, durch das Vordringen des russischen Panславismus zusammenbrechendes Oesterreich wäre für uns kein Bundesgenosse mehr, mit dem wir rechnen und auf den wir uns verlassen könnten.“ Die gleiche Anschauung vertritt Bethmann in seinen „Betrachtungen zum Weltkrieg“: „Brach dieser Bundesgenosse zusammen, dann war Deutschland völlig vereinsamt, ließ sich seine Atemfreiheit von einem Ringe von Mächten abschnüren, die eiferfüchtige Mißgunst gegen den erstarkenden wirtschaftlichen Wettbewerber, slawischer Gegensatz wider den Germanen und fortbrennender Groll gegen den Sieger von 1870 zu gemeinsamer, von Weltimperialismus getragener Feindschaft gegen uns verbanden.“ Und Jagow schreibt an Lichnowsky — den Botschafter in London, der, unter allen deutschen Diplomaten als der einzige, die Sachlage richtig beurteilt hatte, wofür ihn dann Jagow spöttisch den „guten Lichnowsky“ nennt —: „Wir haben nun einmal ein Bündnis mit Oesterreich“ und er sage mit Busch: „Wenn dir die Gesellschaft nicht mehr steht, such' dir eine andere, wenn du eine hast.“ Aber man kann mit Lichnowsky (23. Juli 1914) wohl fragen, welche Vorteile sich Deutschland davon hätte versprechen können, „daß das österreichische Ansehen auf dem Balkan und sonstwo gestärkt werde“. Nehmen wir an, es wäre so gegangen, wie daß es gehen müsse man sich's in Wien und Berlin eingebildet hatte: die „Lokalisierung“ des Krieges wäre gelungen, die Oesterreicher hätten ihre ver-

*) Die Dreistigkeit, mit der Czernin da Behauptungen vorbringt, ist wahrhaft erstaunlich. „Es ist gar kein Zweifel“, „es ist sicher“; aber aus den deutschen Dokumenten zum Kriegsausbruch ist das gerade Gegenteil erwiesen. Czernin möchte die Sache so darstellen, daß der Ballhausplatz überhaupt nicht an den Krieg dachte und zu seiner kriegerischen Haltung eigentlich von Tschirscht bestimmt wurde, der überhaupt den Weltkrieg suchte, und „also den serbischen Zwischenfall benützen wollte, um Oesterreich-Ungarns in dem entscheidenden Kampfe sicher zu sein“. Welche Verlogenheit! Wenn aber die schamlose Fälschung des wirklichen Verlaufes der Dinge so weit geht, zu behaupten, die „unverständliche“ Form, in der das Ultimatum an Serbien abgefaßt wurde, erkläre sich „nicht durch den Berchtold'schen Wunsch nach Krieg, sondern dem anderer Elemente, vor allem wohl Tschirschts“, so wird die Verachtung einer derartigen Geschichtsschreibung durch die Heiterkeit über den Geschichtsschreiber verdrängt, der offenbar nicht einmal die Wiener Notbücher kennt und also nicht weiß, wie er sich lächerlich macht.

DER KAMPF

Nr.:

TAG:

14

Schuld und Mitschuld am Weltkrieg.

schliffene Kriegsgloire in Serbien neu aufgepußt und hätten ungehindert in Belgrad einmarschieren können, und es hätte sie sogar niemand gehindert, halb Serbien einzustecken und den Rest großmütig auf die Nachbarn aufzuteilen. Wie wäre darnach die Lage Deutschlands in Europa geworden? Es wäre nur noch vereinsamer und verhaßter geworden! Das unwiderrufliche Ergebnis dieser Politik wäre gewesen, daß sich die deutschfeindliche Stimmung in Europa verschärfte hätte, daß sich England, das damals noch schwankte, der gegnerischen Koalition angeschlossen hätte, Rußland zu einem unverhohlenen Feinde geworden wäre, Italien und Rumänien abgefallen wären; die Einkreisung wäre nicht gelockert worden, sie würde, indem Deutschland an der österreichisch-ungarischen Mißetat mitschuldig ward, nur noch aggressiver geworden sein. Wenn Deutschland den „rapiden Verfall“ Oesterreichs, von dem Bethmann-Hollweg in seinem Kriegsbuch spricht, entgegenwirken wollte — und das war natürlich auch in seinem Interesse gelegen — so hätte es ihm raten müssen, ihn dazu verhalten müssen, sich im Innern zu konsolidieren, sich zu einem Staate umzuformen, den seine Nationen nicht hassen, nicht aber ihn zu einem Krieg ermuntern und ihm für diesen Krieg rückhaltlose Beihilfe zu versprechen. In der verhängnisvollen Politik, die dazu führte, daß das Deutsche Reich wegen des Balkananebens der Habsburger in einen Weltkrieg verstrickt wurde, von dem es vorweg klar war, daß es ihm erliegen müsse, sind die Deutschen aus jener reinmilitärischen „Orientierung“ hineingeraten, in der der Krieg nicht als das letzte, sondern als das erste Mittel der Politik erscheint. Oesterreich-Ungarn gesund zu machen oder dabei zu helfen, fiel ihnen nicht ein; aber sich in einen Krieg für die Habsburger zu begeben, erschien ihnen als bundesgenössische Pflicht. Das war aber keine Hilfe für den Bundesgenossen, das war Selbstmord.

Daran also, daß die für die damalige deutsche Politik verantwortlichen Leute — Kaiser und Minister — den Wiener Kriegswillen derart unterstützt haben, daß die sorgfältigste Abwägung der Tatsachen zu dem Schlusse führt, daß sie den „lokalisierten“ Krieg selbst gewollt haben, kann füglicherweise ein Zweifel nicht obwalten. Der Geschichtschreiber, der nach dem gerechten Urteil strebt, wird nun folgende zwei Fragen zu beantworten haben: Haben die deutschen Staatenlenker, als sie den „lokalisierten“ Krieg in ihren Vorjatz aufnahmen, diesen Krieg auch auf die Gefahr eines Weltkrieges gewollt, also den Vorjatz gehabt, auf ihn auch dann nicht zu verzichten, wenn darob ein Weltkrieg entbrennen würde? Und zweitens: Haben sie, wenn sie den Weltkrieg nicht wollten und doch sahen, daß er immer bedrohender anrückte, alles getan, was getan werden konnte und getan werden mußte, um ihn zu verhüten? In diesen Fragen ist die Frage nach der letzten Schuld ob der entsetzlichen Katastrophe eingeschlossen.

Wenn die Entente es so darstellt, als ob Deutschland, um irgendwelche Welt Herrschaftspläne zu verwirklichen, den Weltkrieg bewußt angezettelt hätte („es haben die Regierenden Deutschlands beschlossen, ihre Vorherrschaft mit Gewalt zu begründen“: Mantelnote zur Antwort der Entente auf die Bemerkungen der deutschen Delegation zu den Friedenbedingungen), so ist das natürlich eine zum Zwecke der Rechtfertigung ihres Gewaltfriedens erdachte Uebertreibung; keine geringere als die deutsche Kriegslegende, wonach sich der Weltkrieg als der Ueberfall Deutschlands durch die drei Ententemächte (Rußland, Frankreich und England) ergäbe. Auch aus den geheimsten Akten ist der geheimste Gedanke der Menschen nicht unzweideutig abzulesen; aber dennoch dürfte der Eindruck richtig sein, daß damals in der deutschen Politik zwei Strömungen miteinander rangen — sie können und werden es auch, beide in jedem dieser Menschen gelebt haben —: die eine, die vor der Gefahr, mit dem nichtlokalisierten Krieg gegen Deutschland heranziehe, Grauen empfand; die andere, die die kriegerische Austragung der europäischen Konflikte, die sich alle gegen Deutschland kehrten, für unvermeidlich hielt, also darauf drängte, den Waffengang jetzt herbeizuführen, wo die Aussichten für Deutschland noch günstiger waren, als sie binnen kurzem es sein werden. Im großen und ganzen sind die Deutschen in den Krieg hineingekommen und wußten gar nicht wie: empfahlen sie doch, um den Frieden zu retten, die Annahme des Grenschen Friedensvorschlages in Wien am 30. Juli mit der größten Dringlichkeit und nahmen es widerspruchslos hin, daß ihnen der Herr Franz Josef am 31. Juli notifizierte, daß die „deutsche Wehrmacht in un-

DER KAMPF

Nr.:

TAG:

Schuld und Mitschuld am Weltkrieg.

15

wandelbarer Bundestreue für sein Reich einzustehen habe"; oder wie es Bethmann-Hollweg am 4. August mit seiner ganzen schrecklichen Naivität feststellte: „Wir sind durch Oesterreichs Vorgehen gezwungen, den Krieg zu führen.“ Aus diesem Ringen der zwei Strömungen, von denen eine den Frieden retten, die andere den Krieg herbeiführen wollte, ist es zu erklären, daß, neben Bemühungen, den Frieden zu bewahren, Bemühungen einhergehen, die schon eine Vorbereitung für den Weltkrieg sind, weshalb diese marklose Politik just die Courage nicht aufbrachte, die gradaus zur Rettung des Friedens geführt hätte: nämlich den Wiener Abenteurern das Einlenken einfach zu befehlen. Halb durch Dummheit, halb bewußt hat Deutschland den Weltkrieg gegen sich heraufbeschworen.

Am 18. Juli verlangt Jagow von dem Gesandten im kaiserlichen Gefolge — der Wilhelm auf der Nordlandsreise begleitet — genaue Angabe der Reiseroute des Schiffes: „Da wir eventuellen Konflikt zwischen Oesterreich und Serbien zu lokalisieren wünschen, dürfen wir die Welt durch verfrühte Rückkehr S. M. nicht alarmieren, andererseits müßte Allerhöchstderselbe erreichbar sein, falls nichtvorhergesehene Ereignisse auch bei uns wichtige Entscheidungen (Mobilmachung) benötigen sollten.“ Der Reichskanzler an die Botschafter in Petersburg, Paris und London am 21. Juli: „Wir wünschen dringend die Lokalisierung des Krieges, weil jedes Eingreifen einer anderen Macht infolge der verschiedenen Bündnisverpflichtungen unabsehbare Konsequenzen nach sich ziehen würde.“ (Dazu vergleiche man die richtige Bemerkung Richnowskys am 23. Juli an Jagow: „Was schließlich die Lokalisierung des Krieges anlangt, so werden Sie mir zugeben, daß sie, falls es zu einem Waffengang mit Serbien kommt, dem Gebiete der frommen Wünsche angehört.“) Man wirkte für den Frieden, dachte aber doch auch an den Krieg. Bemerkenswert ist das Verhältnis zu der Türkei. Am 14. Juli setzt Jagow dem deutschen Botschafter in Konstantinopel auseinander, daß die Türkei „für die nächsten Jahre wegen ihrer schlechten Armeerhältnisse nicht als wertvoller Faktor angesehen werden könne. Sie jetzt zum Anschluß an die Zentralmächte zu bewegen, erschiene mir zwecklos, wenn nicht bedenklich“. Ebenso der Botschafter in Konstantinopel (18. Juli): „Die Türkei ist zweifellos heute noch vollkommen bündnisunfähig. Sie würde ihren Verbündeten nur Sorgen auferlegen, ohne ihnen die geringsten Vorteile bringen zu können.“ Aber als der Botschafter am 22. Juli berichtet, Enver Pascha zeige sich um ein Bündnis sehr bemüht, er habe aber erwidert, daß Enver ihn von der Notwendigkeit von Bündnissen für die Türkei nicht überzeugt habe, randbemerkte Wilhelm: „Jetzt handelt es sich um die Gewinnung jeder Büchse, die auf dem Balkan bereit ist, gegen die Slawen loszugehen.“ Am 23. Juli wird der Gesandte in Stockholm angewiesen, dort die Hoffnung auszusprechen, „daß sich Schweden darüber klar sein wird, welche ernste Stunde auch für sein Schicksal geschlagen hat“. Am 25. Juli läßt Wilhelm vom Reiseschiff nach Berlin sagen, er wünsche, „daß sofort Vertrauensfrage an Schweden und Dänemark gerichtet wird“. Am 30. Juli wird König Konstantin von Griechenland zum Kriege eingeladen (Telegramm Wilhelms an ihn): „Kommt es zu einer allgemeinen europäischen Konflagration, so betrachte ich es als selbstverständlich, daß schon das Andenken Deines von Mörderhand gefallenen Vaters Dich und Griechenland abhalten wird, gegen meine Partei und (gegen) den Dreibund für die serbischen Muechel-mörder Partei zu ergreifen. Aber auch vom reinen Nützlichkeitsstandpunkt der griechischen Interessen erscheint mir für Dein Land und Deine Dynastie der Platz an der Seite des Dreibundes der gegebene zu sein. Solltest Du Dich wider meine zuberächtliche Erwartung auf die gegnerische Seite legen, so wird Griechenland dem sofortigen Angriff Italiens, Bulgariens und der Türkei ausgesetzt und auch unsere persönlichen Beziehungen würden darunter wohl für immer leiden müssen.“ (Diese schreckliche Drohung ist echter Wilhelm.) In allem wird ein Schwanken zwischen Krieg und Frieden sichtbar. Besonders aber in der Bemühung, Italien rechtzeitig kriegsbereit zu machen. Spricht doch Jagow schon am 15. Juli (an den Wiener Botschafter) aus: „Sollte sich eine allgemeine Konflagration ergeben, so würde die Stellungnahme Italiens für uns von größter militärischer Wichtigkeit werden.“ Statt den Krieg gegen Serbien zu verhindern, beschäftigte man sich mit diplomatischen Rüstungen für den Weltkrieg.

DER KAMPF

Nr.:

TAG:

16

Schuld und Mitschuld am Weltkrieg.

Am 28. Juli wird dem Reichskanzler von dem Botschafter in London gemeldet, „die Herren der österreichischen Botschaft, einschließlich des Grafen Mensdorff, haben in Gesprächen mit den Mitgliedern der deutschen Botschaft und mit dem deutschen Botschafter nie das geringste Gehl daraus gemacht, daß es Oesterreich lediglich auf Niederwerfung Serbiens ankomme und daß die Note (an Serbien) absichtlich so gefaßt wurde, daß sie abgelehnt werden müßte. Als die Nachricht am Sonnabend abends (25. Juli) hier verbreitet wurde, Serbien habe nachgegeben, waren die Herren geradezu niedergeschmettert. Graf Mensdorff sagte mir gestern noch vertraulich, man wolle in Wien unbedingt den Krieg, da Serbien »niedergebögelt« werden soll. Auch erzählen die Herren, man beabsichtige, Teile von Serbien an Bulgarien und womöglich auch an Albanien zu verschänken.“ Dazu macht der Reichskanzler folgende Randbemerkung: „Diese Zweideutigkeit Oesterreichs ist unerträglich. Uns verweigern sie Auskunft über ihr Programm, sagen ausdrücklich, daß die Äußerungen des Grafen Hohos, welche auf eine Zerstückelung Serbiens hinausliefen, rein private gewesen seien, in Petersburg sind sie die Lämmer, die nichts Böses im Schilde führen, und in London spricht ihre Botschaft von Verschänkung serbischer Gebiete an Bulgarien und Albanien!“*) Man spürt aus diesen erregten Worten eine trübe Stimmung heraus; es war wahrlich auch kein Anlaß, gut gelaunt zu sein. Am gleichen Tage berichtet Tschirschky aus Wien an Zagow über die Verhandlungen mit Berchtold wegen Italien und fügt als Postskriptum bei: „Graf Berchtold ist in sehr guter Stimmung und stolz auf die zahlreichen Glückwünsche, die ihm aus allen Teilen Deutschlands zugehen!“ In Berlin war man in bitterer Sorge, in Wien war der Geschaß froher Laune! Das ist der Gegensatz zwischen Berlin und Wien; das Gleichnis ihres Anteils auch an dem Kriegsverbrechen.

Drei verbrecherische Fehler hat Deutschlands Politik auf dem Gewissen. Erstens, daß es zugab, daß Oesterreich-Ungarn den Krieg brauche und ihm Carte blanche für die diplomatische Aktion gab, die den Kriegsfall herbeiführen sollte; zweitens, daß es an die Möglichkeit der „Lokalisierung“ des Krieges glaubte und nicht sah, daß der Funke, in ein Pulverfaß geworfen, alle Pulverfässer in Europa zum Entladen bringen müsse, dann drittens, daß ihm die sittliche Kraft auch dann mangelte, durch ein zwingendes Wort die Wiener Bösewichte zum Einlenken zu veranlassen, als die Gefahr des Weltkrieges imminent geworden war. Die drei Fehler, von denen jeder einzelne ausreichen würde, über die diplomatische Weis-

*) In welchem Maße Bethmann-Hollweg von den Wiener Abenteurern abhängig geworden war, zeigt auch diese Sache. Der Reichskanzler hat nämlich diese Äußerungen Tschirnowskys an den deutschen Botschafter in Wien weitergegeben und dazu bemerkt:

Diese Äußerungen der österreichischen Diplomaten müssen als Reflexe neuerer Wünsche und Aspirationen erscheinen. Ich betrachte die Haltung der dortigen Regierung und ihr ungleichartiges Vorgehen bei den verschiedenen Regierungen mit wachsendem Befremden. In Petersburg erklärt sie territoriale Desinteressements, uns läßt sie ganz im unklaren über ihr Programm, Rom speist sie mit nichts sagenden Redensarten über die Kompensationsfrage ab, in London verschänkt Graf Mensdorff Teile Serbiens an Bulgarien und Albanien und setzt sich in Gegensatz zu den feierlichen Erklärungen Wiens in Petersburg. Aus diesen Widersprüchen muß ich den Schluß ziehen, daß die Desabouierung des Grafen Hohos für die Galerie bestimmt war, und daß die dortige Regierung sich mit Plänen trägt, deren Geheimhaltung vor uns sie für angezogen hält, um sich auf alle Fälle der deutschen Unterstützung zu versichern und nicht durch offene Bekanntgabe einem eventuellen Refus auszuweichen.

Recht energisch gesprochen. Nun würde man meinen, daß Bethmann seinen Botschafter beauftragt, das dem Grafen Berchtold mitzuteilen und ihm ordentlich ins Gewissen zu reden. Aber Bethmann fällt sofort das Herz in die Hosentasche und er fährt fort:

Vorstehende Bemerkungen sind zunächst zu Euler Ezzellenz persönlicher Orientierung bestimmt. Den Grafen Berchtold bitte ich nur darauf hinzuweisen, daß es sich empfehlen würde, einem Mißtrauen gegen seine über die Integrität Serbiens den Mächten abgegebenen Erklärungen vorzubeugen. Ich bitte ihn auch darauf aufmerksam zu machen, daß die Instruktionen an Baron Mery Italien kaum befriedigen kann.

Gibt Bethmännisch! Statt daß er die Wiener Schwindler verwarnen würde, kommt nichts heraus, als daß er seinem gepreßten Herzen in einer geheimen Depesche Luft macht.

DER KAMPF

Nr.:

TAG:

Zum neuen Wehrgesetz.

17

heit jener Lage den Stab zu brechen, bilden Deutschlands Kriegsschuld, ergeben die Verurteilung, den Krieg durch Leichtfertigkeit, Gewissenlosigkeit und Dummheit mitverschuldet zu haben. Aber das wahre Verbrechernesel, wo die Schurken versammelt waren, die den Krieg mit Vorsatz und Bemühen wollten, war der Rathhausplatz. Man müßte das Gebäude, in dem eine solche Untat geboren ward, eigentlich dem Erdboden gleichmachen.

Das Schicksal des Greyschen Vermittlungsvorschlages.

Unter den Tatsachen, die in der Welt der Entente die Ueberzeugung von dem Kriegswillen Deutschlands zu tiefst verstärkt haben, steht die Depesche des österreichisch-ungarischen Botschafters in Berlin vom 27. Juli in erster Reihe. Sie gilt als ein unumstößlicher Beweis, daß die deutsche Politik vorweg gewillt war, alle Friedensbemühungen zum Scheitern zu bringen, daß sie auf die unterschiedlichen Anregungen Greys nur zum Scheine eingegangen ist, in Wahrheit aber innerlich zum Kriege fest entschlossen war. Bekanntlich hat die Vorfriedenskonferenz zur Feststellung der Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges eine eigene Kommission eingeleitet (aus je zwei Mitgliedern der fünf Großmächte und fünf von der Gesamtheit der „besonders beteiligten“ Mächte bestehend) die, natürlich, zu dem Schlusse gelangte: „Der Krieg ist von den Zentralmächten mit Vorbedacht geplant worden und er ist das Ergebnis von Handlungen, die vorsätzlich und in der Absicht begangen wurden, ihn unabwendbar zu machen. In Uebereinstimmung mit Oesterreich-Ungarn hat Deutschland vorsätzlich daran gearbeitet, die zahlreichen vermittelnden Vorschläge der Ententemächte auf die Seite zu schieben und ihre wiederholten Bemühungen, um den Krieg zu verhindern, zunichte zu machen.“ Die amerikanische Delegation (als Vertreter der Vereinigten Staaten waren Lansing und Scott in der Kommission) hat zu dieser Schlussfolgerung noch ein eigenes Exposé beigetragen, worin nun als Hauptstück zwei Stellen jenes Berichtes des Berliner Botschafters erscheinen und das den Amerikanern zu dem Urteil Anlaß gab, „daß

diese Handlungen der Zentralmächte mit ausdrücklichen Worten verurteilt werden müssen und daß ihre Urheber Gegenstand des Abscheues der Menschheit werden sollen“. Da überdies der Greysche Vorschlag die letzte Möglichkeit war, den Frieden der Welt zu retten, und zwar nicht vorübergehend, sondern dauernd — man erinnere sich der Worte, die damals England, in einer Depesche Greys an den britischen Botschafter in Berlin, zu Deutschland sprach: „Wenn man den europäischen Frieden retten und durch die gegenwärtige Krise ohne Schaden hindurchkommen kann, werde ich alles in meinen Kräften Stehende tun, um ein Abkommen zustande zu bringen, an dem Deutschland teilnehmen könnte, und das ihm die Sicherheit geben würde, daß Frankreich, Rußland und wir weder einzeln noch gemeinsam gegen Deutschland oder seine Verbündeten eine herausfordernde oder feindselige Politik verfolgen“ — so verlohnt es sich wohl, sein Schicksal zu betrachten, wie es jetzt, nach den Veröffentlichungen in Berlin und Wien, möglich ist.

Jener Bericht des österreichisch-ungarischen Botschafters vom 27. Juli 1914 lautete:

Staatssekretär (Jagow) erklärte mir in streng vertraulicher Form sehr entschieden, daß in der nächsten Zeit eventuelle Vermittlungsvorschläge Englands durch die deutsche Regierung zur Kenntnis Czer Czajkowskys gebracht werden.

Die deutsche Regierung verstandte auf das Bedingste, daß sie sich in keiner Weise mit

den Vorschlägen identifiziere, sogar entschieden gegen deren Berücksichtigung sei und dieselben, nur um der englischen Bitte Rechnung zu tragen, weitergebe.

Sie gehe dabei von dem Gesichtspunkt aus, daß es von der größten Bedeutung sei, daß England im jetzigen Moment nicht gemeinsame Sache mit Rußland und Frankreich mache. Daher müsse alles vermeiden werden, daß der bisher gut funktionierende Draht zwischen Deutschland und England abgebrochen werde. Würde nun Deutschland Sir E. Greys platt erklären, daß es seine Wünsche an Oesterreich-Ungarn, von denen England glaubt, daß sie durch Vermittlung Deutschlands eher Berücksichtigung bei uns finden, nicht weitergeben will, so würde eben dieser vorerwähnte unbedingt zu vermeidende Zustand eintreten.

Die deutsche Regierung würde übrigens bei jedem einzelnen derartigen Verlangen Englands in Wien demselben auf das ausdrückliche erklären, daß es **keine** **Wett** **hor** **artige** **Interven** **ions** **ver** **lan** **gen** **Ö** **ö** **st** **er** **re** **i** **ch** **-** **U** **ng** **ar** **n** **g** **e** **g** **e** **n** **u** **n** **ter** **st** **ü** **t** **t** **e** **u** **n** **d** **n** **u** **r** **u** **m** **d** **e** **n** **W** **u** **n** **s** **ch** **E** **n** **g** **l** **a** **n** **d** **s** **z** **u** **e** **n** **t** **s** **p** **r** **e** **c** **h** **e** **n**, dieselben weitergebe.

So sei bereits gestern die englische Regierung durch den deutschen Botschafter in London und direkt durch ihren höchsten Vertreter an den Staatssekretär herangezogen, um ihn zu veranlassen, den Wunsch Englands betreffs unseitiger Wiltierung der Note an Serbien zu unterstützen. Hr. Jagow, habe darauf geantwortet, er wolle Sir E. Greys Wunsch erfüllen, „Englands Begehren an Czer Czajkowskys weiterzuleiten, er selbst könne dasselbe aber nicht unterstützen, da der serbische Konflikt eine Preisfrage der österreichisch-ungarischen Monarchie sei, an der auch Deutschland partizipiere.

Hr. Staatssekretär, habe daher die Note Sir E. Greys an Herrn Schürstich weitergegeben, ohne ihm aber Aufstrag zu erteilen, dieselbe, Czer Czajkowskys vorzulegen; darauf hätte er dann dem englischen Kabinett Mitteilung machen können, daß er den englischen Wunsch nicht direkt ablehnte, sondern **so** **g** **a** **r** **n** **a** **ch** **W** **i** **e** **n** **w** **e** **i** **t** **e** **r** **g** **e** **b** **e** **n** **h** **a** **b** **e**.

Zum Schlusse wiederholte mir Staatssekretär seine Stellungnahme und bat mich, um lebhaftem Mißverständnis vorzubeugen, Czer Czajkowskys zu versichern, daß er auch in diesem eben angeführten Falle dadurch, daß er als Vermittler aufgetreten sei, absolut nicht für eine Verlässlichkeit der englischen Wünsche sei.

Das ist nun ohne Zweifel ein gravierender Text und wäre, wenn der Bericht die Willensmeinung Berlins richtig wiedergäbe, ganz bestimmt ein durchschlagender Beweis von Deutschlands kriegerischen Absichten. Die deutsche Friedensdelegation (in Versailles) hat, wie vielleicht in Erinnerung, eine Kommission von „unabhängigen Deutschen“, nämlich die Professoren Hans Delbrück, Albrecht Wendelssohn-Bartholdy, Max Weber und den (Diplomaten) Grafen Montgelas mit der Ueberprüfung der Feststellungen der Ententekommission beauftragt, und die bemerken nun zu diesem Punkte: Die Kommission hat sich sowohl an den ehemaligen Reichskanzler Bethmann Hollweg wie an den Staatssekretär Jagow gewendet und von beiden übereinstimmend die Auskunft erhalten, daß dieser Bericht unmöglich zutreffend sein könne. Wir halten die Mitteilung dieser beiden Männer für glaubwürdig zumal in Anbetracht des Umstandes,

daß der österreichisch-ungarische Botschafter über seine Jahre gealtert war. Tatsächlich, und darauf kommt es an, ist die deutsche Regierung nicht in dieser Weise verfahren, sondern hat vom 28. Juli an alles Denkbare getan, um Oesterreich zur Annahme von Vermittlungsvorschlägen zu bewegen. Derselben Meinung ist auch Herr Dr. Goß in seinem bekannten Buche. Wir werden noch sehen, ob das zutrifft.

Nichtig ist, daß der Reichskanzler **Danach** einen englischen Vorschlag, eben den letzten Vermittlungsvorschlag Grey's, nach Wien weitergegeben hat, ohne, wie es der Herr v. Szögyenyi ankündigte, ihm die Erklärung beizufügen, daß die deutsche Regierung in keiner Weise derartige Interventionen

verlangen unterstütze; im Gegenteil, Bethmann Hollweg unterstrich und unterfährte ihn (30. Juli) folgendermaßen in der nachdrücklichsten Weise:

Wir stehen somit, falls Oesterreich jede Vermittlung ablehnt, vor einer Konflagration, bei der England gegen uns, Italien und Rumänien nach allen Anzeichen nicht mit uns gehen würden und wir zwei gegen vier Großmächte ständen. Deutschland fiel durch Gegnerschaft Englands das Hauptgewicht des Kampfes zu. Oesterreichs politisches Prestige, die Waffenehre seiner Armee sowie seine berechtigten Ansprüche Serbien gegenüber könnten durch Besetzung Belgrads oder anderer Plätze hinreichend gewahrt werden. Es würde durch Demütigung Serbiens seine Stellung am Balkan wie Rußland gegenüber wieder stark machen. Unter diesen Umständen müssen wir der Erwägung des Wiener Kabinetts dringend und nachdrücklich anheimstellen, die Vermittlung zu den angegebenen ehrenvollen Bedingungen anzunehmen. Die Verantwortung für die sonst eintretenden Folgen wäre für Oesterreich und uns eine unangenehme.

Danach wäre den Ballhausleuten eigentlich sehr ernst ins Gewissen geredet worden. Ueberdies hat darüber auch Wilhelm an Franz Josef ein eigenes Telegramm geschickt, das allerdings so gefaßt ist, daß man nicht recht weiß, ob es eine Verschärfung oder eine Abschwächung der Berliner Fassung sein soll. Es lautet (30. Juli):

Die persönliche Bitte des Zaren, einen Vermittlungsversuch zur Abwendung eines Weltenbrandes und Erhaltung des Weltfriedens zu unternehmen, habe ich nicht ablehnen zu können geglaubt und keiner Regierung durch meinen Botschafter gestört und heute Vorschläge unterbreiten lassen. Sie gehen unter anderem dahin, daß Oesterreich nach Besetzung Belgrads oder anderer Plätze seine Bedingungen kundgäbe. Ich wäre Dir zu aufrichtigem Dank verpflichtet, wenn Du mir deine Entscheidung möglichst bald mitteilen lassen möchtest.

In treuer Freundschaft

Wilhelm.

Das war am 30. Juli; wie, **ganz** die Sache weiter? Nischitschki meldet sofort nach Berlin: „Auftrag nach d. r. u. l. l. d. h. t. ausgeführt.“ Graf Werchold wird nach Einholung der Befehle des Kaisers Franz Josef umgehebt und Antwort erteilt. Und berichtet am selben Tage (30. Juli) weiter:

Das am 28. Juli eingetroffene Telegramm 192 wurde mir sofort nach Rechtsfertigung in das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten überbracht, während ich bei Graf Werchold fröhlich war. Sofort nach Aufhebung der Tafel habe ich den darin enthaltenen Auftrag des Grafen Werchold in Anwesenheit des Grafen Gorgach ausgeführt. Der Kaiser, der bei d. r. u. l. l. d. h. t. der gewöhnlichen Wortsetzung gütlich — Graf Gorgach machte Notizen —, äußerte

zum Schluß, er werde sofort seinem Kaiser darüber Bericht halten.

Ich lenkte die Aufmerksamkeit des Ministers noch besonders darauf hin, daß die berechtigten Ansprüche Oesterreich-Ungarns durch eine Züchtigung Serbiens unter Garantieleistung für dessen weiteres Wohlverhalten durch Annahme des Vermittlungsvorschlages vollgewahrt würden und damit der von der Monarchie von Anfang an erklärte Zweck der ganzen Aktion gegen Serbien ohne Entfesselung des Weltkrieges erreicht werden würde. Unter diesen Umständen scheint mir eine völlige Ablehnung der Vermittlung ausgeschlossen. Der Waffenehre werde durch Besetzung serbischen Gebiets durch österreichisch-ungarische Truppen Genüge geleistet. Daß diese militärische Besetzung serbischen Gebiets unter ausdrücklicher Zustimmung Rußlands geschehen sollte, bedeutete untrüglich eine vollständige Stärkung des österreichischen Einflusses gegenüber Rußland und am Balkan. Ich bat die beiden Herren, sich die unberechenbaren Konsequenzen einer Ablehnung der Vermittlung vor Augen zu halten.

Als Graf Werchold das Glanzer verfaßt hatte, um sich zur Audienz beim Kaiser anzumelden, habe ich dann noch Graf Gorgach allein sehr ernst ins Gewissen geredet.

Der auch seine Ansicht dahin äußerte, daß er ein Eingehen auf die Vermittlung für geboten halte. Allerdings scheint ihm eine Einschränkung der im Gange befindlichen militärischen Operationen kaum möglich.

Heute nachmittag vor und nach dem Telefongespräch mit Herrn v. Staun (Direktor der Politischen Abteilung der Reichskanzlei) habe ich Gelegenheit genommen, erneut mit Graf Gorgach und Graf Honos sehr ernst in unserer Sinne Rücksprache zu nehmen. Sie versicherten mir beide, daß mit Rücksicht auf die Stimmung in der Armee und im Volk eine Einschränkung der militärischen Operationen ihrer Ansicht nach ausgeschlossen sei. Morgen früh werde Graf Liza in Wien eintreffen, dessen Ansicht bei dieser weittragenden Entscheidung eingeholt werden müsse.

Conrad v. Södenhofen sollte heute Abend dem Kaiser die Ordre für allgemeine Mobilisierung als Antwort auf die russischerseits bereits getroffenen Maßnahmen unterbreiten. Man war sich darüber nicht im klaren, ob die jetzige Sachlage die Mobilisierung noch geboten wäre.

Aber daß man in Berlin der Sache die allergrößte Bedeutung zuerkannte, ist vielleicht auch daraus zu entnehmen, daß der Reichskanzler dem Kaiser am selben Tage (immer 30. Juli) ausdrücklich meldet: „Antwort aus Wien wird frühestens morgen mittag hier sein, da Graf Liza erst morgen früh in Wien eintrifft.“ Das alles würde wohl den Ernst Berlins darthun.

Indessen ist aber noch anderes vorgekommen. Bethmann Hollweg hatte nach Wien, immer noch am

30. Juli, eine zweite, noch dringlichere Weisung geschickt (in seiner Depesche an Nischitschki Nr. 200), die folgendermaßen lautete:

Wenn Wien, wie nach dem telephonischen Gespräch über Ezellens mit Herrn v. Stum anzunehmen, jedes Einlenken, insbesondere den letzten Grey'schen Vorschlag ablehnt, ist es kaum mehr möglich, Rußland die Schuld an der ausbrechenden europäischen Konflagration zuzuschreiben. S. M. (Kaiser Wilhelm) hat auf Bitten des Zaren die Intervention in Wien übernommen, weil er sie nicht ablehnen konnte, ohne den unüberleglichen Verdacht zu erzeugen, daß wir den Krieg wollten. Das Gelingen dieser Intervention ist allerdings dadurch erschwert, daß Rußland gegen Oesterreich mobilisiert hat. Dies haben wir heute England mit dem Hinzufügen mitgeteilt, daß wir eine Aufhaltung der russischen und französischen Kriegsmahnahmen in Petersburg und Paris bereits in freundlicher Form angeregt hätten, einen neuen Schritt in dieser

Nr.:

Richtung also nur durch ein Ultimatum von Wien, das den Krieg bedeuten würde. Wir haben deshalb Sir Edward Grey nahegelegt, seinerseits nachdrücklich in diesem Sinne in Paris und Petersburg zu wirken, und erhalten so von seinen entsprechenden Zusicherung durch Mohnowsky. Während England diese Bestrebungen, während Wien alles ablehnt, so dokumentiert Wien, daß es unbedingt einen Krieg will, in den wir hineingezogen sind, während Rußland schuldlos bleibt. Das ergibt für uns der eigenen Nation gegenüber eine ganz unhaltbare Situation. Wir können deshalb nur dringend empfehlen, daß Oesterreich den Grenzschen Vorschlag annimmt, der seine Position in jeder Beziehung wahrt.

Ihr Excellenz wollen sich sofort nachdrücklich in diesem Sinne Graf Berchtold, eventuell auch Graf Tisza gegenüber äußern.

Dieses Dokument wäre wohl ausreichend, Deutschland die Anerkennung zu verschaffen, daß es wenigstens im letzten Augenblick die Energie zu einer entschiedeneren Sprache gegenüber den Ballhauschusten gefunden hat. Aber diese Instruktion ist von Bethmann Hollweg sofort wieder annulliert worden:

Der Reichskanzler an den Botschafter in Wien.

Berlin, den 30. Juli 1914.

Bittet Instruktion Nr. 200 vorläufig nicht auszuführen.

Bethmann Hollweg.

Was hat Bethmann Hollweg veranlaßt, diese seltene Mahnung, der es vielleicht doch gelungen wäre, die Wiener Kriegschwindler zur Besonnenheit zu bringen, zurückzunehmen? Auch der angebliche Grund ist sehr merkwürdig. Zuerst, wollte es Bethmann so begründen:

Entwurf eines nicht abgeschickten Telegramms des Reichskanzlers an den Botschafter in Wien.

Berlin, den 30. Juli 1914.

Was hat Bethmann Hollweg veranlaßt, diese seltene Mahnung, der es vielleicht doch gelungen wäre, die Wiener Kriegschwindler zur Besonnenheit zu bringen, zurückzunehmen? Auch der angebliche Grund ist sehr merkwürdig. Zuerst, wollte es Bethmann so begründen:

Entwurf eines nicht abgeschickten Telegramms des Reichskanzlers an den Botschafter in Wien.

Berlin, den 30. Juli 1914.

Ich habe Ausführung der Instruktion Nr. 200 stilliert, weil der Generalstab soeben mitteilt, daß militärische Vorbereitungen unserer Nachbarn, namentlich im Osten, auf schnelle Entscheidung drängen, wenn wir uns nicht Ueberwachungen ausziehen wollen. Generalstab wünscht dringend über dortige Entschlüsse, namentlich über diejenigen militärischer Art, in definitiver Weise möglichst unverzüglich unterrichtet zu werden. Bitte dringend vorstellig werden, daß wir wegen Antwort erhalten.

Bethmann Hollweg.

Diese Aufklärung ist aber nicht abgeschickelt worden; aber das ändert nichts daran, daß der Reichskanzler, indem er den Nachdruck nur darauf legt, von den Entschlüssen militärischer Art unterrichtet zu werden, zu denen man in Wien gelangt sei, auf seine Friedensinterventionen eigentlich schon verzichtet hat. Und auch das am 30. Juli, dem Tage des vielfachen energischen Drängens auf Annahme des Grenzschen Vorschlages! Aber am 31. Juli kommt der Reichskanzler auf den ursprünglichen Gedanken zurück und telegraphiert Tschirsky:

Berlin, 31. Juli 1914.

Ich habe Ausführung der Instruktion Nr. 200 stilliert mit Rücksicht auf folgendes Telegramm des Königs von England an Prinz Heinrich (steht weiter unten).

Ihr Excellenz wollen das Telegramm unverzüglich Graf Berchtold mitteilen und ihm auf Wunsch Kopie zur eventuellen Verwertung gegenüber Kaiser Franz Josef überlassen.

Eine definitive Entscheidung Wiens im Laufe des heutigen Tages ist dringend erwünscht.

Dieses Telegramm des Königs Georg von England an den Prinzen Heinrich, Kaiser Wilhelms Bruder, vom 30. Juli hatte folgenden Wortlaut:

Dank für Dein Telegramm. Sehr erfreut, von Wilhelms Bemühungen zu hören, sich mit König (dem Vater) über die Erhaltung des Friedens zu verständigen. Ich habe sofort den ersten Wunsch, daß es ein nicht wieder gutzumachendes Unheil wie ein europäischer Krieg abgewendet werde. Meine Regierung tut das Unerbittliche, um Rußland und Frankreich nahezulegen, weitere militärische Vorbereitungen aufzuheben, falls Oesterreich einwilligt, sich mit der Besetzung von Belgrad und angrenzenden serbischen Gebiet als Pfand für eine zureichende friedensstellende Regelung seiner Forderungen zu begnügen, während inzwischen die anderen Länder ihre Kriegsvorbereitungen einstellen. Ich vertraue darauf, daß Wilhelm seinen großen Einfluß aufbieten wird, um Oesterreich zu veranlassen, diesen Vorschlag anzunehmen, und um zu beweisen, daß Deutschland und England zusammenarbeiten, um zu verhindern, was eine internationale Katastrophe sein würde. Bitte, versichere Wilhelm, daß ich alles

tue und weiterhin alles tun werde, was in meiner Macht steht, um den europäischen Frieden zu erhalten.

Es ist einleuchtend, daß die Uebermittlung dieses Telegramms des englischen Königs, das bei Franz Josef verwertet werden sollte, den Zweck hatte, die dringenden Mahnungen des Reichskanzlers zu verstärken; weniger einleuchtend, ja ganz unverständlich ist es, daß es Bethmann Hollweg dann unterließ, die annullierte Instruktion zu rekonstruieren, daß er darauf verzichtete, die Mahnungen fortzusetzen, obwohl er schon ausreichend erkannt hatte, daß man, um etwas zu erreichen, mit den Ballhauschusten aber schon ganz energisch reden müsse. Immerhin ist nach Wien die (erste) Erklärung Bethmanns gelangt worden, das Telegramm Wilhelms, das Telegramm König Georgs, und Tschirsky hat den Berchtold und Forgach alles eindringlich zu Gemüte geführt. Und was antwortete und wie antwortete nun Wien? Das möchte man doch auch endlich sehen.

Die Antwort Wiens bestand nun in folgender Depesche Franz Josefs an Wilhelm vom 31. Juli:

Ich beile mir, Dir für Dein freundschaftliches Telegramm verbindlich und wärmstens zu danken. Gleich nachdem Dein Botschafter meiner Regierung gestern den Vermittlungsvorschlag Sir Edward Greys übermittelt hatte, ist mir die offizielle Meldung meines Botschafters in St. Petersburg zugekommen, wonach der Kaiser von Rußland die Mobilisierung der Militärbezirke an meinen Grenzen angeordnet hat. Graf Szögyeny meldet mir, Du hättest Kaiser Nikolaus in einzig treffender Weise schon gesagt, daß die russischen Rüstungen einzustellen seien, weil sonst die ganze Verantwortung für einen Weltkrieg auf seine Schultern

fälle. Im Bewußtsein meiner schwereren Pflichten für die Zukunft meines Reiches habe ich die Mobilisierung meiner ganzen bewaffneten Macht angeordnet. Die im Zuge befindliche Aktion meiner Armee gegen Serbien kann durch die bedrohliche und herausfordernde Haltung Rußlands keine Störung erfahren. Eine neuerliche Rettung Serbiens durch Rußlands Intervention müßte die ernstesten Folgen für meine Länder nach sich ziehen und ich kann daher eine solche Intervention unmöglich zugeben. Ich bin mir der Tragweite meiner Entschlüsse bewußt und habe dieselben im Vertrauen auf Gottes Gerechtigkeit gefaßt mit der Sicherheit, daß Deine Wehrmacht in unwandelbarer Bundesreue für mein Reich und für den Dreibund einstehen wird.

Das war alles! Der Herr Franz Josef, „im Vertrauen auf Gottes Gerechtigkeit“, eröffnet den Weltkrieg und hat dabei vorwiegend die Sicherheit, daß Deutschland für sein „Reich“ fechten werde bis zum Untergang! Und die Dummköpfe in Berlin weigern sich nicht, diese „Sicherheit“ zu honorieren! Die deutsche Reichsregierung erhielt auf ihre Vorstellungen, Mahnungen und Aufforderungen gar keine Antwort, und sie nimmt es einfach als Gottesgeschick hin, daß Franz Josef verfügt, Deutschland habe gegen Rußland Krieg zu führen, einen Krieg, von dem es damals schon vollständig feststand, daß es ein Krieg gegen die ganze Welt werden wird!

In ihren „Bemerkungen“ zu der Feststellung der Entente-Kommission sagen die genannten deutschen Fachleute, warum die Antwort des Wiener Kabinetts auf den (Grenyschen) Vorschlag nicht sofort erfolgte, „entziehe sich ihrer Kenntnis“ und „dieses ist einer der wesentlichsten Punkte, der noch der Aufklärung bedarf“. Dr. Goos meint die Aufklärung damit zu geben, daß Berchtolds „Antwort“ („daß wir trotz der Umden- rung, die in der Situation seither durch die Mobilisierung Rußlands eingetreten sei, in voller Würdigung der Bemühungen Englands um die Erhaltung des Weltfriedens gern bereit seien, dem Vorschlag Sir E. Grenz, zwischen uns und Serbien zu vermitteln, näher zutreten“) wohl am 31. Juli aufgesetzt worden ist, aber erst am 1. August 2/4 Uhr nach- mittags expediert worden war, so daß sie vorsätzlich verspätet worden ist. Aber erstens war das über-

haupt keine „Antwort“ und zweitens hatte man in Wien, wie sich aus dem Protokoll des zur Beratung der Sache eigens einberufenen gemeinsamen Ministerrates ergibt, gerade die eigentliche Forderung Grenys abgelehnt, sich mit der Besetzung Belgrads oder mit der anderer serbischer Gebiete als Faustpfand vorläufig zu begnügen. Und drittens war durch die Depesche Franz Josefs an Wilhelm die Sache schon negativ „erledigt“ worden. Die „Aufklärung“ ergibt also, daß man sich in Berlin auch im letzten Augenblick den Wiener Dazardeuren widerstandslos unterwarf. Erwähnenswert ist da noch folgendes: Am 31. Juli, 5 Uhr abends, wurde der österreichisch-ungarische Militär-attaché in Berlin zu Wilhelm berufen und da machte der Kaiser zu ihm die Bemerkung (Bericht Szögyenyis), daß Wien den Grenyschen Vermittlungsvorschlag „begreiflicher Weise“ abgelehnt habe. Aber aus Franz Josefs Telegramm geht noch eines hervor: daß die Behauptung, Rußlands all- gemeine Mobilisierung habe den Stein ins Rollen gebracht, eine Lüge ist; auch Franz Josef kann sich bei der Androhung der allgemeinen Mobili- sierung nur auf die russische Mobilisierung „aller Militärbezirke an unseren Grenzen“ berufen, die übrigens schon einige Tage alt war. Woraus sich ergibt, daß in allem und jedem der Krieg in Wien angefangen wurde. Wien war das Verbrechernes.

Und die Sache mit dem Briefe des Szögyeny beant- wortet sich dahin, daß er wohl ganz getreu die Auffassung widerspiegelt, die in Berlin seit 26. Juli galt, welche

Auffassung am 28. Juli allerdings eine gewisse Aenderung erfahren hat. Aber die Berliner Narren hatten sich schon zu tief mit Wien eingelassen, die Wiener Verbrecherpolitik zu sehr zur eigenen gemacht, als daß sie sich von ihr noch ernsthaft hätten trennen können. Man hatte in Wien eben die „Sicherheit“, daß Berlin, das zuerst fleißig mitgeht, nicht mehr zurückkömme, und warf den Deutschen schließlich den Krieg einfach an den Kopf. „Im Vertrauen auf Gottes Gerechtigkeit“: das Vertrauen hat sich be- währt...

ARBEITERZEITUNG

Nr.:

TAG: 20. 1. 1920

Wie man die Berliner Appelle in Wien behandelt hat.

Wir haben bereits einmal (am 2. Jänner), an dem letzten Vermittlungsvorschlag Greys dargelegt, wie man die Berliner Mahnungen und Appelle in Wien behandelt hat; man hat sie einfach sabotiert. Obwohl nun die bisherigen Erweise der Halsstarrigkeit des Balkhausplatzes, die es in der Hauptsache ist, welche den Ausbruch des Weltkrieges herbeigeführt und verschuldet hat, durchaus erschöpfend sind, muß dennoch, zur geschichtlichen Klarstellung, immer wieder darauf verwiesen werden, daß man in Wien alle Mahnungen von Berlin aus vorzüglich mißachtete und allen Witz darauf konzentrierte, für die Berliner Politik die Zwangslage zu schaffen, für Habsburgs Besitz in den Krieg zu ziehen. Diese Mißachtung ist sogar einem direkten Anruf Wilhelms zuteil geworden.

Zu der Antwort der serbischen Regierung auf das österreichisch-ungarische Ultimatum hatte Wilhelm die „Randbemerkung“ gemacht: „Eine brillante Leistung für eine Frist von bloß 48 Stunden. Das ist mehr, als man erwarten konnte. Ein großer moralischer Erfolg für Wien, und damit fällt jeder Kriegsgrund fort und Giesl hätte ruhig in Belgrad bleiben sollen! Daraufhin hätte ich niemals Mobilisierung anempfohlen.“ Man hätte nun wohl erwarten können, daß Berlin danach in Wien trocken und kurz erklärt hätte, daß sich Deutschland, da nun „jeder Kriegsgrund fortgefallen“, unter keinen Umständen in einen Krieg werde verwickeln lassen; daß es den Balkhauswindlern die Mißhilfe und Deutung einfach entziehen werde. Zu dieser geraden und logischen Politik war man in Berlin, nachdem man die Wiener Herrschaften zum Loschlagen so lange ermuntert hatte, jedoch nicht mehr fähig. Aber das Gewissen regte sich in Berlin dennoch und so trat Wilhelm selbst auf den Plan. Er schreibt (28. Juli) an Bethmann Hollweg, den Reichskanzler, diesen Brief, der trotz der Belastung mit allerlei blödsinnigen Kindereien (Chrengenußtuung) den Krieg immerhin zu verhindern sucht:

Neues Palais, 28. Juli 1914, 10 Uhr vormittags.

Euer Excellenz! Nach Durchlesung der serbischen Antwort, die ich heute morgen erhielt, bin ich der Ueberzeugung, daß im großen und ganzen die Wünsche der Donaumonarchie erfüllt sind. Die paar Reserven, welche Serbien zu einzelnen Punkten macht, können meines Erachtens durch Verhandlungen wohl geklärt werden. Aber die Kapitulation demütigster Art liegt darin orbi et urbi verkündet und durch sie entfällt jeder Grund zum Kriege.

Dennoch ist dem Stück Papier wie seinem Inhalt nur beschränkter Wert beizumessen, solange er nicht in die Tat umgekehrt wird. Die Serben sind Orientalen, daher verlogen, falsch und Meister im Verschleppen. Damit diese schönen Versprechungen Wahrheit und Tatsache werden, muß eine douce violence (sanfter Druck) geübt werden. Das würde dergestalt zu machen sein, daß Oesterreich ein Faustpauß (Belgrad) für die Erzwingung und Durchführung der Ver-

sprechungen besetzte und so lange behielt, bis tatsächlich die Petita durchgeführt sind. Das ist auch notwendig, um der zum drittenmal umsonst mobilisierten Armee eine äußere Satisfaction d'honneur (Chrengenußtuung) zu geben, den Schein eines Erfolges dem Ausland gegenüber, und das Bewußtsein, wenigstens auf fremdem Boden gestanden zu haben, ihr zu ermöglichen. Ohne dem dürfte bei Unterbleiben eines Feldzuges eine sehr üble Stimmung gegen die Dynastie aufkommen, die höchst bedenklich wäre. Falls Euer Excellenz diese meine Auffassung teilen, so würde ich vorschlagen, Oesterreich zu sagen: der Marschzug Serbiens in sehr demütigender Form sei erzwungen, und man gratuliere dazu. Natürlich sei damit ein Kriegsgrund nicht mehr vorhanden, wohl aber eine Garantie nötig, daß die Versprechungen ausgeführt würden. Das würde durch die vorübergehende militärische Besetzung eines Teiles von Serbien wohl erreichbar sein. Ähnlich wie wir 1871 in Frankreich Truppen stehen ließen, bis die Milliarden gezahlt waren. Auf dieser Basis bin ich bereit, den Frieden in Oesterreich zu vermitteln. Dagegenlaufende Vorschläge oder Proteste anderer Staaten würde ich unbedingt abwiesen, umso mehr als alle mehr oder weniger offen an mich appellieren, den Frieden erhalten zu helfen. Das

werde ich nun auf meine Manier und so schonend für das österreichische Nationalgefühl und für die Waffenehre seiner Armee als möglich. Denn an letztere ist schon bereits seitens des obersten Kriegsherrn appelliert worden und sie ist dabei, dem Appell zu folgen. Also muß sie unbedingt eine sichtbare Satisfaction d'honneur haben; das ist Vorbedingung für meine Vermittlung. Daher wollen Euer Excellenz in dem skizzierten Sinne einen Vorschlag mir unterbreiten, der nach Wien mitgeteilt werden soll. Ich habe im obigen Sinne an den Chef des Generalstabes durch Plessen schreiben lassen, der ganz meine Ansicht teilt.

Wie gestaltete sich nun der weitere Verlauf und welches war der Erfolg dieser kaiserlichen Friedensvermittlung? Der Reichskanzler bestätigt die Ausföhrung dieser Weisung in folgender Mitteilung an den Kaiser:

Berlin, 28. Juli 1914.

Euer Majestät melde ich alleruntertänigst, daß ich die befohlene Demarche in Wien telegraphisch habe machen müssen, da es keine regelmäßige Zugverbindung mit Wien mehr gibt.

Dieser Demarche wird es nach meiner ehrsüchtigen vollen Dafürhaltung entsprechen, wenn Euer Majestät nunmehr doch die Gnade haben wollten, ein Telegramm an Seine Majestät den Zaren zu richten. Ein solches Telegramm würde, wenn es dann doch noch zum Kriege kommen sollte, die Schuld Rußlands in das hellste Licht setzen. Einen Entwurf dazu wage ich alleruntertänigst anzuschließen. Graf Pourtales ist angewiesen, Herrn Saionow zu sagen, daß Euer Majestät bestrebt seien, Wien zu einer offenen Aussprache mit Petersburg mit dem Ziele zu veranlassen, Zweck und Umfang des österreichischen Vorgehens in Serbien in unzweideutiger und hoffentlich Rußland befriedigender Weise klarzulegen. Die inzwischen erfolgte Kriegserklärung ändere daran nichts.

Die „Demarche“ nach Wien: ein dringendes Telegramm (Nr. 174) des Reichskanzlers an den Botschafter in Wien hatte folgenden Wortlaut:

Berlin, 28. Juli 1914.

Die österreichisch-ungarische Regierung hat Rußland bestimmet, daß sie an territoriale Erwerbungen in Serbien nicht denke. Dies stimmt mit der Meldung Euer

Erzellen überein, daß weder die österreichischen noch die ungarischen Staatsmänner die Vertretung des slavischen Elements in der Monarchie für wünschenswert halten. Dievon abgesehen, hat uns die österreichisch-ungarische Regierung trotz wiederholter Anfragen über ihre Absichten im unklaren gelassen. Die nunmehr vorliegende Antwort der serbischen Regierung auf das österreichische Ultimatum läßt erkennen, daß Serbien den österreichischen Forderungen doch in so weitgehendem Maße entgegengekommen ist, daß bei einer völlig intransigenten Haltung der österreichisch-ungarischen Regierung mit einer allmählichen Wöhr der öffentlichen Meinung von ihr in ganz Europa gerechnet werden muß.

Nach den Angaben des österreichischen Generalkonstabes wird ein aktives militärisches Vorgehen gegen Serbien erst am 12. August möglich sein. Die (deutsche) Regierung kommt infolgedessen in die außerordentlich schwierige Lage, daß sie in der Zwischenzeit den Vermittlungs- und Konferenzvorschlägen der anderen Kabinete ausgesetzt bleibt und wenn sie weiter an ihrer bisherigen Zurückhaltung solchen Vorschlägen gegenüber festhält, das Dökm, einen Weltkrieg verurteilt zu haben, schließlich auch in den Augen des deutschen Volkes auf sie zurückfällt. Auf einer solchen Basis läßt sich ein erfolgreicher Krieg nach drei Fronten nicht einleiten und führen. Es ist eine gebieterische Nowendigkeit, daß die Verantwortung für das eventuelle Uebergreifen des Konflikts auf die nicht unmittelbar Beteiligten unter allen Umständen abgelenkt wird. In der letzten Unterredung Herrn Saonows mit dem Grafen Bourlaes hat der Minister bereits zugegeben, daß Serbien die „verdiente Dektion“ erhalten müsse. Der Minister fand überhaupt dem österreichischen Standpunkt nicht mehr so bedingungslos ablehnend gegenüber wie früher. Es liegt hierauf die Schlüsselrolle nicht fern, daß sich die russische Regierung auch der Erkenntnis nicht verschließen wird, daß nach einem einmal die Mobilisierung der österreichisch-ungarischen Armee begonnen hat, schon die Waffenehre den Einmarsch in Serbien erfordert. Sie wird sich aber mit diesem Gedanken umso mehr abzufinden wissen, wenn das Wiener Kabinett in Petersburg die bestimmte Erklärung wiederholt, daß ihm territoriale Erwerbungen in Serbien durchaus fernliegen und daß ihre militärischen Maßnahmen lediglich eine vorübergehende Besetzung von Belgrad und anderen bestimmten Punkten des serbischen Gebietes bezwecken, um die serbische Regierung zur völligen Erfüllung ihrer Forderungen und zur Schaffung von Garantien für künftiges Wohlverhalten zu zwingen, auf die Oesterreich-Ungarn nach den mit Serbien gemachten Erfahrungen unbedingt Anspruch hat. Die Besetzung sei gedacht wie die deutsche Okkupation in Frankreich nach dem Frankfurter Frieden zur Sicherung der Forderungen auf Kriegsentwähigung. Sobald die österreichischen Forderungen erfüllt seien, werde die Räumung erfolgen. Erkennt die russische Regierung die Berechtigung dieses Standpunktes nicht an, so wird sie die öffentliche Meinung ganz Europas gegen sich haben, die im Bewußtsein sich von Oesterreich abzuwenden. Als eine weitere Folge wird sich die allgemeine diplomatische und wahrscheinlich auch die militärische Lage sehr wesentlich zu Gunsten Oesterreich-Ungarns und seiner Verbündeten verschärfen.

Es. pp. wollen sich umgehend in diesem Sinne dem Grafen Berchtold gegenüber nachdrücklich ausdrücken und eine entsprechende Demarche in Petersburg anregen. Sie werden es dabei sorgfältig zu vermeiden haben, daß der Eindruck entsteht, als wünschten wir, Oesterreich zurücksuhalten. Es handelt sich lediglich darum, einen Modus zu finden, der die Verwirklichung des von Oesterreich-Ungarn erstrebten Zieles, der großserbischen Propaganda den Lebensnerve zu unterbinden, ermöglicht, ohne gleichzeitig einen Weltkrieg zu entfesseln, und, wenn dieser schließlich nicht zu vermeiden ist, die Bedingungen, unter denen er zu führen ist, für uns nach Zulässigkeit zu verbessern.

Wie bei Bethmann überall, so auch hier eine Halbheit: denn wenn das „nachdrückliche Ausprechen“ vor allem den Eindruck vermeiden soll, „als wüßte Deutschland Oesterreich zurückzuhalten“, so konnte die „Nachdrücklichkeit“ keinesfalls so ausfallen, daß man in Wien Raison annahm. Aber wie hat der Ballhaus-

platz dieser Mahnung begegnet? Wien antwortete überhaupt nicht! Am nächsten Tage telegraphiert Bethmann an den Botschafter in Wien: „Sofort Drahtantwort, ob Telegramm Nr. 174 von gestern angekommen.“ Er läßt am gleichen Tage der Depesche eine zweite folgen: „Erwarte umgehende

Erledigung des Erlasses Nr. 174.“ Was kann ihm der Botschafter antworten? Dieses:

Wien, den 29. Juli 1914.

Auftrag ausgeführt. Graf Berchtold dankt für Anregung. Minister ist bereit, Erklärung wegen territorialen Desinteressement, die er bereits in Petersburg und durch hiesigen russischen Vertreter abgegeben hat, nochmals zu wiederholen. Was die weitere Erklärung bezüglich militärischer Maßnahmen anlangt, erklärte sich Graf Berchtold anerkennend, mir sofort Antwort erteilen zu können. Trotz Vorstellung über Dringlichkeit der Sache habe ich bis heute abend keine weitere Mitteilung erhalten.

Inzwischen war auch der Grenzsche Vermittlungsvorschlag aufgetaucht, der im Wesen ganz dasselbe vorschlug, was Wilhelm im Sinne hatte: daß man Oesterreich-Ungarn jede Genugtuung verschaffen werde, wenn es sich mit der Besetzung Belgrads und anderer Punkte Serbiens begnüge, im übrigen mit den kriegerischen Operationen innehalte, welcher Vermittlungsvorschlag gleichfalls von Berlin nach Wien mit sehr ersten Mahnungen übermittelt worden war. Es lagen also in Wien zwei Vermittlungsvorschläge vor, der von Wilhelm und der von Grey; wie wurden sie in Wien behandelt? Darüber unterrichtet uns folgender Bericht des Reichskanzlers an Wilhelm:

Berlin, 30. Juli 1914.

Von Euer Majestät Botschafter in London traf diese Nacht das alleruntertänigst beigefügte Telegramm ein. Euer Majestät Botschafter in Wien hat gleichfalls diese Nacht gemeldet, daß er den Vermittlungsauftrag Euer Majestät bei Graf Berchtold ausgerichtet, trotz Drängens aber bis Mitternacht keine definitive Antwort erhalten habe. Ich habe ihn unter Hinweis auf die vermuthliche englische, italienische und rumänische Haltung angewiesen, eine sofortige Erklärung des Grafen Berchtold zu verlangen, damit diese Episode in der einen oder anderen Form abgeschlossen werden könne. Dabei habe ich darauf aufmerksam gemacht, daß jeder Erklärung Wiens an Petersburg über Zweck und Umfang der österreichischen Aktion gegen Serbien die Schuld Rußlands nur vergrößern und vor der gesamten Welt öffentlich dokumentieren würde. Die im Telegramm des Fürsten Wladimirovsky wiedergegebenen englischen Vorschläge habe ich dem Grafen Berchtold zur ersten Erwägung unterbreitet.

Sollte England sich stark machen, Oesterreich die von ihm in Aussicht gestellten Erfolge zu sichern, so würde darin eine mögliche Satisfaction Oesterreichs liegen.

„Eine sofortige Erklärung des Grafen Berchtold zu verlangen“; „zur ersten Erwägung unterbreitet“: und was hat man in Wien daraufhin getan? Am 31. Juli meldet Herr Franz Josef dem Wilhelm, „er habe die Mobilisierung seiner ganzen bewaffneten Macht angeordnet“, und macht ihm kund und zu wissen, daß sich Deutschland in den Weltkrieg zu begeben habe, weil Oesterreichs Prestige es so erfordere. Denn so gelangte Deutschland tatsächlich in den Weltkrieg: wie es Bethmann Hollweg in einer Depesche an den Botschafter in Wien am 4. August 1914 nun feststellte:

Nr.:

TAG:

Wir sind durch Oesterreichs Vorgehen gezwungen, den Krieg zu führen, und können erwarten, daß Oesterreich diese Tatsache nicht zu verdunkeln sucht, sondern offen bekundet, daß drohender Eingriff (Mobilmachung gegen Oesterreich) im serbischen Konflikt Oesterreich zum Kriege zwingt.

Wie Oesterreich zu dem Kriege „gezwungen“ worden ist, hat die Welt nun genugsam erfahren. Aber die Wahrheit, die hier Bethmann festgestellt, daß Oesterreich-Ungarn Deutschland in den Krieg hineingerissen, nein: hineingezwungen hat, ist dann von Berlin aus systematisch verdunkelt worden: sie mußte der Legende weichen, daß Deutschland von der Entente überfallen worden ist. Jetzt wissen wir freilich, daß die Schurkerei des Ballhausplatzes und der bodenlose Leichtsinns der Wilhelmstraße die wahren Kriegsurheber waren.

Berlin, 20. Jänner.

Im Laufe der heutigen Verhandlung des Preussischen Erzberger-Helferich führte Helferich u. a. aus: Nach Kriegsausbruch sei Erzberger die Organisation der Auslandspropaganda überlassen worden. Helferich glaube, daß die Propagandatätigkeit Erzbergers durch schlechte Auswahl der Vertrauensleute und Unkenntnis der Verhältnisse gewaltigen Schaden getan habe. Am verhängnisvollsten aber war, daß Erzberger schließlich hinter dem Rücken der leitenden und verantwortlichen Staatsmänner eine eigene Politik machte, die mehr und mehr in das Kielwasser der Wiener Regierung und, was noch schlimmer war, der Familienpolitik des Hauses Bourbon-Parma geriet. Erzberger, sagte Helferich, hat zu leugnen versucht, daß sein verhängnisvoller Vorstoß im Hauptausschuß des Reichstages vom Juli 1917, mit dem er, meiner Ansicht nach, politisch den Krieg verloren haben und österreichischen Einfluß zurückgegangen sein hat meine Behauptung, daß er diesen Vorstoß im Unverständnis, ja auf Anstiften des Grafen Czernin gemacht habe, als eine grobe Unwahrheit bezeichnet. Ich bitte nur im Buche, das Graf Czernin über den Weltkrieg veröffentlicht hat, nachzulesen, was dieser auf Seite 211 sagt. (Helferich verliest die fragliche Stelle.) Erzberger hat mit seinem Vorstoß die bei unseren Feinden aufkeimende Friedensgeneigtheit zerstört. Er hat diesen verhängnisvollen Wert fortgesetzt durch Vor-

lesung des geheimen Immediatberichtes Czernins im Reichsausschuß der Zentrumspartei. Graf Wedel und Czernin haben diese Handlungsweise als schwerste Indiskretion bezeichnet. Ich bezeichne sie als Landesverrat. Helferich fuhr fort: Nach Abschluß des Waffenstillstandes habe sich ihm gegenüber Erzberger geäußert, er habe mit Marschall Foch gesprochen, der gesagt hätte, wir müßten nur sehen, einen Vorfrieden zu schließen, dann würden die besetzten Gebiete bis auf Elba-Vohringen wieder geräumt werden. Er habe sich ferner vergewissert, daß wir unsere direkten und indirekten Kriegsschäden aufrechnen könnten, und da bliebe für uns keine sehr große Differenz zu begleichen übrig. Helferich behauptet, daß Erzberger durch den Vertrag mit Belgien über die Einlösung der umlaufenden Marknoten zu ihrem Goldwerte statt 6 1/2 Milliarden 65 Milliarden an Belgien und an Schieber, die rechtzeitig Marknoten nach Belgien brachten, gelangen ließ. Er habe in seiner amtlichen Tätigkeit die Wahrnehmung gemacht, daß Erzberger in Ausübung seines großen politischen Einflusses sich vielfach bestimmen ließ, an seine und seiner Freunde finanzielle Interessen zu denken. Damit beginne nach seiner Anschauung die politische Korruption. Erzbergers statliches Vermögen sei innerhalb der vier Kriegsjahre entstanden. Das Vermögen sei nicht erworben durch ordnungsmäßige geschäftliche Betätigung, sondern durch Ausnützung seiner politisch-parlamentarischen Stellung. Zum Schlusse seiner weitläufigen Rede erklärte Helferich, er habe sich bemüht, einen Einblick in die Arie zu geben, die ihn zu seinem Voraehen bestimmt hatten.

Reichsfinanzminister Erzberger erklärte, daß sein Gewissen rein sei und daß er, wenn auch nur ein minimaler Prozentsatz der Vorwürfe wahr wäre, längst die Konsequenzen gezogen hätte. Er wies entschieden zurück, daß er sich auf verräterische Art Material geschaffen habe. Er ging dann zur Darstellung seiner Tätigkeit als Chef der Reichspropaganda über. Er leugnete, daß Schaden durch diese Propagandatätigkeit herbeigeführt worden sei. Das Bestehen von Beziehungen zum österreichischen Kaiserhaus bestritt er nicht, es sei aber dreist, zu behaupten, er habe eine österreichische oder gar eine Parma-Politik getrieben. Er sei stets nur im Interesse Deutschlands tätig gewesen. Die Friedensaktion im Juli 1917 würde stets in goldenen Lettern in der Geschichte des deutschen Parlaments stehen. Er sei durch die Friedensaktion Bethmann-Hollweg nicht in den Rücken gefallen. Hinsichtlich des Berichtes des Grafen Czernin habe ihm der Reichskanzler Einsicht in diesen Bericht verschafft. Der Bericht informierte ihn über die Stimmung, die in Österreich herrschte, und er wurde beauftragt, dagegen zu wirken, daß Österreich einen Sonderfrieden schließe. Czernin habe eine Mitwirkung an diesen Sonderfriedensbestrebungen früher bestritten. Heute stehe es jedoch einwandfrei fest, daß Czernin dabei war. Erzberger habe von dem Bericht erst in einer vertraulichen Sitzung der Zentrumspartei in Frankfurt a. M. Gebrauch gemacht. Das sei nicht nur sein Recht, sondern auch seine Pflicht gewesen, denn es herrschte damals selbst in den führenden politischen Kreisen über die Politik keine Klarheit. Die mußte er erst schaffen. Niemand habe bei der Verlesung des Berichtes mitgeschrieben, so daß der Bericht

nicht aus dieser Sitzung bekannt geworden sein würde. — In Besprechung des Waffenstillstandes protestierte Erzberger energisch gegen die Unterstellung, daß er die deutschen Interessen preisgegeben habe. Niemand anderer als Hindenburg war es, der ihm eine Depesche nachsandte, in der es u. a. hieß: „Bitte abzuschließen, selbst wenn keine Milderungen erreicht werden sollten.“ Das für Erzberger entscheidend war, war die seinerzeitige Konferenz der Minister aller Staaten. Dort äußerten sich die Süddeutschen: „Wenn wir nicht unterzeichnen, sind wir eine Regierung gewesen, und dann werden neue Regierungen in den Ländern gebildet werden und diese einen Sonderfrieden abschließen.“ Die Einheit Deutschlands mußte aber unter allen Umständen aufrechterhalten werden. Zu einem Abfall der Rheinlande wäre es auf jeden Fall gekommen. Erzberger sehe nach wie vor in dem Angeklagten einen der Mitschuldigen an dem entsetzlichen Ausgang des Krieges. Ich bin, sagte er, ganz damit einverstanden, die Korruption anzukuroten. Bis jetzt aber kenne ich kein Gesetz, das es als unzulässig ansieht, daß ein Parlamentarier einen Aufsichtsratsposten annimmt. Was meine persönlichen Verhältnisse anlangt, bin ich nicht vermögenslos nach Berlin gekommen, meine Frau hat Vermögen, und es ist traurig, daß hier in dieser Weise sogar im Familienleben herumgehört wird. Falsch ist, daß ich im Laufe des Krieges zu einem beträchtlichen Vermögen gekommen bin. Ich fürchte mich

nicht vor einer Nachprüfung, der ich mit ruhigem Ge-
wissen entgegenstehe. Erzberger schloß seine Ausführun-
gen mit den Worten: Meine Politik war getragen von
der Liebe zum Vaterland.

Aus Oesterreich-Ungarns Teilnahme am Weltkrieg.

Von J. Losertb.

Die Zahl der Bücher aus der Feder hervorragender militärischer Führer im Deutschen Reich über ihre Tätigkeit im Weltkrieg schwilt immer mehr an. Es genügt hier, an die neuesten Bücher des Generalfeldmarschalls v. Bülow, des Generalobersten von Hansen, der Generale v. Falkenhayn, v. Moser, von Morgen, v. Leitow-Vorbeck zu erinnern, zu denen noch die allgemeineren Zwecken dienenden Bücher von Lubendorff und Tirpitz hinzukommen, ja selbst solche Werke, wie das des jüngeren Hertling oder gar Nicolais Biologie des Krieges dürfen nicht übersehen werden, so groß auch der Schaden ist, den der letztgenannte der deutschen Sache zugefügt hat. Wohl darf sich keines mit dem Lubendorffs messen, das von der Fachkritik den Memoiren Cäsars oder Clausewitzens Buch vom Kriege an die Seite gestellt wird. Dieser reichhaltigen Literatur gegenüber, aus der hier nur das Wenigste genannt werden konnte, ist man in Oesterreich-Ungarn stark im Rückstand geblieben und was bisher erschienen ist, ist nach Inhalt und Anlage nicht einwandfrei und daher nicht ohne Widerspruch geblieben. Während sonst nach großen Kriegen der Generalfeld eine zusammenhängende Darstellung der Feldzüge erscheinen ließ, ist dies durch den Zusammenbruch der Monarchie, die die Auflösung der Armee zur Folge hatte, ausgeschlossen. Von den Führern aber ist durch diese Entwicklung der Dinge der eine und der andere in eine gewisse Stellung ge-

raten, zum Teil ist auch das wichtigste Quellenmaterial zerstreut, wenn nicht ganz verloren gegangen. Um so willkommenener wird das Buch Nuffenberg-Komarows „Aus Oesterreich-Ungarns Teilnahme am Weltkrieg“ (1920, Verlag von Ullstein, Berlin und Wien) heißen werden, da es aus der Feder eines Mannes stammt, der nahezu vier Dezennien hindurch der österreichisch-ungarischen Armee angehörte und als Führer der vierten Armee, die er bei Komarow zum Siege führte, an der Ostfront eine hervorragende Rolle zu spielen berufen war. Das Buch behandelt in lichtvoller Gruppierung des Stoffes zunächst und mehr einleitungsweise die Entstehung des Weltkrieges, dann in dem eigentlichen militärischen Teil, der begreiflicherweise viel umfangreicher ist als der politische, die Stärkeverhältnisse Oesterreichs und Russlands, das topographische und militärgeographische Moment, die politisch-strategische Situation vor Kriegsbeginn, den Aufmarsch gegen Russland, den Operationsplan und die einleitenden Operationen, dann mit besonderer Gründlichkeit die Schlachten bei Komarow und Grodel-Kawaraska, endlich den Rückzug über den San und Dunajec bis zu den Vorbereitungen zur Wiederaufnahme der Offensive. Der politische Teil bietet im ganzen keine neuen Aufschlüsse, es ist aber durchaus dankenswert, daß das, was eindringliche Forschung bereits gesichert hat, hier zwar knapp, aber doch gut gemeinverständlich dargestellt wird. Man wird dem Verfasser nach keiner Seite hin Parteilichkeit vorwerfen können, möchte allerdings wünschen, daß manche Dinge schärfer herausgehoben und zusammenfassend dargestellt worden wären. Mit Recht wird in der Preisgabe der Einheitlichkeit der Armee „eine der ersten, doch auch tiefgründigsten Ursachen gesehen, die zum Zerfall der

Armee führten", wird „ein gewaltiger Prozentsatz Schuld an dem tragischen Schlussergebnis, dem Versagen des allgemeinen Ernährungsdienstes, zugeschrieben", wird die geringe Beachtung hervorgehoben, „die die Erfahrungen des russisch-japanischen Krieges gefunden haben", vor allem „die früher nie dagewesene politische Agitation betont, die ein unendlich überlegener großzügiger Feind gemacht und eine unendlich unkluge eigene Politik gestützt hatte." „Nicht das Schwert war es, das uns gänzlich niederwarf; es war die Auflösung von innen, die unsere Reihen zerbrach." Mit Recht werden auch die Irrtümer der Dynastie herausgehoben und vor allem die hochverräterischen Umtriebe unter der nichtdeutschen und nichtmagyarischen Bevölkerung erwähnt, als deren Ergebnis erscheint, daß die verhassten Rekruten und Reservisten nur unwillig zur Truppe eintückten; aber das hätte viel deutlicher gesagt und die entsprechenden kaiserlichen und erzhertzoglichen Erlasse gewürdigt werden müssen. Es ist nicht zu übersehen, daß es schließlich keinen geschlossenen tschechischen Truppenkörper mehr gab und deren Mannschaften unter Deutsche und Magyaren verteilt werden mußten. Die Zerstückung des alten Österreich setzte ja freilich schon sehr früh ein; denkt man sich zum Beispiel im Jahre 1848 an Stelle des antirevolutionären ersten Kaisers Nikolaus den zweiten dieses Namens mit seinem panslawistischen Anhang, so lagen die Dinge schon damals wie 70 Jahre später. Man halte dazu, daß fast die ganze Regierung Kaiser Franz Josefs eine Leidenszeit für die Deutschen in Österreich war und diese trotzdem und alledem an einem Staatswejen festhielten, das ihnen nichts bot, als unausgesetzte Verluste an ihrem Volkstum. Ob

man bei einem solchen Stand der Dinge berechtigt war, trotz triftiger Ursachen in einen Krieg einzutreten, ist wohl zu erwägen und so muß man es Ruffenberg danken, daß er sich dem Zweifel nicht verschließt. Darum ist die bezügliche Note von der Entnationalisierung der Deutschen in Österreich (die Zahlen daselbst bedürfen einer Korrektur) gut angebracht. Nur hätte die unglaubliche Nationalitäten- und Wirtschaftspolitik der Magyaren wie die Einfißlichkeit des Hofes noch deutlicher herausgehoben werden müssen. Man wird begreifen, daß man schon Jahre vor dem Zusammenbruch als fürmlisches Dogma den Satz in allen — auch gut österreichischen — Kreisen hören konnte: „Sol'ang der alte Kaiser lebt, hält's noch, dann kommt das Ende." Die streng militärischen Ausführungen des Verfassers sind — wie wir von einer der kompetentesten Seiten belehrt werden — durchaus zutreffend. Das Kapitel über die österreichischen Offiziere muß auf jeden, dessen Blick nicht durch parteipolitische Wahneinstellungen getrübt ist, geradezu erschütternd wirken. So ist es in der Tat: Der deutsche Offizier, und zwar diesseits und jenseits unserer Reichsgrenzen, ist nicht nur der Held, sondern auch der Märtyrer des Weltkrieges. „Er findet jetzt, wo er nach unsäglichen Opfern, an Leib und Seele gebrochen, von allen verlassen, wieder zurückkehrt, ein trostloses Heim, die Arbeit seines Lebens zerstört, er findet ein völlig zerstückeltes, atomisiertes Vaterland, er findet sich, Weib und Kind in der Existenz bedroht, ja vielleicht vernichtet und findet — den historischen Dank des Hauses Österreich, der aber zu erweitern wäre in den Dank vom Hause und von den Vätern Österreichs. Und damit der Gipfel

des Kalvarienberges erstiegen werde, findet er schließlich noch Spott und Hohn und geisernde Anschuldigung von jenen, für die er gekämpft und sein Herzblut verspritzt hat."

Wir hätten gewünscht, daß auch die über alles Lob erhabene Haltung der deutschen Referentoffiziere besonders hervorgehoben worden wäre, denn sie standen sowohl in Bezug auf ihre Verlässlichkeit wie auch auf ihre Hingebung den aktiven Kameraden in nichts nach, und endlich darf der deutschen akademischen Jugend nicht vergessen werden, die, soweit sie imstande war, eine Platte zu tragen, mit Begeisterung zu den Fahnen eilte. In den Hörsälen unserer Hochschulen sah man denn auch während des Krieges nur noch slawische, italienische und weibliche Studierende. Daß das Verhalten an den slawischen Universitäten ein anderes war, ist bekannt. Was die Darstellung der einzelnen Operationen betrifft — ausgezeichnete Karten und Pläne erleichtern das Studium — ist es allerdings nicht ganz leicht, ein völlig sicheres Urteil abzugeben, insoweit nicht außer den in dem vorliegenden Buche noch andere verlässliche Quellen zur Verfügung stehen. Zum Schluß wäre noch ein Moment hervorzuheben: Der Verfasser übt nach allen Seiten hin eine — mitunter recht scharfe — Kritik, und zwar sowohl an den Verhältnissen, als auch an hohen und höchsten Persönlichkeiten; trotzdem er nun, ungeachtet seiner Erfolge, am 1. Oktober 1914 vom Kommando der vierten Armee entbunden wurde, was gewiß nicht ohne Reibungen abgegangen ist, artet seine Kritik an keiner Stelle in solche unschöne Formen aus, wie dies (um von anderen zu schweigen) in dem Werke Kovats der Fall ist.

Gzernins Geschichtsfälschung.

Herr Czernin hat seinem Buche („Im Weltkrieg“), in dem er das „Totalbild“ des Krieges so schildern will, „wie es sich in seinem Kopfe spiegelt“, einige „einleitende Betrachtungen“ vorausgeschickt, die, unter anderem, berichten wollen, wie es zu dem Ausbruch des Weltkrieges kam. Es mag sein, daß es sich wirklich in dem Kopfe Czernins so spiegelt, daß an dem Kriegsausbruch niemand so wenig Schuld trägt als der Ballhausplatz; aber das ändert nichts daran, daß die Darstellung des gewissen Ministers des Aeußern eine gräßliche Geschichtsfälschung ist. Wir wollen ihr die wirklichen Tatsachen entgegenhalten.

Für Czernin ist das Bündnis Oesterreich-Ungarns mit Deutschland schon vor dem Kriege eine Last: „Unser Schicksal war an das Deutschlands gebunden, wir wurden durch das Bündnis von Deutschland, ohne daß wir es wußten, fortgeschleppt.“ Diese Auslegung steht mit den wirklichen Tatsachen im vollsten Widerspruch. Denn die Quelle der Gefahren für den Frieden in Europa lag ganz erkenntlich in dem Nationalitätenstaat, dessen Sein geradezu alle Nationen an seinen Grenzen (Italien, Rumänien, Serbien, Rußland) zu Feinden machte und dessen Zustand alle der Meinung führte, daß die Gelegenheiten, ihre nationalen Ansprüche zu realisieren, kommen müsse. Gewiß hatte auch das Deutsche Reich seine Feinde und Gegner in der Welt; aber diese Gegnerschaften trafen nicht sein Sein, richteten sich nur gegen Annahmlichkeiten und Ausschreitungen; wegen dieser wäre es aber nie zu einem Kriege gekommen. Das Bündnis bedeutete also, daß Deutschland für Oesterreich-Ungarn ausgesetzt die Rückendeckung beizustellen mußte — wie es sich faßlich in den Konflikten in den Jahren 1908 und 1912 zeigte —, also bei dem Bündnis immer der leistende Teil war. Diese Politik, sich für den Bundesgenossen unbesehen einzusetzen, hat Deutschland schließlich in den Abgrund dieses Krieges gebracht. Nach diesem Aufstakt kommt Czernin zu dem Schlusse, „der Weltkrieg wäre niemals ausgebrochen, wenn nicht das wachsende Mißtrauen der Entente in Deutschlands Pläne die Situation bereits zum Siedepunkt erhitzt gehabt hätte“. Aber wodurch entstand das Mißtrauen in jener kritischen Zeit? Daß die deutsche Politik dem Bundesgenossen bei seinen Abenteuer carte blanche gab, war eben derart hinverbrannt, daß es niemand glauben wollte und die Meinung geradezu naturnotwendig entstehen mußte, Deutschland habe die l. u. f. Regierung zu der kriegerischen Politik angestiftet, um so den ersetzten Vorwand für den Krieg zu erlangen, der seine „Weltherrschaftspläne“ verwirklichen sollte. Das Unselige der wilhelminischen Politik lag ja darin, daß es an den Gegnerschaften, die sein Ausdehnungsdrang hervorrief, nicht genug hatte — obwohl die Vernunft geboten hätte, eben diesen Drang zu zügeln —, sondern auf seine Schultern noch alle Händel lud, in die der Nationalitätenstaat immer mehr verstrickt wurde; die blinde Freundschaft zu dem Habsburgerstaate, der die Kraft nicht aufbrachte, sich den Notwendigkeiten der Zeit anzupassen, schuf ihm noch Gegnerschaften über seinen Bestand hinaus. Bis der Abschluß kam: daß Deutschland in einen Weltkrieg geriet, weil Habsburg auf den Krieg gegen Serbien

nicht verzichten wollte.

Das alles nur, um den Geist dieser Geschichtsbetrachtung zu würdigen. Nun kommt Czernin zu den Tatsachen, die den Ausbruch des Krieges verursacht haben, und wen belädt er, glaubt man, mit der ganzen Verantwortung für den Krieg? Den Tschirschky, der damals deutscher Botschafter in Wien war! Dieser Diplomat ist ihm geradezu der Dämon des Weltkrieges; insbesondere habe er den Berchtold, der an den Weltkrieg „niemals auch nur im Schlafe gedacht hat“, einfach verhetzt. Tschirschky war nämlich überzeugt gewesen, „daß Deutschland in der allernächsten Zeit einen Krieg gegen Frankreich und Rußland werde durchkämpfen müssen“, und weil er „überzeugt war, daß er die Monarchie jetzt mit in den Krieg hineinziehen könne und werde, während es zweifelhaft schien, ob der alte friedfertige Kaiser Franz Josef bei einer anderen Gelegenheit für Deutschland das Schwert ziehen werde“, wollte er „den serbischen Zwischenfall benutzen, um Oesterreich-Ungarns in dem entscheidenden Kampfe sicher zu sein“. Es ist bei der Beurteilung der Politik und des Verbrechens des Ballhausplatzes selbst-

verständlich ganz unerheblich, welche „Ueberzeugung“ Tschirschky damals gehabt haben mag; dennoch wollen wir feststellen, daß diese Behauptungen mit unzweideutigen Tatsachen so im Gegensatz stehen, daß man sie kurzweg als Lüge bezeichnen darf. Am 30. Juni berichtet Tschirschky nach Berlin: „Ich benütze jeden Anlaß, um ruhig, aber sehr nachdrücklich und ernst vor übereilten Schritten zu warnen.“ Wozu Kaiser Wilhelm bemerkt: „Wer hat ihn dazu ermächtigt? Das ist sehr dumm! Geht ihn gar nichts an, da es lediglich Oesterreichs Sache ist, was es hierauf zu tun gedenkt. Tschirschky soll den Unsinn gefälligst lassen! Mit den Serben muß aufgeräumt werden und zwar bald!“ Es mag sein, daß Tschirschky danach das „Warnen“ unterlassen hat; aber daß er darauf, seine innere Meinung ganz verleugnend, zum Schweigen übergegangen ist, ist schwer zu glauben. Indessen brauchen wir uns auf keine psychologischen Erwägungen einzulassen; es ist nämlich möglich, Czernins Geschichtsklitterung noch ganz anders zu widerlegen.

Herr Czernin wagt nämlich, bei der Arbeit zur Verewaltung des Ballhausplatzes, auch die Behauptung, „daß Graf Berchtold selbst durch das Ultimatum nicht den Krieg wollte, sondern bis zum letzten Augenblick hoffte, den Sieg mit der Feder davonzutragen“. Hoffte, wo die allerbestimmtesten Beweise dafür vorliegen, daß das Ultimatum an Serbien so zu fertigen, daß es nicht angenommen werden könne! Schon im gemeinsamen Ministerrat vom 7. Juli: daß ein rein diplomatischer Erfolg, wenn er auch mit einer eklatanten Demütigung Serbiens enden würde, wertlos wäre, daß daher solche weitgehende Forderungen an Serbien gerichtet werden müßten, die eine Ablehnung voraussehen lassen, damit eine radikale Lösung im Wege eines militärischen Eingreifens angebahnt würde.“ Die Kriegserklärung erlangt Berchtold von dem „friedfertigen“ Kaiser mit folgenden Worten: „Ich halte es nicht für

ausgeschlossen, daß die Tripotentemächte noch einen Versuch machen könnten, eine friedliche Beilegung des Konflikts zu erreichen, wenn nicht durch die Kriegserklärung eine klare Situation geschaffen wird.“ Man könnte noch einen Haufen von Zeugnissen beibringen, daß der Ballhausplatz den Krieg gegen Serbien unter allen Umständen gewollt — jede seiner Handlungen und Unterlassungen jener Tage ist zwingender Beweis —, aber wir denken schon diese zwei Zitate reichen aus, um Czernins Behauptungen als dreiste Unwahrheit erkennen zu lassen. Wir wissen, daß das Ultimatum, dessen ganzen Werdegang wir in dem österreichischen Roibuch verfolgen können, so mit Forderungen überspannt wurde, damit Serbien es ablehnen müsse; Czernin hat die Dreistigkeit, zu sagen, „die Form erkläre sich nicht durch den Berchtold'schen Wunsch nach Krieg“ (obwohl die Wunsch der Krieg (Weggang des Ultimatus war), sondern, es ist zu albern, „durch den Wunsch anderer Elemente, vor allem wohl Tschirschly's“.

Gerade weil der Ballhausplatz den Krieg und nur den Krieg wollte, mußte er den ganzen Plan auf Verblüffung einstellen; darum auch wurden die entfernteren Bundesgenossen, Italien und Rumänien, nicht ins Vertrauen gezogen. (So berichtet der deutsche Botschaftsrat über eine Unterredung mit Berchtold am 18. Juli, er habe Berchtold auch gefragt, ob er vor einer eventuellen Aktion gegen Serbien mit Italien Fühlung zu nehmen gedenke, worauf ihm Berchtold sagte, „er habe bisher noch kein Wort verlauten lassen und beabsichtige auch, die italienische Regierung vor ein Fait accompli zu stellen“). Es gelang erst Deutschland (Bericht aus Wien vom 21. Juli) Berchtold so weit zu bringen, dem italienischen Außenminister Marquis de San Giuliano „schon jetzt im allgemeinen Mitteilung zu machen über die Wiener Pläne gegenüber Serbien“; und als höchstes Entgegenkommen schwang sich der Berchtold, auf Berliner Vorhaltungen, dazu auf, die Note in Rom am selben Tage wie in Belgrad zu übergeben; den anderen Mächten wurde sie bekanntlich erst am nächsten Tage mitgeteilt. Czernin hat die

Kühnheit, diese aus dem Menschelplane des Berchtold ersiehende Brüsterung Italiens „den Einfluß jener Gruppe“ zuzuschreiben, deren Exponent Tschirschly war! Man hat Rumänien nicht verständigt, Czernin tadelt es, weil — „König Carol bestimmt alles versucht hätte, um Serbien zur Nachgiebigkeit zu bewegen“. Aber man wollte ja gerade das nicht, daß Serbien nachgebe! (Der deutsche Botschafter in London berichtet am 28. Juli, daß, als in London am 25. Juli die irrtümliche Nachricht verbreitet worden war, Serbien habe nachgegeben, die Herren der österreichisch-ungarischen Botschaft „geradezu niedergeschmettert waren“.) Jede der Czernin'schen Behauptungen ist eine Geschichtslüge. Die Ablehnung des (letzten) Greys'schen Vermittlungsvorschlages will er damit rechtfertigen, „daß Rußland damals im Kriege mit der Monarchie war“. „Der russische Einfall schuf ein Faktum.“ Der englische Vermittlungsvorschlag gelangte nach Wien am 30. Juli; die Kriegserklärung an Rußland datiert vom 6. August. Aber am 30. Juli hatte Rußland zum Kriege noch nicht einmal mobilisiert; die allgemeine Mobilisierung erfolgte dort am 31. Juli und auch die wäre der Annahme des Greys'schen Vorschlages nicht im Wege gestanden, denn dieser verlangte ja keineswegs, mit dem Mobilisieren in Wien innezuhalten, verlangte nur, daß in dem Kriege gegen Serbien, nach Besetzung Belgrads, nicht fortgeföhren werde. Wenn also Czernin die Ablehnung damit begründen will, „eine Verschiebung der Mobilisierung konnte in diesem Falle unberechenbare militärische Konsequenzen haben“, und wenn er behauptet, man habe in Wien am 31. Juli die Vorschläge Greys „unter Voraussetzung gewisser militärischer Kautelen angenommen“, so redet er wieder die Unwahrheit; diese „Kautelen“ waren nämlich just die Ablehnung dessen, was der Kern der englischen Vermittlung war, nämlich die Ablehnung der Forderung, mit dem Krieg gegen Serbien bei einem bestimmten Punkt innezuhalten. Czernin teilt uns mit, er sei „in völliger Unkenntnis der sich vorbereitenden Ereignisse wenige Tage vor dem Ultimatum in Steiermark eingetroffen, um seine Familie dortselbst für den Sommer zu etablieren“. Diese völlige Unkenntnis scheint ihm trenn- geblieben zu sein.

Der gute Mann hat wohl nicht geahnt, daß nachdem er die Geschichte so zurechtgebogen hatte, daß eine völlige Schuldlosigkeit jenes Ballhausplatzes heraus- gekommen ist, wo in Wahrheit das Verbrechen an der Menschheit ausgeübt worden ist, die Veröffentlichungen des deutschösterreichischen Staatsamtes für Neuperes und Karl Rautskys über die Vorgeschichte des Krieges vorliegen werden, die es ermöglichen, sein diplomatisches Gewebe aufzurollen und seine Nichtigkeit zu erweisen. Es ist nichts mit den Verschönigungen des Nachfolgers, wo sich der Vorgänger selbst schon längst entlarvt hat.

Der Panlawismus bis zum Weltkrieg.

Von J. Loserth.

II.

Man muß aber doch fragen, ob sich die regierenden Kreise nicht der Folgen dieser zur Herabsetzung des Staates führenden Bewegung bewußt waren. Zweifellos nicht. Man sah es vielmehr gern, daß sich die Tschechen an ein, wie es schien, unschuldiges Bildungsideal banden, die Slowenen aber stöhnten in ihrer Rückständigkeit keine Furcht ein. Zudem gab sich ja allerorten lebhaftes Interesse für die alten Sitten und Gebräuche, Lieder und Sagen des Volkes kund. Ein Grotte und Jakob Grimm priesen die serbischen Heldenlieder, Erzherzog Johann folgte mit Eifer den gleichen Bestrebungen der Slowenen — man suchte zu allem den Beifall der katholischen Slawen, denn schon fürchtete man die Konkurrenz der schismatischen Russen. So spricht Kaiser Franz dem Abbe Dobrowsky zu seinen dem Staatsinteresse entsprechenden Arbeiten sein Wohlgefallen aus. Allerdings zweifeln die tschechischen Gelehrten selbst noch an dem Erfolg ihrer Mühen. „Sollte es — schreiben Palachy und Jungmann — vom Schicksal bestimmt sein, unsere Sprache und Nation aus der Reihe der Völker verschwinden zu lassen, so wird doch die Höhe unserer Nationalliteratur den Maßstab zur Würdigung unserer Kulturstufe bilden.“ So schreiben auch noch alle diese Gelehrten deutsch und selbst die entschiedensten Führer verlangen nur Berücksichtigung der Muttersprache in den Schulen und waren weit davon entfernt, „die Einformigkeit der Verwaltung“ durch sprachliche Maßnahmen zu stören. Solchergehalt fanden Warnungen gegen die blinde Anbetung alles

Russischen, die von tschechischer Seite selbst an die Regierung gelangten, kein Gehör. Dazu hielt der mächtigste Landadel seinen Schild über die Tschechen. Seinem Einfluß danken die Vorhänger des Panlawismus gut dotierte Stellen: Palachy wird Landeshistoriograph, Wenzeslaus Hanla Bibliothekar am Museum, Schaffaril erst Zensor, dann Kusko, ein Mann wie Jungmann erhält den Leopoldorden usw. Wie hätten deutsche Gelehrte und Dichter solche Förderung gefunden. Man denke an Grillparzer. Meiternich ließ den Dingen ihren Lauf und sein Widersacher Graf Kolowrat bot schon den zweifelnden Tschechen das trostreiche Wort: Wir sind noch eine Nation. Schließlich reizte auch das Beispiel Ungarns zur Nachahmung. Jetzt wandten sich diese Slawen der Politik zu. Da aber ein offener Kampf noch nicht möglich ist, versucht man es mit Schleichwegen und mittelst Fälschungen, von denen die Hanlas die berühmtesten sind. Sie sind ja heute von den Tschechen beiseite geschoben, aber freilich erst, nachdem sie im Dienst der Nation ihre Wirkung getan. Schon gibt sich ein Mann wie Jungmann Rechenschaft darüber, daß die Ziele des Slawentums zu dem des deutschregierten Österreich im Gegensatz stehen. Er bedauert (1830) wohl die Polen, will aber für sie nichts tun, denn durch die Unterdrückung der polnischen verbreitet sich die russische Sprache, „die Russen reifen — von dort winkt die Erlösung“. Und so tritt auch Palachy in diesen Kreis. Sein Werk ist nicht „eine Geschichte von Böhmen“, sondern eine Geschichte der Tschechen in Böhmen, Hauptinhalt der Kampf gegen die Deutschen.

Wir müssen über die panlawischen Stimmen bei anderen Slawenstämmen der Kürze wegen hinweggehen, obwohl sich z. B. gerade unter den Slowaken die

Stimmführer des Panlawismus finden dort hat ja auch das bekannte Lied „Hoj Slovans“ seine Geburtsstätte), wiewohl sich weiterhin bei den Kroaten Männer wie Gij, bei den Serben Karadschisch finden und der panlawische Drang auch vor Preußens Thoren nicht Halt macht. Endlich wird auch in Russland das neue Evangelium gepredigt: es entsteht die Gesellschaft der vereinigten Slaven in Kiew, der Delabrifenbund usw. und schon stellt (1830) ein Buschlin die Frage: „Werden sich die slawischen Vöcher in russische Meer ergießen?“ Die politischen Ziele des Panlawismus finden beim Zaren Nikolaus zwar keine Förderung, denn sie erscheinen ihm als Auflehnung gegen die von Gott gesetzte Obrigkeit, sodann auch für eine Schädigung der scharf ausgeprägten russischen Sonderart: aber seine Minister denken schon anders: der russisch-nationale Standpunkt verträgt sich ganz gut mit der eifrigsten Pflege der Sympathien, welche die Slaven Oesterreichs und der Türkei für das Haus Romanow haben. Dient sie zunächst doch dazu, die Regierungen dieser Staaten zu beunruhigen oder den Wünschen Petersburgs gefügig zu machen. Mit Eifer wird nun die slawische Sprachwissenschaft gefördert, werden Lehrstühle errichtet und junge Gelehrte ins Ausland gesendet.

Noch sind diesen die politischen Gesichtspunkte fremd, aber schon der Historiker Pogodin stellt sich rückhaltlos auf den Boden des Panlawismus und wird der gelehrigste Schüler Kollars. In seiner dem Ministerium im Jahre 1840 überreichten Denkschrift tritt schon der Gedanke einer Zerstörung des Habsburger Reiches hervor. Die es Oesterreich vergleicht er einem überwüchsen Gebe, einem alten Baum, der innerlich faul ist, wenn er auch äußerlich noch

Blätter trägt und den der erste Windstoß mit der Wurzel ausreißt. Wie kann ein Staat, wo 5 Millionen (Deutsche) von 25 Millionen auf's tiefe gehaßt werden, zusammenhalten? Er empfiehlt eine starke Propaganda: den tschechischen Schriftstellern Schaffarik, Jungmann und Celakowsky, sowie der Matice in Prag seien Geldunterstützungen zuzuwenden, dem slowakischen Varden Kollar, der serbischen Matice, Gij usw. Selbst in Polen gewinnt der Panlawismus Boden. So ist der Panlawismus in allen slawischen Ländern eingebürgert und Veruche, die dagegen gemacht wurden, unter dem Protektorat Oesterreichs den Austroslawismus zu begründen, zeigen nur, daß der politische Panlawismus nicht ohne Ansehung blieb. Im übrigen trägt auch der Austroslawismus einen scharf deutschfeindlichen Zug, denn da darf von einem etwaigen Anschluß an den deutschen Zollverein keine Rede sein. Nur wenige helle Köpfe, die die Ideen des Liberalismus eingesehen hatten, verhielten sich gegen die politischen Einheitssträume ablehnend, vor allem Havlicek, der die „russische Freiheit“ an Ort und Stelle kennen gelernt hatte. Höher als die slawische Einheit steht ihm die Entwicklung der eigenen Nationalität. „Ich bin kein Slawe, sondern ein Tscheche,“ lautet sein Wort. Die Slaven sind so wenig ein Volk, wie Deutsche und Engländer, Spanier und Franzosen, sondern selbständige, unter einander unverbundene Völker mit eigenen Verlangen. Aber auch Leute seiner Richtung fanden sich im russischen Fahrwasser, wenn es galt, gegen die Deutschen Stellung zu nehmen. Böllig gelangte der politische Kern des alslawischen Gwankens im Jahre 1848 zur Entfaltung.

MANDEL, R.F.

Österreich-Ungarn und der Ausbruch des Weltkrieges.

Von Prof. Dr. A. F. Kaindl.

I.

Wer die Politik Österreichs in den letzten fünfzig Jahren überblickt, muß leider gewahrt werden, daß die Monarchie Gefahr lief, alles Ansehen zu verlieren. Sie war infolge des Verhängnisses von 1866 kraftlos; nur 1908/09 anlässlich der Annexion Bosniens hat Deutschland seine Zurückhaltung in der Unterstützung der Balkaninteressen aufgegeben und damals konnte Österreich nochmals seinen Gegnern mit Ehren entgegenreten. Sonst aber rief sein Vorgehen jene Empfindung hervor, die unlängst in „Deutschlands Erneuerung“ in dem Urteile zusammengefaßt wurde, daß die schwachmütigen Deutschösterreicher sich vom benachbarten „Gesindel“ über den Haufen rennen ließen. Und doch macht man Österreich wieder auch den Vorwurf, daß es 1914 zu rücksichtslos vorging. Zwei Anschauungen stehen sich also schroff gegenüber. Um ein billiges Urteil zu fällen, muß man die Entwicklung der serbischen Frage und die Eigenart der Serben ins Auge fassen.

Die großserbischen Treibereien begannen schon 1804, als der Aufstand der Serben gegen die türkische Herrschaft losbrach. Die Serben traten zu Rußland in Beziehungen, das sich als Schützer der von den Türken bedrängten Christen aufspielte. Bis Montenegro hatte damals schon Rußland seine Fäden gesponnen. Österreich mußte es dulden, denn es bedurfte der Hilfe der Russen gegen Napoleon. Schon damals griff diese Bewegung auf die Serben in unserer Monarchie über. Der orthodoxe Metropolit von Karlowitz erörterte in einer nach Rußland gesandten Denkschrift den Plan, alle Serben mit russischer Hilfe zu befreien und unter

einem orthodoxen oder protestantischen Herrscher zu vereinigen. Schon damals also setzte das großserbische Programm ein, nicht aber erst seit 1908, wie unser Notabuch von 1914 durch seine einleitenden Sätze anzudeuten scheint.

Etwa 20 Jahre später begann der slowakische Gelehrte Safarik, damals Professor am serbischen, aus kirchlichen Fonds erhaltenen, Gymnasium in Neuzah mit der Veröffentlichung seiner Forschungen, nach denen der Name „Serben“ (= Siren) der älteste Slawenname wäre. Der Begründer der neuserbischen Sprache und Literatur Vuk Karadzic (ein Banernsohn aus Serbien) behauptete, daß auch die Kroaten „Serben römischen Glaubens“ seien. „Vuka Werke“, so bemerkt der serbische Geschichtsschreiber St. Stanojevic, „in denen bedeutende Schätze an Volksiradition, Sprache und Volkssitten aufgestapelt waren, boten reiche Nahrung für übertriebene Begeisterung für das Volk und alles, was vollständig ist.“ Spätere Serben haben diese Begeisterung durch gelehrte Märchen noch weiter erhöht, so daß diese Darstellungen auf die Serben ungefähr ebenso wirkten, wie die gefälschte Königinhofer Handschrift auf die Tschechen. Die Serben werden als „größtes Volk des Planeten“ bezeichnet, als „wichtigstes Volk des Erdenrunds“, „ein Volk, dem tatsächlich die ganze Welt untertan sein sollte“, „das Volk, in dem Christus selbst geboren wurde“, „das die christliche Lehre aus dem Munde der Apostel selbst vernommen hatte“. Dazu kommt noch, daß der an und für sich leidenschaftliche Charakter der Serben durch die jahrhundertlangen Wirren und Kämpfe ungünstig beeinflusst wurde. So erklärt sich das rücksichtslose Auftreten der Serben während der folgenden Entwicklung.

Wie anderwärts, bot auch den Serben Südbulgarns das Jahr 1848 Gelegenheit, zur Geltendmachung ihrer Forderungen. Auf ihrem Nationalkongress in Karlowitz erklärten sie sich als politisch freie Nation. Schon

damals un- ebenso seit 1861, beanspruchten die Serben für ihre „Wojswodina“ den Banat, Baos, Baranya und Syrmien, letzteres Gebiet von den Kroaten. Das hat mit dazu beigetragen, daß die Kroaten ihrem Ausgleich mit den Ungarn zustimmten. Damals erklärte Starcevic: Die Kroaten wollen nur Kroaten sein. Das Allserbentum wurde ihnen schon gefährlich.

Gerade damals wurde dem allserbischen Programm ein schärferes Gepräge gegeben. Der serbische Revolutionär Milovan Jankovic bezeichnete Serbien als das „Niemont des Balkans“. Jankovic warb zunächst in der Schweiz, dann in Südbungarn für seine Ideen (1866). Wie rasch sein Schlagwort durch die Omladinabewegung Anerkennung fand, geht daraus hervor, daß Fürst Nikolaus von Montenegro schon am 26. September 1866 auf seinen Thron zugunsten Serbiens verzichten wollte, wenn Fürst Michael Obrenowitsch vorerst alle anderen serbischen Länder vereinigt habe. Auch sein Nachfolger Milan stand zunächst ganz im Banne des „serbischen Piemonts“. Erst nach seiner Krönung (1882) näherte er sich Österreich; die Folge davon war, daß er 1889 zugunsten seines Sohnes Alexander verzichten mußte. Seither hat die radikale Partei allen Einfluß. Ihr Programm war die Befreiung und Vereinigung aller Serben mit russischer Hilfe. Dieses Nationalprogramm fand seinen klassischen, den neuen Verhältnissen angepaßten Ausdruck in der Schrift „La Bosnie et l'Herzegovine“, die 1899 von Miroslav J. Spasilovic, einem Stipendisten der serbischen Regierung und späteren serbischen Gesandten in Petersburg, in Paris herausgegeben und bezeichnenderweise von der Faculté de droit de Paris preisgekrönt worden war (1). Ihr Inhalt ist kurz folgender: Die Bestimmungen des Berliner Kongresses können nur provisorisch sein; Bosnien und die Herzegowina hätten Serbien zugewiesen oder autonom unter einen serbischen Prinzen gestellt werden sollen; jede Annexion Bosniens und der Her-

zegowina durch Österreich ist ausgeschlossen. Spasilovic ergeht sich in heftigsten Klagen gegen Österreich, er tadeln seine Lebensfähigkeit, ruft die Intervention der Mächte zugunsten der Unterdrückten an und legt vor allem dar, daß es in Frankreichs Interesse liege, die durch die gewalttätige Politik Bismarcks und Andrassys bedrängten Serben zu schützen. Rußland wird als selbstloser Befreier der orthodoxen Völker bezeichnet; aber es wird auch schon der spätere Grundsatz „Der Balkan den Balkanvölkern“ angedeutet. Diese Schrift, die auch in englischer und deutscher Schrift erschienen ist, hat neben dem Berl. Seiten Watsons (Scotus Viator) „Die slavische Frage im Habsburger-Reich“ (Berlin 1913), den Haß gegen Österreich-Ungarn in verderblicher Weise geschürt.

Nachdem König Alexander und die Königin Draga 1903 ermordet worden waren, wurde von Belgrad aus der slavische Gedanke noch rücksichtsloser vertreten. Alle in den folgenden Jahren die Regierung leitenden Staatsmänner bekannten sich offen zu diesem Programm. Zu seiner Verwirklichung wurde im März 1904 für den neuen König Peter Karageorgewitsch ein Agitationsprogramm abgefaßt, das sofort nachdrücklich besorgt wurde. Bei der Krönung (September 1904) wurde André Barre, Korrespondent des „Courrier Européen“ zum König zur Privataudienz berufen. Man erfuhr, daß er mit der Herausgabe eines Buches über Bosnien betraut wurde. Anfangs 1906 erschien dieses Buch. Es war eine, mit Hilfe des 1901 in Berlin erschienenen Pamphlets von Milastovic hergestellte Schmähschrift, die mit einem unverschämten Schreiben Barres an den Kaiser Franz Josef begann und dessen Zweck es war, die angebliche Mißwirtschaft der Monarchie in Bosnien der weitesten Öffentlichkeit darzulegen. Im Oktober 1904

Nr.:

TAG:

äußerte sich der serbische Kronprinz zu dem in seinem Gefolge reisenden Publizisten Leopold Mandl: „Bosna je naša“ (Bosnien ist unser), indem er auf die pan-slawistischen Neigungen der Slaven der Monarchie hinwies. Leider mit Recht. Die Serben unserer Monarchie haben jenes Treiben in Szene gesetzt, das zur Bildung der kroatisch-serbischen Koalition und zum Agrarer Hochverratsprozeß führte. Schon 1906 vereinbarte der serbische Gesandte Wesnić mit den Jungtürken in Paris einen Pakt zur Revolutionierung Bosniens und der Herzegowina. Damals begann auch Serbien stärker als früher die Handelsinteressen Österreich-Ungarns zu schädigen, ja sich als Sperrblock vor die wichtigsten Handelswege der Monarchie nach dem Balkan zu legen. Dieses Vorgehen entsprach dem Paragraph 3 des Aktionsprogramms von 1904. Die Haltung unserer Agrarier darf also nicht einseitig, wie das oft geschieht, dafür zur Verantwortung gezogen werden.

Als die Monarchie Bosnien und die Herzegowina nach dreißigjähriger Kulturarbeit annektierte, um sie nicht in die Hände Serbiens fallen zu lassen, erscholl in der Hauptstadt der Ruf „Krieg gegen die Räuber!“ Die Kirchenfürsten verkündeten von der Kanzel, die Nation sei in Gefahr, jeder orthodoxe Serbe möge sein Leben für die nationale Unabhängigkeit und Zukunft einsetzen. Der serbische Minister des Außern erklärte aber unter allgemeiner Zustimmung: „Österreich drängt dem ganzen Serbentum in näherer und weiterer Zukunft einen riesigen Kampf auf, einen Kampf auf Leben und Tod.“ Und Stojan Protic, einer der Führer der alt-radikalen Partei und späterer Minister, sagte am 3. Jänner 1909: „Zwischen uns und Österreich-Ungarn kann es nur dann Freundschaft und gute Nachbarschaft geben, wenn Österreich darauf verzichtet, eine Groß-

macht zu sein, wenn es sich entschließt, die Rolle einer östlichen Schweiz anzunehmen.“ Ähnliches forderte der Sozialist Luka Stojanovic. Der serbische Gelehrte J. Ujic erklärte in seiner Schrift „Annexion Bosniens und der Herzegowina und des serbische Problem“ (Belgrad 1908): „Das serbische Problem muß mit Gewalt gelöst werden. Die Zeitschrift „Nemont“, die der serbische Offiziersverein („Die schwarze Hand“) eigens zu diesem Zweck gegründet hatte, reizte seit 1910 die Serben und Kroaten der Monarchie systematisch zu Attentaten gegen Persönlichkeiten in leitenden Stellungen auf. Sonst betrieb die Zeitschrift, wie schon ihr Name sagt, die Propaganda für die Befreiung Bosniens, Dalmatiens, Kroatiens und der anderen serbischen Gebiete vom österreichisch-ungarischen Joch.“

Wenn dies alles nicht genügt, der nehme zur Kenntnis, daß der serbische Konsulatsbeamte Zemovic 1916 in Odessa mit Genehmigung der russischen Zensur ein Buch „Der Friede und die nationale Gleichberechtigung“ erscheinen ließ, in dem er für Serbien den unwergänglichen Ruhm in Anspruch nimmt, daß es als schwacher Kleinstaat durch langjährige beharrliche Arbeit den Weltkrieg zu entfesseln vermochte. Darnach mag man die Frage beurteilen, ob und für wie lange es Österreich-Ungarn möglich gewesen wäre, 1914 durch weitere Nachgiebigkeit den Krieg zu verhindern. Darnach beurteile man auch, ob weiteres Zurückweichen, das von Serbien ohnehin totgesagte Österreich-Ungarn und vor allem uns Deutschösterreicher, nicht noch verächtlicher gemacht hätte. Freund und Feind hätte über uns billigen Spott gegossen. Der letzte Rest von Ansehen und Lebenskraft wäre verschwunden. Dazu kam, daß hinter Serbien noch andere zerstörende Kräfte standen.

Wants, R.F.

~~Oesterreich-Ungarn und der Ausbruch des Weltkrieges.~~

Von Prof. Dr. H. F. Kaindl.

II.

Wer die Entwicklung der allobrischen Bewegung und Kriegstreiberei überblickt, kommt unbedingt zum Schluß, daß Nachgiebigkeit die Ruhe nicht hergestellt hätte. Die Wühlereien wären immer weiter gegangen und die österreichisch-ungarische Großmacht hätte vor dem kleinen Serbien Schritt für Schritt zurückweichen müssen. Dann hätte selbstverständlich alles über die Schwäche der Regierung und des Bundesgenossen geklagt, ebenso wie man nachträglich, da der Notwehr der Erfolg versagt blieb, das starkmütige Vorgehen rügte.

Aber die Hauptsache war, daß Serbien nur deshalb so auftrat, weil hinter ihm stärkere Mächte standen. Es ist offenkundig, daß Serbien als Sturmbod benutzt wurde, um Österreich zu zermürben, um es zu reizen und dann über dasselbe herzufallen. Wer daran zweifelt, hat eben die geschichtliche und politische Entwicklung der Dinge nicht vor Augen und ohne diese ist eine richtige Beurteilung der Verhältnisse unmöglich.

Wer diese Entwicklung überblickte, mußte es schon seit Jahren, daß Serbien den Krieg vom Haun treiben werde, wenn es Rußland und seine Verbündeten unterstützen. Auf Bewirklichung der Wünsche dieser kam es vor allem an. Hätte also Rußlands Drang zum warmen Meer, sein Plan, über Wien nach Konstantinopel zu kommen, damit aufgehört, daß Österreich nochmals

nachgegeben hätte? Und wäre vor allem die panslawistische Nebenregierung in Rußland, die immer mehr dem schwachen Zaren die Herrschaft entriß, besänftigt worden? Wäre auch damit Italiens Absicht, die Adria völlig in seine Gewalt zu bringen, aus der Welt geschafft worden? Hätten ferner Frankreichs Revanchegelüste und Englands Einkreisungspolitik gegenüber Deutschland aufgehört? Man weiß doch, daß der Krieg nicht Österreich allein galt, sondern daß es über Wien nach Berlin ging! Man hätte nur den Brand am Balkan ausbrechen lassen, weil es hier im Weltwinkel Europas am bequemsten war. Welchen Wert hat also die Frage, ob Österreich durch Nachgiebigkeit im Sommer 1914 den Krieg hätte vermeiden können. Wären damit wirklich die berührten Gegenstände aus der Welt geschafft worden? Kann man denn wirklich annehmen, daß die vorgeschlagenen Vermittlungen ehrlich gemeint waren und nicht auf Demütigung und Schwächung der Monarchie (und damit der Mittelmächte) abzielten?

Aber gesetzt den Fall, Österreich hätte nachgegeben und die anderen Mächte hätten die Absicht gehabt, für den Augenblick den Krieg zu vermeiden, vielleicht deshalb, weil die Schüsse in Sarajewo etwas zu früh gefallen waren, die Vorbereitungen noch nicht getroffen waren und man sich ja zu gelegener Zeit ein Attentat oder dergleichen leicht bestellen konnte; gesetzt den Fall also, Österreich hätte nachgegeben, weil die anderen Großmächte vermittelt hätten, glaubt man, daß Serbien sich beruhigt hätte? Man muß sich nur daran erinnern, was Montenegro 1913 getan hat. Trotz aller Kundgebungen der Großmächte (Rußland mit eingerechnet)

besagte es Stutari. Auch die Blockierung der Küste Montenegros durch die Großmächte schreite Nikita nicht ab. Er brachte Stutari zum Fall und schloß sich an, es zum Mittelpunkt Montenegros zu machen. So spottete der winzige Bergstaat der sechs Großmächte, weil er genau wußte, daß sie alle zusammen ihres gegenseitigen Mißtrauens wegen ohnmächtig seien. Wenn es schließlich doch nachgab, so ist das Erwähnte Beweis genug dafür, was die Monarchie von Serbien zu erwarten hatte, wenn sie nicht mit Energie einschritt. Da wäre das, was Nikita zu seinen Tschernagorzen über Österreich 1909 zu sagen sich erlaubte, noch überboten worden: „Wohl habe ich — so sprach der Zaunkönig — vor Monden zu euch, ihr tapferen Wälder der Berge, gesagt, wir würden Österreich, das uns verriet, mit Krieg überziehen und vernichten. Und es war meine Wille, meine grauen Falken in diesem Kampfe selber zu führen, der sie mit Ruhm und Ehre überschützen mußte. Aber höret wohl, meine Brüder, was ich euch sage: Da ich also zu euch sprach, war der Sieg unser, denn Österreich ist schwach und seine Krieger widerstehen nicht der Tapferkeit meiner Brüder. . . Der Kaiser in Wien war hilflos in unsere Hand gegeben.“

So wagte man auf der Balkanhalbinsel noch der Annexion Bosniens, der einzigen mutigen Tat Österreichs in den letzten Jahrzehnten, zu sprechen! Wie würde erst den Balkanvölkern der Mut nach einem schmachvollen Rückzug Österreichs 1914 gewachsen sein! Österreich-Ungarn wäre einer Hege entgegengegangen, die es bis ins Mark zerlegt hätte, während die Entente rühmlich bereits ostanten wäre, um den Erfolg der Wühl-

arbeit abzuwarten. Man vergesse nicht, daß die serbische Zuredenda die Südslawen Österreichs unterwühlte, daß sie mit den Tschechen in Verbindung stand. In Bosnien wurde nach dem Agitationsprogramm von 1904 gearbeitet. Die ungarländischen Serben waren gewonnen, durch sie war auch ein Teil der Kroaten in die Koalition hineingezogen, eine Erscheinung, die um so bemerkenswerter war, als zwischen Serben und Kroaten stets die größte Spannung herrschte; der traurige Ugramer Hochverratsprozeß war die böse Frucht dieses Treibens. Unter den Slowenen waren dieselben Erscheinungen zu beobachten. Schon 1887 schrieb „Slovenski Narod“: „Wenn Rußland in Verfall gerät, dann gibt es morgen keine Slowenen, keine Kroaten, keine Tschechen. Das einzige Ziel aller Slawen muß die kulturelle Vereinigung sein auf Grundlage der russischen, als der allgemein slawischen Sprache und der russischen Kirche. Die Slawen sind eine Nation, sie sind die Nation der Zukunft, die die ihre sein wird und muß.“ Und 1906 finden wir in dieser Zeitung die Ausführung: „König Peter ist uns heute das, was uns feinerzeit Bischof Strossmayer war. Dieser hat uns große kulturelle Anstalten begründet, die (kroatische) Akademie und Universität, König Peter betätigt sich zwar auch auf kulturellem Gebiete, aber seine Macht ist größer und bedeutungsvoller, weil er einen Staat regiert, der jeden Tag 300.000 kräftige und tapfere serbische Soldaten zur Verfügung hat. Wir Slowenen gravitieren nach dem Süden.“ Der „Narod“ rechnete also offen mit dem Krieg.

Nicht anders taten die Tschechen (Vgl. meine Schrift „Böhmen, Zur Einführung in die böhmische Frage“, Leipzig 1919), die mit allen diesen

Bestrebungen in engem Zusammenhang standen. Das Brünner Blatt „Glas“ schrieb: Seit dreieinhalb Jahrhunderten bemüht sich Österreich, uns zu germanisieren. Unser gefährlichster Feind, der uns das Messer an die Kehle setzt, ist das geeinigte Deutschland. Und dieses geeinigte Deutschland steht vor einem großen Krieg gegen Frankreich und Rußland. Was ist natürlicher, als daß wir alle Sympathie denen zuwenden, die gegen Deutschland kämpfen werden, und daß unser heißester Wunsch ist, Deutschland möge eine Niederlage erleiden. Wenn die Forderungen der Tschechen nicht erfüllt werden, werden sie zu ihrer slawischen Pflicht zurückkehren.“ Mit dieser Sympathie für Rußland hing auch die Teilnahme der Tschechen für die Wiedereinführung der slawischen Liturgie, die damals auch die Südslawen erregte, zusammen. Der Herausgeber des panslawistischen Blattes „Der Parlamentär“, betrieb eifrig Propaganda für Rußland und die Ausbreitung der russisch-orthodoxen Kirche, er trat auch selbst zur russischen Kirche über. Die „Narodni Wistny“ priesen den Übertritt tschechischer Missionen in Westrußland zur orthodoxen Kirche unter Gewährung der tschechischen Kirchenprache durch den Heiligen Synod als „wichtigsten Schritt zur geistigen Annäherung und slawischen Einheit.“ Professor Masaryk warf sich 1908/09, ähnlich wie der berüchtigte Scotus Viator, als Verteidiger der serbischen Verräter auf. Es sei auch daran erinnert, daß 1908 bis 1913 die Tschechen ihre Sympathien für die Serben und Montenegriner offen zeigten und gegen den Ausmarsch tschechischer Garnisonen während der Balkanwirren Proteste erhoben. Das panslawistische Treiben nahm damals in Böhmen, Galizien, in der Bukowina und Nordungarn

überhand. Auch die albanischen und albanischen Umtriebe setzten im stärksten Maße ein. Man vergesse aber auch nicht, daß die italienische Zuredenda überall um sich griff. Auf alle diese Erscheinungen kann hier nicht näher eingegangen werden, obwohl ihre Tragweite erst bei völliger Einbildung in ihre Entwicklung und ihre Zusammenhänge völlig klar wird. Wie viele aus den weiten Kreisen denken aber daran, wenn sie über die Politik Österreichs im Jahre 1914 sprechen.

So standen also sowohl die äußeren, als auch die inneren Verhältnisse 1914 leider derart, daß ein schwaches Zurückweichen sie nur verschlechtert hätte. Es blieb nichts anderes als der einzig mögliche Versuch der Rettung übrig. Dieser ist aber leider nicht gelungen. Wäre er aber nicht gewagt worden, so würden wir mit Recht unseren damaligen leitenden Staatsmännern wie 1912, 1909 und 1888 den Vorwurf machen: „Wieder ist eine Gelegenheit verpaßt worden, damals hätte man loschlagen sollen!“ Von einer „Pandurenpolitik“ Österreichs, wie Fürst Schnowsky sich auszudrücken beliebt, kann also nicht die Rede sein. Ebenso unrichtig ist aber auch die Behauptung, daß Österreichs Balkanpolitik Deutschland in den Kampf hereinriß. Der Kampf galt Deutschland zumindest ebenso wie Österreich. Uns galt vorwiegend Rußlands und Italiens Kampfruß, Deutschland hingegen jener Englands und Frankreichs. So oder so; Deutschland mußte sich wehren, und es wäre besser gefahren, wenn es schon in früheren Jahrzehnten der österreichischen Orientpolitik mehr Förderung gewährt hätte. Noch besser wäre es gewesen, wenn der Bruderkampf von 1866 uns nicht auseinandererissen und geschwächt, unsere Hände aber gestärkt hätte.

Hilfsmittel der alten Diplomatie.

Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Botschafter in Rom.

Geheim! Berlin, 15. Juli 1914.

Erbitte Drahtnachricht, ob Euer Excellenz zur Beeinflussung dortiger Presse Geldmittel benötigten, eventuell welche Summe. Jagow.

Der Botschafter in Rom an das Auswärtige Amt.

Fuggi (Sommeraufenthalt der italienischen Regierung) 16. Juli 1914.

Habe bereits innerhalb der der Botschaft möglichen Grenzen Fühlung mit Presse genommen. Darf mir vorbehalten, wegen Geld später Antrag zu stellen, wenn nötig. Augenblicklich wegen hochsommerlicher Abwesenheit aller Vertrauens- und Mittelpersonen Geldverwendung erschwert. Aufgabe überhaupt sehr schwierig, da bereits Stimmen laut werden, die mit Rücksicht auf gleichartige italienische Geschichte Bekämpfung serbischer Nationalitätentampts als unmöglich bezeichnen. Florenw.

Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Botschafter in Wien.

Berlin, den 21. Juli 1914.

Euer Excellenz bitte ich, der dortigen Regierung Einwirkung auf die italienische Presse mit Geld aufzulegen. Sie wollen ferner darauf hinweisen, daß es sich empfehlen wird, nach erfolgter Demarche in der Presse die nationalen Gefühle der eigenen serbischen Staatsangehörigen zu schonen und auf diese Weise zu versuchen, sie für eine Lösung der serbischen Frage im österreichischen Sinne zu gewinnen. Jagow.

Der Botschafter in Wien an den Reichskanzler.

Geheim! Wien, 22. Juli 1914.

Habe heute mit Graf Forgach Notwendigkeit Einwirkung auf fremde Presse eingehend besprochen. Was Italien anfangs, so hat Herr v. Mereg Vollmacht, jede Summe, die ihm erforderlich erscheinen sollte, zu verwenden. Botschafter vertritt bisherigen Standpunkt, daß es äußerst gefährlich sein würde, jetzt plötzlich mit großen Mitteln an italienische Presse heranzutreten. Diese würde, wie er glaubt, dort Mißtrauen erwecken und womöglich gegenteiligen Effekt haben. Er ist aber nochmals angewiesen worden, Versuche zur Einwirkung auf dortige Presse zu machen und jedenfalls nach erfolgtem Schritt in Belgrad alles und mit allen Mitteln daranzusetzen, daß die Leitenden Zeitungen die hier gewünschte neutrale Stellung der italienischen Regierung nicht unmöglich machen.

Graf Czernin hat in Bukarest gleichfalls illuminierte Summen zur Verfügung. Er soll es insbesondere versuchen, den „Adeverul“ aufzufassen.

Auch Graf Szapary (Botschafter in London) hat gleiche Vollmacht. Er hat aber wenig Fühlung mit der dortigen Presse, und es würde hier mit besonderem Dank erkannt werden, wenn Graf Pourtalès ihm bei Ausfindigmachung von Mittelsleuten an die Hand gehen könnte.

In England sei mit Geld nichts zu machen, dort müsse man versuchen, durch sachliche Erörterungen zu wirken. Graf Mensdorff (österreichisch-ungarischer Botschafter in London) habe auch schon mit Mr. Steed von den „Times“ Fühlung genommen, der aber leider nach Momenten besserer Einsicht wieder in seine Anstrophobie verfallen zu sein scheint. In nächster Zeit würden aber von Professor Lammasch, Professor Reblsch und Graf v. Rühorn Artikel in den englischen Zeitungen erscheinen.

Auf die französische Presse mit Geld einzuwirken, halte man hier für aussichtslos.

Einwirkung auf hiesige Presse, um nach Demarche die nationalen Gefühle der eigenen Serben zu schonen, habe ich Graf Forgach warm ans Herz gelegt.

Er wird alles mögliche in dieser Richtung tun und ist der tatkräftigen Mitwirkung des Grafen Tizza in dieser Beziehung sicher.

v. Tschirschn.

Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Botschafter in Petersburg.

Berlin, den 25. Juli 1914.

Auf Wunsch österreichisch-ungarischer Regierung bitte ich, Graf Szapary bei Auffindung von Mittelsleuten behufs finanzieller Einwirkung auf dortige Presse behilflich zu sein. Jagow.

Der Botschafter in Rom an das Auswärtige Amt.

Fuggi, den 25. Juli 1914.

Obwohl Endergebnis gesiriger Unterredung mit Ministerspräsidenten und Marquis di San Giuliano schlecht nicht allzu ungünstig ist, habe ich hier doch große Enttäuschung und vorwurfsvolle Haltung gezeigt und möchte glauben, daß gleiche Haltung auch Herrn Bollati (italienischer Botschafter in Berlin) gegenüber angezeigt. Es würde mir Aufgabe erleichtern, die an sich, durch gänzliches Versagen österreichischer Botschaft, ohnehin schwer. Botschaft ist seit vierzehn Tagen so gut wie ohne Kontakt mit hier weilendem Minister. In der Presse ist von ihr absolut nichts gesehen. Erst vorgestern hat Botschafter von Wien 300.000 Franken erbeten und erhalten. Trotzdem bitte ich, hievors in Wien nichts zu sagen, da Unfrieden mit erkranktem österreichischen Botschafter in diesem Augenblick verhängnisvoll wirken könnte. Kann ich, falls Einfluß auf große Blätter möglich, auf 30.000 bis 40.000 Mark rechnen? Florenw.

Auf diese Frage ergeht an Florenw am 25. Juli 8:30 abends telegraphisch Jagows bejahende Antwort: Zum Schlußsatz: Ja!

Meldungen

des Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus. Deutsches Reich.

Zur Vorgeschichte des Krieges.

Berlin, 7. März.

Auf Wunsch des ersten Unterausschusses der parlamentarischen Untersuchungskommission veröffentlicht in der „Deutschen Wg. Ztg.“ Graf Max Montgelas das von ihm in der geheimen Sitzung vom 4. d. M. erstattete Referat.

Danach habe am 5. März 1914 Giolitti in der italienischen Kammer erklärt, er sei während des Balkankrieges am 9. August 1913 vom Minister des Äußern Marchese di San Giuliano telegraphisch benachrichtigt worden, „Österreich-Ungarn habe Italien und Deutschland die Absicht mitgeteilt, gegen Serbien vorzugehen, und diese Aktion als eine defensive Maßnahme bezeichnet“. Durch eine Anfrage in Wien sei dann festgestellt worden, daß es sich um einen Anfang Juli 1913 unternommenen Schritt Österreich-Ungarns handle.

Der deutsche Botschafter in Wien meldete darüber:

Die Erklärung Giolittis ist nach Mittellungen des Grafen Berchtold und des Grafen Forgach im ganzen nicht unrichtig. Der Sache liegt augenscheinlich folgender Tatbestand zugrunde: Am 14. Juli 1913 war ein Telegramm von hier nach

Berlin gegangen, in dem der Fall erörtert wurde, daß durch einen Sieg Serbiens die völlige Vernichtung Bulgariens eintreten würde; dies würde für die Monarchie die Notwendigkeit eines Eingreifens bedingen und möglicherweise europäische Verwicklungen nach sich ziehen. Die deutsche Regierung wurde deshalb gebeten, in Bukarest dahin zu wirken, daß man sich nicht völlig auf die serbische Seite schlage. Dieses Telegramm ist an Herrn von Mèrey (s. und f. Botschafter beim Quirinal) zur vertraulichen Mitteilung an die dortige Regierung gegangen. Dieser hat sich leider nicht auf die Mitteilung beschränkt, sondern sich auf eine, wie es in einer hiesigen Erwiderung an ihn heißt, „unerwünschte Erörterung über die Bündnispflichten Italiens eingelassen“, die allerdings von italienischer Seite hervorgerufen worden war. Marchese di San Giuliano hat damals sofort erklärt, wenn die Monarchie infolge einer Zertrümmerung Bulgariens und einer noch so erheblichen Vergrößerung Serbiens in letzteres Land einmarschiere, man in Rom dies nicht als einen genügenden Grund zur Wahrung vitaler Interessen der Monarchie ansehen könnte und darin ein aggressives Vorgehen erblicken müßte, bei welchem der Bündnisfall für Italien nicht vorliege. Marchese di San Giuliano habe, wie Herr von Mèrey berichtet, diese seine Stellungnahme an den von Rom abgehenden Herrn Giolitti telegraphiert, der seine Zustimmung telegraphisch schon gegeben habe. Daher sei die Sache wohl besonders ihm im Gedächtnisse ge-

blieben, obgleich es sich, wie gesagt, nur um eine Demarche in Berlin zur Einwirkung auf Rumänien gehandelt habe.

Das von ihm nach Berlin berichtete Telegramm, worauf hier Bezug genommen ist, war von der deutschen Botschaft am 3. Juli 1913 unter Nummer 162 abgesandt worden und lautet: Graf Berchtold hat mich heute zu sich. Der Minister sagte, er halte es für seine Pflicht, die deutsche Regierung über den Ernst der Lage für die Monarchie nicht im unklaren zu lassen. Die südslawische Frage — das heißt, der ungefährdete Besitz der von Südslawen bewohnten Provinzen — sei eine Lebensfrage für die Monarchie wie auch für den Dreibund. Gegenüber einem am Balkan übermächtigen Serbien würden die südslawischen Provinzen der Monarchie nicht zu halten sein. Darüber seien sich alle maßgebenden Faktoren einig. Die Monarchie würde demgemäß möglicherweise gezwungen werden, einzugreifen, weil Serbien im Vereine mit Rumänien und Griechenland Bulgarien vernichtend schlagen und Serbien sich die Länder aneignen würde, die über das Gebiet etwa Mitserbiens hinausgingen. Monastir könne keinesfalls Serbien überlassen bleiben. Auf meine Frage, wie er sich das Eingreifen denke, bemerkte der Minister, der psychologische Moment werde wohl gefunden werden können. Über die Art des Eingreifens könne er sich jetzt natürlich noch nicht äußern, das werde von den Umständen abhängen. Er denke, daß man wohl mit einer diplomatischen Konversation in Belgrad zu beginnen haben werde, welche, falls ohne Resultat, militärischen Nachdruck erhalten müßte. Trete Rußland dann auf den Plan, so würde damit die Aktion nach Petersburg verlegt sein. Der Minister betonte nochmals, er hoffe, man begreife in Berlin die Zwangslage der Monarchie. Weit entfernt davon, eine abenteuerliche oder eine Oberungspolitik treiben zu wollen, habe er nur den südslawischen Besitzstand im Auge, der ja auch Triest mit einschließt. Ein kleines, vom Feinde geschlagenes Serbien sei ihm natürlich die angenehmste Lösung der Frage, welche er einer eventuellen Besetzung Serbiens seitens der Monarchie bevorzügen würde. Aber wenn die erstere Alternative nicht eintreten sollte, so werde die Monarchie eben handeln müssen, um ihren Besitzstand zu wahren. Über die Gefährlichkeit eines großen, militärisch ins Gewicht fallenden „Piemont“ an den Grenzen der Monarchie dürfe man sich keiner Täuschung hingeben. Graf Berchtold wird heute abends eine Besprechung mit dem Generalstabschef haben und morgen nach Ischl reisen.

Der die Geschäfte führende Unterstaatssekretär Bimmermann gab sofort das Wiener Telegramm an den Gesandten im kaiserlichen Gefolge Herrn von Treutler mit folgendem Zusatz weiter: „Zu besonderer Nervosität liegt für Wien wohl kein Anlaß vor, da von der Gefahr eines Großserbiens schwerlich jetzt gesprochen werden kann. Unsere Aufgabe dürfte sein, auf Wien beruhigend einzuwirken, es von jeder Übereilung abzuhalten und zu veranlassen, daß es uns über seine Absicht ständig auf

dem laufenden hält und keine Schritte macht, ohne uns zuvor gehört zu haben. Bitte tunlichst nach Benehmen mit Reichskanzler und Staatssekretär Seiner Majestät entsprechend Vortrag zu halten."

Darauf traf von Trentler nachstehende Antwort ein: "Seine Majestät billigt die von Euer Hochwohlgeboren festgesetzten Richtlinien, hält es aber für einen schweren Fehler des Grafen Berchtold, sich jetzt mit Monastir ähnlich wie früher mit Durazzo festzulegen."

Hierzu bemerkt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“: Berlin hat sich damals nicht, wie man im ganzen Anstande glauben konnte, an einem Komplott gegen Serbien beteiligt und hat sofort aus freien Stücken — und nicht etwa erst infolge Einspruchs Italiens — im Sinne der Mäßigung und der Erhaltung des Friedens eingewirkt. Wie es kam, daß das Wiener Kabinett trotz des Abratens der deutschen Regierung die Besprechungen in Rom anscheinend noch einen Monat lang fortsetzte, darüber werden nur die österreichischen Akten Aufschluß geben können.

* * *

Wie Heinrich Friedjung zu seinem Artikel gegen die Kroaten kam.

Man erinnert sich wohl noch an den Ehrenbeleidigungsprozess, den die Mitglieder der serbisch-kroatischen Koalition des kroatischen Landtages im Jahre 1909 gegen Dr. Heinrich Friedjung angestrengt hatten und der damit endete, daß der Historiker seine Beschuldigungen zurücknahm. Der Klagegegenstand war ein Artikel Friedjungs in der „N. Fr. Pr.“; Friedjungs Beweis stützte sich auf abschriftliche Dokumente, die sich freilich im Laufe der Verhandlung als dreifache Fälschungen ergaben. Wie nun Herr Friedjung dazu kam, jenen Artikel zu schreiben, erzählt Dr. Wiesner in der „Oesterreichischen Wehrzeitung“, und es ist schon so merkwürdig, daß wir es weiter erzählen müssen. Die „Dokumente“ stammten von einem gewissen Vladimir Basic, der unter dem Pseudonym Stefanovic auftrat:

Während die Annexionskrise ihren Lauf nahm, ruhten die Protokolle des „Slovenski Jug“ und die übrigen Dokumente in den Archiven des Ministeriums des Aeußern. Da kam 1909 der Augenblick, in dem es klar wurde, daß Serbien eine kriegerische Auseinandersetzung erzwingen und damit das Konzept Wehrenthals, die Krise unblutig zu lösen, durchkreuzen wollte. In dieser Lage, die binnen kurzem zur Entscheidung reifen würde, mußte der Minister für alle Fälle vorsorgen. Neben anderen Absichten hatte er auch den Wunsch, der Öffentlichkeit mit aller Deutlichkeit und eindringlichkeit die Ziele der serbischen Politik und die Wege zu zeigen, die sie zu deren Erreichung ging. Zwei Zwecke sollten damit erreicht werden: der Öffentlichkeit Westeuropas, die zum großen Teil Serbien als das vergewaltigte Opfer österreichisch-ungarischer Politik anzusehen gewöhnt worden war, sollte noch in letzter, entscheidender Stunde vor Augen geführt werden, daß nicht Oesterreich-Ungarn, sondern Serbien der Angreifer sei, daß die politischen Methoden Serbiens unlauntere seien, die das volle Licht scheuen. Versagte auch dieses letzte Mittel zur Erhaltung des Friedens, dann sollte wenigstens am Vorabend des Kriegsausbruches die Öffentlichkeit der Monarchie die Gerechtigkeit ihrer Sache und das Unrecht Serbiens erkennen. Die Frage war nur, wie diese Absicht in die Tat umzusetzen sei. Wehrenthal wünschte eine publizistische Darlegung, die sich nicht nur durch die überzeugende Kraft der Argumente, sondern auch durch das Gewicht ihres Autors Gehör erzwingen sollte. Er verlangte daher von seinem Referenten Vorschläge für die Wahl eines Autors, der mit dieser Aufgabe zu betrauen wäre. Man nannte Wehrenthal mehrere angesehene politische Schriftsteller, unter ihnen auch Dr. Friedjung. Für diesen entschied sich der Minister. Die Stellung Friedjungs als objektiver, erster Historiker, dessen Ruf weit über die Grenzen des Vaterlandes reichte, dann aber auch als Schriftsteller, dessen glänzende Darstellungsgabe die Gewähr für eine wirksame Lösung der publizistischen Seite bot, das waren gerade die Eigenschaften, die Wehrenthal suchte. Dr. Friedjung übernahm die ihm zuge dachte Aufgabe nicht bloß im Bewußtsein, eine patriotische Pflicht zu erfüllen, sondern auch in der festgegründeten geschichtspolitischen Ueberzeugung, einer gerechten Sache zu dienen. Dem wissenschaftlichen Range Dr. Friedjungs entsprechend, erhielt er für seine Arbeit keine gebundene Marschroute. Auch wurde ihm nicht ein ausgewähltes, abjustiertes, fertiges Material zur bloßen publizistischen Gestaltung übergeben, sondern, zur freien Bearbeitung, das ganze, für den Zweck verwendbare Altmaterial, so wie es im Ministerium des Aeußern lag — darunter auch die Stefanovic-Basic-Akten. Was Dr. Friedjung davon verwenden, wie er es benützen, wie er den Stoff gestalten wollte, war ihm anheimgestellt. Kein Einfluß wurde in dieser Richtung auf ihn geübt; es wäre ihm freigestanden, seine Darstellung ganz allgemein zu halten und auf die Details der Basic-Dokumente zu verzichten.

Herr Friedjung ist also dem Wehrenthal auf den Leim gegangen und ihm ordentlich aufgefressen . . .

Paris, 3. August. (Havas.)

Der „Matin“ beginnt mit der Veröffentlichung eines Berichtes über eine Unterredung, die der König von Spanien am 2. März 1917 mit einer französischen Persönlichkeit hatte, die, wie das Blatt sagt, geeignet war, sie der französischen Regierung mitzuteilen, der sie auch am 6. März 1917 übermittelt wurde. Der König legte seine Ansicht über die militärische Lage dar und gab einen Plan des deutschen Generalstabes bekannt. Einer der wichtigsten Punkte dieses Planes war die Verletzung der Neutralität der Schweiz. Der König behauptete, daß dieses Manöver bestimmt beschloffen sei und ein Seitenstück sowie eine Ergänzung des bei Ausbruch der Feindseligkeiten in Belgien durchgeführten Manövers bilden soll. Die Haltung der schweizerischen Regierung machte eine Verletzung der Neutralität unmöglich. Die Schweiz verhinderte die Überflügung des rechten französischen Flügels, von der die deutschen Führer das Ende des Krieges erwarteten. König Alfons äußerte sodann seine Überraschung über das Bögern der Deutschen, brühte jedoch die Überzeugung aus, daß das Bögern nicht lange dauern werde und daß der nächste Frühling das Ende des schrecklichsten Blutbades sehen werde, das jemals in der Geschichte dagewesen sei. Der König fügte hinzu, daß er von der Vereinigung der materiellen Kräfte der Heere Frankreichs, Englands, Italiens und Rußlands mit Sicherheit den schließlichen Sieg erwarte, doch heze er Zweifel über den Zeitpunkt des Sieges. In sechs Monaten würden Deutschland und Österreich zu Boden geschlagen, aber nicht vernichtet sein. Der König rühmte die von den Alliierten gemachten Anstrengungen und setzt hinzu: Ich weiß, was das französische Heer geleistet hat und daß es morgen mehr als seine Pflicht tun wird. Der König wiederholte schließlich, er sei überzeugt, daß die Aktion der Alliierten an der Westfront ihnen den Sieg verschaffen werde.

Paris, 4. August.

In dem heute vom „Matin“ veröffentlichten Teile der Unterredung mit König Alfons heißt es: König Alfons sprach seine Ansicht über die russische Armee aus, die er nicht für fähig halte, während des Kriegesjahres 1917 die Entscheidung zugunsten der Entente herbeizuführen. Der König sehe daher trotz der Anfangserfolge der Mittelmächte eine Fortsetzung des Krieges im Jahre 1918 voraus. An der Westfront hätten die Deutschen in den Jahren 1914 und 1915 auf Grund ihrer 45jährigen Kriegsvorbereitung Erfolge errungen. Es sei auch weiterhin in ihrer Hand gelegen, sich mit starken Verteidigungslinien zu umgeben, doch sei der König sicher, daß die Entente sie langsam, methodisch und um den Preis blutiger Opfer durchbrechen werde. Der endgültige Erfolg werde der Entente aber 1917 noch nicht winken, sondern der Krieg dürste noch ein oder zwei Jahre dauern.

Sodann wandte sich die Unterredung der Möglichkeit der Desorganisation der feindlichen Koalition zu. Die Ansicht des Königs über diese Frage wird der „Matin“ morgen veröffentlichten.

Paris, 5. August.

Aus dem gestrigen Berichte des „Matin“ über die Äußerungen des Königs Alfons geht hervor, daß sie dem Berichte des französischen Militärattachés in Madrid entnommen wurden. Die von den Alliierten festgesetzten Kriegsziele, führte der König weiter aus, seien vollkommen klar ausgesprochen worden, doch werde ihre Ausnützung in Wirklichkeit keine leichte Sache sein. Wenn die Welt von der deutschen Gewalt Herrschaft befreit werden solle, werde die Entente wirklich daran denken müssen, Rußland all das zu geben, was es anstrebe, nämlich das Protektorat über die Polen und Tschechen sowie die moralische Vormundschaft über das neue Serbien, das bis zur Adria reichen soll, und schließlich noch die Meerengen. Österreich werde, wenn man ihm das Trentino, Triest, Kroatien, die Hälfte Ungarns und Böhmen nehme, ein kleines Land, eine Provinz von 20 Millionen Einwohnern sein, die automatisch einen Teil des deutschen Mitteleuropas bilden werde. Deutschland werde so seine 20 Millionen Einwohner wieder erhalten, die man ihm im Osten und Westen weggenommen habe, und der Krieg werde ein ungeheures Rußland, das von Wladivostok bis zur Adria reichen werde, sowie ein deutsches Mitteleuropa geschaffen haben. Der König sei daher der Ansicht, daß man, anstatt Österreich zu zerstücken, sich seiner bedienen und es von Deutschland trennen müsse, und fügte hinzu, wenn die Entente seine guten Dienste in diesem Sinne annehmen wolle, sei er bereit, im gegebenen Moment zu handeln.

Conrads Kriegsheke.

Es handelt sich nicht um den Krieg, den Oesterreich-Ungarn angezettelt hat, der zu einem Weltkrieg gedieh und der Menschheit die furchtbarste Katastrophe bescherte, sondern um den Krieg, den Herr Conrad v. Hötzendorf seit dem Jahre 1907 betrieb, den er im Jahre 1911 mit aller Gewalt herbeiführen wollte und den nur die Energie Lehrenthals abgewendet hat. Was man immer gewußt hatte, daß nämlich Conrad immerzu auf einen Präventivkrieg hingearbeitet hat, wird durch eine Publikation von A. F. Prábram („Der Konflikt Conrad—Lehrenthal“ in der „Oesterreichischen Rundschau“ vom 1. August) bestätigt und bekräftigt. Die Publikation, der die betreffenden Aktenstücke zur Verfügung standen, bringt im Wesen keine neuen Aufschlüsse; wir haben Herrn Conrad schon seinerzeit richtig eingeschätzt. Wir schlagen nach, was wir, nach Conrads Entlassung, am 5. Dezember 1911 geschrieben und lesen da:

Jetzt wissen wir, was unser wartet: sie wollen Oesterreich-Ungarn in den Krieg hineintreiben. Denn das ist die Wahrheit über den Rücktritt des Mandöverhelden Conrad; und was man als unlösliche Differenz zwischen dem gewesenen Generalstabschef und dem Minister des Aeußern bezeichnet, das ist der Gegensatz zwischen der Kriegspartei, die die gegenwärtigen Verwicklungen Italiens kriegerisch ausnützen will, und dem Kaiser, der sich in seinen alten Tagen auf solche Abenteuerpläne natürlich nicht einlassen wollte. Daß Herr v. Conrad nicht direkt empfohlen haben wird, Italien, das die Hälfte seiner Soldaten in Tripolis hat, mit Krieg zu überfallen, ist glaublich; aber sicher ist es, das er verlangt hat, Oesterreich-Ungarn möge eine Politik befolgen, die auf eine Herausforderung Italiens hinauszielt, daß er militärische Vorkehrungen empfohlen hat, deren Schlusergebnis der Krieg sein sollte, denn sonst hätte das Rülsten und Befestigen in Südtirol nicht den geringsten Sinn. Und so kann man an ihren eigentlichen Absichten auch nicht zweifeln, wenngleich sich ihre Erörterung auf Auseinandersetzungen vor dem Kaiser beschränkt und öffentlich alles abgeleugnet wird; daß es die Kriegspartei, als deren sichtbares Haupt eben der gesprochene Herr v. Conrad anzusehen ist, darauf angelegt hat, uns in einen Krieg mit Italien zu verwickeln, daß sie die offensündige Verlegenheit Italiens dazu als eine günstige Gelegenheit benützen mochte, daß sie dort oben mit dem verruchten Plane eines „Präventivkrieges“ ganz ernstlich spielen. Schon daß der Plan entstehen konnte, daß es in Oesterreich Leute gibt, die großen Einfluß besitzen und einmal eine noch größere Macht darstellen werden, die derlei Tollhändlerereien im Kopfe haben, ist entsetzlich genug. Diesmal hatten sie die Macht noch nicht, aber wie wird es uns ergehen, wenn sie die Macht erlangen sollten, wenn ihnen für ihre Absichten, die sie heute noch verbergen müssen, die Bahn geöffnet wird?

Das alles wird Wort für Wort durch die Aktenstücke nun erhärtet. Kräftiger tritt die Rolle Lehrenthals hervor, und man darf es dem toten Staatsmann, dessen Konto auch mit manchem Unerquicklichen belastet ist, wohl nachsagen, daß er gegen die immer dreister auftretenden

Kriegstreiberien Conrads eine durchaus entschiedene und zielbewusste Haltung eingenommen hat. Diese Treiberien, sich in Form von „Denkschriften“ an den alten Kaiser abspielend, nehmen schon im Jahre 1907 ihren Anhang. Die ersten Denkschriften richteten sich vornehmlich gegen die Magyaren, wegen ihres Kampfes wider die „Einheit der Armee“, und natürlich ist Conrad mit radikalen Maßnahmen, wie Aufhebung der Ausgleichsgesetze und Sittierung der Verfassung, sofort zur Hand; es müsse rasch und entschlossen Ordnung gemacht werden, denn die Zeit sei günstig, um einen entscheidenden Schlag gegen die äußeren Feinde Oesterreich-Ungarns zu führen. Lehrenthal widerspricht energisch:

Ein solcher Präventivkrieg entspräche nicht nur nicht den österreichischen Traditionen, sondern er würde auch in unserer Zeit, wo Kriege mit Volkshereen geführt werden müssen, nicht verstanden werden. Die unbedingt notwendige moralische Wechselwirkung zwischen Armee und Bevölkerung wäre somit nicht vorhanden. Ich frage mich auch nach dem Objekt eines solchen Krieges. Größere territoriale Erwerbungen in Italien wären für die Monarchie, wie die Geschichte lehrt, ein Unglück. Ein weiteres Argument gegen den Gedanken eines Präventivkrieges möchte ich auch noch in dem Beispiel unserer Verwicklungen mit Rußland suchen. Ende der Achtzigerjahre des vorigen Jahrhunderts waren wegen des Balkans die Beziehungen der Monarchie zum Zarenreich so gespannte, daß man sich in Wien nicht nur in militärischen, sondern auch in politischen Kreisen mit der Ermägung beschäftigte, ob nicht die Zeitverhältnisse zur Austragung des Gegenstandes günstig lägen. Diese Ermägungen hatten nicht die Oberhand gewonnen, und zwar, wie die seitherige Entwicklung lehrt, zum Wohle beider Reiche.

Der verbrecherischen Idee des Präventivkrieges blieb Conrad treu. Im Jahre 1907 werden noch zwei gleiche Denkschriften „gewechselt“ und im Jahre 1908 hat dann Herr Conrad gleich zwei Einfälle: vor der Annexion, im Frühjahr, will er ganz Serbien „inkorporieren“, nach der Annexion will er mit Serbien Krieg anfangen; und nachdem es Lehrenthal gelungen war, den Konflikt mit Serbien friedlich beizulegen, gerät er über den „Scheinersolg“ in Wut. Die ganze Welt, behauptet er, hätte ruhig und ohne Widerspruch zugestimmt, wie sich die „Großmacht“ auf das kleine Serbien stürzt — so es sich bekanntlich im Jahre 1914 gezeigt hat. Eben weil die Sachlage sechs Jahre später ganz ähnlich war —, nur stand Oesterreich-Ungarn da das „Argument“ der Mordtat in Sarajewo zur Seite — und weil es eben so ist, daß im Jahre 1908 Lehrenthal die halbschamlosen Reigungen des falschen Napoleon noch abwehren konnte, im Jahre 1914 der albern verbrecherische Berchtold ihnen unterlag, verlehnt es sich schon, sich die Conradsche „Beweisführung“ anzusehen. Er deklamiert (3. April 1909) dem Kaiser vor:

Der von mir wiederholt beantragte kriegerische Austrag der serbischen Frage hätte, nachdem die jüngsten Verstärkungen Ende März durchgeführt waren, soweit menschliche Voraussicht reicht, einen für die Monarchie günstigen Ausgang genommen und wäre in einer politisch äußerst vorteilhaften Situation erfolgt, wie sie kaum je wieder vorkommen dürfte. Deutschland stand fest entschlossen an der Seite der Monarchie, Rumänien war durch den Abschluß des Handelsvertrages mit der Monarchie ausgeglichen; Rußland war aus militärischen, politischen

und finanziellen Gründen für den Krieg gänzlich unvorbereitet; Italien dank seiner innerpolitischen Situation seiner noch nicht beendeten Kriegsvorbereitung und der Neigung seiner Bevölkerung zur friedlichen Prosperität nicht gewillt, in einen Krieg einzutreten, Frankreich war einem solchen gänzlich abhold... Die Türkei und Bulgarien hätten sich gegenseitig paralytisiert; erstere hätte wohl auch kaum einen Anlaß gehabt, gegen die Monarchie feindselig aufzutreten. England wäre kaum aus seiner stereotypen zuwartenden Rolle gefallen. So wäre es möglich gewesen, mit Serbien und Montenegro endgültig abzurechnen; eine Abschreckung, die unausschließlich ist... Endlich einmal wieder hatten sich alle Nationen der Monarchie mit wohlthuender patriotischer Einigkeit zusammengefunden, ein gemeinsames Ziel zu erkämpfen. Das Bewußtsein für die Monarchie war erwacht; die Armeen sah mit freudiger Hoffnung dem Moment entgegen, sich endlich wieder einmal in ernster Lage zu betätigen. An Stelle dieses der Monarchie und der bewaffneten Macht so notwendigen Aufschwunges ist Enttäuschung und Ernüchterung getreten. Der alte Haber droht wieder loszubrechen; die gegen den gemeinsamen Charakter der Armeen gerichteten Machinationen drohen von neuem einzulegen und der plötzlich erwachte, auf Großes gerichtete Geist droht in dem Alltagsleben unterzugehen... Schließlich kann ich die Meinung nicht unterdrücken, daß ein glücklich geführter Krieg nicht nur von wohlthuender Rückwirkung auf die inneren politischen Verhältnisse gewesen wäre, sondern der Monarchie, und zwar speziell auf dem Balkan, ein Prestige verliehen hätte, auf welches gestützt dieselbe auf Jahre hinaus ihre Politik hätte zu gründen vermocht.

Die grenzenlose Torheit dieser ganzen Betrachtung der Weltlage ist nicht unbegreiflich; wie es eben herauskommt, wenn ein Samaschknopf „politisiert“. So wird man die Welt damals an allen Bierhäulen „betrachtet“ haben. Das wilhelminische Deutschland war ja, leider Gottes, zu mancherlei „entschlossen“; daß es aber immer bereit gewesen wäre, sich für Habsburg in die Gefahren eines Weltkrieges zu stürzen, konnte nur die schwarzgelbe Einbildung meinen. So „vorbereitet“ wie die verachtete Monarchie war Rußland jederzeit; und daß man Rumäniens sicher gewesen sei, weil man mit ihm einen Handelsvertrag geschlossen hatte, hat ja die Erfahrung seither so bezeugt, daß jedes Wort überflüssig wäre. Bemerkenswert ist die Verlogenheit in der Betrachtung Italiens; wenn Herr Conrad den Einfall hat, Krieg im Süden zu führen, so sieht es fest, daß Italien zu dem Kriege mit Oesterreich-Ungarn zustrebt; will er mit Serbien Krieg führen, so sei gar nicht daran zu denken, daß Italien Krieg führen wolle. Da ist Italien, dank der Neigung seiner Bevölkerung zur friedlichen Prosperität, nicht gewillt, in einen Krieg einzutreten; dort sei es gewiß, daß das nationalökonomisch prosperierende Italien daran festhielt, die italienischen Gebiete der Monarchie zu erwerben; Herr Conrad wollte eben unter allen Umständen Krieg führen, gleichgültig eigentlich mit wem. Und wie die Schwachköpfe Oesterreich-Ungarn kannten! Bekanntlich stand während der Annexionskrise der allergrößte Teil der Bevölkerung in offener Empörung gegen eine Politik, die zum Kriege führen konnte, geschweige denn gegen eine, die zum Krieg führen wollte; aber Herr Conrad weiß das besser, alle Nationen haben sich „zusammengefunden“ und den Krieg gegen Serbien begehrt. Ganz bestimmt, alle Slaven waren dafür! Und so ein Schwachkopf hatte die Annahme, Oesterreich-Ungarn den Weg vorschreiben zu wollen! Es war Aehrenthal natürlich nicht schwer, den Unfuh schlüssig zu widerlegen. Der Schluß seiner Antwort lautete:

In einem Vortrag, welchen Balkenstein aus dem Schlosse Brud an Kaiser Ferdinand II. erstattet hat, definiert dieser hervorragende Feldherr und Staatsmann die Interessen der Dynastie und Oesterreichs dahin, mit einer starken und kriegsausgerüsteten Armee immer bereit zu sein, diese

imposante Macht dazu zu benutzen, um sich zunächst die Feinde vom Halse zu halten, aber wenn möglich keinen Krieg zu führen. Ähnlich wie vor zweieinhalb Jahrhunderten scheint Oesterreich-Ungarn auch heute eine ähnliche politische Mission zu erfüllen zu haben: In Europa das Gleichgewicht der Kräfte zwischen den Großmächten zu erhalten; im nahen Orient ebenfalls nicht der natürlichen Entwicklung der Balkanstaaten entgegenzutreten, zwischen diesen auch nach Tunlichkeit ein Gleichgewichtsverhältnis zu begünstigen, wobei selbstverständlich Rumänien und Bulgarien besonders zu berücksichtigen sein werden. Die Monarchie braucht also eine starke Armee, aber nicht deshalb, um Gegenseite, welche vielleicht später einmal aufstehen könnten, durch einen Präventivkrieg zur Entscheidung zu bringen, sondern nur für den Fall, daß die Ehre und die Integrität des Reiches in Gefahr kommt oder dessen vitale Interessen auf friedlichem Wege nicht mehr gewahrt werden können.

Zur vollen Schärfe gedieh der Konflikt, der im Grunde darauf beruhte, daß der Militär die Führung der Politik beanspruchte, als Italien mit der Türkei wegen Tripolis in Krieg geriet. Conrad will Italiens Verlegenheit unbedingt zu einem kriegerischen Ueberfall gegen den Verbündeten ausnützen, also das tun, was Italien im Weltkrieg getan hat und worüber die Schwarz-Gelben so viele Entrüstung verzapft haben. Die Allianz mit Italien bezeichnet er als „einen Schaben für die Monarchie“. Man müsse sie aufgeben und den Kampf mit Italien führen, ehe es die unablässig und zielbewußt betriebenen Kriegsvorbereitungen beendet habe. Als der passendste Moment für den Angriffskrieg gegen den Erbfeind erscheint ihm das Frühjahr 1912, denn die Ausnutzung des durch die Tripolisaktion momentan geschaffenen Schwachzustandes Italiens ist ein Gebot der Selbsterhaltung der Monarchie. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß sich während der früheren Kriegsmisere Schönauich, eben ein ernster Mann, ganz auf Seite Aehrenthals stand, der neue Kriegsminister, nämlich der Herr Aussenberg, ganz auf Seite des Kriegshezers stellte; die Achtung vor Herrn Aussenberg, die ja überhaupt wechselvolle Schicksale hat, wird diese Tatsache sicherlich nicht mehr. Nun erkannte Aehrenthal, daß mit der Conrad'schen Kriegstreiberi, die auch ein frecher Uebergriff war, ein Ende gemacht werden müsse; er stellte die Stabilitätsfrage und das Ergebnis war, daß Conrad weggeschickt wurde. Leider ist er wieder gekommen, und der Krieg mit ihm.

Denn daß wir hier die Ursprünge des Weltkrieges vor uns sehen, unterliegt keinem Zweifel. Oesterreich-Ungarn hat den Weltkrieg im Jahre 1914 aus denselben Gründen entfesselt, aus denen ihn jener Conrad vom Jahre 1907 bis 1911 betrieben hatte: aus Prestige Gründen, wegen der „wohlthuenden Rückwirkung auf die inneren politischen Verhältnisse“, um „abzurechnen“; es war im Jahre 1914 ein Präventivkrieg, wie es einer in den vier Jahren vorher hätte sein sollen. Nur war kein Aehrenthal da, sondern der Lump Berchtold, und der Kaiser war so alt und handlungsunfähig geworden, daß er dem fluchwürdigen Kriegstreiber nicht mehr Widerstand leisten konnte, umso mehr, als ihn die Schufte um ihn herum ihn nach allen Regeln der Kokstauscherkunst hineinschlept hatten. Sie scheinen mehr oder minder alle Werkzeuge gewesen zu sein; aber nach dem, was man aus diesen Denkschriften über Herrn Conrad erfährt, wird man wohl annehmen können, daß er der Herd der Kriegshege gewesen ist, die, durch die elende Torheit Berlins begünstigt, diesmal zum Erfolg geführt hat. Nachdem wir den Krieg erlebt haben und all das Entsetzliche kennen, was er über die Menschheit gebracht hat, erscheint uns dieser Conrad, der den Krieg geruhig betreibt und keinen Augenblick daran denkt, was an allerschmerzlichsten Opfern jeder Krieg in sich birgt, als ein Glender, vor dem sich der entsetzte Blick der Menschen mit Grausen abwendet.

Sie wollten schon im Jahre 1913 Krieg führen!

Der schamlose Wunsch des Conrad — entwickelt in der Deutschrift an den Kaiser vom 3. April 1909 — nach dem „kriegerischen Austrag der serbischen Frage“, wobei er die Behauptung wagte, „Deutschland stand fest entschlossen an der Seite der Monarchie“, macht es zur Pflicht, die Versuche, den Krieg mit Serbien zu entfesseln, die der Lump Berchtold im Jahre 1913 unternommen hat, genauer darzustellen. Denn eines-teils wird das Verbrechen vom Jahre 1914 erst in seiner ganzen Scheußlichkeit erkannt, wenn man es nicht als eine Improvisation infolge der Sarajevoer Mordtat betrachtet, sondern als einen Plan, dem die Schwarz-Gelben seit jeher angehangen haben, wenn er ihnen auch früher nicht geglückt ist. Die genauere Darstellung ist aber auch im Interesse Deutschlands notwendig, das zwar so verbrecherisch dumm war, der Habsburgerei im Jahre 1914 aufzu-sitzen, sich aber in früheren Jahren gegen die wahn-sinnige Idee, sich wegen der Schwarz-gelben Herrlichkeit einen Weltkrieg auf den Hals zu heken, ernstlich gewehrt hat.

Welchen Anlaß wollte sich der Lump Berchtold im Jänner 1913 für den Krieg gegen Serbien konstruieren? Die Infamie des Ballhausplatzes hatte damals die Bulgaren zum Kriege gegen Serbien gehezt — nach dem gemeinsam und erfolgreich durch-geführten Kriege gegen die Türkei —, und Bulgarien, gegen das sich auch Griechenland gewendet und Rumänien erhoben hatte, war im Begriff, der Koalition zu erliegen. Man stand vor den Friedens-verhandlungen in Bukarest. Ueber Berchtolds Schurken-absichten unterrichtet nun folgendes Telegramm des deutschen Botschafters (in Wien) an das Berliner Auswärtige Amt vom 3. Juli 1913 (wir folgen einem Bericht des Grafen Montgelas, den er im ersten Unterausschuß der von der Nationalversammlung ein-gesezten Untersuchungskommission erstattet hat):

Graf Berchtold hat mich heute zu sich. Der Minister sagte, er halte es für seine Pflicht, die deutsche Regierung über den Ernst der Lage für die Monarchie nicht im unklaren zu lassen. Die Südslavenfrage — das heißt der un-gestörte Besitz der von Südslaven bewohnten Provinzen — sei eine Lebensfrage für die Monarchie wie auch für den Dreibund. Gegenüber einem am Balkan übermächtigen Serbien würden die südslavischen Provinzen der Monarchie nicht zu halten sein, darüber seien hier alle maßgebenden Faktoren einig. Die Monarchie würde demgemäß möglicherweise gezwungen werden, einzugreifen, falls Serbien im Verein mit Rumänien und Griechenland Bulgarien vernichtend schlagen und Serbien sich Länderstrecken aneignen würde, die über das Gebiet etwa Mitserbiens hinausgingen. Monastir könne keinesfalls Serbien überlassen bleiben.

Auf meine Frage, wann und wie er sich das Ein-greifen denke, bemerkte der Minister, der psychologische Moment werde wohl gefunden werden können. Ueber die Art und Weise des Einschreitens könne er sich jetzt natürlich noch nicht äußern, das werde von den Umständen abhängen. Er denke sich, daß es wohl mit einer diplomatischen Konversation in Belgrad zu beginnen haben werde, die, falls ohne Resultat, militärischen Nachdruck erhalten müßte. Trete Rußland dann auf den Plan, so würde damit die Aktion nach Petersburg verlegt sein.

Der Minister betonte nochmals, er hoffe, man begreife in Berlin die Zwangslage der Monarchie. Welt entfernt da-

von, eine abenteuerliche oder eine Eroberungspolitik treiben zu wollen, habe sie nur die Wahrung ihres südslavischen Besitzstandes im Auge, der ja auch Triest mit einschließe. Ein kleines, von dem Feinde geschlagenes Serbien sei ihm natürlich die angenehmste Lösung der Frage, die er einer eventuellen Besetzung Serbiens durch die Monarchie bei weitem vorziehen würde. Aber wenn die erstere Alternative nicht eintreten sollte, so werde die Monarchie eben handeln müssen, um ihren Besitzstand zu wahren. Ueber die Gefährlichkeit eines großen, militärisch ins Gewicht fallenden „Piemont“ an den Grenzen der Monarchie dürfe man sich keiner Täuschung hingeben.

Graf Berchtold wird heute abend eine Besprechung mit dem Generalstabchef (Conrad!) haben und morgen nach Schl. reisen.

Die Ballhauschuste haben also in allem Ernste schon im Jahre 1913 den Krieg mit Serbien ent-fesseln wollen, von dem sie schon damals ahnten, daß es auch ein Krieg mit Rußland werden kann! Der Schurkenstreik scheiterte nur daran, daß Deutschland ernstlich abwinkte. Der Reichskanzler und der Staats-sekretär des Auswärtigen waren damals von Berlin abwesend, anscheinend im Gefolge des Kaisers. Unter-staatssekretär Zimmermann sendete das Wiener Tele-gramm an den Gesandten im kaiserlichen Gefolge mit folgendem Kommentar:

Zu besonderer Nervosität liegt für Wien vorläufig wohl kaum Anlaß vor, da von Gefahr eines Großserbiens schwer schon gesprochen werden kann. Unsere Aufgabe dürfte sein, auf Wien beruhigend einzuwirken, es von Uebererklungen abzuhalten und zu ver-anlassen, daß es uns über seine Absichten ständig auf dem laufenden hält und keinerlei Entschlüsse faßt, ohne uns zu-vor gehört zu haben. Bitte tunlichst nach Benehmen mit Reichskanzler und Staatssekretär (dem Kaiser) entsprechend Vortrag zu halten.

Und da Kaiser Wilhelm, damals anscheinend des Gebrauchs der Vernunft nicht beraubt, diese Richtlinien billigte und beifügte, er halte es für einen schweren Fehler Berchtolds, „sich jetzt mit Monastir festzulagen wie früher mit Durazzo“, und der Botschafter dem-gemäß beauftragt wurde, dem Ballhausbüchsen den Standpunkt klarzumachen, so fiel Berchtolds schöner Plan ins Wasser. Ein Jahr später hat er ihn ver-

wirklichen und den Weltkrieg entfesseln können.
In einem soeben erschienenen Buche von
E. E. Corti über Alexander von Battenberg, des ersten
Bulgarenfürsten, findet sich, den Akten der Wiener
Ministerien entnommen, eine Darlegung Bismarck's
aus einer Unterredung mit dem österreichisch-
ungarischen Botschafter Grafen Szeghenyi am
14. Jänner 1886:

„Soll das so weit gehen,“ fragte Szeghenyi, „daß
es Rußland frei stünde, in Bulgarien einzurücken?“ —
„Warum nicht,“ fiel Bismarck ein, „wenn Sie sich die
Befugnis vorbehalten, unter denselben Voraussetzungen
dasselbe in Serbien zu tun. Ich begreife die Kompensations-
theorien der Balkanstaaten nicht und schon gar nicht, daß
Oesterreich-Ungarn Serbien vergrößern will, da ein Empor-
blühen dieses Staates in demselben Maße das Wachsen
einer serbischen Irredenta bei Ihnen befördern müßte. Aber
wie dem immer sei, die Demarkationslinie würde
allen diesen Uebelständen abhelfen und die Sicherheit
bieten, daß sich Oesterreich-Ungarn Ser-
biens halber nicht mit Rußland ent-
zweie. Ich befürchte dies, wenn Oesterreich-Ungarn der
Union wegen noch immer auf eine Entschädigung für Serbien
besteht, und so sehr wir Deutsche Ihnen mit aller Macht
beistehen würden, wenn Rußland Sie angriffe, so un-
möglich wäre es, die deutsche Heeres-

macht die Rolle der
Erweiterung der
ungarischen Einfluss
Donau spielen zu la
Abgeordneter würde sich finden,
hiesfür zu bewilligen. Aber lebdi
ohne Bürgschaft für die Haltu
sollte es Oesterrei
mit Rußland u
Wir könnten hiebei je na
land und Frankreich, e
französischen Poa
der gegenüber der Stand
ein schwieriger und die
werden könnte.

Nur eine Bemerkung
irrig erwiesen. Die Bemerkung
Abgeordneter würde sich
einzige Mark dafür zu be
war im Juli-August 191

15. 9. 1920

Italiens Kriegserklärung an Oesterreich-Ungarn.

Ein Dokument zur Vorgeschichte des
Krieges.

Berlin, 14. September. (Privattelegramm.)
Die Zeitung „Resto del Carlino“ in Bologna
veröffentlichte dieser Tage ein diplomatisches
Dokument, das der Öffentlichkeit bisher vorenthalten
worden war und geeignet ist, das Bild der Vorgänge
abzurufen, welche im Mai 1915 zur Kriegser-
klärung Italiens an Oesterreich-Ungarn
geführt haben. Bezeichnend ist, daß das Dokument
das Datum des 21. März 1915 trägt. Darans ergibt
sich ohne Zweifel klar, daß der damalige Minister des
Auswärtigen zwei Monate vor dem Abbruch der
diplomatischen Beziehungen entschlossen war, dem
Nebenbühler an der Adria den Fehdehandschuh
hinzuwerfen. Unter diesen Umständen kann es heute
nicht mehr wundernehmen, wenn die am Balkplatz
in Wien ausgearbeiteten und der Consulta in Rom
am 8. April 1915 überreichten Verständigungs-
vorschläge keinen Widerhall bei Salandras Kabinett
fanden. In dem Dokument, einem Telegramm des
Ministers Sonnino an die italienischen Botschafter
in Paris, London und Petersburg, heißt es:

Der wichtigste Beweggrund für unsere
Beteiligung an der Seite der Entente ist der
Wunsch, uns von der gegenwärtigen unerträg-
lichen Ueberlegenheit Oesterreichs im
Adriatischen Meer zu befreien. Das Miß-
verhältnis der beiderseitigen Kräfte erklärt sich aus
dem großen Unterschied in der geographischen
Beschaffenheit der beiden Gestade vom Stand-
punkte der militärischen Offensive und der Ver-
teidigung, das durch die Waffen und Methoden
des modernen Krieges noch verschärft wurde.

Geht schon aus diesen einleitenden Worten deutlich hervor,
dass für Sonninos Haltung einzig und allein militärische und
machtpolitische Erwägungen ausschlaggebend waren, so zeigt sich
in dem folgenden Satz unverhüllt die kühl berechnende Methode
jenes stes englischen Einflüssen unterlegenen Staatsmannes:

Exxx Im Uebrigen könnte Italien wahrscheinlich den grössten
Teil seiner nationalen Aspirationen mit einer einfachen Ver-
pflichtung zur Wahrung seiner Neutralität verwirklichen, ohne
sich den furchtbaren Gefahren und Beschwerden des Krieges auszu-
setzen.

Sonnino nahm die oesterreichischen Vorschläge also durchaus
ernst und wollte den Regierungen
der Entente cordiale lediglich mit gebührendem Nachdruck klar -
machen, dass sie Italiens Teilnahme am Kriege nicht um ein Lins-
sengericht erwirken könnten. Unmissverständlich sagt er:

✓

Es würde sich unsere Beteiligung am Kriege nicht verlohnen, wenn wir Oesterreichs Vormachtstellung in der Adria lediglich niederringen würden, um gleich danach der gleichen Sachlage wie zuvor und einer ständigen Gefahr von seiten des Bundes der jungen und ehrgeizigen südslawischen Staaten zu begegnen.

Im Anschluss an diese grundsätzliche Stellungnahme legt dann Sonnino Itlains Kriegsziele dar. Sein damaliger Plan, der Fiume den Kroaten zugestand, fand dann in dem noch heute so leidenschaftlich umstrittenen Londoner Vertrag vom 1915 seine Verwirklichung. Vergleicht man das damals aufgestellte Programm mit dem heute erreichten, so wird die tiefgehende Erbitterung der Italiener gegen ihre Verbündeten begreiflich. Es hat sich in der Tat die Befürchtung Sonninos als durchaus berechtigt erwiesen. Heute steht Italien als eigenwilliger kompakter Gegner dem " jungen und ehrgeizigen " S.H.S. Staaten gegenüber. Der Kampf um die Suprematie in der Adria, welchen Sonnino durch ~~seine~~ Italiens Teilnahme am Weltkriege gegen Oesterreich - Ungarn ein für allemal zugunsten seines Volkes zu entscheiden gedachte, ist noch immer nicht abgeschlossen. Wofür, fragt man sich in Rom, haben wir so schwere Opfer an Gut und Blut gebracht? Und Giolitti ist wieder-

gekehrt, der in jenen entscheidenden Tagen vor fünf Jahren nach Rom berufen wurde, um seinen gewählten Rat in die Waagschale zu werfen. " Es würde sich nicht verlohnen " hatte Sonnino gesagt, " Es wird sich nicht verlohnen " äusserte Giolitti mit Bestimmtheit. Er hat Recht behalten. Nun die Suppe auszulöffeln, die andere gegen seinen Willen eingebrockt haben, ist wahrhaftig kein dankbares Geschäft.

314. 43 Prozem (19)
94. 53 Wettleritz I
FISHER Aut
FECHENBACH, etc

Ein Prozeß über den Kriegs- ursprung.

Die Eisnersche Veröffentlichung der bayrischen Dokumente.

München, 27. April. Vor dem Amtsgericht begann heute der Prozeß, den der frühere Sekretär Kurt Eisners, Kaufmann Felix Fechenbach, gegen den Herausgeber der „Süddeutschen Monatshefte“ Professor Coßmann, die Schriftleiter Emanuel Müller von den „Münchener Neuesten Nachrichten“, Josef Osterhuber vom „Bayrischen Kurier“, Dr. Adlmaier vom „Bayrischen Vaterland“ sowie gegen das „Neue Münchener Tagblatt“ angestrengt hat. Die „Süddeutschen Monatshefte“ hatten im Juli 1921 ausgeführt, daß die unter dem Titel „Urkunden über den Ursprung des Krieges“ in der „Bayrischen Staatszeitung“ erfolgte Veröffentlichung des damaligen Ministerpräsidenten Kurt Eisner über den Bericht des Berliner bayrischen Gesandten Grafen Berchensfeld vom 18. Juli 1914 eine bewußte und absichtliche Fälschung sei, wobei hinzugefügt wurde, daß nach der Aussage der Frau Eisner nicht Eisner die Fälschung begangen habe, sondern sein Sekretär Fechenbach. Die genannten Tageszeitungen hatten den Artikel der „Süddeutschen Monatshefte“ abgedruckt. Zur Verhandlung, die großes Interesse erregt, ist eine Reihe von Sachverständigen und Zeugen aus der internationalen diplomatischen Welt geladen, unter ihnen der frühere deutsche Botschafter in London Bichnowsky und Legationsrat Bülow. Beide sind jedoch vom Ministerium des Außenwesens nicht entbunden worden.

Hat Deutschland das österreichische Ultimatum gekannt?

München, 27. April. In dem Prozeß Fechenbach-Coßmann, der nach sehr ausführlichen Darlegungen des Klägers über die Eisnersche Politik heute nachmittag seine Fortsetzung fand, legte der Rechtsbeistand des Privatklägers im Verlauf seiner ebenfalls sehr umfangreichen Parteierklärung die Abschrift eines Briefes des Gesandten Grafen Berchensfeld vom 9. Dezember 1914 an den Ministerpräsidenten Grafen Hertling vor, um die Behauptung des Klägers über die doppelte Buchführung in der deutschen Diplomatie zu beweisen. In dieser Abschrift, über deren Herkunft jede Auskunft verweigert wird, wird auf eine Blättermeldung Bezug genommen, wonach Graf Hertling dem französischen Geschäftsträger in München die vorherige Kenntnis des österreichischen Ultimatus an Serbien zugegeben haben soll. Dann heißt es in der Briefabschrift: „Nun ist mir aus den Akten bekannt, daß Euer Exzellenz durch den Bericht des damaligen Geschäftsträgers Herrn v. Schoen vom 18. Juli d. J. Nr. 386 den wesentlichen Inhalt der österreichischen Ultimatumnote ersehen hatten. Schoen hat aber in seinem Bericht darauf hingewiesen, daß Deutschland behaupten werde, es sei von der österreichischen Aktion ebenso überrascht worden wie die anderen Mächte. Dabei muß es selbstredend bleiben und muß daher auf alle Fälle bestritten werden, daß Euer Exzellenz den Inhalt des Ultimatus vor seiner Uebersendung gekannt haben. Denn, wie der „Matin“ sagt, kann nicht angenommen werden, daß das, was man in München wußte, nicht in Berlin bekannt gewesen wäre. Dem Ausland gegenüber muß, wie schon gesagt, auf alle Fälle alles bestritten werden. Am Schluß empfiehlt Graf Berchensfeld in dem angeblichen Brief eine Richtigstellung in der „Bayrischen Staatszeitung“. Wie ebenfalls von der klägerischen Partei festgestellt wurde, erschien einige Tage später eine derartige offiziöse Auslassung, wonach die bayrische Staatsregierung und der Staatsminister des königlichen Hauses und des Aeußern Graf von Hertling von den seitens der österreichisch-ungarischen Regierung an die serbische Regierung gestellten Forderungen erst durch die am 21. Juli erfolgte Veröffentlichung in der Presse Kenntnis erhielten.“

34.43 Wochen 10/
94 53 Melldorff I
EISNER, Kurt
FECHENBACH, Felix

Für Kurt Eisners Andenken.

Vor einem Münchener Amtsgericht ist durch vierzehn Tage ein Ehrenbeleidigungsprozeß verhandelt worden, dessen Wurzeln bis zum Ursprung des Weltkrieges reichen. Die Klage knüpft an eine Veröffentlichung Kurt Eisners, des revolutionären Ministerpräsidenten des Freistaates Bayerns, an; es ist in die Geschichte eingetragen, daß es Eisner war, der in München die Fahne der Revolution entfaltet und, mit der Aufrichtung der Republik, zum Siege geführt hat; er hat dann für die revolutionäre Tat auch mit seinem Blute gezengt. Eisner hat nun aus den Berichten der bayerischen Gesandtschaft in Berlin (am 24. November 1918) eine Darstellung veröffentlicht, die sich auf die Vorbereitung des Krieges bezog. Aus diesen Berichten des Legationsrates Schoen (die nur irrtümlich dem Gesandten selbst, dem Grafen Lerchensfeld, zugeschrieben wurden) ist nun hervorgegangen, was durch die Veröffentlichungen aus den Archiven in Wien und Berlin seither unwiderleglich bekräftigt worden ist: daß die Wiener Diplomatie entschlossen war, den Krieg mit Serbien unter allen Umständen, und entspreche daraus, was immer, anzufangen und zu führen, und daß die Berliner Diplomatie den Schurken vom Ballhausplatz dabei vorweg die uneingeschränkte Unterstützung zugesagt, sie bei den kriegerischen Vorbereitungen noch ermuntert hat. Es muß festgehalten werden, daß Eisner gar nicht behauptet hatte, die fraglichen Gesandtschaftsberichte wörtlich wiederzugeben; die Veröffentlichung erklärt ausdrücklich, daß „aus den Berliner Gesandtschaftsberichten Einzelheiten mitgeteilt werden“. Nachträglich ist nun „festgestellt“ worden, daß die Eisnersche Veröffentlichung nicht den ganzen Wortlaut enthielt, und später ist dann der volle Wortlaut des fraglichen Gesandtschaftsberichtes (vom 18. Juli 1914) veröffentlicht worden. Wie wenig man zuerst geneigt war, die Eisnersche Publikation zu überschätzen, wird schon daraus zu erkennen sein, daß jener Herr v. Schoen, um dessen Bericht es sich doch handelte, erst am 2. August 1919 (also erst nach drei Vierteljahren) die Feststellung vornahm, sein Bericht sei in der Eisnerschen Veröffentlichung „durch Kürzungen verstümmelt worden“, und daß der volle Wortlaut erst dann (in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“) veröffentlicht worden ist.

Nun erscheint in München eine Zeitschrift, die „Süddeutschen Monatshefte“, die im Kriege die kriegsbegehrliche alldemokratische Propaganda betrieben hat, und die sich jetzt der Meinwaschung der deutschen Kriegsverbrecher hingibt. Diese Münchener Zeitschrift hat die alte Sache nun im Juli 1921 noch einmal aufgegriffen und an den Abdruck der ungelährten Berichte die Bemerkung geknüpft, daß Eisners Veröffentlichung „eine bewußte und raffinierte Fälschung“ sei, wozu noch beigelegt wurde, Eisners Witwe hätte gesagt, „ihre Mann habe die Fälschung gar nicht gemacht, sondern sein Sekretär Fechenbach; ihr Mann habe nur seinen Namen darunter-

gesetzt.“ (Diese „Erzählung“ ist im Laufe der Verhandlung als pure Erfindung dargetan worden.) Die Ausfälle der „Süddeutschen Monatshefte“ wurden danach von der Münchener antisozialistischen Presse, der Liberalen wie Liberalen, mit Beifall weitergegeben. Felix Fechenbach, eben Eisners Sekretär, hat nun gegen die Zeitungen, die ihn „dieser Fälschung“ bezichtigt hatten — insgesamt gegen fünf — die Ehrenbeleidigungsklage erhoben. Das Urteil ist natürlich so ausgefallen, wie es von einem Gericht des reaktionären Bayerns zu erwarten war: die Angeklagten sind (mit einer unwesentlichen Ausnahme) freigesprochen worden. Die Vorstellung, daß ausgerechnet ein Münchener Gericht die Unbefangtheit aufbringen werde, Kurt Eisner, den Revolutionär, der die Wittelsbacher davongejagt hat, die geschichtliche Gerechtigkeit angezeihen zu lassen, setzt ein Maß von Naivität voraus, so daß man wirklich nicht begreift, wie dieser Prozeß unternommen werden konnte. Tatsächlich kann sich das Münchener Amtsgericht in der Richtung Eisners nicht genugtun; erklärt es doch ausdrücklich, daß die Art, wie Eisner die Berichte veröffentlichte, nicht bloß eine unrichtige Wiedergabe sei, „die den Sinn des Inhaltes der Urkunde entstellt und teilweise sogar in das Gegenteil verkehrt“, sondern sie sei auch „bemüht und absichtlich gewählt worden“, wonach sie sich als „eine Fälschung im wahren Sinne des Wortes“ darstelle. Das ist, wie noch gezeigt werden soll, eine niederträchtige Verleumdung, aber es entspricht freilich ganz dem gegenwärtigen Geiste Münchens, der der Geist der Blöde und Ungeistigkeit ist, den toten Märtyrer zu beschimpfen und über den Mann solche „Feststellungen“ zu machen, dessen Mund durch den gräßlichen Mörder für immer geschlossen ist.

Gewiß hat Eisner geirrt, als er gemeint hatte, durch eine rückhaltlose Aufdeckung der Wahrheit über den Kriegsausbruch die Feinde zu bewegen, dem geschlagenen Deutschland einen milden Frieden zu bewilligen. Aber welche andere Hoffnung standes damals? Die Bedingungen des Waffenstillstandes hatten den Grad des Hasses der Feinde deutlich enthüllt, und darauf, daß sich dieser, wenn sich in Deutschland nichts wandelt, in freundliche Gerechtigkeit wandeln werde, konnte selbstverständlich nicht gerechnet werden. Nur eine Möglichkeit gab es, die Feinde unzustimmen und zu einer wohlwollenderen Gesinnung, aus der ein gerechterer Frieden erwachsen konnte, zu führen: wenn ihnen sinnfällig dargetan wird, daß das alte, das kaiserliche, das Deutschland des militärischen Gewalttums, von dem sie sich überfallen sahen und dem sie die Schuld an dem entsetzlichen Kriege zuschoben, tot sei und an dessen Stelle ein anderes, ein Deutschland der Demokratie getreten ist. Einem Idealisten wie Eisner war dieser Gedankengang vorweg natürlich; aber er ergab sich in Wahrheit durch die Umstände und Tatsachen jener Zeit als der einzig mögliche. Und weil die einzige Hoffnung damals eben darin bestand, den harten Sinn der Gegner durch eine resolute Scheidung von der Ver-

gangenheit zu erweichen, so zögerte natürlich Cisner nicht, jene Dokumente, die das verbrecherische Spiel der österreichischen und deutschen Diplomaten während des Monats, da der Krieg vorbereitet wurde, enthüllten und bloßstellten, zu veröffentlichen: zu dem Zweck und in der Hoffnung, dadurch für das neue demokratische Deutschland eine bessere Stimmung zu schaffen. Die Hoffnung hat getrogen: die Feinde blieben ungerührt und der Friede fiel nicht weniger hart aus. Aber welche Einsichtigkeit ist es, nun zu behaupten, Deutschland hätte von den damals maßlos erbitterten Feinden einen besseren Frieden bekommen, wenn es darauf beharrt hätte, an dem Kriegsausbruch unschuldig zu sein — und es ist, wenn natürlich auch nicht alleinschuldig, im höchsten Maße mitschuldig — wenn es den Feinden also noch den Vorwand geliefert hätte, zu sagen, daß sich in Deutschland trotz dem Sturze der Monarchie und trotz Aufrichtung der Republik, nichts geändert habe, der alte militärische Rügegeist weiter und unverändert in Kraft stehe! Es ist gar nicht unmöglich, daß dann der Friede noch härter ausgefallen wäre; man hat ja seither erfahren, was die französischen Imperialisten noch alles gefordert, was sie aber noch nicht erreicht hatten. Um zu der Ueberzeugung von der Kriegsschuld der Mittelmächte zu gelangen, hat die Entente wahrlich nicht auf die Cisnerschen Enthüllungen warten müssen; diese Ueberzeugung stand bei ihr felsenfest, mit ihr traten die Feinde an die Konzipierung der Friedensbedingungen, und was von der Kommission für die Feststellung der Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges von den bayrischen Berichten verwendet wurde — drei ganze Sätze! —, ist durch die später erfolgten amtlichen Veröffentlichungen in Wien und in Berlin als die zweifelloseste Wahrheit bekräftigt. Woraus sich ergibt, daß die Behauptung, die Cisnerschen Enthüllungen hätten, weil sie die Berichte nicht ungekürzt wiedergegeben haben, zur Verschärfung der Friedensbedingungen beigetragen, welche Behauptung, man denke nur, das Amtsgericht München I „feststellt“, ein in jeder Hinsicht mit allen geschichtlichen Tatsachen in vollem Gegensatz stehender Unsinn ist. Wohl hat sich Cisners Hoffnung nicht erfüllt, aber diese Hoffnung war nicht etwa bloß ein edler Irrtum, sie war die aus den d a m a l i g e n Verhältnissen sich ergebende richtige Politik.

Münchener Nichtern mag es nicht schwer fallen, den toten Revolutionär zu schmähen; aber da die Beschuldigung, Cisner hätte mit der gekürzten Veröffentlichung eine b e w u s s t e Fälschung begangen, die denbar niederträchtigste Leichenschändung ist, so muß diese Frage noch gesondert betrachtet werden. Das Andenken des glorreichen Märtyrers der Revolution muß von der Schändung gereinigt werden.

34.43 Proem 101
94 53 Melkowitz
EISNER, Kurt
FECHENBACH, Felix

Kurt Eisners „Fälschung“.

Um die Komödie, die mit dem Urteil des Münchener Amtsgerichtes in der Ehrenbeleidigungsklage des Felix Fechenbach gegen fünf Münchener Zeitungen getrieben wird, zu durchschauen, genügt es wohl, sich folgende Tatsachen zu vergegenwärtigen: Kurt Eisner hat die Auszüge aus den Berichten der bayerischen Gesandtschaft am 24. November 1918 veröffentlicht. Die Veröffentlichung hatte keineswegs behauptet, daß die Berichte im Wortlaut gebracht werden; ganz im Gegenteil. Ausdrücklich wird, wie schon erwähnt, gesagt, daß „aus den Berichten Einzelheiten mitgeteilt werden“, überdies läßt es die Veröffentlichung auch ausreichend erkennen, daß nur ein Auszug vorgelegt wird. (So heißt es an einer Stelle: „Es wird dann in dem Bericht weiter über eine diplomatische Aktion geplaudert“), wonach bereits einer „Fälschung“, die die (gar nie verhehlte) Kürzung als eine Fälschung erklärt, vorweg mit dem größten Mißtrauen begegnet werden muß. Nun sind aber sämtliche Berichte, die die bayerische Gesandtschaft in Berlin vom 2. Juli bis 5. August 1914 nach München (an das bayerische Ministerium des Auswärtigen) gerichtet hat, also natürlich auch die Berichte, aus denen Eisner seine Auszüge veröffentlicht hat, seit dem Herbst 1919 im vollen Wortlaut publiziert; in der Sammlung: „Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch“, die von Karl Kautsky mit unübertrefflicher Genauigkeit zusammengestellt und, im Auftrag des Auswärtigen Amtes, von ihm mit dem Grafen Montgelas und dem Professor Walter Schüding herausgegeben worden sind. Also seit zweieinhalb Jahren weiß man genau und vollständig, was die Bayern damals von Berlin nach München gemeldet haben, hat also auch die Eisnerschen Auszüge auf ihre Genauigkeit und Wahrhaftigkeit restlos prüfen können. Und nun soll es eine funkelneue Entdeckung sein, daß Kurt Eisner den Bericht, der am 18. Juli 1914 von Berlin nach München

geschickt wurde, nicht wörtlich veröffentlicht hat! Und daß das Amtsgericht München I es „feststellt“ — das feststellt, was man seit zweieinhalb Jahren auf das allergenaueste weiß —, soll eine erschütterndes Ereignis sein, das geeignet sei, alle bisherigen Erkenntnisse über Kriegursprung und Kriegsschuld über den Haufen zu werfen! Schon aus diesen äußerlichen Tatsachen geht klar hervor, daß da eine tendenziöse Ausbeutung am Werke ist.

In dem Münchener Prozeß ist ein Haufen von „Gutachten“ produziert worden, in denen allerlei Gelehrte die Eisnerschen „Kürzungen“ zu klassifizieren unternahmen; ein paar von ihnen haben als geladene Sachverständige ihre Meinung auch mündlich vorgetragen. Aber was für ein „Sachverständiger“ soll nötig sein, um zu beurteilen, ob eine Auslassung bei der Wiedergabe eines Schriftstückes dessen wahren Sinn

beeinträchtigt; das zu beurteilen bedarf es natürlich keiner Fachkenntnisse, dazu reicht die Kenntnis der deutschen Sprache aus. Das Massenausgebot von Sachverständigen ist also eine Spiegelfechterei; offenbar vermeinte man, den „Feststellungen“ des Gerichtes damit ein besonderes Relief zu verschaffen.

Was nun die Sache selbst betrifft, so kann der Sinn von Äußerungen und Schriftstücken ohne Zweifel auch durch bloße Auslassungen entstellt werden; das zu bestreiten kann uns schon deshalb nicht befallen, weil wir berlet „Zitierungen“ fast täglich begegnen. Aber von einer Kürzung oder Auslassung ist bei der Eisnerschen Publikation überhaupt keine Rede; Eisner hat nicht etwas „ausgelassen“, um etwas zu entstellen, sondern er hat einfach nicht den ganzen Bericht reproduziert; aber das ist etwas ganz anderes. Es handelt sich um einen Bericht des bayerischen Geschäftsträgers in Berlin an den Vorsitzenden im bayerischen Ministerrat (damals Graf Hertling) vom 18. Juli 1914. Dieser Bericht zerfällt nun meritorisch in zwei Teile. Der erste Teil handelt von dem Schritt, „den das Wiener Kabinett sich entschlossen hat, in Belgrad zu unternehmen“; legt also dar, daß Oesterreich-Ungarn entschlossen sei, mit Serbien Krieg anzufangen und daß die Berliner Diplomatie, „auf eine Anfrage aus Wien, ohne Zögern erklärt hat, mit jedem Vorgehen, zu dem man sich in Wien entschließt, einverstanden zu sein, auch auf die Gefahr eines Krieges mit Rußland hin“. Von diesem Teil des Berichtes, der über die Frage der Kriegsschuld allein ausfragt, hat Eisner nun nicht ein Wort ausgelassen, nicht einen Beistrich; er hat ihn im vollen Wortlaut veröffentlicht. Der Bericht hat allerdings auch einen zweiten Teil: in welchem der Berichterstatter darüber Erwägungen anstellt, „wie sich die anderen Mächte zu einem kriegerischen Konflikt zwischen Oesterreich und Serbien stellen werden“, und nun alle Mächte (Rußland, England, Italien, Bulgarien, Griechenland, Montenegro, Albanien, jawohl, auch Albanien!) darauf Revue passieren läßt, wie sie sich in dem österreichisch-serbischen Kriege verhalten dürften. Es ist klar, daß dieser Teil des Berichtes erstens mit der Frage des Kriegursprunges und der Kriegsschuld gar nichts zu tun hat, zweitens aber auch ohne Wert ist, von Eisner also mit Recht weggelassen werden durfte. Nicht minder klar ist es aber auch, daß die Weglassung des Teiles des Berichtes, der die Erwägung anstellt, wie sich alle möglichen und unmöglichen Mächte zu dem ausgebrochenen Kriege verhalten würden, den Sinn des Berichtes, der sich auf die Vorbereitung des Krieges bezieht, nicht zu entstellen vermag, mit ihm eben gar nicht in Verbindung steht. (Wobei die Tatsache, daß man schon damals Erwägungen über die Haltung aller Mächte anstellte, wohl eher darrut, daß man schon damals den Weltkrieg ins Bewußtsein aufnahm, als daß man an die Lokalisierung des österreichisch-serbischen Krieges glaubte.) Die Behauptung also, daß Eisner, indem er nur den Teil des Berichtes veröffentlichte, der sich auf die Kriegsvorbereitungen bezog, etwas gefälscht habe, diese Behauptung, von der man glaubt, daß ihr eine Autorität zukomme, weil sie ein Münchener Gericht vertritt, ist also, wie ausreichend dargelegt, eine Fälschung des wahren Tatbestandes.

Wir wollen aber die Möglichkeit dieser Fälschung

liger vorführen. Besonders Staat wird mit der „gültigen“ Wiedergabe einer Fernsprechnachricht der Berliner Gesandtschaft (nach München) vom 31. Juli früh gemacht. Nun prüfe man selbst:

Fernsprechnachricht der Bayerischen Gesandtschaft.

Eine Antwort auf die gemeinsame Demarche Englands und Deutschlands ist aus Wien bis nachts 12 Uhr nicht eingelaufen gewesen. Man erwartet sich in den Berliner maßgebenden Kreisen nicht, daß die Demarche Erfolg haben wird, ist vielmehr überzeugt, daß die zweifellos redlichen Bemühungen Greys, für die Erhaltung des Friedens zu wirken, den Gang der Dinge nicht aufhalten werden.

Veröffentlichung Eisners.

In einem Telefonat der Berliner bayerischen Gesandtschaft vom 31. Juli 1914 früh wird die Ueberzeugung ausgesprochen, daß die zweifellos redlichen Bemühungen Greys, für die Erhaltung des Friedens zu wirken, den Gang der Dinge nicht aufhalten werden.

Und das soll eine Fälschung sein! Man könnte sogar sagen, daß Eisner weniger berichtet: denn er redet nur von der Ueberzeugung der bayerischen Gesandtschaft, wogegen diese von der Ueberzeugung der Berliner maßgebenden Kreise spricht; daß aber diese an dem Erfolg ihrer Demarche gezwweifelt haben, stellt dem Ernst ihrer Bemühungen, Wien zur Vermunft zu bringen, nicht gerade ein günstiges Zeugnis aus. Das Gerücht von der „Fälschung“ Eisners ist ausbündige Torheit.

Was soll man aber erst zu der Behauptung sagen, daß es die Eisnersche Publikation gewesen wäre, die die Feinde zu der Ueberzeugung von der Kriegsschuld der Mittelmächte gebracht habe! Auch sie kann man altentmüßig prüfen! Um zu untersuchen, wer in diesem Kriege als verantwortlich anzusehen ist, hat die Vorfriedenskonferenz in ihrer Vollziehung vom 25. Jänner 1919 beschloffen, eine aus fünfzehn Mitgliedern bestehende Kommission einzusetzen; so beginnt der Bericht dieser Kommission. Er ist in dem „Deutschen Weißbuch über die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges“ im Wortlaut veröffentlicht. Danach hat die Kommission auf drei Sätze der Eisnerschen Publikation Bezug genommen. Der erste: „Es ist offensichtlich“, schreibt der bayerische Gesandte in einem Bericht an seine Regierung, „daß Serbien nicht in Forderungen einwilligen kann, die unvereinbar mit der Würde eines unabhängigen Staates sind.“ Dieser Satz befindet sich in dem ersten Teil jenes Berichtes vom 18. April und ist, da dieser erste Teil unverkürzt und unverändert veröffentlicht wurde, in der Eisnerschen Publikation genau so enthalten. In dem Bericht wird nämlich mitgeteilt, was die österreichisch-ungarische Note an Serbien enthalten werde, wozu beigefügt wird: „Daß Serbien derartige mit seiner Würde als unabhängiger Staat unvereinbare Forderungen nicht annehmen kann, liegt auf der Hand. Die Folge wäre also der Krieg.“ Wie kann man nun sagen, daß dieser Satz, durch Eisners Auslassung der Erwägungen über die eventuelle Haltung der Mächte zu dem ausgebrochenen Krieg, in Grad, Bedeutung und Beweiskraft irgendwie verändert worden sei? Und welche Dreistigkeit ist es, an diesem Satz deuteln zu wollen, nachdem seither über alle Zweifel festgestellt ist, daß es der wohlbedachte Plan der Ballhauschulte gewesen ist, die Note an Serbien so zu halten, daß sie nicht angenommen werden kann, damit sie nicht angenommen werden wird? Müssen wir den Münchener Richtern ins Gesicht rufen, wie sich der Erzump Berchtold über

die diplomatische Vorbereitung des Krieges mit Serbien sofort, nämlich in dem gemeinsamen Ministerrat vom 7. Juli, geäußert hat? Wörtlich aus dem Protokoll über diese Sitzung, in der der Krieg beschlossen worden ist: „Am Schluß dieser Erörterung (über die Kriegsfrage) kann konstatiert werden, daß alle Anwesenden (nur Tisza hatte, nur damals, noch Bedenken) der Ansicht sind, daß ein rein diplomatischer Erfolg, wenn er auch mit einer ekklatanten Demütigung Serbiens enden würde, wertlos wäre und daher solche weitgehende Forderungen an Serbien gestellt werden müssen, die eine Ablehnung voraussehen lassen, damit eine radikale Lösung im Wege militärischen Eingreifens angebahnt würde.“ Was also die bayerische Gesandtschaft damals gemeldet hat, war, leider, die volle Wahrheit, weshalb die Behauptung, die Eisnersche Veröffentlichung hätte den Feinden ein unrichtiges oder ungenaues Bild vorgeführt, schon eine offenkundige Lüge ist... Der zweite Satz in dem Bericht der Untersuchungskommission ist dieser: „In einem vom 31. Juli datierten Bericht erklärt die bayerische Gesandtschaft, sie sei davon überzeugt, daß die Bemühungen Sir Edward Greys, den Frieden zu erhalten, den Gang der Ereignisse nicht aufhalten könnten.“ Was Eisner in voller Uebereinstimmung mit dem Bericht des bayerischen Gesandten veröffentlicht hat... Und der dritte und letzte Satz ist das Zitat aus einem Bericht des bayerischen Gesandten vom 4. August. In diesem Bericht heißt es:

Die Neutralität Belgiens kann Deutschland nicht respektieren. Der Generalstabschef hat erklärt, daß selbst die englische Neutralität um den Preis einer Respektierung Belgiens zu teuer erkaufte wäre, da der Angriffskrieg gegen Frankreich nur auf der Linie Belgiens möglich ist.

Eisner hat den Bericht folgendermaßen wiedergegeben:

In einem Bericht vom 4. August 1914 wird über Belgien gesagt: Die Neutralität Belgiens kann Deutschland nicht respektieren. Der Generalstabschef hat erklärt, daß selbst die englische Neutralität um den Preis der Respektierung

Belgiens zu teuer erkaufte wäre, da ein Angriffskrieg gegen Frankreich nur auf der Linie Belgiens möglich sei.

Und das nennen die Münchener Richter eine Fälschung! In dem Bericht einer Untersuchungskommission heißt es nun:

... daß der deutsche Generalstabschef es für nötig erachtet, durch Belgien zu ziehen, Frankreich, sagt er, kann nur von dieser Seite her angegriffen werden. Deutschland könne die belgische Neutralität nicht respektieren, selbst wenn es Gefahr liefe, Englands Einschreiten herauszufordern.

Also im Sinne genau, was der bayerische Gesandte wirklich berichtet hat! Das ist nun alles, was die Untersuchungskommission der Alliierten von der Eisnerschen Veröffentlichung benützt hat; das alles stand aber wortwörtlich in den bayerischen Berichten und wird durch die angeblichen Auslassungen Eisners gar nicht berührt. Wonach man sich wohl im klaren sein wird, welche Gehässigkeit jene richterliche Feststellung, daß Eisner gefälscht und bewußt gefälscht habe, in Wahrheit ist.

Aber sie ist auch in Wahrheit eine Dummheit. Die Untersuchungskommission der Alliierten hat — ohne irgendwie zu begreifen, wie sie zu ihr gekommen ist — als „Schlußfolgerung“ gesagt, der Krieg sei von den Centralmächten mit Vorbedacht geplant worden, und er ist das Ergebnis von Handlungen, die vorsätzlich und in der Absicht be-

Nr.:

TAG:

gangen wurden, ihn unauswendbar zu machen". Das ist, soweit es sich auf den Krieg Habsburgs gegen Serbien bezieht, unumstößliche Wahrheit; von der Blutschuld Habsburgs ist nichts wegzudeuten. Aber wenn damit gesagt werden soll, daß D e u t s c h l a n d den W e l t k r i e g „mit Vorbedacht geplant“ und v o r s ä h l i c h etwas getan habe, ihn, nämlich den Weltkrieg, „unabwendbar zu machen“, so ist die „Schlußfolgerung“ eine entsetzliche Unwahrheit. Das ergibt sich für jeden Zurechnungsfähigen schon aus der simplen Tatsache, daß auch den Unseligen, die damals in Deutschland regiert haben, nicht zugemutet werden kann, sie hätten bemußt einen Krieg mit der ganzen Welt heraufbeschwören wollen, von dem sie doch ahnen hätten müssen, daß ihre Niederlage dann unvermeidlich sei. In Wirklichkeit ist der Weltkrieg über Deutschland als eine K a t a s t r o p h e hereingebrochen, und die Schuld der deutschen Machthaber besteht darin, daß sie den Ballhausverbrechern für den Krieg mit Serbien carte blanche gaben und nicht den Verstand besaßen, zu erkennen, daß auf eine Lokalisierung des serbischen „Konflikts“ nicht zu hoffen sei, vielmehr aus dem serbischen Kriege zwangsläufig der Weltkrieg entstehen müsse, daß sie aber dann, als es schon klar geworden war, daß wenn der Krieg gegen Serbien nicht unterbleibe, auch der Weltkrieg nicht vermieden werden könne, der Weltkrieg dann unvermeidlich sei, die sittliche Kraft nicht aufbrachten, um die Ballhauschufte zum Einlenken und zum Aufgeben (ja nicht einmal zum Beschränken) ihrer „militärischen Aktion“ zu zwingen. Das ist Deutschlands Kriegsschuld: es ist zwar die M i t s c h u l d an dem Weltkrieg, keineswegs aber die Alleinschuld, als ob sie ihn vorsätzlich geplant und bemußt herbeigeführt hätten. Daß es so ist, daß Deutschland nicht die Alleinschuld zu Last fällt, kann nun aus zahlreichen Vorgängen und Schritten b e w i e s e n werden. Aber dieser Beweis wird dadurch nur erschwert, geradezu verhindert, wenn die Sache so dargestellt wird, als wäre die Eisnersche Publikation eine Stütze, ja die alleinige, der „Schlußfolgerung“ der Entente gewesen, wonach mit deren Aechtung als Fälschung dieser „Schlußfolgerung“ alle Stützen entzogen würden. Das heißt geradezu der Entente in die Hände arbeiten: denn danach braucht sie nur zu beweisen, daß sie aus der Eisnerschen Publikation ja nur Unwiderlegliches entnommen habe, und liefert damit den Beweis, daß auch ihre „Schlußfolgerung“ unwiderleglich sei — obwohl diese Schlußfolgerung durch Entwurzelung anderer ihrer Stützen wirklich entwurzelt werden könnte. D e r H a ß g e g e n d e n t o t e n R e v o l u t i o n ä r m a c h t d i e B e u t e b l i n d: sonst müßten sie begreifen, daß mit der „Feststellung“ der Eisnerschen Fälschung der Behauptung der Entente von der Alleinschuld Deutschlands gar nichts anzuhaben ist, daß also mit dieser Behauptung den Feinden das Spiel nur leichter gemacht wird. Mit seiner Veröffentlichung hat Kurt Eisner Deutschland nur nützen wollen, und diejenigen, die den reinen Menschen und Revolutionär im Grabe schmähern, schädigen damit Deutschland schwer.

Neue Schriften zur Frage der Schuld am Weltkrieg.

(Der Prozeß um die Eisner-Akten.)

Zum erstenmal hat ein Ereignis die gesamte Presse im In- und Ausland zur Erörterung der Schuldgrundlage des Versailler Vertrages veranlaßt. Es war der Beleidigungsprozeß des Kaufmanns Felix Fechenbach gegen den Herausgeber der „Süddeutschen Monatshefte“ Paul Nikolaus Cossmann und drei andere Schriftsteller. Der Prozeß erhielt seine besondere Bedeutung erstens durch die neuen Tatsachen, die in beideten Auslagen und bisher unveröffentlichten Urkunden von den zuständigen Sachverständigen Deutschlands dem Gericht vorgelegt wurden; zweitens dadurch, daß seit dem Kriege zum erstenmal Schuldsachverständige aller Länder, auch der einst feindlichen und neutralen, zu gutachtlichen Äußerungen über die wichtigste Grundlage des Versailler Vertrages veranlaßt worden sind. Die „Süddeutschen Monatshefte“ haben sich ein großes Verdienst dadurch erworben, daß sie im Maiheft 1922 (auch Sonderheft, Leipzig, Königinstraße 35, VII, 7.50) Neben und Gegenreden nebst den Erklärungen der Sachverständigen derart wiedergeben, daß sich ein jeder ein Bild von dem Verlauf und Ergebnissen des Prozesses machen kann. Er verdient als Ganzes gelesen zu werden; hier sollen nur einige Stellen angeführt werden, aus denen seine Bedeutung ersichtlich wird.

Wenige Wochen nach der Novemberrevolution brachte die „Bayrische Staatszeitung“ einen Artikel „Urkunden über den Ursprung des Krieges“. Es war ein Bericht angeblich aus der Feder des bayrischen Gesandten in Berlin Grafen v. Berchensfeld, der in der

Diplomatie das größte Aufsehen erregte; hier hatte man nämlich ein Dokument, das Deutschlands Schuld am Weltkrieg zu beweisen schien. In Versailles „hat man es dem Deutschen Reich wie eine Schlinge um den Hals gezogen und es damit erdrosselt“. Jetzt hat es sich aber herausgestellt, daß dies von dem bekannten Kurt Eisner veröffentlichte Dokument nicht nur nicht von dem Grafen v. Berchensfeld herrührte, sondern auch, daß es — was das schlimmste ist — durch die Weglassung der wichtigsten Stellen, die gegen die Kriegsschuld Deutschlands sprechen, in geradezu verbrecherischer Weise gefälscht worden ist. Man gab zunächst Kurt Eisner Schuld an der ungeheuerlichen Fälschung. Bald aber verlautete, daß die Fälschung von Eisners Sekretär, Felix Fechenbach, begangen worden sei. Da Cossmann und andere dies aussprachen, erhob Fechenbach Klage wegen Beleidigung. Der Prozeß dauerte sechs Tage. Die „Monatshefte“ bringen zuerst die Schuld Dokumente: den vollständigen Bericht vom 18. Juli, der aber nicht vom Grafen Berchensfeld, sondern vom Legationsrat v. Schoen herrührt, dann das Telephonat der bayrischen Gesandtschaft vom 31. Juli — im Wortlaut. Die in dem Bericht von Eisner weggelassenen Stellen werden durch Fettdruck hervorgehoben. Die Fragen, die den Gegenstand des Prozesses bildeten, lauten: 1. Liegt eine Fälschung vor und war diese von nachteiligen Folgen für den Friedensschluß? 2. Hat der Privatkläger die Fälschung begangen?

Hören wir zunächst, was über die Wirkung des Berichtes ausgesagt wird. Freiherr v. Berzner, Vorsitzender der deutschen Friedensdelegation in Versailles, sagt: Nach meiner Überzeugung würde unsere Stellung ohne die Veröffentlichung erheblich besser gewesen sein

und ich glaube, daß namentlich dies auf Wilson einen ganz erheblichen Eindruck gemacht hat, daß von deutscher Seite bereits vor den Friedensverhandlungen von Versailles ein Schuldbekenntnis vorlag. Diese Dokumente, vereint mit der sonstigen Propaganda für die deutsche Schuld am Kriege hatten auch einen Umschwung in der Behandlung der deutschen Delegation zur Folge. Während diese zuerst eine gute war, wurden die Delegierten später wie Verbrecher behandelt. So war z. B. der Raum, den man ihnen zuwies, um Luft zu schöpfen, wie ein Käfig für wilde Tiere. Über die Bedeutung der aus dem Bericht hinweggelassenen Stellen liegen die Ausführungen des Grafen Montelas, des Abgeordneten Dixr, des Oberarchivrates Striedinger, des Geheimrates Hans Telbrück, des Professors Quibde, des Sachverständigen Eugen Fischer und des Ingenieurs Noegerath vor. Alle sind im höchsten Grade bezeichnend. Noegerath z. B. sagt: Das Dokument diente dazu, die Schuld Deutschlands am Kriege zu erweisen und hat deshalb schweren Schaden verursacht. Soweit seine amerikanischen Landsleute gegen Deutschland eingenommen seien, gehe dies auf den Glauben zurück, daß Deutschland die Schuld an dem Kriege habe. Wie der geistige Krieg gegen Deutschland seit Beginn dieses Jahrhunderts in der ganzen Welt wütete und die maßgebendsten Faktoren bei unseren Gegnern — gekrönte Häupter und ihre Minister, für den Krieg tätig waren, schildert unübertroffen Professor Karo aus Halle. Wie bei den anderen Sachverständigen lautet auch sein Schluß dahin, daß der Eisner'sche Bericht eine bewusste Fälschung sei. Wie Ausländer darüber denken, macht Karo, um nur ein Beispiel anzuführen, aus dem Buche Oman's „The Outbreak of the War“ ersichtlich: Falls dieses fürchtbare Dokument,

heißt es dort, nicht als ungenau dargelegt werden kann — was als unwahrscheinlich erscheint, denn es wurde von den deutschen Komittanten allgemein als richtig angenommen — dann ist die Frage der Schuld am Kriege damit entschieden. Man braucht dann nichts mehr über den Charakter der kaiserlichen Diplomatie zu sagen. Die Minister Wilhelm II. sagten die Unwahrheit und was sollen wir von ihrem Herrn sagen, der vom Juli 1914 bis zum September 1918 in hundert Reden erklärte, daß der Krieg Deutschland aufgezwungen worden sei.

Unter dem Druck der Aussagen kann selbst ein Fehrenbach nicht mehr von Deutschlands „Allein“-schuld sprechen. Dr. Thimme sagt, das ungeheure Aktienmaterial, das er nach allen Ecken und Enden durchstudiert hat, enthält nichts, was jemanden das Recht gebe, von einem vorbedachten Kriegswillen der deutschen Regierung zu sprechen. Lassen wir einen Franzosen zum Wort kommen. Es ist Edouard Lujardin, Professor an der Sorbonne: Zusammensassend, sagt er, ist meine Ansicht die, daß der Text, wie ihn die Bayerische Staatszeitung veröffentlicht hat, eine der offenkundigsten und ruchlosesten Fälschungen der Geschichte ist. Nach alledem darf der Vertreter der Angeklagten Graf Pestalozza mit Recht sagen, daß der Bericht Eisners eine absichtliche und bewusste Fälschung ist. Ob, wie Eisners Witwe erklärte, der Fälscher Fehrenbach war, Eisner bloß die Unterschrift hergab, läßt sich, da Eisner bekanntlich getötet wurde, heute kaum feststellen. Mit Recht nennt Cossmann den Tag des Erscheinens der Fälschung einen schwarzen Tag der deutschen Geschichte.

Nr.:

TAG:

Das Gericht hat denn auch auf Grund der Verhandlungen festgestellt: 1. die Veröffentlichung Eisners ist keine wortgetreue Wiedergabe der amtlichen Berichte. Sie tut die Weglassung der den wahren Sachverhalt grell beleuchtenden Stellen durch die kurze und geringschätzende Bemerkung ab: „Es wird dann in Verghensfelds Berichte weiter über die diplomatische Aktion Deutschlands geplaudert“. Und doch geht gerade aus den weggelassenen Stellen klar hervor, daß Deutschland die Gefahr des Weltkrieges wohl erkannt, ihn aber nicht gewollt hat, daß es seinen Ausbruch zu verhindern und eine Lokalisierung des Krieges zu erreichen suchte. In Eisners Veröffentlichung wird im Gegensatz dazu der Eindruck hervorgerufen, daß Deutschland den Weltkrieg gewünscht hat. Der wahre Inhalt der amtlichen Berichte wird hiedurch in sein Gegenteil verkehrt. Um seiner Fälschung mehr Gewicht zu verleihen, hat Eisner seiner Veröffentlichung sogar eine falsche Unterschrift mit auf den Weg gegeben. Er hat sie mit einem Wort so zugestutzt, daß sie zu einem Schulbekenntnis wurde, wiewohl die wahren Berichte ein solches in keiner Weise sind. 2. Eisners Veröffentlichung ist sonach eine Fälschung im wahren Sinne des Wortes und zwar eine amtliche, da sie amtlichen Charakters ist. 3. Die Wirkung der Veröffentlichung war eine schreckliche, denn unsere Gegner haben sich ihrer bedient, nicht um einen Frieden der Völkerverständigung zu schließen, sondern um auf ihrer Grundlage dem Deutschen Reich unerträgliche Lasten aufzulegen. Dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in Versailles hätte, wenn er sich mit den Gegnern über die Schuldfrage unterredete und wenn er die Schuld Deutschlands verneinte, stets der Name Kurt Eisner

entgegen. Die Fälschung war sonach eines der wichtigsten Hindernisse im Kampf gegen die allmählich zum Dogma gewordene Behauptung der Alleinschuld des Deutschen Reiches. 4. Das Gericht konstatiert endlich die Tatsache, daß das Friedensdiktat von Versailles, wie es vornehmlich auf dieser Grundlage zustandekam, jeden Deutschen trifft, jeder Deutsche es Tag für Tag an seinem eigenen Leibe spürt und jeder Deutsche sonach das Recht hat, nach Maßgabe seiner Fähigkeiten auf eine Änderung des Diktates hinzuwirken. Die Kriegsschuldfrage ist durch den Ausgang des Prozesses wissenschaftlich und gerichtlich erledigt. Die öffentliche Meinung kann mit diesem Ausgang des Prozesses zufrieden sein. Hoffen wir, daß dem Ergebnis der Aussagen auch die Wirkung des Prozesses entspricht.

Im Anhang darf hier noch auf zwei kleinere Schriften den „Beitrag zur Schuldfrage“ des Vizeadmirals z. D. Paschen (Winterberg, Rostock) und auf die Schrift von Dr. Heinrich Kanner „Der Nachsweg des Friedensvertrags“ (Verlag „Friede durch Recht“, Ludwigsburg bei Stuttgart 1922) hingewiesen werden. Kommt jene zu dem Ergebnis, daß Frankreich durch seine Bündnispolitik jede Lokalisierung eines Krieges in Europa unmöglich gemacht, Amerika sich am Krieg beteiligte, um eine Niederlage der Entente zu verhindern und England zu einem Hauptschuldigen wurde, weil der Krieg ohne seine im voraus gesicherte Teilnahme nicht zustande gekommen wäre, so weist Kanner nach, daß der Versailler Friede allen Rechtsgründen zivilisierter Staaten zufolge wegen neu. aufgesunderer Beweismittel revidiert werden muß. Das Schriftchen verdient Beachtung in den weitesten Kreisen. J. Losert h.

Kaiser und Kanzler bei Kriegsbeginn.

Nach der Darstellung des Generalstabschefs v. Moltke.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht ein Kapitel aus dem soeben in Stuttgart erschienenen Werke des verstorbenen Generalobersten v. Moltke. Chefs des Generalstabs beim Ausbruch des Krieges.

Moltke schildert in diesem Kapitel die Ratlosigkeit, das Hin und Her, das am 1. August 1914 in den obersten Regionen, genauer gesagt bei Kaiser und Kanzler, herrschte. Moltke war auf dem Wege vom Schloß nach dem Generalstabsgebäude, als er Befehl erhielt, sofort wieder ins Schloß zurückzukehren. Er fand Kaiser und Kanzler freudig bewegt bei einer Depesche, die von Tichnowsky eingetroffen war, wonach Greh dem Botschafter mitgeteilt hätte, England wolle die Verpflichtung übernehmen, daß Frankreich nicht in den Krieg eintrete. Der Kaiser erklärte nun folgendes: „Also wir marschieren mit der ganzen Armee im Osten auf. Moltke machte darauf aufmerksam, daß das militärisch unmöglich sei, und daß man dann einen wüsten Haufen ungeordneter bewaffneter Menschen ohne Verpflegung haben würde. Der Kaiser bestand aber darauf und erklärte u. a.: Ihr Onkel würde hier eine andere Antwort gegeben haben.“

Die Stimmung wurde immer erregter. Schließlich gelang es aber doch, den Kaiser zu überzeugen, daß der Aufmarsch, der mit starken Kräften gegen Frankreich und mit schwachen gegen Rußland gedacht war,

planmäßig verlaufen müßte, wenn nicht die unheilvollste Verwirrung entstehen sollte. Moltke war im Laufe dieser Szene — er hatte als Garantie für das Nichtloschlagen Frankreichs die zeitweilige Überlassung der Festungen Toul und Verdun gefordert, was natürlich ein unmöglicher Vorschlag war und der deshalb abgelehnt wurde — in Erregung gekommen, um so mehr, als der Reichskanzler erklärt hatte, die Besetzung Luxemburgs dürfe unter keinen Umständen stattfinden. Der Kaiser gab, ohne Moltke zu fragen, dem Flügeladjutanten vom Dienst den Befehl, sofort nach Trier an die 16. Division zu telegraphieren, sie dürfe nicht in Luxemburg einmarschieren. Vergebens suchte Moltke den Kaiser davon zu überzeugen, daß wir die Luxemburger Bahnen sichern müßten, und daß unser ganzer Aufmarsch in Verwirrung gebracht würde. Es blieb bei dem kaiserlichen Befehl.

Voll Verzweiflung und gebrochen kehrte Moltke in das Generalstabsgebäude zurück. So saß er in dumpfer Stimmung in seinem Zimmer, als er um 11 Uhr wieder in das Schloß befohlen wurde. Der Kaiser gab ihm eine Depesche des Königs von England, in welcher dieser erklärte, ihm sei von einer Garantie Englands, Frankreich am Kriege zu verhindern, nichts bekannt. Die Depesche Tichnowskys müsse auf einem Irrtum beruhen. Der Kaiser war sehr erregt und sagte zu Moltke: „Nun können Sie machen, was Sie wollen“, worauf dann Moltke erneut der 16. Division den Befehl zum Einmarsch in Luxemburg erteilte. Moltke schließt dieses Kapitel: Das war mein erstes Erlebnis in diesem Kriege. Ich habe die Überzeugung, daß der Kaiser die Mobilmachungsordere überhaupt nicht unterzeichnet hätte, wenn die Depesche Tichnowskys eine halbe Stunde früher angekommen wäre. Ich habe die Einbrüche dieses Erlebnisses nicht überwinden können. Es war in mir etwas zerstört, was nicht mehr aufzubauen war, Zuversicht und Vertrauen waren erschüttert.

Die Schuldfrage im Urteil führender Geister.

Von Robert Sieger.

Es gehört zu dem tragischen Widersinn unserer Zeit, daß eine Anzahl der schärfsten Denker und Forscher des deutschen Volkes dazu verurteilt sind, die gründlichsten und mühevollsten Studien auf eine Frage aufzuwenden, die ihnen an sich widersinnig erscheint. Nicht bloß der Historiker und der Geograph, sondern jeder Tiefdenkende überhaupt würde demjenigen karg abweisen, der ihn fragen wollte, ob Athen oder Sparta mit der — sittlichen und juristischen — Schuld an peloponnesischen, ob Katholiken oder Protestanten mit der Schuld am Dreißigjährigen Krieg belastet sind. Eine Frage, die gegenüber Kabinetts- und Eroberungskriegen berechtigt ist, verliert jeden Sinn gegenüber Völkerkriegen, die durch die allmähliche Entwicklung und Verschärfung machtpolitischer und raumpolitischer Gegensätze sich jahrzehntlang vorbereitet, die auf der beiderseitigen Überzeugung, daß die Entwicklung, das Wachstum, ja der Bestand eines anderen Volks und Staats das eigene Lebensinteresse bedrohen, den eigenen Lebensraum beengen, und somit auch auf der Überzeugung von der Notwendigkeit militärischer Notwehr beruhen und die von dem Volkswillen und der Begeisterung für die eigene „gute Sache“ getragen werden. Wenn wir die Geschichte betrachten, so finden wir in solchen Fällen — und auch die Kriege der Französischen Revolution mit den Mächten des „alten Europa“ gehören zu ihnen — so tief liegende Ursachen, daß wir nicht zu erkennen vermögen, wie der Wille von Einzelpersonen oder Regierungen die gewalttätige Entladung der Spannungen hätte vermeiden können. An Stelle solcher geschichtlich-geographischer Ursachen, unter denen in wachsendem Maße die wirtschaftlichen Spannungen eine Rolle spielen, die Schuld von Einzelnen zu mahnen, entspricht der Auffassung jener Regier, die den Ursprung eines Gewitters oder einer Überschwemmung in dem bösen Willen eines Handwerers suchen. Es entspricht der Psychologie der Hezenprozesse. Und an deren Zeit erinnert auch das Vorgehen der Entente, die mit den Mitteln der Folter — angewandt auf ein ganzes Volk und nur insofern modernisiert, als die jessische Qual an Stelle der körperlichen gesetzt wurde — ein Geständnis der „Schuldigen“ erpreßte und dieses zur Grundlage eines Rechtsverfahrens machte.

Etwas anderes als die Ursache ist die Veranlassung eines Krieges. Ob die angesammelte Spannung sich früher oder später entladet, hängt von einzelnen, an sich oft unbedeutenden Vorgängen ab, bei denen der Wille von Einzelpersonen

und Regierungen, deren überlegte und unüberlegte Handlungen eine Rolle spielen können. Diese können ebensowohl die Entladung beschleunigen als sie verzögern. Und es mag sein, daß eine Verzögerung die drohende Kriegsgefahr ganz beseitigt; aber nur in den seltenen Fällen, in denen sich eine anders geartete Entwicklung, in denen sich Spannungen auf anderen Gebieten des staatlichen Lebens vorbereiten, die an Bedeutung den ursprünglichen Gegensätzen überlegen sind, also auch in anderen Gruppierungen und zu anderen Kampfobjekten führen können. So hätte allenfalls ein verzögerter Ausbruch der bolschewistischen Revolution die weltpolitischen Spannungen von 1914 in den Hintergrund gedrängt, innen- und außenpolitische Kämpfe zur Folge gehabt, in denen ganz andere Gruppen gegeneinandergestanden wären, als dies im Weltkrieg der Fall war. Aber ein Umsturz in Rußland war nicht zu erwarten. Er konnte nur als Kriegsfolge eintreten. Die Pazifisten meinen, wenn der Krieg lang genug vermieden worden wäre, so hätte die Friedensbewegung so an Boden gewonnen, daß es nicht mehr zum Waffengang gekommen wäre. Aber ein Blick auf deren tatsächliche langsame Entwicklung zeigt, daß das eine Selbsttäuschung war. Staatsmänner können mit derlei ferneren Möglichkeiten nicht rechnen. Immerhin hat Bismarck im Bewußtsein seiner Meisterschaft und seine Nachfolger in ihrer Schwäche die sich

vorbereitenden Entladungen hinauszuschieben versucht, jener, um allfällige unerwartete Zwischenfälle zu ihrer dauernden Beseitigung verwenden zu können, diese aus Angst vor der Entladung selbst und ihren Folgen. Genügt hat es aber nicht auf die Dauer.

Eine Schuldfrage in bezug auf die Kriegsveranlassungen kann nur so lauten, ob die Mahnenden des Volkes den Eintritt des Kriegs zur gegebenen Zeit gewünscht, gewollt, beschleunigt oder durch Nachlässigkeit herbeigeführt haben. Sie aufwerfen, heißt aber auch zeigen, daß es sich nicht so sehr um Verpflichtung und Schuld gegen die Menschheit, als um Pflicht und Schuld gegen das eigene Volk handelt. Sind die Staatsmänner überzeugt, daß die Spannung nur durch Krieg gelöst werden kann, da andere Mittel auf die Dauer versagen, so ist es ihre Pflicht, ihn in dem günstigsten Augenblick eintreten zu lassen. Sowohl das Urteil darüber, ob der Krieg unvermeidlich ist, wie die Erkenntnis der günstigsten Zeitlage aber sind Sache des Verstandes — mit voller Schärfe kann erst die Nachwelt, die aus größerer Entfernung urteilt, darüber entscheiden. Das Gebot des Moralischen erugt sich also immer mehr ein. Nur freudhafter Rechtsinn, der in den Krieg taumelt, wie in ein

lustiges Abenteuer, unterliegt fittlicher Beurteilung. Fähigkeit oder Unfähigkeit der Staatsmänner aber unterliegen dem Urteil des Historikers. Schon heute wird man indes sagen können, daß die Lage 1914 den Krieg für Deutschland, das unvorbereitet war, unerwünscht, für die Gegner, die wohlgerüstet und diplomatisch stark, günstige Umstände von vielleicht nur geringer Dauerhaftigkeit vor sich sahen, aber gerade damals zweckmäßig erscheinen ließ. Konnten sie hoch — da niemand die ungeheuren Leistungen unseres Volkes vorausahnen konnte — mit raschem Erfolg rechnen. Deshalb konnten auch die Entente-Diplomaten berichten, daß Bethmann und der deutsche Botschafter Graf Pourtalès festlich zusammenbrachen, als der Krieg unvermeidlich war.

Trotzdem als Deutschland und Österreich-Ungarn einen Weltkrieg nicht wünschen, ja nur fürchten konnten, hat die generische Propaganda der Welt die Mär von ihrer schrankenlosen Eroberungsgier, die den Kampf mit Ungebuld erwartete, derart glaublich gemacht, daß man die Grausamkeiten des Friedensdiktates als verdiente Strafe auffaßt. Deshalb müssen wir die „Schuldfrage“ vor aller Welt immer wieder bekämpfen, wenn wir wollen, daß die Erkenntnis von der Ungerechtigkeit und Weisshädlichkeit dieser Friedensdiktate sich Bahn brechen und dadurch ihre unerträglichen Bestimmungen beseitigt oder gemildert werden. Höher stehenden Geistern gegenüber tut dies die deutsche Wissenschaft mit wachsendem Erfolg. Den Massen gegenüber, auch innerhalb unseres von der Schuldlehre nicht unbeeinflussten Volkes, sind umfassende sachliche Darlegungen wirkungslos. Und doch kommt es auf die Meinung der Menge an.

Auf diese aber wirkt, gerade in unserer sich demokratisch nennenden Zeit nichts stärker als Autoritäten und die von ihnen ausgehende Suggestion. Man denke an Northcliffe, Clemenceau und die wenigen anderen Männer, die die „Schuldfrage“ durch ihre autoritativen Behauptungen in die Welt gesetzt haben. Das hat Hugo Grothe richtig erkannt und das dreisprachige Werk „Die Schuldfrage im Urteil führender Geister Deutschlands und des Auslands“ ins Leben gerufen. Im Verlag der Deutschen Kulturpolitischen Gesellschaft in Leipzig erschien vorläufig die deutsche Ausgabe des ersten Teils, der die deutschen Urteile bringt. Er gibt aber auch eine Probe, wie die fremdsprachliche (englische und spanische) Ausgabe aussehen wird. Auf Quartseiten erscheint jeweils das Bild einer hervorragenden Persönlichkeit, dann ihre Äußerung in deutscher Sprache in der Wiedergabe ihrer eigenen Handschrift und deren englische und spanische Übersetzung. Hier wirkt also nicht nur das Wort an sich, sondern der Eindruck der Persönlichkeit, ihre Züge und ihre Handschrift. Daß die Deutschen nicht die Barbaren sind, als die man sie so gerne abbildet, daß ihr Gesichtsausdruck und ihre Schriftzüge Persönlichkeiten spiegeln, wird sicher nicht ohne Einfluß bleiben. Die 40 Bilder aber stellen ebenso sicher einen Anreiz zum Kauf des Buches im In- und Ausland dar, der bei anderen Schriften fehlt.

Der übrige Inhalt des Werkes wird in die fremden Sprachen übersetzt werden, kann aber auch in der deutschen Ausgabe gleichfalls viel Aufklärung bringen. Er enthält eine Einleitung, Sätze über die Natur von Krieg und Frieden (Kant, Niebische, Lloyd George, Wilson, Briand), die Anklagen der Feinde, die Aussprüche Wilsons, Kundgebungen der Reichsregierung und deutscher Verbände, die Belastung Deutschlands und die Vorgänge an Rhein und Ruhr, den „Vertragsbruch der Gegner“ (d. h. die Verletzungen der Wilsonschen Zusagen, die dem Waffenstillstand zugrunde lagen) und vor allem die Äußerungen zahlreicher deutscher Männer und Frauen, über deren Person kurze Angaben aufklären. Es sei nur eine hervorgehoben. August Winnig schreibt:

„Als Sozialdemokrat und Republikaner stehe ich der alten kaiserlichen Regierung und ihrer Politik grundsätzlich ablehnend gegenüber. Aber umso mehr fühle ich mich verpflichtet auszusprechen: Es ist meine feste Überzeugung, daß die deutsche Regierung diesen Krieg weder gewollt, noch herbeigeführt hat.“

Diese Ausrufschrist im In- und besonders im Ausland, wo mancher noch andersdenkende Bekannte hat, zu verbreiten, ist daher ein zweckdienliches Werk. Möge sie ihren Weg in alle Welt nehmen!

Der Mann, der Oesterreich zugrunde gerichtet hat!

Dieses ist Conrad v. Höhendorf, der Chef des Generalstabes vor dem Kriege, auf dem die ewige und unflüchtige Schuld lastet, den Krieg herbeigeführt zu haben, der den Weltbrand entfesselt hat, in dem, nebst vielem, auch Oesterreich zugrunde gegangen ist. Er ist nun mit seinen Erinnerungen („Aus meiner Dienstzeit — 1906 bis 1918“, Nikola-Verlag) zum vierten Band gekommen, in dem, vor der Darstellung der ersten zwei Kriegsmomente, die politischen Vorgänge vom Fürstenmord in Sarajewo bis zum Kriegsausbruch“ geschildert werden. Aus dieser Darstellung geht mit der furchtbarsten Deutlichkeit hervor, daß es unter den vielen, die den Weltkrieg auf dem Gewissen haben, keinen gibt, dem eine so unmittelbare Schuld trifft, wie Conrad, den Kriegsheer in Oesterreich.

Bevor man sich aber mit Conrad selbst beschäftigt, muß gesagt werden, daß seine Bücher wohl die grauenvollsten der vielen sind, die man über den Weltkrieg lesen muß. Man ermäge nur, daß an dreitausend Seiten — die ersten drei Bände — zu bewältigen sind, bevor man zu dem Ereignis kommt, aus dem der Weltkrieg unmittelbar hervorgegangen ist! Gewiß hat Conrad, der in einem großen Staate durch lange Zeit an verantwortlicher Stelle stand, manches von Wichtigkeit zu berichten; aber der schreiblustige Mann schenkt einem nicht die gleichgültigste Begebenheit, nicht die kleinste Episode, nicht den belanglosesten Brief! Auf der zweiten Seite des Buches, das doch Weltgeschichte geben will, erzählt Conrad:

Bei der Rückfahrt berief uns der Erzherzog (Franz Ferdinand) in seinen Salonwagen, wo ein kurzer Lunch verabreicht wurde. Er bestand für alle Herren aus einer kalten Platte; nur für den Erzherzog wurde im Thermosflask eine warme Speise serviert. Zu dieser lud mich Seine kaiserliche Hoheit mit den Worten ein: „Kommen Sie, Conrad, die jungen Herren haben ihren kalten Aufschnitt, aber wir zwei werden etwas Warmes essen.“ Wir nahmen an einem kleinen Tischchen Platz, und ich mußte mit dem Erzherzog aus einer Kasserolle essen.

Conrad drückt einen belanglosen Brief Berchtolds ab (vom 23. Jänner 1913), dabei auch dieses:

Darf ich Sie, sehr verehrter Herr Baron, bei dieser Gelegenheit fragen, ob Sie uns nicht die Freude machen wollten, Sonntag 1.30 Uhr bei uns en famille zu frühstücken? Bitte um telephonische Antwort.

Und seine Antwort vom 24. Jänner beginnt (denn alles wird eben wörtlich abgedruckt):

Ihre Excellenz, gestatten Sie, daß ich meine telephonische Zusage zur lebenswichtigen Einladung für Sonntag hiemit schriftlich wiederhole und meinen ergebensten Dank hierfür beibringe.

Solcher wichtiger Vorfälle und Briefe könnte man Dunderie vorführen. Jeder Brief marschiert mit allen konventionellen Klosteln auf; gewöhnlich wird sogar der „Kopf“ des Briefpapiers abgedruckt! Die Antwort auf einen Brief Berchtolds (vom 11. April 1913) beginnt folgendermaßen:

H. u. k. Chef des Generalstabes.

Geh. 134.

An Seine Excellenz den Herrn wirklichen Geheimen Rat und Kämmerer Leopold Grafen Berchtold von und zu Ungarisch, Ritter des Ordens vom Goldenen Hufe 2c. 2c. 2c., Magnatenhausmitglied des ungarischen Reichstages, Minister des kaiserlichen und königlichen Hauses und des Äußern in Wien.

Man wäre um die Kenntnis eines geschichtlichen Vorganges ärmer, wenn man diese Briefadresse nicht wörtlich erfahren hätte! Daß der Chef des Generalstabes, wenn er dem Minister des Äußern schreibt, den Brief so anfängt, ist schon schrecklich; aber das in einem Geschichtswerk noch anzuführen! Eine Depesche der Militärkanzlei schließt: „Eruche um Bestätigung des Empfanges.“ Wird uns Conrad die Empfangsbestätigung schenken? Hier ist sie:

So-Telegramm

Aufgegeben am 18. September 1914 um 1 Uhr 16.

Angelommen in Wien den 18. September 1914 um 2 Uhr 10

Vom Armeoberkommando an General Hofstraß.

Empfang von Telegramm Ref. Nr. 47 wird bestätigt.

Armeoberkommando.

Wie gesagt, das alles ist nicht etwa mißgünstig aus den dicken Wälzern herausgelacht; man kann die vier Bände wo man will aufschlagen und wird auf jeder Seite die gleichen Lächerlichkeiten finden. Man hat den Goethe-Philologen vorgeworfen, daß sie jedes Schnitzel des Dichters herausgelacht und veröffentlicht haben. Aber was ist das gegen unseren Conrad, der jedes Zettelchen, das er während zwölf Jahren erhalten haben mag, der Mit- und Nachwelt übermitteln! Dabei ist der Eindruck nicht abzuweisen, daß sich Conrad während seiner ganzen Dienstzeit einfach ununterbrochen Aufzeichnungen gemacht haben muß, daß er geradezu jedes Gespräch, das er mit Kaiser oder Thronfolger gehabt, hat, sofort in Dialogform verzeichnet hat — weit mehr ordnungsliebender Bürokrat als Marschall und Feldherr. Ueber zwei Monate Krieg schreibt er diesmal an neunhundert Seiten; da kann man sich ja noch auf viele ähnlich grausliche Bücher gefaßt machen... Aber mindestens drei Viertel von ihnen sind zweckloser Ballast.

Indes ist nicht der Schriftsteller das Objekt der Betrachtung, sondern der Mann, der den Krieg gewollt und herbeigeführt hat. Wenn man sich den Anteil Conrads an der Kriegsschuld klarmachen will, muß man zuerst untersuchen, wer sonst in Oesterreich-Ungarn damals die Kraft gehabt hätte, das Reich in den Krieg hineinzutreiben. Der Kaiser? Man mag über Franz Josephs Schuld denken, wie man will, und darin sein Verbrechen erkennen, daß er schließlich zugestimmt hat — daß er zu alt war, um sich der Kriegsheer zu erwehren, ist vielleicht eine menschliche Entschuldigung, nie eine politische Rechtfertigung, denn wenn er zum Entscheiden zu alt war, so hätte er das Regieren schon längst aufgeben müssen —, aber daß von dem alten Kaiser der Kriegswille, der Kriegsantrieb nicht ausgehen konnte, nicht ausgegangen ist, ist selbstverständlich. Wer war aber nun ihn? Der Thronfolger, den wir später als Kaiser erlebt haben? Als in Preußen im Jahre 1866 der Entschluß zum Kriege gegen

Oesterreich gefaßt werden sollte, verlangte Bismarck, obwohl es sich da wirklich um keine lebensgefährliche Unternehmung handelte, daß der Kaiser zum Räte der Kronprinzen berufe, denn um sein Erbe könnte es in dem Kriege gehen. Es ist also für die ganze Habsburgerzeit gewiß bezeichnend, daß es damals überhaupt keinem Menschen einfiel, den Karl um seine Meinung zu fragen; er hätte wohl auch keine gehabt. Aber sie alle, die sich damals im „Räte der Krone“ bewachten, die Berchtold, Krobatin, Bilinski, Stürgkh, die Teilnehmer an jenem gemeinsamen Ministerrat vom 7. Juli 1914, in dem der Krieg gegen Serbien beschlossen wurde, sie waren einflußlose Nullen, hinter denen nichts stand als eben die kaiserliche Ernennung; wie hätten die dem Kaiser — von der Öffentlichkeit nicht zu reden — den Entschluß zum Kriege aufzwingen können! Der einzige Mann jener Zeit war Stephan Tisza; aber der hat sich, wie man weiß, dem Krieg zuerst entschieden widersetzt. Daß sich die Nullen dem Kriegswillen Conrads nicht entgegenstellen, ihn vielmehr unterstützt haben — zum Teil aus den verächtlichsten Motiven: so hat der elende Stürgkh nur daran gedacht, daß er sich, wenn Krieg werde, in dem Ante, in dem er schon ganz verbracht war, weiter behaupten werden können —, splittert von der Tatsache nicht das geringste ab, von der Tatsache, daß Conrads Wille auf den Krieg ging, und daß er, Oesterreichs mächtigster Mensch in jenem Augenblick, seinen Kriegswillen durchsetzte. Conrad leugnet das auch nicht; im Gegenteil, daß er Oesterreich-Ungarn in den Krieg hineingetrieben hat, das hält er für seine große Lebensstat, das berichtet er zu seinem höchsten Ruhme! Wenn in der Welt alle ableugnen, daß sie den Krieg gewollt haben, der Herr Conrad kann es nicht leugnen; und wenn es gewiß ist, daß der Weltkrieg aus dem Kriege Oesterreich-Ungarns gegen Serbien, den Conrad geradezu diktiert hat, entsprungen ist, so sieht man in Conrad den an dem Weltkrieg schuldigsten Mann.

Allerdings möchte Conrad den Krieg als unabwendbar hinstellen. Er hätte das immer gesagt und bereits zweimal, in den Jahren 1908 und 1912, den Krieg gefordert, man habe ihm aber nicht Gehör gegeben und so zwei günstige Gelegenheiten veräußert:

Die günstigen Gelegenheiten, die unabwendbare Gefahr zu bekämpfen, waren vor Jahren schon veräußert worden. Vergeblich hatte ich damals zur Tat gemahnt, leicht wäre es nur jetzt (Juli 1914) gewesen, die Rolle des verschmähten Ratgebers zu spielen, abseits zu bleiben und zu sagen: „Mir habt ihr nicht gefolgt, steht euch nun selber den verfahrenen Karren aus dem Sumpf.“ Aber für Vorwürfe war jetzt nicht die Zeit . . .

Die „günstigen Gelegenheiten“ sind eine der Lebenslügen Conrads: seine Vorstellung war, daß Oesterreich-Ungarn Serbien und Montenegro mit Krieg überziehen soll und danach Italien zu „erledigen“ habe; er hat also seit sechs Jahren zum Kriege gehetzt, hatte aber erst im Jahre 1914 mit seinen Plänen Glück. Die „Gelegenheit“ war also immer da; inwiefern aber günstig? Höchst einfach: Conrad braucht nur anzunehmen, daß die ganze Welt ruhig zugeschaut hätte, wenn und wie die schwarzgelbe Großmacht „am Balkan Ordnung macht“, und daß sich auch keine Hand gerührt, wenn Conrad Italien überfallen hätte; auf dem Papier waren also diese Gelegenheiten „günstig“. Da man die Probe auf das Exempel dieser „Günst“ nicht gemacht hat — man hat sich eben der beharrlichen Kriegsbegehr des Conrad damals noch erwehrt —, kann Conrad

natürlich von „günstigen Gelegenheiten“ reden und auf dem Papier Oesterreich-Ungarn reiten; der Unsinn dieser Voraussetzung, daß nämlich die österreichisch-ungarischen Machthaber im Jahre 1908 oder im Jahre 1912 ihre Kriegsgelüste hätten austoben können, ohne Widerspruch zu finden, springt in die Augen. Es reicht aus, sich zu erinnern, wie schon die Annexionserklärung in Hinsicht Bosniens und der Herzegowina im Jahre 1908 die internationale Situation verschärft, welche Mühe es damals gekostet hat, eine feindselige Koalition gegen uns zu verhindern, um die Behauptung, daß sich die früheren Gelegenheiten als „günstiger“ bewährt hätten, als oberflächliche Politikasterei zu erkennen. Nicht anders steht es aber auch um das militärische Argument: denn „fertig“ für den Krieg, auch im brutalmilitärischen Sinne, war man nie oder war man immer; da das Betrüben eben allgemein war, konnte ein Staat nie auf einen besonderen Vorsprung rechnen. Die

„günstige Gelegenheit“ wäre also, hätte man sie ergriffen, ebenso gefährlich gewesen und hätte nicht anders geendet, als Conrads großes Abenteuer geendet hat.

Und über den Ausgang des Abenteuers war sich Conrad gar nicht im unklaren: er wußte ebenso, daß der Krieg mit Serbien nicht, wie man damals zu sagen liebte, lokalisiert bleiben werde, und er wußte, daß Oesterreich-Ungarn auch im Bunde mit Deutschland der gegnerischen Koalition nicht gewachsen ist; er führte sehend das Unheil herbei. Hören wir ihn:

In der gemeinsamen Ministerratsitzung vom 7. Juli 1914, in der der Krieg gegen Serbien beschlossen wurde:

Graf Tiszas stete Sorge für Siebenbürgen veranlaßte mich, die geographischen Verhältnisse dieses Gebiets darzulegen. Die von Grafen Tisza verlangte Aufklärung über die Chancen eines Kampfes gegen Rußland, Rumänien, Serbien und Montenegro gab ich dahin, daß die Chancen für uns nicht günstig seien.

Vom Ministerrat in mein Büro zurückgekehrt, orientierte ich den Chef des Operationsbüros über den momentanen Stand der Dinge und bemerkte: Einen Krieg gegen Serbien und Montenegro allein könnten wir natürlich ohne weiteres führen, auch noch einen solchen gegen Rußland, wenn Rumänien neutral bleibt und Deutschland an unserer Seite steht; einer feindlichen Kombination Rußland, Rumänien, Serbien und Montenegro sind wir aber nicht gewachsen. Ich möchte mir gern einreden, daß es nicht so sei, aber es ist so.

Am 23. Juli hat Conrad eine Besprechung mit dem Grafen Berchtold:

Ich bemerkte, daß, wenn mobilisiert würde, auch der Krieg geführt werden müsse. Der Minister wart fragend ein: „Wenn aber Serbien am zweiten Mobilisierungstag nachgibt?“ Ich erwiderte: „Dann muß Serbien die Kosten zahlen.“ Damit meinte ich die durch die Mobilisierung erwachsenen Ausgaben. Graf Berchtold äußerte hierauf Besorgnisse wegen Italien, worauf ich antwortete: „Wenn wir Italien auch zu fürchten haben, dann mobilisieren wir nicht.“

Diese Antwort entsprach meiner Ansicht, daß wir einem Krieg nach drei Fronten (Balkan, Rußland und Italien) nicht gewachsen seien.

Man achte darauf, daß damals eine Teilnahme Frankreichs und Englands am Kriege noch gar nicht befürchtet wurde! Aber Conrad wußte schon, was es zu bedeuten habe, „ob die aktive Mitwirkung Italiens und Rumäniens erfolgen würde oder nicht (nämlich als

Nr.: Bundesgenossen der Mittelmächte): es liegt auf der Hand, wohl gar erst, welche Folgen eintreten müßten, wenn diese Verbündeten oder auch nur einer der beiden nicht einmal die Neutralität bewahren, sondern auf gegnerische Seite treten würde." Er sagt auch offen: "Jetzt ist es ein *Babanquespiel*". Wie soll das Urteil über einen Mann lauten, der sich darüber durchaus im klaren war, daß der Krieg, angesichts der Uebermacht der Gegner, nicht zu gewinnen war und dennoch zum Kriege trieb, also mit Bewußtsein in den Abgrund hineinsteuerte?

Nun könnte vielleicht Conrad einwenden, daß diese Entwicklung nicht vorauszu sehen war, daß man zweifeln konnte, „ob die Mächte den lokalen Konflikt der Monarchie mit Serbien wirklich dazu benützen werden, den Weltbrand zu entfachen“ — aber Conrad hat daran gar nicht gezweifelt: es wurde ihm schon in den ersten Julitagen immer deutlicher, daß die Monarchie einer Verwicklung auf dem Balkan entgegen treibe, in welche dann die uns feindlich gesinnten Großmächte (Rußland, Italien) eingreifen würden —, daß also von ihm tatsächlich nur der Krieg mit Serbien beabsichtigt ward. Aber ob man das erwarten konnte, ist angesichts der Tatlage gleichgültig, daß sich dieser Glaube im Laufe des Juli als ganz hin fällig heraus stellte, daß sich die Konturen der großen Koalition gegen die Mittelmächte immer schärfer ausprägten, und es schon vor der Kriegs erklärung an Serbien absolut klar war, daß auf der Gegenseite sofort Serbien und Montenegro, Rußland und Frankreich sein werden und mit der späteren Gegnerschaft Italiens und Rumäniens unbedingt zu rechnen war. Also hat Conrad Oesterreich nicht in den Krieg mit Serbien, sondern in den Weltkrieg geführt, in einen Krieg also, dessen ungünstiger Aus gang ihm nicht zweifelhaft war. Aber auch der Ein wand, daß man, nachdem der Krieg erklärt worden war, nicht mehr zurückgehen, den Weltkrieg danach nicht vermeiden konnte, ist völlig falsch; der Einwand, der Monarchie „erübrigte nun, ans Schwert zu greifen, um endgültig mit Serbien abzurechnen, und ob dies den Mächten genehm sei, konnte sie nicht mehr fragen,“ erscheint auch heute noch als Gipfel der Leichtfertigkeit. Denn Oesterreich-Ungarn hatte noch durchaus die Möglichkeit, alle seine berechtigten Forderungen auf dem Balkan er füllt zu sehen und den Krieg dennoch zu vermeiden: und der das ver hindert hat, war wieder Conrad. Die Geschichte mit dem letzten englischen Vermittlungsvorschlag ist hier wiederholt dargelegt worden; aber daß es Conrad war, der ihn zum Scheitern brachte, wird noch darzu legen sein. Man fragt sich, wie das möglich war, wie Conrad, dem, und mit Recht, schon vor einem Kriege mit Rußland und den Balkanstaaten (Serbien, Montenegro und Rumänien) bangte, weil im Hinter grunde Italien lauerte, den Krieg doch wagen konnte, als auf die Seite der Gegner noch Frankreich und

England traten, und hat keine Erklärung dafür als die, daß Conrad der Gefangene seiner jahrelangen Kriegshege geworden ist. Er hat den „maßgebenden Faktoren“ solange weisgemacht, daß Oesterreich-Ungarn nur durch einen Krieg gerettet werden könne, er hat, durch seine gewissenlosen Handlanger in der Presse, die Oeffentlichkeit mit der Vorstellung erfüllt, daß der Krieg unabwendbar sei, wenn Oesterreich-Ungarn als Großmacht nicht abdizieren wolle, bis ihm dann der moralische Mut fehlte, um den Krieg aufzu geben, von dem er deutlich sah, daß er zur Ver nichtung der Großmacht führen werde. Er sah lieber Oesterreich-Ungarn zurunde gerichtet, lieber das namenlose Unheil des Weltkrieges auf die Menschheit gewälzt, als daß er die Sinnlosigkeit und Unmoral seiner Politik eingestanden hätte.

Wenn jemand etwas unternimmt, das lähn, gefährvoll, ja selbst verbrecherisch ist, und es glückt, so mag er sich dessen rühmen. Aber wenn es mißglückt, wenn auch der Ausgang es als Ver brechen stigmatisiert? Bismarck hat mit der Fällung der Emser Depesche den Deutsch-Französischen Krieg mit Absicht herbeigeführt. Aber ob er sich der Tat auch gerühmt hätte, wenn 1870/71 Deutschland geschlagen worden wäre? Als Bismarck den Krieg mit Oesterreich zustande gebracht hatte, machte er, am Tage des Kriegsbeginnes, wie Friedjung erzählt, zu dem englischen Botschafter die Bemerkung: „Wenn wir geschlagen werden, lehre ich nicht nach Berlin zurück. Ich werde beim letzten Angriff fallen. Man kann nur einmal sterben, und es ist besser, zu sterben, als geschlagen zu sein.“ Derlei übertriebener Heroismus ist den Geschlagenen des Weltkrieges fremd. Aber daß sie sich rühmen können, ihr Vaterland in einen aussichtslosen Krieg hineingeführt zu haben, und Anerkennung dafür heischen, daß sie einen Krieg begonnen haben als ein *Babanquespiel*, ist doch mehr als seltsam. Und das Seltsamste: statt daß die übrig gebliebenen Schwarzgelben in dem Feldmarschall Conrad nun den Mann erkennen, der, indem er Oesterreich-Ungarn in den aussichtslosen Weltkrieg geheht, der Mann geworden ist, der die schwarzgelbe Herrlichkeit zerstört hat, preisen sie ihn als den schönen Nest jener Gloire, der Conrad den Untergang beschert hat. Der schwarzgelbe Patriotismus war immer wunderbar; daß die Schwarzgelben den Staat über dem Mann vergessen, zeigt dem Beobachter noch einmal seine Verlogenheit.

Der Mord von Sarajevo und die Kriegsschuldfrage.

Zur Darstellung nach Professor Stanojevic.

(Siehe „Tagespost“ vom 6. Jänner.)

Am 7. Mai 1919 wurde der deutschen Delegation in Versailles ein sehr umfangreiches Dokument überreicht, das zwar formell den Bedingungen eines „Rechtsfriedens“ entsprach, materiell aber den größten Rechtsmord der Weltgeschichte darstellt. — In einer späteren Generationen sicherlich kaum faßlichen Unklarheit darüber, daß es ja die deutsche Oktober-November-Regierung 1918 selbst gewesen ist, die — nicht etwa nur durch die Revolution, sondern vielmehr durch die völlig protestlose Preisgabe des deutschen Kaisers in der Schuldfrage — der Sache des Friedens den tödlichsten Stoß versetzt hatte, versuchte man nun in Versailles, gegen die furchtbare Anklage Stellung zu nehmen, die das Fundament dieses Straffriedens bildete. Wessen sich aber Graf Brodorski-Kauhan nicht bewußt war, das war umso klarer Herrn Clemenceau, und in den höllenheligen Händen dieses Satanikers zerdampften alle deutschen Argumente zu Schall und Rauch. So ward das deutsche Volk vor aller Welt in die Rolle eines Delinquenten gezwängt, der im Angesicht des Galgens seine Unschuld beteuert, während er acht Monate zuvor „implizite, aber unzweifelhaft“ seine Schuld „zugegeben“ hatte. (Note Clemenceaus vom 20. Mai 1919.) Schließlich verlangte man die Ausfolgung der Beweise dafür, daß Deutschland dieses „größte Verbrechen gegen die Menschheit“ verschuldet habe, „welches eine sich für zivilisiert ausgebende Nation niemals mit Bewußtsein begangen hat“ (Mantelnote des Versailler Vertrages.) Doch was dem Teufel an Klugheit gebricht, das macht er durch Schlaueit weit: „— in Erwiderung hierauf haben wir die Ehre zu erklären, daß die alliierten und assoziierten Mächte die Berichte der von der Friedenskonferenz eingesetzten Kommissionen als Urkunden interner Natur betrachten, welche Ihnen nicht übermittelt werden können.“ (Note vom Mai 1919.)

Dieser „Kommissionsbericht über die Prüfung der Schuldfrage“ kam jedoch auf dem Umwege

über die Entente-Pressen zur Kenntnis der deutschen Regierung. Er behandelt auch den Doppelmord von Sarajevo und sagt darüber (kurz zusammengefaßt): Daß auf österreichischem Boden ein österreichischer Thronfolger von einem österreichisch-ungarischen Staatsbürger ermordet wurde, „das kann Serbien in nichts kompromittieren.“ — In dieser „Pariser“ Version des Thronfolgermordes stehen nun die Mitteilungen des serbischen Historikers Universitätsprofessors Dr. Stanoje Stanojevic insoweit in schärfstem Widerspruch, als sie die serbische Anstiftung des Mordes bekräftigen.

Die österreichische Anklageschrift gegen Serbien (das sogenannte „Dossier“, das der Schweizer Historiker Dr. Ernst Sauerbeck, Basel, das wichtigste Dokument des Krieges nennt) bedarf zwar einer solchen Bestätigung nicht, da es sich Punkt für Punkt auf authentisches Material stützt. Was aber Stanojevic über die weitere Vorgeschichte des österreichisch-serbischen Konfliktes mitteilt, widerspricht der österreichischen Darstellung in sehr wesentlichen Punkten. Die Annexion Bosniens 1908, die doch Serbien territorial in keiner Weise geschädigt hat, soll die serbische Feindschaft gegen Österreich zum wilden Haß entflammt haben. Aber die Herkunft dieses Hasses sei hier das Urteil eines anderen serbischen Autors angeführt: „Unterhalten durch russisches Geld und panslawistische Einflüsse, hat sich in Serbien eine Partei gebildet, die es sich auf Weisung von Petersburg zur Aufgabe gestellt hatte, ... Österreich-Ungarn ... als Erbfeind des Serbentums hinzustellen. Man zog nicht in Betracht, was bisher Österreich kulturell für das gesamte Serbentum getan hatte usw.“ (Aus „Kriegsursachen“ von Dr. M. Boghicevic, Jürich 1919.)

Auch bezüglich der Rolle, die Italien 1918 gespielt haben soll, bezeugt Boghicevic, daß nicht Italien damals einen österreichisch-serbischen Krieg verhindert hat (wie Stanojevic berichtet), „sondern daß Deutschland es war, das Serbien freundschaftlich warnte“ (ebendort S. 75). Dieser serbische Diplomat bezeugt auch, daß alle Bemühungen der Berliner Regierung, Serbien zu einer „loyalen und korrekten“ Haltung Österreich gegenüber zu veranlassen, an dem ungeheuren Weltkriegsplot russisch-französischer Konvenienz scheitern mußten. „Finanziell vollständig die Hände Frankreich gegenüber gebunden, politisch rußland mit Haut und Haaren verschrieben, feuerte Serbien mit raschen Schritten dem Konflikt mit Österreich entgegen.“ (S. 75.)

Ein Novum in der Literatur über die Schuldfrage bedeutet die Auffassung, die Stanojevic vertritt: Neben den serbischen Verschwörern auch die „nationale Jugend in Bosnien“ schlechthin und die österreichische Diplomatie als mitverantwortlich am Thronfolgermord zu betrachten. Abgesehen davon, ob es angeht, selbst jene bosnische Jugend, die durch russische Propaganda gegen Österreich fanatisiert war, mit den Mördern von 1903 und den Mordanschlägern von 1914 in einer Reihe zu nennen, muß man doch fragen, wie sich diese Auffassung in Einklang bringen läßt mit der Tatsache, daß es nach dem Attentat von Sarajewo nicht nur in Kroatien, sondern auch in Bosnien zu furchtbaren Ausbrüchen der Volkshetze gekommen ist gegen — Serbien. Wenn aber der österreichische Thronfolger und der deutsche Kaiser (wie der serbische Historiker erzählt) in Konopischt den Krieg gegen Serbien beschlossen haben (den nebenbei bemerkt niemand anderer als der Kaiser Franz Josef letztgültig beschließen konnte), so vermag dies doch die diplomatischen Funktionäre am Ballhausplatz „in nichts zu kompromittieren“. Kompromittiert sind in diesem Falle nur die Gewährsmänner des Historikers Stanojevic, da ja die Konopischter Kriegslegende längst in ihrer Haltlosigkeit entlarvt wurde, daher sie auch (offiziell wenigstens) aus dem blutschuldigen Reigen funktionsloser Ententelügen längst verschwunden ist.

Doch zum Wichtigsten. Oberst Dimitrijevic will vom russischen Generalstab erfahren haben, daß Franz Ferdinand und Kaiser Wilhelm in Konopischt den Krieg gegen Serbien beschlossen hätten. Angenommen, ein solcher Bericht sei tatsächlich an Dimitrijevic ergangen (gleichviel, ob verabredetermaßen oder zur Irreführung Serbiens), wurde dann die Thronfolgerermordung in der Absicht ausgeführt, um den geplanten Krieg Österreichs gegen Serbien zu verhindern, oder sollte das Attentat den Krieg nicht vielmehr für alle Fälle sichern, falls die „österreichische Diplomatie“ abermals — unzufallen drohte? In einer Geheiminspektion des Dumausschusses (November 1913) fieslen die bedeutenden Worte Sazonovs: „Die Friedensliebe des deutschen Kaisers bürgt uns dafür, daß wir den Zeitpunkt des Krieges selbst zu bestimmen haben werden.“ Doch angenommen, Sazonov hätte sich damals zugunsten des deutschen Kaisers geirrt und dieser hätte mit Franz Ferdinand tatsächlich im Juni 1914 den Krieg gegen Serbien beschlossen, wie konnte Clemenceau schon im April 1914 (also nicht via Konopischt informiert!) zum italienischen Handelsattaché Sabini sagen: „In drei Monaten werden wir den Krieg haben. Wird Italien auf unserer Seite kämpfen?“ (Aus Sazonovs Buch „Le fond d'une querelle“, 1921.)

Durch diese Fragen und Einwände soll nur darauf hingewiesen werden, daß dem Werke des Historikers Stanojevic (das als Ganzes allerdings

noch nicht vorliegt) voraussichtlich nicht im entferntesten die Bedeutung und Wertigkeit zukommen wird wie dem erwähnten Buche des serbischen Diplomaten Dr. Milos Boghicevic, dem in seiner Eigenschaft als ehemals serbischer Geschäftsträger in Berlin (während der letzten sieben Jahre vor dem Weltkrieg) eine Fülle authentischen Materials zu Gebote stand. Nicht daß Boghicevic als Ankläger gegen sein Volk aufträte. Im Gegenteil, seine Enthüllungen rehabilitieren das serbische Volk im hohen Grade. Umso ärger freilich „kompromittieren“ sie die serbische und russische „Diplomatie“. Seine „Schlüsse“ stimmen im wichtigsten auch völlig überein mit dem Urteil der bedeutendsten Autoren über die Schuldfrage, wie Sauerled (Schweiz), Steffen (Schweden), Morel (England), Demartial, Renaud, Bertouricq (Frankreich), Burgerk, Fey, Bausman (Amerika) u. v. a. Das hat die serbische Regierung freilich nicht gehindert, Boghicevic in contumaciam wegen Hochverrats zu verurteilen! Umso dringender war ihr aber wohl eine neue serbische Dokumentenbearbeitung.

F. Breininger.

Antwort von und an Conrad.

Eine Zuschrift Conrad-Pöndorfs.

Wir erhalten vom Feldmarschall Conrad eine Zuschrift, in der er seine Politik, die bekanntlich die ständige und beharrliche Kriegsbegehr war, zu begründen sucht. Obwohl in dieser Zuschrift nur Argumente wiederholt werden, die genau so in seinen ähnlichen Büchern erscheinen, die Zuschrift der Öffentlichkeit sicherlich nichts Neues sagt, wollen wir sie den Lesern doch nicht vorenthalten. Conrad schreibt (auch die Hervorhebungen durch den Druck rühren von ihm her) folgendes:

Obgleich ich mich prinzipiell in Diskussionen nicht einlasse, will ich Ihnen gegenüber eine Ausnahme machen und Ihre Fragen mit nachfolgendem beantworten:

Es ist selbstverständlich, daß bei Kriegsbeschluß gegen Serbien die Tatsache erwogen wurde, daß sich der Krieg auch verallgemeinern und ein großer Krieg auch zum ungünstigen Ausgang führen könnte; aber dieses Risiko besteht bei jedem Kriegsentsehl und man kann im voraus nur die Chancen abschätzen, die für den Kriegsverlauf bestehen. Eine Sicherheit gibt es dabei nicht.

Wer die Entente politik verfolgte, dem war es klar, daß auf Grund der Einkreisungspolitik König Eduards der große Sieg gegen Deutschland und Oesterreich-Ungarn unausbleiblich ist. Wer aber unsere Lage kannte, dem war es weiter klar, daß unsere Chancen für diesen Krieg von Jahr zu Jahr abnehmen.

Der große Irrtum mancher Menschen besteht darin, daß sie glauben, der europäische Krieg wäre vermeidbar gewesen, wenn das Ultimatum an Serbien unterblieben wäre. Das heißt eben die geschichtliche Entwicklung seit Ende des neunzehnten Jahrhunderts vollkommen verkennen.

Es handelte sich 1914 nur darum, ob man die unabweisbare serbische Frage jetzt lösen oder ob man die Lösung aufschieben soll. Ob man also die Möglichkeit eines europäischen Krieges jetzt oder erst später riskieren soll, das heißt: bis alle Feinde Oesterreich-Ungarns und Deutschlands zum vereinten Schlage, für den sie sich ja seit mehr als einem Jahrzehnt vorbereiteten, völlig bereit sein würden.

1914 konnte man noch mit der Möglichkeit eines günstigen Ausgangs rechnen. Er wäre auch aller Voraussicht nach eingetreten, wenn die Schlacht an der Marne einen siegesreichen Ausgang genommen hätte, was durchaus möglich gewesen wäre und auch erhofft wurde.

Ein Hinschieben hätte mit Sicherheit dazu geführt, daß Oesterreich-Ungarn vom Beginn des Krieges an der gleichzeitigen Invasion durch Rußland, Rumänien, Serbien, Montenegro und Italien verfallen wäre. 1914 zählten Italien und Rumänien noch als Bundesgenossen, sie agierten ja auch tatsächlich mit dem sofortigen Eintritt in den Krieg. Auch war Italien infolge des libanesischen Krieges militärisch unvorbereitet.

Mit vollem Rechte hätte man dann den Berufenen Staatsmännern den Vorwurf machen können, durch Unentschlossenheit im Jahre 1914 diese katastrophale Invasion herbeigeführt, das Land den direkten Kriegsereignissen ausgesetzt zu haben.

Man hätte dann fragen können: „Ja hat es denn 1914 keinen Menschen gegeben, der so geschickt war, das vorausgesehen?“

Im Jahre 1914 erschien es noch möglich, den Krieg so zu führen, daß diese Invasion der alten Monarchie (von Mittel- und Ostgalizien, dem Donaugebiet und vorübergehend eines Teiles von Siebenbürgen abgesehen) hintangehalten werden konnte, wie es ja auch geschehen ist.

Es lag eine ebenso schwere Verantwortung darin, für die Mobilisierung gegen Serbien zu entscheiden, als gegen dieselbe.

Ich habe die Versäumnisse stets darin gesehen, daß man, gleich die Gefahr seit einem Dezennium vor Augen stand, nicht schon lange früher, als noch große Chancen für uns vorhanden waren (1907, 1908, 1909, selbst noch 1912), durch Vorgehen gegen Italien und Serbien den Ring sprengte, das sich schließlich um uns schloß.

Im Jahre 1912 habe ich die letzte Möglichkeit hierzu ersehen.

Im Jahre 1914 erachtete ich den Krieg in höchstem Grade ungelogen, aber durch Serbien uns aufgezwungen.

Es war ein Akt der Notwehr, dem sich die Monarchie nicht mehr entziehen konnte.

Auch war es ja nicht gänzlich ausgeschlossen, daß der Krieg gegen Serbien lokalisiert bliebe. Wenn man jene Persönlichkeit Rußlands, die zum Weltkrieg trieben, fragen könnte, ob sie es nicht lieber unterlassen hätten, so dürften sie wohl mit Ja antworten.

Im übrigen war der Weltkrieg eine jener Katastrophen, die durch einen einzelnen weder herbeigeführt noch aufgehalten werden können.

Wer über den Weltkrieg ein Urteil fällen will, der darf nicht an billigen, oberflächlichen Schlagwörtern hängen, sondern muß sich der Mühe unterziehen, durch tiefes und eingehendes Studium die tausendfältigen Zusammenhänge zu ergünden. Eine gewiß interessante Arbeit.

Was Ihren Hinweis auf die großen Opfer betrifft, die mit einem Kriege verbunden sind, so standen sie kaum jemand lebhafter vor Augen als mir, da ich ja wußte, daß alle meine vier Söhne vor den Feind kommen würden. Tatsächlich habe ich ja auch zwei von ihnen verloren. Aber vor der höheren Pflicht müssen persönliche Rücksichten und der persönliche Kummer zurücktreten.

Wenn Sie endlich nach den Totengräbern der Monarchie fragen, so werden Sie dieselben bei unseren Gegnern suchen müssen und bei jenen eigenen Hochbeträtern, die mit unseren Gegnern unter einer Decke arbeiteten, aber auch bei jenen, die

der Wehrmacht die Mittel verpagten, auf volle erreichbare Höhe zu kommen.

Das ist gewiß ein interessantes Feld für schriftstellerische Tätigkeit.

Ihr hochachtungsvoll ergebener Conrad, Sm.

Der Gedanke, einen Krieg zu führen, weil er vielleicht späterhin unvermeidlich ist und späterhin unter ungünstigeren Verhältnissen geführt werden könnte, hat mir immer ferngelegen und ich habe ihn immer bekämpft. . . . Es konnte nur auf die Frage ankommen, ob wir den Krieg nicht späterhin doch führen müßten, und da sagte ich: das ist vielleicht möglich, ich kann das aber so genau nicht wissen, ich kann der göttlichen Vorsehung nicht so in die Karten sehen, daß ich das vorher wüßte. Mein Rat wird nie dahin gehen, einen Krieg zu führen deshalb, weil er später vielleicht doch geführt werden muß.“ Wer sich nicht angemacht hat, der göttlichen Vorsehung in die Karten sehen zu wollen, war Wismar: der

Herr Feldmarschall Conrad hat diese Bescheidenheit nicht gehabt. Er hat im Jahre 1914 alles vorausgesehen: daß der Krieg gegen Deutschland und Oesterreich-Ungarn unausbleiblich ist, daß sich die Chancen für Oesterreich-Ungarn immer nur verschlechtern können, das wir also den Krieg sofort führen müssen; Conrad hat, ganz ungleich Bismarck, den Präventivkrieg nicht gescheut. Nur eben, daß sein Einblick in die Karten der göttlichen Vorsehung recht mangelhaft gewesen ist, und das Babanquespiel, wie er den Kriegsentwurf ja selbst bezeichnet, den Beweggründen ganz entsprechend ausgefallen ist. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß „jene Persönlichkeiten Rußlands, die zum Weltkrieg trieben“, nun der Meinung sein werden, es wäre für sie besser, wenn sie es unterlassen hätten; aber auch „jene Persönlichkeiten Oesterreichs, die zum Weltkrieg trieben“, scheinen keinen Anlaß zu haben, auf das glorreiche Abenteuer mit Befriedigung zu blicken. Und wenn Conrad seinen Kriegsentwurf damit rechtfertigen will, daß es im Jahre 1914 noch möglich erschien, „den Krieg so zu führen, daß diese Invasion der alten Monarchie hintangehalten werden konnte, wie es ja auch geschehen ist“, so dürfte diese Befriedigung durch den Ausgang des Krieges einigermaßen einträchtig erscheinen.

Aber ganz abgesehen von der unermeßlichen Feivolität, die europäische Menschheit in die Schrecknisse eines Weltkrieges zu stürzen, weil man sich einbildet, der Krieg sei „unausbleiblich“; ganz abgesehen von der über alle Vorstellungen hinausgehenden Vermesstheit, Millionen von Menschen auf die Schlachtbank zu führen, weil man sich die Gabe zuschreibt, alle zukünftige Entwicklung zu überschauen und sich über diese eine Meinung zurechtgelegt habe: von dieser furchtbaren Schuld aller derjenigen, die an dem Kriegsausbruch mitgewirkt haben, völlig abgesehen, ist die ganze Theorie von der „Unausbleiblichkeit“ des Weltkrieges eine ausbündige Torheit (nebenbei, wie reimt sich das zusammen, daß einesteils der „große Krieg gegen Deutschland und Oesterreich-Ungarn“ unausbleiblich gewesen und es doch nicht ausgeschlossen sein sollte, daß der Krieg lokalisiert bleiben werde?) Selbst um den von Conrad so hartnäckig erhobenen Krieg mit Serbien stand es ganz anders. Ohne Zweifel waren in Serbien die Aspirationen auf die serbischen Gebiete, die sich im Verbande der habsburgischen Monarchie befanden, sehr stark; aber Serbien hatte in dem Balkankrieg so große Vergrößerungen erlangt, hatte sich aber, gerade dadurch, einen unversöhnlichen Nachbarn erworben, so daß nicht einmal das außerhalb des Reiches der Möglichkeit stand, daß Serbien, die Ausichtslosigkeit seiner Bestrebungen erkennend, allmählich auf sie auch verzichten werde. Im übrigen kann man den Zustand der alten Monarchie noch so schlimm einschätzen: daß sie in einer überhaupt absehbaren Zeit von Serbien einen Angriff zu befürchten gehabt habe, daß ihr also ein Präventivkrieg „aufgezwungen“ worden sei, das ist eine Behauptung, die sich vielleicht in schwarzgelben Besprechungen verwerten läßt, aber vor dem Forum der Geschichte keinen Bestand hat. Indessen liegt die Sache von Grund aus anders: die Stellung Oesterreich-Ungarns hätte durch einen Verzicht auf den Krieg ganz außerordentlich gewonnen, hätte sich wahrhaft befestigt. Man war auch in den Ländern der Entente keines-

wegs entzündt von Serbien, war im Gegenteil dessen müde, alle zwei Jahre von einer neuen serbischen Frage beunruhigt zu werden. Und wenn auch die gegnerischen Mächte mit dem Gedanken des Krieges gespielt haben mögen, wenn der „große Krieg“ von den Bramarbasen, die es ja in jedem Lande gibt, überall auch ventiliert worden ist: als die Gefahr eines Krieges in unmittelbare Nähe rückte, da packte doch jeden der Schauder, und alle diejenigen, von denen Conrad versichert, daß für sie der Krieg beschlossene Sache war, bemühten sich, den Krieg zu vermeiden, wären glücklich gewesen, wenn die Gefahr an ihnen vorbeigezogen wäre. Die Menschheit hätte, wenn der Krieg vermieden worden wäre, das Gefühl gehabt, dem Furchtbaren und Entsetzlichen entronnen zu sein — gerade deshalb, weil dieses so nahe war und sie das Medulenhaupt gleichsam erblickt hatte — und Oesterreich-Ungarn wäre aevriesen worden, wenn es der Welt das Schreckliche erspart

hätte. Das ist beileibe keine nachträgliche Konstruktion, das ist sogar den diplomatischen Schritten jener Tage deutlich abzulesen. Hätte Oesterreich-Ungarn auf den Krieg verzichtet, so hätte es seine Stellung in Europa in einem Maße gefestigt, daß es aller Aspirationen Serbiens spotten hätte können; es hätte seinen Konflikt mit Serbien ohne Krieg gewonnen. Nicht anders steht es um die angebliche Einkreisung Deutschlands an der Wilhelms-Bajazzopolitik den allergrößten Anteil hatte, denn gerade aus der Kriegsgefahr hätten die Gegner die Erkenntnis erlangt — und wie deutlich ist sie in den Bemühungen Greys zu spüren gewesen —, daß eine Politik, die ein großes Land mit Acht belegen will, auch für sie mit den allergrößten Gefahren verbunden ist. So abgeschmact ist die Behauptung, daß es so sein mußte, wie es geworden: daß sich nämlich die europäische Menschheit fünf Jahre zerfleischt hat, daß man es geradezu umkehren dürfte: Wenn der schändliche Krieg im Jahre 1914 nicht ausgebrochen wäre, so wäre die Kriegsgefahr, deren Schrecken die Menschen nun gefühlt hatten, vielleicht für immer gebannt gewesen.

Und warum denkt Conrad nie daran, wie es gekommen ist, daß alle Nachbarn Oesterreichs Feinde Oesterreichs geworden sind? Wohl mag es der Nationalitätenstaat, der für so viele Nationen den Gravitationspunkt ihres nationalen Wesens ins Ausland verlegt, nicht so leicht haben; was hat aber jene alte Monarchie getan, um die Serben, die Kroaten, die Slowenen, die Rumänen, die Italiener, die Ukrainer, nicht minder die Tschechen, deren aller nationales Streben, das doch jedem Volke eingeboren ist und das das Streben nach Freiheit und Unabhängigkeit ist, Conrad damit abzutun hofft, daß er sie alle „Hochverräter“ schimpft, was hat die alte Monarchie getan, um ihnen das Verbleiben und Einordnen in den Nationalitätenstaat wünschenswert zu machen? Warum sollten sie sich alle in Stüde hauen lassen? Damit auf Franz Josef ungesüßter Karl nachfolge? Warum war denn die Ventelust Serbiens, Rumaniens, Italiens, Rußlands Oesterreich-Ungarn so gefährlich? Doch nur deshalb, weil es Oesterreich-Ungarn niemals getroffen, nicht einmal recht verulcht hat, alle diese Nationen mit dem Bestande des Nationalitätenstaates zu versöhnen, der Zugehörigkeit zu Oesterreich-Ungarn vor dem eigenen nationalen Staat den Vorrang zu verschaffen! Mit dem Dienstreglement, mit Kerker und Galgen, wie es im Kriege so trefflich versucht wurde, ist Patriotismus natürlich nicht

Nr.:

TAG:

zu erzeugen; woraus aber konnte der Nationalitätenstaat denn die Berechtigung schöpfen, Liebe und Treue einzufordern? Und wenn sie alle, wie Conrad meint, sozusagen geborene Hochverräter waren: wie doppelt törricht, wie hasardmäßig erscheint dann dieser Krieg, bei dem Oesterreich-Ungarn lauter Feinde gewärtigen mußte? Und wie kindlich das Gerede von dem Versagen der Mittel für die Wehrmacht! Was hätte es zur Folge gehabt, wenn Oesterreich-Ungarn jedes Jahr selbst hunderttausend Mann mehr eingestellt hätte? Daß Rußland eben zweihunderttausend Mann mehr eingestellt haben würde! In einer Zeit des allgemeinen, des Betrüstens kann selbstverständlich keine Wehrmacht hoffen, auf eine absolute Höhe zu kommen; die anderen kommen sofort nach, wenn nicht vor.

Nein, es wird Conrad-Högendorf nicht gelingen, das Babanquespiel dieses Krieges zu rechtfertigen. Der Krieg war nicht unvermeidlich, der Krieg bot nur die sicheren Chancen der Niederlage, und der Mann, der ihn, das Unheil sehend, womit er begleitet sein wird und womit er enden muß, herbeigeführt hat, der ist nicht bloß mit der Verantwortung für die furchtbare Menschheitskatastrophe, er ist auch mit der Verantwortung für den Untergang der Monarchie belastet.

Ein neuer Zeuge.

Die „Erinnerungen“ des russischen Kriegsministers Suchomlinow, der in den Krisentagen von 1914 dem Zaren zur Seite stand, sind nun auch dem deutschen Leser zugänglich, da ein Berliner Verlag eine deutsche Ausgabe veranstaltete. Suchomlinow ist vielfach als Kriegsheber geschmäht worden und nahm einmal zu diesem Vorwurf ausführlich Stellung. Im besonderen befaßt er sich auch mit der Frage der Kriegsschuld, worüber er folgendes sagt:

Wer einmal die Kulissengeschichte des Krieges ergänzen wollte, wird seine besondere Aufmerksamkeit den Tagen zuwenden müssen, in die der Besuch Poincarés fällt, sowie den daran anschließenden Tagen vom 24. bis 28. Juli. Ich bin fest davon überzeugt, daß in dieser Zeit die Entscheidung über Krieg und Frieden in dem Sinne fiel, in dem Großfürst Nikolai Nikolajewitsch, Sasonow und Poincarésich verschworen hatten, jeden Versuch, eine friedliche Lösung zu finden, unter allen Umständen zum Scheitern bringen zu wollen.

An anderer Stelle sagt Suchomlinow:

Sasonow arbeitete nach den Direktiven, die er aus Paris über Iswolski erhielt, wobei er, wie wir aus der Behauptung in der Depesche des Botschafters Ewerhjew aus Berlin ersehen, alle Taten zurückstellte, die geeignet waren dem Frieden noch eine Pforte zu öffnen. Sasonow war dabei durchaus nicht die führende Persönlichkeit. Er dankte seine Stellung als Außenminister in erster Linie seinen verwandtschaftlichen Beziehungen und der Über-einkünmung seiner Auffassung über Orientpolitik mit denen Iswolskis, des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch und der beiden montenegrinischen Prinzessinnen.

Drahtlich ist folgende Stelle:

Die Rolle die Sasonow in der unheilvollen Nacht vom 29. zum 30. Juli gespielt hat, ist mir bisher nicht klar geworden, nur so viel steht für mich fest, daß er in Übereinstimmung mit dem Großfürsten, wenn nicht gar auf dessen direkte Anweisung, dem Zaren seine Möglichkeit gezeigt hat den Frieden zu erhalten. Das deutsche Edelwild schien mit Hilfe der Westmächte gestellt zu sein, daß man bes tödlichen Schusses sicher war!

Wohlgemerkt, so schreibt ein nationaler Russe, ein Minister des Zaren, einer, der keine Ursache hat, die Vorgänge am Zarenhof

im Sinne der Mittelmächte umzubüchten. Er zeigt die wahren Schuldigen auf: den Großfürsten Nikolaj, Freund Poincarés, den berüchtigten Sasonow und die Töchter des Fürsten von Montenegro. Das Katastrophenfeuer wurde von dieser Gruppe mit Absicht geschürt, die Umstellung der Mittelmächte wurde so planmäßig betrieben, daß der tödliche Schuß dem deutschen Edelwild sicher war. Diese Feststellungen Suchomlinows sind auch deswegen willkommen, weil es in Mitteleuropa noch immer Leute gibt, die von der Kriegsschuld der Mittelmächte faseln und damit bei

politischen Blaustrümpfen Gehör finden. Diese üble und undeutsche Gewohnheit sozialistischer Blätter, das eigene Nest zu beschmutzen, hat Deutschland und Österreich in Versailles und Saint Germain ungeheuren Schaden zugefügt, — nicht zu reden davon, daß dieselben Blätter im Sommer 1914 und später recht wacker die Kriegstrompete bliesen, wofür Friedrich Adler erst kürzlich so berechtigt Zeugnis gab. Die Frage nach der Kriegsschuld gehört eben überhaupt nicht in die Politik, sondern in die historische Forscherstube.

N. Suchomlinows Erinnerungen.

Von M. Ruffenberg-Komarow,
Kriegsminister a. D.

II.

Während seiner Reformtätigkeit hatte Suchomlinow mit der ausgesprochenen Widersprüchlichkeit des Großfürsten Nikolai, sowie des mit ihm affiliierten Generals Poliwanow zu tun, den Suchomlinow zu seinem Unglück als seinen Stellvertreter ins Ministerium genommen hatte. Nicht minder auch mit Kozlowzew, der nach der Ermordung Stolypins Ministerpräsident geworden war. Auch sonst gabs ein Intrigenspiel, das zwar echt russisch genannt werden kann, doch Situationen zeitigte, die mit den in andern Ländern und an andern Höfen bestandenen manche Ähnlichkeit aufweisen. Man lernt da eine ganze Reihe von Persönlichkeiten kennen, die dann eine große, doch nichts weniger als glückliche Rolle gespielt haben. Vor allem den vielgenannten Politiker Gutschkow, eine ebenso intrigante wie streberische Persönlichkeit, der seine gegen das Zarat gerichtete Ministerarbeit sehr erfolgreich durchführt, sich aber mit dem in dieser Richtung ahnungslosen Großfürsten Nikolajewitsch, sowie mit dem ehrjüchtigen und ränkevollen Generalstabschef Januschewitsch verbindet. Dazu die schwankende Haltung des letzten Zars, der nach seiner ganzen Geistes- und Charakterrichtung wahrhaft den providentiellen Mann eines tragischen Zusammenbruches repräsentiert. In der Geschichte nachforschend, wird man finden, daß in all den Schicksalsmomenten, da große Reiche zusammenbrachen, stets Männer an deren Spitze standen, die nach ihren guten wie schlechten Eigenschaften die richtigen Interpreten des Weltgeschicks bildeten.

Im großen und ganzen führte aber die Reformarbeit Suchomlinows zu einem großen Erfolg und kann er mit Stolz ausrufen, daß Rußland nie bessere Armeen ins Feld stellen konnte als jene, die im Jahre 1914 vermeintlich zu dem großen Eroberungszug antraten,

so muß man ihm vollauf zustimmen. Das erkannten wir am allerbesten. Freilich können nun auch die Deutschen, sowie die Angehörigen der versunkenen Monarchie mit noch größerem Stolge darauf hinweisen, daß es ihnen trotzdem gelang, diese ungeheuren, eisernen Massen aufzuhalten, wiederholt zu schlagen und schließlich gänzlich niederzuwerfen. Daß das Geschick am Ende doch gegen sie entschieden hat, liegt — transzendental gedacht — an dem unerforschlichen Walten des Weltenschicksals und trat — materiell beurteilt — in dem Umstand zutage, daß 900 Millionen Menschen über 140 Millionen schließlich die Oberhand gewinnen mußten.

In der organisatorischen Tätigkeit Suchomlinows, sowie in seiner sonstigen, auch publizistischen Tätigkeit ergaben sich völlig packende Analogien mit jenen der führenden gelehrten Männer der versunkenen Monarchie. Der Gleichartigkeit des Kampfes, den Suchomlinow mit dem Finanzminister zu bestehen hatte, wurde schon gedacht. Und zwar waren es, ganz ähnlich wie bei uns, just die Minister und nicht die Parlamente, die in eigenmächtiger und wohl auch eigensüchtiger Weise den begründeten Bestrebungen des Kriegsministers engste Schranken setzten.

Zur Schulung und Förderung des Endernehmens der obersten Generale wurden, trotz des Widerstandes des Großfürsten Nikolajewitsch, im März 1914 Kriegsspiele auf bretester Basis abgehalten. Ganz zur gleichen Zeit fand unter den gleichen Modalitäten solch ein Kriegsspiel in Wien statt, wozu ich die Anregung gegeben hatte, und am 14. Juni desselben Jahres publizierte Suchomlinow einen sehr bemerkenswerten Artikel in dem führend gewesenen Blatte „Wisch wija Wjedomosti“ unter dem Titel: „Rußland ist fertig, Frankreich muß ebenfalls fertig sein“, in dem er auf die nahe Möglichkeit

großer Ereignisse hindweist, allerdings mit der Absicht, sie hintanzuhalten. Am gleichen Tage veröffentlichte ich in der „Neuen Freien Presse“ einen Artikel „Probemobilisierungen und Rüstungskredite“, in dem ich die Aufmerksamkeit auf drohende Gefahren lenkte, die keinem verantwortlichen Beobachter entgehen sollten.

Suchomlinow erzählt, daß im Frühjahr 1914 die Luft von Pulverdampf geschwängert war und der Eintritt großer Ereignisse vielfach besprochen wurde. Dagegen scheint man anfänglich dem Fürstenmord in Sarajevo in den obersten Gesellschaftskreisen Petersburgs keine allzu große Bedeutung beigemessen zu haben. Man nahm als selbstverständlich an, daß Österreich auch diese Provokation ruhig hinnehmen werde, ohne Konsequenzen zu ziehen. Doch in den letzten Julitagen spitzten sich die Ereignisse mit elementarer Gewalt zu. Und da tritt der merkwürdige Fall ein,

daß man die Person des Kriegsministers nahezu gänzlich unbeachtet läßt. Der Grund lag zum guten Teil darin, daß man wußte, Suchomlinow wäre für eine allgemeine kriegerische Aktion vor Ende 1916 nicht gut zu haben. Eine vom obersten Standpunkt ausgehende Beurteilung muß da allerdings erkennen, daß für die Entente nicht leicht eine günstigere politische Situation denkbar war als gerade in jenem Momente. Denn alle die diplomatisch-politisch-strategischen Bande, die man nach jahrelanger intensivster und scrupellosester Arbeit geknüpft hatte, waren bis zur Perfektion gediehen, so daß es schließlich — auf ententelicher Seite — um ein paar Armeekorps auf oder ab nicht mehr sonderlich ankam. Zumal just in jenem Momente durch die sogenannten Probemobilisierungen in Rußland die Stände weit über den normalen Friedensetat gebracht worden waren.

Erst am 25. Juli bei einem unter dem Vorsitz des Zaren stattgefundenen Ministerrat erfuhr der Kriegsminister, daß unter dem Einfluß Sazonows, Januschewitsch' und vor allem des Großfürsten Nikolaj Nikolajewic der Krieg, zum mindesten aber die Mobilisierung eine beschlossene Sache sei. Nun folgte ein sinnverwirrendes Spiel über die Verlautbarung der Mobilisierung, und zwar sowohl über den Zeitpunkt derselben, als auch darüber, ob sie eine allgemeine oder teilweise zu sein habe. Über den Kopf Suchomlinows hinweg bearbeiten die drei genannten Dignitäre den schwankenden Zar im kriegerischen Sinne, und ohne daß Suchomlinow einen bestimmenden Einfluß nehmen

konnte, wurde am Nachmittage des 29. Juli die allgemeine Mobilisierung angeordnet, nachdem einige Stunden früher die Weisungen für eine Mobilisierung der Südwestdistrikte (teilweise Mobilisierung) ergangen waren. Also in einem Zeitmomente, wo in Deutschland noch gar keine, in Österreich-Ungarn nur eine teilweise, ausschließlich gegen Serbien gerichtete Mobilisierungsordre ausgegeben war.

Es kann somit gar keinem Zweifel unterliegen, daß Rußland es war, das zuerst — wie Suchomlinow sich ausdrückt — „die Hand auf den Knopf drückte“.

Nun rollt die Maschine, die Suchomlinow innerhalb der letzten vier Jahre eingestrichelt hatte, und strengste Objektivität muß anerkennen, daß sie vollkommen taglos arbeitete und eine wohlgeschmiedete, gewaltige Waffe in die Hand des Höchstkommmandierenden legte. Dieser war bekanntlich der Großfürst Nikolaj Nikolajewic, nachdem der ursprünglich geplante Entschluß, wonach der Zar selbst (mit Suchomlinow als Generalstabschef) das Höchstkommmando zu übernehmen hätte, in einem dramatisch bewegten Kronrat zu Falle gebracht worden war.

Hiedurch wurde aber Suchomlinow nur noch mehr ausgeschaltet, als er dies ohnehin schon war: ja fast scheint es, als ob er überhaupt kaum eine Rolle mehr gespielt hätte. Nur so sind die teils unklaren, teils unrichtigen Darstellungen zu erklären, die Suchomlinow — ganz im Widerspruch mit seiner sonstigen Diktion — über den Verlauf des Krieges in dessen erstem Teil bringt. Das Eigenartige ist dabei, daß er stets nur von den „Deutschen“ spricht, als ob österreichisch-ungarische Truppen, die doch wiederholt in großen Schlachten siegreich blieben, gar nicht vorhanden gewesen wären. Dankt ist der einzige österreichisch-ungarische General, der genannt wird, und zwar in der Weise, daß seine Armee geschlagen und vernichtet worden wäre. Eine historische Unrichtigkeit, au-

mal sich an ihre Fahnen der Sieg von Krasnitz knüpft. Dann trat sie allerdings einen ziemlich raschen Rückzug an, der aber auch hinter der San gebremst wurde.

Vom Dezember 1914 an stockte bekanntlich die ganze russische Offensive, in den Karpathen, an den Masurischen Seen verbluteten sich drei russische Armeen und Gorlice treibt die restlichen über den San, die Weichsel und den Bug zurück. Nun beginnt — wie auch anderwärts — die Suche nach Schuldigen vulgo Opferlammern. Und da wird merkwürdigerweise zunächst nicht der oberste Führer, sondern der Mann im Hinterlande,

Ar.:

der Kriegsminister, als erstes Opfer gewählt. Statt den eigentlich Verantwortlichen, den Großfürsten Nikolaj Nikolajewitsch zu fassen, wird Suchomlinow gefaßt. Nicht die kriegerischen Operationen, sondern die mangelhafte Kriegsvorbereitung sei die Schuld an den Mißerfolgen. Namentlich das Fehlen genügender Munitionsmengen wird dem Kriegsminister zur Last gelegt. Nun, daß die Ausgangsbildung eine überreiche war, das können wir, die Gegner, bezeugen, daß ebe die Munition dann tatsächlich fast zur Neige ging, jaft im Höhepunkt der Krise, vor un bei Gorlice, ist durch den Umstand zu erklären, daß niemand in gar keiner Armee weder den ungeheuren Massenverbrauch noch die Dauer des Krieges vorausgesehen hatte. Di industriestarken Staaten konnten sich helfen das industrieschwache Rußland aber nur in geringen Maße, da man überdies im Frieden die Mittel nicht gewährt hatte, überreichere Munitionszusätze anzulegen. Doch es paßt eben vielen, namentlich dem noch immer maßgebenden Großfürst Nikolajewitsch die ganze Schuld auf Suchomlinow zu wälzen. So kam es schon am 21. Juni 1915 zu seinem Sturz. In einem eigenhändigen zwischen Wohlwollen, Vertrauen und Beurteilung schwankenden Brief teilt ihm der Zar die Entlassung mit und nimmt einen Monat später von ihm einen völlig rührenden persönlichen Abschied.

Damit ist aber die Sache noch lange nicht erledigt. Suchomlinows Feinde schüren unausgesetzt weiter. Alles Mögliche und Unmögliche wird ihm und auch seiner Frau angelastet, am 3. Mai 1916 erfolgt seine Verhaftung, am 12. September 1917, also schon nach dem Sturz des Zarats, seine Verurteilung: lebenslängliche Zwangsarbeit und Aberkennung aller Rechte.

Der Prozeß selbst setzt sich — wie in allen verurteilten auf Sensation berechneten Justizfällen — aus einem überreichen Gemischel von Verleumdungen, teils forcierten, teils falschen Zeugenaussagen, sowie aus dem Hervorzerren privater oder auch unvorsichtiger Äußerungen zusammen. Für die Behandlung aber, die dem alten, verdienten General während seiner Untersuchung und seines Prozesses widerfuhr, gibt's nur eine Bezeichnung: Niederträchtig! Erwiesen wurde nicht eine wirkliche Schuld; es kam eben nur darauf an, nicht die Schuld, sondern einen Schuldigen zu konstatieren, vielmehr zu konstruieren und ihn ans Kreuz zu schlagen.

Suchomlinow trägt mit Manneswörter Größe und Resignation sein furchtbares Los, fällt aber dann über die ganze russische Vorkriegs- und Kriegspolitik nachstehendes sachliches und vollständig gerechtfertigtes Verdikt: „Man hat sich jahrelang Aufgaben gestellt, die nur verständlich waren, wenn ihr Ziel die völlige Abhängigkeit von Frankreichs Willen war, Deutschland zu unterwerfen. Daher die Klausel im Bündnisvertrage und die

freiwillige Unterwerfung unter den Befehl des französischen Kapitalismus, die in dem Eisenbahnanleihevertrag Kokołowzewitsch zum Ausdruck kommt. Das russische Volk ist von seinen Diplomaten und Finanzmännern an Frankreich verkauft worden. Im Frühjahr 1917 begannen weite Preise in Rußland es einzusehen. Und weil die „vorläufige Regierung“ (Kerenski) nicht den Frieden wollte, den sie von Deutschland in seiner bedrängten Lage um ein Butterbrot haben konnte, war es Lenin und Genossen ein leichtes mit ihrer Friedensparole das Land und ganze Heredteile auf ihre Seite zu ziehen.“

Freilich, für Suchomlinow war das Eintreten des Diktators Lenin doch ein Segen. Denn durch dessen Amnestieverlaß wurde Suchomlinow im Mai 1918 die Freiheit gegeben. Dieser konnte er sich allerdings nur in der Weise erfreuen, daß er außer Landes flüchtig wurde und nun in dem kleinen Orte Wandlitzsee in der Mark in der abgeklärten Ruhe des Philosophen seinen letzten Tagen entgegensteht.

Härten Ruhe des Philosophen seinen letzten Tagen entgegensteht.

Sein Schicksal aber gleicht einem der Kristallisationspunkte einer an schaurigen Begebenheiten überreichen Zeit. Einer Zeit, die sich als eine der gewaltigsten Schicksalswenden auf dem Leidenswege der Menschheit präsentiert.

N. Suchomlinow's Erinnerungen.

Von M. Muffenberg-Komarow,
Kriegsminister a. D.

Suchomlinow! Sein Name leuchtet wie ein blutrotes Fanal aus düsterem Untergrund hervor. Auf der steten Suche nach den Urhebern des Krieges und des damit verbundenen namenlosen Sterbens glaubte man auch in ihm einen derselben gefunden zu haben. Seine „Erinnerungen“ (Verlag von Naimek, Holting-Berlin) lassen aber erkennen, daß er nichts weniger als einer der Urheber war, wenn man nicht jedweden, der sich amgemäß mit Kriegsvorbereitungen zu beschäftigen hatte, als einen Schuldigen bezeichnen, beziehungsweise hierzu gewaltsam stempeln will. Aber er war zweifelsohne einer derjenigen, auf die sich die volle Tragik des sarmatischen Reiches mit ihrer ganzen Schwere herabsenkte und ihn, einen getreuen Lehensmann seines kaiserlichen Herrn und warmführenden Sohn eines großen Volkes, zu einem Märtyrer schuf. Und weil diese Schicksalsverketung von persönlicher, gesellschaftlicher und staatlicher Tragik plastisch und mit rühmender Objektivität und Abgeklärtheit dargestellt wird, kommt dem Buche der Wert eines historischen Dokumentes zu. Es kann mit Recht als ein Wegweiser auf dem Pfad gelten, der zur geschichtlichen Wahrheit führt. Nach Suchomlinow's eigenem Ausspruch widmet er sein Werk vornehmlich seinen russischen Kameraden. Daher die Breite, die echt slawische Breite, die seine Schilderungen häufig charakterisiert. Hiedurch vermag aber auch jeder, vor allem die gewesene russische Armee zu erkennen und zu würdigen, doch auch die Lebens- und Zeitumstände jenes ungeheuren Reiches, das die Zertrümmerung seiner, mit ihm einst verbündet gewesenen mitteleuropäischen Nachbarmächte wohl einleitete, doch noch vor deren Sturz selbst in Trümmer zerfiel.

Suchomlinow's Aufstieg ist der eines russischen Gardebataillonsoffiziers, von dem er sagt, „daß das Vertrauen, welches man in sie setzte, dahin führte, daß die Gardebataillone so zahlreiche Gouverneure, Polizeiminister und Generalgouverneure lieferte, da sie doch durchaus nicht den Anspruch erheben konnte, eine Verwaltungsakademie zu sein“. D. zu muß aber gleich bemerkt werden, daß Suchomlinow wohl aus gutem gesellschaftlichen Mitleid, aber nicht dem ... hat entsprochen, so daß sein rascher Aufstieg und seine vielfältige Verwendung vornehmlich seiner Tüchtigkeit und Brauchbarkeit zuzuschreiben war. Mit kaum 30 Jahren Oberleutnant im Generalstab nimmt er an dem Russisch-Tür-

rischen Krieg 1877/78 erfolgreichen Anteil. Zwar weniger an den großen Kämpfen, die sich namentlich um Plewna konzentrieren, doch an einer Reihe geglühter Unternehmungen, die ihm reiche Anerkennung bringen. Das Interessanteste dabei sind die Schilderungen etlicher maßgebender Persönlichkeiten. Vor allem des Kaisers Alexander II., von dem er ein unendlich sympathisches Bild entwirft. Desgleichen vom Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch, dem Vater des russischen Höchstkommandierenden im Weltkrieg. Vom General Dragowitow, der auf den inneren Werdegang der russischen Armee einen so großen Einfluß nahm. Vom General Kuropatkin, dem bedeutenden Militärchriftsteller,

doch wenig glücklichen Führer im Russisch-Japanischen Kriege und noch anderen mehr. Durchwegs begabte, hochgebildete, in ihrer Art vorzügliche Männer, die aber doch nur in der russischen Armee gut denkbar sind und sie daher treffend charakterisieren. Nach dem Kriege wird Suchomlinow, als ein in Theorie und Praxis hochverwendbarer Mann im Lehrfach, und zwar an den ersten Militärschulen des Reiches verwendet. Dann wird er Kommandant eines Kavallerieregiments an der deutschen Grenze, später Kommandeur der 10. Kavalleriedivision. Hierbei erfolgte seine Begegnung mit dem Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch dem Jüngeren, der sich dann zum bösen Geist des Generals, doch auch ganz Rußlands entpuppen sollte. Denn insoweit man überhaupt einzelnen Männern die Kriegsschuld aufzubürden vermag, wäre zweifelsohne dieser Großfürst einer der schwerst zu belastenden. Der ungeheure und seelisch korrumpierende Einfluß, den er auf seinen Neffen, den so unglücklichen Zar Nikolaus II. ausübte, war eines der Hauptmotive, das die Kriegsfackel in Brand setzte.

Suchomlinow wurde im weiteren Verlauf seines Wirkens Stabschef bei Dragowitow, dem Generalgouverneur von Klein- und Südwestrußland, dann oberster militärischer Befehlshaber, dortselbst schließlich — 1905 — Generalgouverneur dieses namentlich bezüglich Österreich-Ungarns wichtigsten Distriktes. Von da an beginnt sein eigentliches Lebenswerk, das er etwas hochtönend, doch durchaus berechtigt, als seine „historische Mission“ anspricht. Er schildert zunächst anschaulich die tiefgehende Wirkung, die der unglückliche Ausgang des mandchurischen Feldzuges nicht nur auf die Armee, sondern auch auf das ganze Reichsgelüge ausgeübt hat. Eine vollkommene Reichsverdorrenheit griff allgemein Platz, außerordentliche Bewegungen, vor allem in Peters-

burg selbst (der Tod Saporis beim Eingreifen der Garderuppen), Meutereien bei verschiedenen Truppenkörpern, die an und für sich der Auflösung auch in materieller und administrativer Hinsicht nahe waren, lauter Anzeichen einer beginnenden allgemeinen Disso- lution.

Da sich dies alles nahezu öffentlich zutrug, so kann es wohl keinem Zweifel unterliegen, daß diese Verhältnisse im Ausland, speziell in Deutschland und Österreich-Ungarn, bekannt waren. Da wirft sich aber von selbst die Frage auf, warum man denn diese Umstände nicht benützt hat, um Situationen zu hären und zu regeln, die für den Bestand des eigenen Reiches von größter Bedeutung waren. Ich meine da durchaus nicht Ein-vom-Taune-Brechen eines Präventivkrieges gegen das zu jener Zeit fast wehrlose Rußland, wohl aber die energische Behebung schwärender Wunden am eigenen Staatskörper. Vor allem die endgültige Regelung der bösnischen Angelegenheit, dann all jener Komplikationen, die sich durch die ewigen Obstruktionen beim Aufbau der Armee sowie bei Verfassungsfragen ergaben. Nur damals, nur innerhalb jener Zeitperiode, die in die Jahre 1904 bis 1906 fällt, konnte man sicher sein, daß man bei Durchführung von Maßnahmen, die für die Festigung des inneren Bestandes und Gefüges unbedingt nötig waren, Störungen von außen nicht zu besorgen brauchte. Dies zu erkennen und dar- nach kräftig zu handeln, wäre Pflicht jener Männer gewesen, die damals am Steuer der Donaumonarchie standen. Quiritismus oder

mangelnde Einsicht und Voraussicht haben da Unterlassungen gezeitigt, die sich in der Folge schwer, ja fürchterlich gerächt haben. Öster- reich-Ungarn stünde heute noch, wenn damals nicht *laissez faire, laissez passer* das Grund- prinzip der äußeren und namentlich auch der inneren Politik gewesen wäre. Daß man aber in Rußland gegen dieses Reich stets ungünstig gefinnt war, geht aus Suchomlinow's Dar- legungen zur Evidenz hervor. Er nennt es an einer Stelle kurzweg den Hauptgegner Rußlands und jede Bewegung, ja förmlich jeder Atemzug, den das Reich an der Donau schöpft, wird als Provokation, zum minde- sten aber als eine unfreundliche Handlung gewertet. Es galt wie ein ungeschriebenes Gesetz, daß Rußland alles, Österreich-Ungarn nichts erlaubt sei. Jeder Vorstoß des letz- teren galt eben als eine ungerechtfertigte Provokation.

Als Generalgouverneur in Petersburg betrat Suchomlinow das Gebiet der Politik, das ihn — wie er erzählt — herzlich unsym- pathisch war, und von dem er auch im Höhepunkt seiner Mission, Juli 1914, aus- geschaltet werden sollte. Nicht zum Vorteil der Sache. Und bald gelangte er auch in einen sich stets verschärfenden Widerspruch mit dem im Jahre 1905 zusammengerufenen Reichsverteidigungsrat, an dessen Spitze der Großfürst Nikolaj Nikolajewitsch stand. Zur

Berichterstattung aufgefordert, bewirkt Su- chomlinow die meisten der vom Großfürsten vertretenen Prinzipien und macht ihn hie- durch zu einem unersöhnlichen Widerpart. Der Zar jedoch, der damals noch nicht so gänzlich im Banne seines Oheims stand, erkennt die Richtigkeit der Ansichten Suchom- linow's, ernennt ihn 1908 zum Chef des Generalstabes und 1909 zum Kriegsminister. Da beginnt nun seine eigentliche organisatori- sche Tätigkeit, die ihn aber bald in vollen Gegensatz zum Finanzminister und nachmaligen Ministerpräsidenten Kokowzew bringt. In seinen Darlegungen tönen mir wohlbe- kannte Klänge entgegen. Denn die Schwierig- keiten, die ihm von dem russischen Finanz- minister gemacht wurden, sind nach Wesen und Inhalt fast identisch mit jenen, die ich zur gleichen Zeit, namentlich von dem Finanz- minister Ungarns, Herrn von Telezky, zu erfahren hatte. Dieselben Argumente hüben und drüben, doch auch die gleiche Engherzig- keit im Bereitstellen der notwendigen Geld- mittel unter dem gleichen Hinweis, daß der Staat seine finanziellen Kräfte für den Ein- satz des Soldaten nicht verwenden müsse. Suchomlinow meinte da sehr richtig, „daß man mit Geld, auch wenn es aus gemünz- tem Golde besteht, nicht scheitern könne, daß es aber ein siegreicher Feind als Kriegsbeute heimführen werde“. Freilich kam bei Ruß- land noch der Umstand hinzu, daß es sich gegebenenfalls auf seine Industrie nur wenig, auf jene des Auslandes nur bedingt stützen konnte.

*

Nur der wichtigste und interessanteste Teil der kriegsministeriellen Tätigkeit Suchom- linow's kann hier besprochen werden. Dazu zählen in erster Linie die Konventionen, die seit dem Jahre 1892 zwischen den General- staben Rußlands und Frankreichs geschlossen und alljährlich revidiert und ergänzt wurden. Die hierbei geführten Protokolle werden voll- inhaltlich niedergelegt und repräsentieren eine wahre Fundgrube für die Erkenntnis sowohl des Werdeganges der franko-russischen Ver- bindungen sowie der Umstände und Winkel- züge, die schließlich zu dem ungeheuren Brande führen mußten. Als unverrückbare Basis wird hierbei der Grundsatz aufgestellt, daß „die Vernichtung der deutschen Heere das erste und grundsätzliche Ziel der ver- bündeten Heere zu bleiben habe“. In diesem Sinne werden nun alljährlich jene Maßnah- men vereinbart, die zur Erreichung dieses Zieles führen sollten. Aus dem Protokoll der Sitzung vom 31. August 1911 entnehmen wir, daß hierfür Frankreich am 15. Mobilisierung- tage bereit sein werde, mit 1,300,000 Mann in Aktion zu treten, Rußland aber mit 800,000 Mann am gleichen Tage wirksam werden müsse. Es sei notwendig, Deutschland von West und Ost gleichzeitig anzugreifen, doch schon im folgenden Jahre erklärt der fran- zösische Delegierte, der General Joffre, daß Frankreich bereit sei, mit weit stärkeren Kräf- ten aufzutreten, da die mit Italien bewirk-

1914

Nr.:

TAG:

ten Pourparlers es ermöglichen, an der Alpengrenze nur ein Minimum an Kräften (hauptsächlich Formationen 2. Linie) zurückzulassen, dagegen alles gegen die Nordostgrenze zu vereinigen. Dafür möge auch Rußland mit stärkeren Kräften gegen Deutschland auftreten. Dies sei umso berechtigter, als indessen — hauptsächlich mit französischem Gelde (den einst viel besprochenen Milliardenanleihen) — sowohl die Armeeverstärkungen angebahnt, als auch das strategische Eisenbahnetz ausgebaut wurde. Im Protokoll vom August 1913 gelangte dies noch deutlicher zum Ausdruck und Suchomlinow stellt nun ein weiteres Reformprogramm auf, dessen Auswirkung aber erst Ende 1916 zu gewärtigen wäre.

Es mutet eigentümlich an, daß in all diesen Protokollen Österreich-Ungarns nur flüchtig gedacht wurde. Es wird fast zur Quantität negligeeable, und gänzlich der Einflußsphäre Rußlands überlassen. Da ist es denn nun interessant, daß, als der Krieg tatsächlich ausbrach, der weitaus größte Teil der russischen Corps sofort gegen Österreich-Ungarn angelegt und statt der protokollarisch festgesetzten 800.000 Mann nur zwei Armeen (Mennenkamps und Samsonow mit ca. 400.000 Mann) gegen Ostpreußen eingesetzt wurden, die aber schon Anfang September 1914 durch die vernichtenden Schläge Deutschlands nahezu vernichtet waren. Der große Plan der Entente war hiedurch dem Scheitern nahe, wurde aber im letzten Moment durch das „Wunder an der Marne“ gerettet. So, im Zusammenhange gewertet, nimmt sich dies wirklich wie ein gottgewolltes Wunder aus. Andererseits aber auch der Unmut der Franzosen erklärlich über das Nichteinhalten der Vertragsbestimmungen, wodurch in der zweiten Augusthälfte am westlichen Kriegsschauplatz eine schwere Krise gedroht hatte.

Suchomlinow entpuppt sich wohl als ein Freund Frankreichs, dabei aber durchaus nicht als ein Feind Deutschlands. Er trifft zwar ernstlich alle Vorbereitungen für einen eventuellen Wassengang mit diesem großen Gegner, den er aber lieber als Freund sehen würde. Eine politische Verbindung von Frankreich, Deutschland und Rußland erschien ihm als aussichtsreichste Kombination; wobei er sich Österreich-Ungarn als Schleppträger, die Spitze aber in traditionell russischer Weise gegen England gerichtet dachte. Unter den fix gegebenen Verhältnissen ist er aber überzeugt von der Eignung Frankreichs sowie der Anschauung, daß die Vorteile des Bündnisses fast ausschließlich auf Seite dieser Macht

liegen, die es eben für nötig erachtete, „die russischen Truppen als Futter für die deutschen Kanonen zu besitzen“.

So sehr Suchomlinow von dem essentiellen Wert seiner Reformtätigkeit überzeugt ist und hierfür auch alle Beweise erbringt, so ist er sich andererseits bewußt, daß die volle Auswertung erst Ende 1916 erfolgen könne. Daher ging ihm die politische Konstellation vom Juli 1914 wider den Strich und — wie wir sehen werden — es erfolgte die das Verhängnis entkesselnde Mobilisierung gegen seinen Willen, ja fast ohne sein Wissen.

Zehn Tage vor Beginn des Weltkrieges.

Eine Reminiszenz.

Von M. Auffenberg-Komarow,

Kriegsminister a. D.

Aber das erschütternde Ereignis, das vor zehn Jahren den Auftakt zum Weltbrand gab, wurde in allen Blättern gesprochen. Vornehmlich im Sinne der Partei oder der politischen Richtung, der die Blätter angehörten; objektive Beurteilungen glichen sonach fast Ausnahmen von der Regel. Nur in der einen Richtung gingen alle Ansichten parallel: daß dieses Ereignis, wie noch nie ein anderes in der Zeiten Flucht, den providentiellen Vorboten umstürzender Geschehnisse gebildet hat. Jedenfalls ist durch all diese Expektorationen die Erinnerung an jene schwülen, nervenspannenden Tage voll erweckt, und da mag es vielleicht nicht uninteressant sein, sich in die dem Ereignis unmittelbar folgenden Wochen zu versetzen, auf die der Vergleich von „der Stille vor dem Sturm“ eigens geprägt zu sein schien.

Rückblickend erscheint es eigentlich noch wunderlicher als damals, daß der Stichflamme, die am 28. Juni 1914 jäh ausbrach, die gewaltige Explosion nicht unmittelbar nachfolgte. Da stellt sich von selbst die Frage nach dem Warum? ein. Umso berechtigter, als ja die Stichflamme tief ins Innerste der schon lange gelegten Mine eingedrungen war und an deren sofortigem Ausfliegen eigentlich niemand zweifelte. Zudem war es ein offenes Geheimnis, daß der einzige Vorteil der Mittelmächte, speziell Österreich-Ungarns, bei einem Kampfe gegen seinen großen östlichen Nachbar in der rascheren Kriegsbereitschaft zu finden war. Niemand gab sich aber einer Täuschung hin, daß die Gefahr solch eines Kampfes eminent war, wenn man das aggressive Serbien zur Rechenenschaft ziehen wollte. Daß an oberster Stelle ernste Beratungen stattfanden, war natürlich, konnte auch nicht gänzlich geheim gehalten werden. Doch es vergingen die Tage und von irgend einer Entscheidung und einer sachlichen Maßnahme war nichts zu hören und zu spüren. Natürlich veranlaßte das die verschiedensten, oft gewagtesten Kombinationen. Nur an die tatsächlich gewählte vorläufige Lösungsart dachten die wenigsten: an das Abwarten des Resultates der in Sarajevo amtierenden Untersuchungskommission! Man dachte nicht daran, trotzdem es eigentlich eine richtige, traditionell österreichische Lösungsart bedeutete. „Halbe Mittel, halbe Tat!“

Es soll hier nicht untersucht werden, ob der Krieg tatsächlich ganz unausweichlich war; unausweichlich auch dann, wenn man sich sagen mußte, daß die bestehenden Kraftkomponenten nur wenig günstige Chancen wiesen; doch darüber kann kaum ein Zweifel walten, daß dieser erste Schritt, den man da unternahm, nur einem Auskunfts- und Verlegenheitsmittel gleich, um den schweren, gewiß schwersten Endentschluß noch um einige Wochen hinauszuschieben zu können. Welch arger Fehler politischer und militärischer Natur! Man band sich selbst die Hände, gab aber den andern, namentlich Rußland die Möglichkeit, heimlich tiefgreifende Vorbereitungen zu treffen, die wir dann gehörig zu fühlen bekamen. Man ermöglichte die intensive innere und äußere Agitation und Propaganda, über deren Existenz doch kein Zweifel bestehen konnte und man ließ die ehrliche Entrüstung abebben, die neun Zehntel der Völker des Reiches über die schreckliche Mordtat erfaßt hatte. An dieser Auffassung können auch die vielen Enthüllungen nichts ändern, die sich namentlich in jüngster Zeit breitspurig geltend machen und vornehmlich von Warnungen erzählt, die dem Thronfolger vor Antritt der verhängnisvollen Reise zugekommen sein sollen. Abgesehen davon, daß deren Richtigkeit nicht leicht darzutun ist, können und könnten sie doch darüber nicht hinwegtäuschen, daß da nur die Folge, ja wahrscheinlich das Ziel einer ungeheuren, seit langer Zeit bestandenen Agitation gegen die Existenzbedingungen der alten Monarchie sich enthielten würde und dann auch enthüllt hat. Trotzdem dies damals die Anschauung weiter Kreise war, hatte es den Anschein, daß der Blitz doch nur ein kalter gewesen sei, dem keine Zündung folgen werde, und nachdem die Tage größter Erregung vorübergegangen waren, ohne daß sich irgend welche greifbaren Anzeichen initiativen Vorgehens bemerkbar machten, glaubte, ja dachte eigentlich niemand mehr an eine explosive Lösung.

In Kenntnis, daß mir gegebenenfalls eine der obersten Führerstellen im Heere zugebacht war, sah ich in begrifflicher Spannung der Entwicklung der Dinge entgegen, zumal eine kurze Unterredung, die ich mit dem Chef des Generalstabes bei der Trauerzeremonie am Abend des 3. Juli hatte, mich seine Entschlossenheit vermuten ließ. Doch nichts rührte sich. Ich nahm an, daß man vor der endgültigen Entschlußfassung die obersten Führer und Kenner der Armee um ihre Ansicht fragen werde, da ja eventuell auf ihre Schultern die Last der Verantwortung gelegt werden würde.

Doch nichts von all dem. Auf meine direkte Anfrage, ob die für Juli in Tirol geplant gewesene dienstliche Exkursion (Generalsreise) stattfinden könne, wurde mir zu meiner Überraschung eine zustimmende Antwort zuteil. So verlebte ich denn zwar sehr anstrengende, doch sonst durch keinerlei Zwischenfall beeinflusste Wochen im schönen Land Tirol. Operative und taktische Besprechungen über einen Kriegsfall mit Italien füllten die Tage aus, da ich nie auch nur eine Sekunde gezwweifelt hatte, daß eintretenden Falles unser Bundesgenosse uns prompt in den Rücken fallen werde. Darum wurden auch alle Eventualitäten eines Verteidigungskampfes auf Grund einer Annahme besprochen, die sich wenige Monate später, mutatis mutandis in Wirklichkeit präferentieren sollte.

Natürlich nützte ich diese Gelegenheit, um mich über die Stimmung im Lande zu orientieren. Ich gewann den Eindruck, daß man auch dort einiges Staunen über die gänzliche Ruhe und anscheinende Latenzlosigkeit empfand, aber gleichwohl nicht ohne Besorgnis der nächsten Zukunft entgegenblickte. Es wollte dem nüchternen, doch auch beobachtenden Sinne der Bevölkerung gar nicht gefallen, daß sich in den weltberühmten Hochgebirgsstationen mit ihren eleganten, komfortablen Hotels und Pensionen diesmal fast gar keine Fremden eingefunden hatten.

„s ischt a Niedertracht, Herr, a Niedertracht und wann uns der alte Kaiser rufen tät, kimmet ma all!“, sagte mir treuherzig ein Bauer, der Vater dreier Söhne war. Und als ich mich zur Weiterfahrt schickte, rief er mir noch nach: „Aberscht auf die Wallischen tat's achtgeben, die sinniern nig guats!“

Im Meraner Becken besuchte ich auch das „Andreas-Hofer-Gehöft“ mit den Reliquien und Erinnerungszeichen des Volkshelden. Es wehte mich wie eine Mahnung an; auch in dem Sinne, wie leicht oft Taten wogen, die man aus innerstem Drange für Recht und Pflicht geleistet hat. Nun sind in diesem deutschesten Kern uralten deutschen Landes die „Wallischen“ wirklich die unumschränkten Herren und Gebieter. So etwas hätte damals niemand, auch im wüsten Traum, für möglich gehalten. „Justitia fundamentum Regnorum!“

Von Tonale aus vollführten wir einen Übergang über den 3000 Meter hohen Paß Paradiso. Es war keine ganz leichte Tour, besonders für uns Alte. (Stand ich doch damals im 63. Lebensjahr). Doch wir überstanden sie und freuten

uns dessen, als wir am Abend in der den Touristen wohlbekannt gewesenen Leipziger Schutzhütte (Mondrom) zusammensaßen. Darunter auch der stets liebenswürdige, mir freundschaftlich zugewandte Erzherzog Josef Ferdinand, ein passionierter Hochtourist. Auch ein kleines Detachement der Kaiserschützen war dabei. Würdige Vertreter einer herrlich gewesenen Kriegerschar. Es erfüllte mich auch mit Stolz und Beruhigung, sie eventuell als einen Teil meiner Armee zu wissen. Wie viele von jenen dachte bald darauf der kühle Rasen. Von den damals anwesend Gewesenen auch zwei ausgezeichnete Generale. Doch wahrlich, an komme: : ernsteste Tage dachten wir damals doch nur flüchtig; denn drei Wochen waren seit dem Bluteignis verstrichen und es schien fast wie vergessen. In Bozen verabschiedeten wir uns mit dem freundlichen Auf: Auf Wiedersehen. Es kam rascher, als wir gedacht hatten.

Da, am Nachm'tag, just bevor ich das Auto zur Heimfahrt besteigen wollte, kam eilenden Schrittes mein junger Freund, Oberst von Brosch, daher, durch Jahre hindurch der höchst einflussreiche Flügeladjutant des gemordeten Erzherzogs und von diesem mit Freundschaft bedacht, wie er sie nur wenigen zuwandte. Brosch war zur Zeit Kommandant des 2. Regiments der Tiroler Kaiserjäger, doch noch liiert mit den wenigen Männern, die — wenn auch manchmal nur auf mittleren Posten — nahe jenen Stellen saßen, wo die letzten Entscheidungen reiften. Der teilte mir nun mit, daß eine entscheidende Demarche bevorstehe und sich in einigen Tagen äußern werde. Natürlich erörterte ich mit diesem hochbegabten, in jeglicher Richtung vortrefflichen Manne die Situation, die — alles in allem genommen — nicht allzu viel rosige Aussichten wies. Eiserne Entschlossenheit unter Aufgebot aller persönlichen Mittel und Fähigkeiten erschien uns mehr denn je als heilige Pflicht. Bei Brosch kam noch die tiefe, eheliche Trauer dazu, die ihn ob des fürchterlichen Endes seines geliebten Herrn erfüllte. Und nur wenige Wochen später löste er sein Gelöbnis in antiker Treue ein. Er fiel, wahrhaft als ein Held, an der Spitze seines herrlichen Regiments, das er im Rahmen meiner Armee von Erfolg zu Erfolg geführt hatte. An jenem Abend aber verabschiedeten wir uns in aufrichtiger Herzlichkeit, um uns nie mehr wiederzusehen.

Ernstem Sinnes fuhr ich durch all die herrlichen Lande dahin, mich vollen Herzens noch einmal ihrer unvergleichlichen Schönheit erfreuend. Es war am zehnten Tag vor Erlaß des Aufrufes zur allgemeinen Mobilisierung!

2
BERICHT
SEELIGER, Genl

Graf Berchtolds Todsfunde.

Ein Rückblick auf die Tage vom 28. Juni bis 28. Juli 1914.

Von Oberst Emil Seeliger.

Oberst Seeliger war zur Zeit des Kriegsausbruches Presseschef im Präsidialbüro des k. u. k. Kriegsministeriums und der Marinektion D. Red.

Als die Browningschüsse am Vormittag des 28. Juni 1914 dem unglücklichen Thronfolgerpaar ins Leben und der Menschheit in die Seele getracht hatten, da fornte logisches Denken sofort die Frage: Was wird ihr Echo sein? Denn das Ereignis in Sarajevo war kein Treibholz aus heiterem Himmel, sondern der Funke aus unfehlchwangerem Firmament, das von Basra bis zu den Eberland-Inseln mit Elektrizität überladen knisterte. Wird die Menschheit auf anderer Herz zu unserem Nutzen, oder in anderer Hirn zu unserem Schaden wirken? Manchem mag's beim ersten Hören seltsam klingen, wieso auf politischem Schachbrett auch Gefühl oder Mitleid des Einzelnen und der Nationen als zugrunde liegende Figur zu werten sei. Freilich, im Berufsspiel der jeweiligen Matabore an unseren grünen Balkonsitzen, da ward das kaum jemals mit in Kombination gestellt. Siehe, nur ein Beispiel anzuführen, ihre apenninische Partie: wer erzwang, daß das einzige von italienischer Psyche erfasste Deutschwort nie „Dreibund“, sondern „Haynau“ hieß?

Heute allerdings hat Graf Berchtold im Exil schon längst gelernt, daß den Kitt von Bündnissen und Staatsentenen nicht Unterschriften und Verträge, sondern Volksempfinden und innerliches Verstehen bilden: Gerade wie die Strategie des Feldherrn nebst Waffen und Munition auch Spionage und Kundschafterei für ihren Endzweck nützen muß, so braucht staatlicher Außenkurs stets auch des Auslands Mitgefühl als Wind auf seine Segel. Hat Kaiser Franz Josephs Außenminister in der Schicksalsstunde der alten Großmacht selbst nur im engersten Maße solche Handhabe zu ergreifen verstanden?

Nachher zu kritisieren gilt freilich als leicht. Gut. Doch man erwäge als ABC jeglicher Diplomatenfibels, daß es nirgends weniger denn in der Außenpolitik das Ding an sich, um so mehr aber Ursache und Wirkung gilt. Das heißt, den Eindruck des Mordes im Ausland richtig zu erfassen, hatte der Berchtold'schen Weisheit letzter Schluß zu sein. Darin nun wäre der Graf vom Balkenplatz bedient gewesen. Wenn er hätte hören wollen. Hiefür als Beweis markante Stellen aus den Attacheberichten unserer damaligen Vertretungen.

Von der Botschaft in Paris unter „Geheim“ vom 4. Juli 1914: ... „Die Haltung der französischen Presse ist im allgemeinen, bis auf wenige Blätter, einwandfrei. ... Der Eindruck, den dieses Verbrechen bei den hiesigen französischen und russischen Vertretern hervorrief, läßt sich wohl am besten in die Worte zusammenfassen: „Allgemeine Erleichterung“! Mit einem Schlage scheinen alle Komplikationen ausgeschaltet, die für die Zukunft von den politischen Zielen des künftigen Kaisers, den man außerdem eng liiert mit dem deutschen Herrscher wußte, gefährdet wurden und mit dem Hinscheiden Seiner k. u. k. Hoheit ist den besorgten Diplomaten jener Staaten eine Quelle steter Beunruhigung geschwunden.“ ...

Von der Botschaft in Rom unter „Geheim“ vom 2. Juli: ... „Sowohl die Presse als die öffentliche Meinung aller Kreise war über das Attentat im höchsten Grade empört; man hörte jedoch immer aus allen Kondolenzgen heraus, daß die Person Seiner kaiserlichen Hoheit in Italien nicht als Freund der Italiener galt und daß seine Thronbesteigung ernste Gefahren für Italien gebracht hätte. Auf die Person des jetzigen Thronfolgers und besonders auf die Person Ihrer kaiserlichen Hoheit der Erzherzogin Rita setzt man hierzulande große Hoffnungen, indem man vermutet, daß diese hohen Herrschaften auf das Verhältnis der beiden Länder zueinander einen günstigen, friedlichen Einfluß ausüben werden.“ ...

Von der Botschaft in London unter „Geheim“ vom 4. Juli 1914: ... „Die Empörung über den Mord vibriert durch alle Schichten des englischen Volkes. Die politischen und privaten Kreise verurteilen einstimmig die so folgenschwere Agitation in Serbien und fordern entsprechende Sühneaktion, bei der sich England mit dem ganzen Gewicht seiner politischen Macht hinter die so tief beleidigte Donaumonarchie zu stellen habe.“ ...

Von der Botschaft in Petersburg unter „Geheim“ vom 5. Juli 1914: ... „Die Mehrzahl der Blätter verurteilt das Attentat, wenngleich für das Tun einzelner Desperados nicht die Politik eines kleinen, schon wiederholt vom großen Nachbarn gedemütigten Landes verantwortlich zu machen sei. Jedensfalls würde das mächtige russische Reich jeder Vergewaltigung des schwachen Bruders mit ganzer Kraft in den Arm fallen.“ ...

Von der Gesandtschaft in Bukarest unter „Geheim“ vom 8. Juli 1914: ... „Fast alle rumänischen Blätter hatten warme Worte für Seine kaiserliche Hoheit und sie feiern sein Andenken

als großen Freund der Rumänen. Selbst der Ministerpräsident raffte sich auf, im Parlament von Beziehungen alter und ständiger Freundschaft zwischen den beiden Herrscherhäusern und den beiden Nachbarstaaten zu sprechen. ... In der äußeren Politik gefällt man sich nach wie vor in der Rolle der unverbundenen Braut. Folgende Worte des einstigen Kriegsministers Filipescu dürften beiläufig der derzeitigen Auffassung von Rumäniens leitenden Kreisen entsprechen: „Trotz aller bisherigen Annäherung zwischen Rußland und Rumänien muß aber, meiner Ansicht nach, die Politik Rumäniens unabhängig bleiben. Im Hinblick auf diesen Zweck hoffe ich, daß trotz vorhandener Gegensätze wir gute Beziehungen auch zu Österreich werden haben können.“ ... Als Quelle der Differenzen zwischen uns und Rumänien bezeichnet man in Abgeordnetenkreisen Seine Exzellenz den Grafen Berchtold. Er habe, als ausgesprochenen Freund Bulgariens, die Ansprüche Rumäniens gedrosselt und wäre den Rumänen nach ihrer Mobilisierung in den Arm gefallen, wenn dies nicht Seine Majestät Kaiser Franz Josef selbst verhindert hätte. ... Wenn nichts besonderes vorfällt, dürfte Rumänien die Politik der zwei Stühle so lange als möglich fortführen; sie ist sehr bequem und bringt im Falle einer politischen Verwicklung sichere Vorteile, so man sich im entscheidenden Moment auf die Seite des Stärkeren wirft.“ ...

Vom österreichisch-ungarischen Generalkonsul in Astüb am 1. Juli 1914: ... „Als sich in den Abendstunden die Nachricht von der entsetzlichen Schandtat in Sarajevo verbreitete, da bemächtigte sich der fanatisierten Menge eine Stimmung, welche ich nach den zahlreichen Beifallsäußerungen nicht anders als un menschlich bezeichnen kann. Angesichts dieser Haltung der Bevölkerung fallen alle Versuche der serbischen Presse, die moralische Verantwortung für die Tat von Serbien abzuschütteln, in ein Nichts zusammen.“ ...

Von der Gesandtschaft in Stockholm unter „Geheim“ vom 3. Juli 1914: ... „Die entsetzliche Untat von Sarajevo hat auch hier in den skandinavischen Ländern schärfste Mißbilligung erfahren; die Presse aller Parteien, auch der sozialdemokratischen, verurteilt das Verbrechen aufs schärfste. Speziell hier in Schweden war die wärmste Anteilnahme allgemein. Nicht so erfreulich sind dagegen die Ausführungen, die bei diesem so traurigen Anlaß sich mit der jüngsten Vergangenheit und der Zukunft Österreich-Ungarns befassen. Auf's schärfste wird hervorgehoben, daß die äußere Politik der Monarchie in den letzten Jahren ganz falsch war. Nirgends und niemals konnte man erkennen, daß ihre Leiter die Verhältnisse richtig beurteilten und die Folgen der Ereignisse einzuschätzen wußten, niemals sah man Energie und Zielbewußtsein, niemals Entschluß- und Verantwortungsfreudigkeit.“ ...

Denkt man sich zu diesen amtlichen Stimmen an Ort und Stelle befindlicher, zur Beurteilung der Verhältnisse ausgewählter Persönlichkeiten noch einige Duzend ganz gleich oder sehr ähnlich lautende Meldungen, so sieht der normale Menschenverstand die horizontale Projektion des Wirklichkeitsbildes der außenpolitischen Lage.

Jener Lage ringsum, wie sie sich ja auch dem Auge und Urteil des Außenministers Graf Berchtold nach dem Attentat darbot und auf

Grund deren er als für das Schicksal von mehr als fünfzig Millionen Verantwortlicher seine Entschlüsse zu fassen hatte. Graf Berchtold als Schildträger einer Großmacht. Er überlegte vier Wochen lang, dann erst wurde er — Amolksufer mit dem Ultimatum. Ins Profane übersetzt: Wer auf offenem Markt eine Ohrfeige bekommt, der kann in dreifacher Art darauf reagieren. Erstens, er steckt sie ruhig ein; dann denken die Zuseher, der Kerl hat sie wohl verdient und der Fall ist erledigt. Oder er haut in sofortigem Schwung gleich zwei dastat zurück, dann schmunzelt das Publikum: Warum hat der andere angefangen. Oder, er brütet viele Wochen lang darüber nach, geht darauf — schon mit kalter Schnauze — auf die Straße und sticht dem Ohrfeigengeber eine Nadel ins Auge. Dann stürzt sich die empörte Öffentlichkeit, die den eigentlichen Anlaß längst nicht mehr so im Gedächtnis hat, gemeinsam auf den Rächer seiner Ehre und schlägt ihn nieder.

Der Großpolitiker Graf Berchtold hat sich in schwerster Schicksalszeit genau so geführt wie der dritte Matschenmann. Er hat den Faustschlag in Sarajevo einen Monat lang bebrütet und dann, ohne vorher ehrlichen Rat Hilfsbereiter zu hören, mit der haarscharfen Ultimatumnadel zugestochen. Und ist's ihm so ergangen, wie wir am eigenen Gut und Blut erfahren haben: Ihm, dem klassischen Vertreter jener spezifisch österreichischen, bis zur Schmalstirnigkeit überzüchteten Diplomatenlaste vor und nach Kaiser Ferdinand dem Gütigen, deren traditionelles Pendeln zwischen Bonhomie und Böartigkeit ein überaltetes Großmachtum schließlich nur zu dem Abgrund lenken konnte, in welchem es sich Genid und Beine brechen mußte.

DER KAMPF

Nr.: 1g. 17/7

TAG: Juli 1924

Friedrich Austerlitz: Kriegsschuld und Dolchstoß.

Ursprung und Ende des Krieges will niemand verantworten: so ist jene Kriegsschuldlegende entstanden, wonach Deutschland und Österreich an der Entfesselung des Weltkrieges keine Schuld tragen, und so die Dolchstoßlegende, wonach die glorreichen Heerführer den Weltkrieg ganz bestimmt gewonnen hätten, wenn ihnen nicht das eigene Volk in den Rücken gefallen, wenn nicht „die Armee von der Zivilbevölkerung von hinten erdolcht“ worden wäre. Nachdem sie vor der Weltgeschichte, die doch manchesmal auch ein Weltgericht ist, den Prozeß verloren haben, möchten sie ihn beim Bezirksgericht anhängig machen: und so schreiben sie, die vor zehn Jahren noch die großen Herren der Welt gewesen sind, nun alle ihre Memoiren, in denen sie den Toren zu beweisen suchen, daß sie für „ihr“ Volk immer das Beste gewollt, den freveln Gedanken eines Krieges nie gehabt haben und in ihn nur durch die Soffart und Begehrlichkeit der Feinde verwickelt worden sind. So die Monarchen und Diplomaten; und die Generale, die fünf Jahre lang den ganz gewissen, überhaupt nicht zu bezweifelnden Endsieg vorgeschwindelt haben, die beweisen wieder, daß sie groß und glänzend gesiegt und die reichste Beute in die Scheune gebracht hätten, wenn die Zivilbevölkerung, verdorben und aufgestachelt, versteht sich, von den Verrätern, das Werkzeug, mit dem sie endzusiegen im Begriffe waren, nicht geschwächt und zermürbt hätte, was nun eben als Dolchstoß benamset wird. Kriegsschuld und Dolchstoß sind die zwei Lügen, mit denen sich der vernunftlose Nationalismus von der Verantwortung für den Weltkrieg wegschleichen möchte. Sicherlich wächst die Kriegsschuld durch den furchtbaren Ausgang ins Unermessliche, aber sittlich betrachtet — und an den Krieg auch heute noch einen anderen Maßstab zu legen als den der Sittlichkeit, wäre gegen jede Vernunft — würde die Schuld derjenigen, die ihn auf die Menschheit gewälzt haben, um kein Atom geringer sein, wenn ne ihn, statt mit der vernichtenden Niederlage, mit dem glänzendsten Siege abgeschlossen hätten. Wohl ist es den überlieferten Vorstellungen eingeboren gewesen, den Krieg durch den Sieg rehabilitiert zu erachten, aber die Erkenntnis hat die Menschheit aus dem Grauen der fünf Kriegsjahre doch wohl als Besitz heimgebracht, daß der Krieg eine Scheußlichkeit ist, die durch die Berufung auf den Erfolg noch eher gesteigert wird.

Soweit das Kriegsschuldgerede nicht ein bloßer Versuch zur Reinwaschung der Kriegsverbrecher ist, scheint ihm der Gedanke zugrunde zu liegen, daß die Härten und Ungerechtigkeiten des Versailler Vertrages ihre Begründung in Deutschlands Kriegsschuld haben, daß also mit der Widerlegung dieser Beschuldigung dem Vertrag die moralische Grundlage entzogen wäre, seine Revision danach unausweichlich würde. Diese Argumentation scheint wohl ihren Stützpunkt in der Mantelnote zu der Antwort der Alliierten an die Deutsche Friedensdelegation, in dem Ultimatum zu suchen, mit dem die Entente die Annahme des Friedensvertrages erzwungen hat. Dort wird die „Verantwortlichkeit Deutschlands“ festgestellt, „den Krieg gewollt und entfesselt zu haben“: „die schreckliche Verantwortlichkeit, die auf Deutschland lastet, läßt sich in der Tatsache zusammenfassend zum Ausdruck bringen, daß wenigstens sieben Millionen Tote in Europa begraben liegen, während mehr als zwanzig Millionen Lebender durch ihre Wunden und Leiden von der Tatsache Zeugnis ablegen, daß Deutschland durch den Krieg seine Leidenschaft für die Tyrannei hat befriedigen wollen.“ Aus dieser Überzeugung der gegnerischen Mächte, daß der Krieg, der vor zehn Jahren zum Ausbruch gekommen ist, „das größte Verbrechen gegen die Menschheit und gegen

DER KAMPF

Nr.:

TAG:

250

Kriegsschuld und Dolchstoß.

die Freiheit der Völker gewesen ist, das eine sich für zivilisiert ausgebende Nation jemals mit Bewußtsein begangen hat", haben sie, wie sie so schön sagen, auf „den bloßen Vorteil eines bequemen Friedens“ verzichtet und den Frieden diktiert, von dem sie zu glauben vorzuziehen, daß er „seinem Grundwesen nach ein Rechtsfriede ist“, von dem aber nun wohl die ganze Welt weiß, daß er, und nicht anders die Verträge, die Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei auferlegt worden sind, nur die in Form eines „Vertrages“ gebrachte Fortsetzung der Gewaltmoral des Krieges ist, die Infamie des Krieges durch die Friedensverträge nicht beendigt, sondern verewigt worden ist. Wenn trotzdem ernsthafte Leute, wie etwa der Professor Delbrück, von der Widerlegung der Kriegsschuld, nämlich der Widerlegung der Beschuldigung, daß Deutschland für die Entfesselung des Krieges nicht bloß verantwortlich sei, sondern alle in verantwortlich wäre, die Wirkung erwarten, daß damit dem Gewaltfrieden die Berechtigung entzogen und für seine Revision der Weg freigemacht würde, so zeugt das nur von der Verflennung der Kräfte, die in der kapitalistischen Welt die bewegenden und die es sind, die sich in den Friedensverträgen ungehemmt ausgetobt haben. Ganz selbstverständlich hat ein Krieg, der fünf Jahre gedauert hat, und dessen Grauen in der Geschichte der Menschheit ohne Beispiel ist, hat dieser Krieg, in dem die Endsieger Deutschlands Faust vier Jahre lang so schwer zu verspüren hatten, den Entschluß hervorgerufen müssen, die Gelegenheit, die der Sieg endlich gebracht hatte, restlos auszunützen, sich bei der Ausnützung des Sieges keine Schranken aufzuerlegen, alle Rechnungen von Deutschland und seinen Verbündeten, da nun die Möglichkeit vollauf gegeben war, ohne Mitleid und Sentimentalität einzufordern. Aber wie man beim Kriegsführen mit Maschinengewehren und Kanonen nicht auskommt, zu der Kriegsausrüstung auch die Lüge gehört, vor allem die, daß man den Krieg nicht gewollt hat, daß ihn also die Feinde aufgezwungen haben und man sich nur gegen ihren Überfall wehrt, so ist die Lüge auch beim Friedensschließen unentbehrlich: was sich als Gerechtigkeit verkleidet und als die reine Gerechtigkeit gelten will, ist natürlich nur der imperialistische Profit, den zu realisieren der Kriegssieg ermöglicht hat. Imperialistischer Krieg und Gewaltfrieden sind voneinander nicht zu trennen, und so wie der imperialistische Krieg als ein gerechter Abwehrkrieg ausgegeben werden muß — denn daß kein Staat seinen Bürgern einen nackten Eroberungskrieg plausibel zu machen vermöchte, ist selbstverständlich — so kann auch der nackte Gewaltfrieden darauf nicht verzichten, als Friede der Rechtserfüllung aufzutreten. Ein Krieg, der fünf Jahre lang währte und das Furchtbare in nie erschautem, vorher gar nicht vorstellbarem Maße ausstreuete, der mußte auch das grausamste aller Worte in unerhörtem Maße bekräftigen: Wehe den Besiegten! Mit Gerechtigkeit hat das alles freilich nichts zu schaffen.

Ganz bestimmt ist die Behauptung, wie sie die Friedensverträge durchzieht, daß nämlich die Mittelmächte und ihre Verbündeten reißende Wölfe gewesen sind, die Mächte, die sich dann die alliierten und assoziierten benannt haben, aber Lämmer, eine Lüge. Aber nur insoweit, als sie die Unschuld der anderen beteuern; von der Schuld Deutschlands und Österreichs ist deshalb, weil eine gerechte Abwägung der Tatsachen auch die Schuld der anderen zutage fördert, nichts abzusplitteln. Denn ohne Zweifel war vor zehn Jahren die internationale Lage in Europa so, daß in ihre Politik, in ihre Berechnungen und Hoffnungen, den Krieg alle Mächte aufgenommen hatten. Weshalb hat sich Frankreich, das eine Republik ist, mit Rußland, das ein Despotenstaat war, verbündet? Sicherlich weniger aus Furcht vor einem Überfall, der beiden bis auf die Zähne bewaffneten Militärstaaten von Deutschland gedroht haben sollte, sondern aus dem Wunsche, in einem Kriege mit Deutschland und Österreich stärker zu sein; es war ebenso ein Bündnis, um dem Überfall vorzubeugen, wie ein Bündnis, um in einem Überfall zu siegen. Wie hätte Großbritannien Vereinbarungen für den Kriegsfall schließen können, wenn es nicht bereit gewesen wäre, den Fall eines Krieges gegebenenfalls herbeizuführen? Und daß Italien in den Krieg zu Zwecken von Eroberungen eingetreten ist, braucht nicht dargetan zu werden, weil es diese Eroberungen als Beweggrund seines Eintretens in den Krieg selbst angegeben hat, wengleich es, denn ohne Heuchelei geht es in der Welt des Kapitalismus

DER KAMPF

Nr.:

TAG:

und Imperialismus selbstverständlich nicht, die Eroberungen als Befreiung hingestellt hat. Und auch in dem Sinne sind all die Mächte, die den Krieg begonnen haben, daran schuldig, daß Krieg in die Welt gekommen ist, weil sie alle und weil jede von ihnen — das schuldlose Belgien vielleicht ausgenommen — in der Lage gewesen wären, den Krieg zu verhindern, bei keiner Macht, schlechthin bei keiner, aber der Entschluß vorhanden war, den Weltkrieg **wirklich** zu verhindern.

Der Weltkrieg ist entstanden aus dem Konflikt zwischen Österreich und Serbien. Hätte sich Österreich-Ungarn nicht mit der doch wirklich ausreichenden Genugtuung begnügen können, die ihm Serbien angeboten hatte und die alle diejenigen Mächte, die dann an Seite Serbiens getreten sind, zu verstärken bereit waren? Auch wenn man jenen Konflikt nicht auf die diplomatische Aktion einschränkt, die sich an die Mordtat in Sarajevo geknüpft, nicht auf die Forderungen, die Österreich-Ungarn in dem berüchtigten Ultimatum erhoben hatte — seither hat man freilich ausreichend erfahren, daß diese Forderungen nur deshalb in so outrierter und herausfordernder Weise formuliert worden sind, damit sie Serbien nicht annehme, und so der ersehnte Vorwand zum Krieg erlangt werde —, sondern die Sache so nimmt, wie sie von den Schwarzgelben — man denke an einen der Haupturheber des Krieges, den Herrn Conrad — nachträglich, zur Rechtfertigung ihrer verruchten Leichtfertigkeit, zurecht gekleidet wurde: daß nämlich Österreich-Ungarn, um sich vor den Aspirationen Serbiens auf seine südslawischen Gebiete zu retten, Serbien habe schwächen müssen, auch dann hätte Österreich-Ungarn mit einem diplomatischen Siege, der ja sehr umfassend hätte sein können, alles erreicht. Denn ohne Zweifel hatte sich die Stimmung in Europa damals gewendet, die Welt war dessen inne geworden, daß die serbischen Aspirationen nun ernstlich den Frieden Europas bedrohen; und Österreich-Ungarn würde, wenn es auf den Krieg verzichtet hätte, an Ansehen, an Sympathien in der Welt, auch in der der Entente, sehr viel gewonnen haben. Ohne also auch nur das bescheidenste seiner Lebensinteressen preiszugeben, hätte Österreich-Ungarn den Frieden retten können. Selbstverständlich auch Serbien; dazu war ja nur notwendig, daß es die österreichisch-ungarischen Forderungen annehme, und diese Annahme ging ihm keineswegs aus dem Leben. Wenn Rußland der Welt den Frieden hätte erhalten wollen, so hätte es Serbien nur zu sagen gebraucht, daß es wegen seiner Sache nicht in den Krieg ziehe; ganz selbstverständlich hätte sich dann Serbien gefügt. Frankreich brauchte nur Petersburg wissen zu lassen, daß es sich in einen Krieg wegen Serbien nicht verwickeln lasse, Rußland hätte dann unweigerlich einlenken müssen. Und weder Rußland noch Frankreich hätten sich in den Krieg begeben, wenn sie sich nicht der Unterstützung Großbritanniens sicher gewußt hätten; also wäre der Krieg auch verhindert worden, wenn ihm Großbritannien seine Unterstützung versagt, wenn es den französischen und russischen Machthabern erklärt hätte, daß an seine Beteiligung an dem Krieg nicht zu denken sei. Das gleiche gilt aber auch von Deutschland, und von Deutschland im höchsten Maße: es hätte natürlich ausgereicht, daß die Berliner Regierer den Wiener Abenteurern deutlich gemacht hätten, daß sie sich wegen der Differenz zwischen dem Wiener Ultimatum und der Belgrader Antwort in einen Weltkrieg nicht werden verstricken lassen, und die Wiener Schufte hätten ihre verruchten Kriegsideen fahren lassen müssen. Anstatt dessen haben die Berliner Regierer noch das Unimiermädchen gespielt. . . . Das alles liegt so klar zutage, daß man der Vergleiche der unterschiedlichen diplomatischen Akten, mit denen papierene Historiker das Geheimnis des Weltkrieges auflösen wollen, gar nicht bedarf, davon ganz abgesehen, daß die Wahrheit auch der geheimsten Akten recht fragwürdig zu sein pflegt. Sie alle, die den Weltkrieg angefangen haben, waren durchaus in der Lage, ihn zu verhindern. Und der feste Entschluß bei nur einem dieser Schuldigen, von der Menschheit diese furchtbare Katastrophe fernzubalten, hätte vollauf ausgereicht, den Krieg tatsächlich zu verhindern. Und keiner von ihnen kann sich darauf berufen, daß ihm ein solcher Entschluß unmöglich gewesen wäre, daß diesem, auch nur in vulgär-kapitalistischem Sinne, irgendeine Lebensnotwendigkeit im Wege gestanden sei. Sie alle, natürlich mit Ausnahme Österreich-Ungarns — denn an dessen bösen Vorjah ist nicht zu zweifeln —, mögen den Krieg nicht gerade gewollt haben, aber sie alle wollten auch den

DER KAMPF

Nr.:

TAG:

252

Kriegsschuld und Dolchstoß.

Krieg nicht verhindern; das ist ihre Schuld, ihr Verbrechen, und angesichts dieser unzweifelhaften Gemeinschuld sind die Grade des Verschuldens der Einzelnen nicht einmal erheblich, wenngleich sie unzweifelhaft vorhanden sind. Denn daß jeder von ihnen verlangt hat, der andere möge den Krieg verhindern, und sie alle für sich auf sozusagen höhere Gewalt plaidieren, sich jeder von ihnen darauf beruft, daß just er nicht nachzugeben oder einzulassen gekonnt habe, wogegen es dem anderen ganz leicht gefallen wäre, das ändert an der Schuld jedes von ihnen nichts. Die Wahrheit ist, daß der Krieg, was eben die kapitalistisch-imperialistische Moral ist, in die Ideologie der herrschenden Klassen als ein berechtigtes, geradezu als das naturgemäße Mittel der Entscheidung in Konflikten übergegangen war; weshalb die entsetzliche, uns heute schon kaum faßbare Tatsache, daß wegen der Differenz zwischen der österreichisch-ungarischen Forderung und der serbischen Antwort ein Krieg ausgebrochen ist, der den Planeten fünf Jahre lang verheert und über die gesamte Menschheit unermessliches Unheil gebracht hat, nur sagt, wie es mit Sittlichkeit und Menschlichkeit in der Welt des Kapitalismus beschaffen ist.

Wir hören den Einwand, daß es doch höchst oberflächlich geurteilt wäre, wenn man erstlich behaupten wollte, daß der Weltkrieg seinen Ursprung in dem serbischen Konflikt habe, der sich zum Schluß überdies auf eine Differenz in Whrasen reduziert hat. Ein billiger Einwand! Denn daß sich Rußland, Frankreich und England nicht in den Krieg gestürzt haben, um der serbischen Regierung einen Affront zu ersparen, ist selbstverständlich. Daß keine der Mächte, die den Weltkrieg angefangen haben, den Krieg verhindern wollte, beweist nur, daß jede von ihnen zu ihm ihren besondere Antrieb hatte — der ja für jeden Verschuldigten so offen zutage liegt, daß er nicht analysiert werden muß. Aber wenn es auch wahr ist, daß Europa damals voll gefährlichen Zündstoffes war, daß schon durch das beharrliche Wettrüsten, die Lage allmählich zum Reizen angespannt ward, daß die Besorgnisse und Rivalitäten zum Kriege drängten: so wäre es dennoch von Grund aus falsch, sich zu der Lässigkeit der Schlußfolgerung zu bekennen, daß der Krieg, der in der Luft lag, der sich als das Ergebnis der kapitalistisch-imperialistischen Gegensätze darstellt, daß er, wenn man ihn im Jahre 1914 verhindert hätte, eben, aus einem anderen nichtigen Anlaß, später ausgebrochen wäre, daß er also unvermeidlich gewesen sei. Das hieße vor allem die starken Kräfte übersehen, die auf der anderen Seite, auf der Seite des Friedens, vorhanden waren, und deren Wirkung in der Zeit ganz bestimmt immer stärker geworden wäre. Vor allem hätte sich die sichtbar gewordene Kriegsgefahr als eine solche Kraft erweisen. Sicherlich haben damals auch Glende gelebt, die es bedauert hätten, wenn der Krieg, der sich schon am Horizont gezeigt hatte, im letzten Augenblick noch verhindert worden wäre. Zumal in Wien hat es solcher Glende gar nicht wenig gegeben, und daß sie sich erdreisten können, nach dieser furchtbaren Desavouierung durch die Weltgeschichte, noch öffentlich agieren zu können, beweist nur, wie kurz das Gedächtnis der Menschen ist. Aber mit Ausnahme der Schwärzeit-Selbsten hatten die Menschen doch überall das Gefühl, mit der Kriegsgefahr das Antlitz der Medusa erblickt zu haben, plötzlich, nachdem sie mit dem frevlen Gedanken so lange leichtfertig gespielt hatten, innegeworden zu sein, daß aus dem Spiel Ernst werden kann. Und wenn die Kriegsgefahr, die die Welt erschreckte, noch gebannt worden wäre, wäre es eine Erlösung gewesen, und in der Welt hätte sich sicher der Entschluß verbreitet: Ja nur nicht Krieg! Gewiß waren die Rivalitäten groß, aber die verbindenden Kräfte waren auch da. Trotz aller Gegensätze führte die Verflechtung der Wirtschaft, die Identität der wissenschaftlichen Tätigkeiten, die Zusammenhänge der Künste, und führte vor allem der internationale Zusammenschluß der proletarischen Bestrebungen dazu, daß es neben den Nationen und über den Staaten doch auch ein Europa gab. Alle diese Kräfte mögen damals noch schwach gewesen sein, aber sie konnten immer stärker werden, wogegen sich die Tendenzen, die zum Kriege drängten, eher auf eine Abchwächung gefaßt machen mußten. Es war damals klar, daß wenn der Krieg verhindert wird, wo so viel auf seinen Ausbruch hinwirkt, er überhaupt verhindert wird, daß man dann der Kriegshydra den Kopf abschlägt, der nicht mehr nachwächst. Deshalb gibt es kein törichtereres Argument als das nicht selten

DER KAMPF

Nr.:

TAG:

Kriegsschuld und Dolchstoß.

253

vernommene, der Weltkrieg wäre, als das Resultat der kapitalistisch-imperialistischen Ordnung, unvermeidlich gewesen, ein Argument, das sich sehr tiefinnig gebärdet, auf das sich aber zum Schluß die Kriegsverbrecher zu berufen vermöchten. Daß der Krieg seine Voraussetzung im Kapitalismus und Internationalismus hat, nimmt von der Schuld derjenigen, die den Weltkrieg entfesselt haben, auch nicht ein Atom weg. Und so soll man, wenn man vom Kriege redet, nie vergessen zu sagen, daß sie alle, die den Krieg verhindern konnten, ihn aber nicht verhindert haben, Verbrecher an der Menschheit sind. Und daß insbesondere die, die den Krieg am unschwersten verhindern hätten können, die deutschen Regierer, große und verabscheuungswürdige Verbrecher an der Menschheit sind. Und daß ganz insbesondere die damaligen Regierer in Wien, die den Krieg gewollt hatten, die ihn bewußt und vorzüglich der Menschheit über den Kopf geworfen haben, ganz nichtswürdige Schurken und Verbrecher sind, deren Name deshalb für immer geächtet und verflucht sein muß.

Das ungeheuerliche Verbrechen der bewußten Entfesselung des Weltkrieges möchten die schwarzgelben Patrioten bekanntlich damit rechtfertigen, daß sie nur den „lokalisierten“ Krieg, den Krieg mit Serbien, zu verantworten haben, die Schuld des Weltkrieges nicht sie treffe, die sich auf den „lokalisierten“ Krieg beschränken wollten, sondern diejenigen, die es bei dem Kriege mit Serbien nicht bewenden ließen. Aber konnten die Glenden des Ballhausplatzes ernstlich meinen, es werde sich der Krieg, einmal angefangen, begrenzen lassen? Und haben sie in ihrer Verstocktheit nicht beharrt, als es schon klar war, daß sich aus dem serbischen Konflikt, wie ein Verhängnis, das nicht aufzuhalten ist, der europäische entwickeln werde? Sie haben gesehen, wohin die Dinge treiben, kein Zweifel war mehr möglich, wo sie enden müssen, wenn nicht Einhalt getan wird: und doch haben sie, obwohl ihnen — man erinnere sich nur an den letzten Vorschlag Greys — goldene Brücken gebaut wurden, auf den Krieg bestanden. Sie haben nicht bloß den „lokalisierten“ Krieg gewollt, sondern den Weltkrieg herbeigeführt.

Und wofür? Ihr Argument ist hier, daß sie Österreich, daß sie die Großmacht verteidigt haben, verteidigen haben müssen, weil sie sonst den irredentischen Tendenzen, die von allen Seiten gegen sie anstürmten, erlegen wäre. Mit dem Krieg, der das besonders aggressive Serbien zu Baaren treiben sollte, hätte aber die Großmacht ihre Lebensfähigkeit erwiesen, und folglich wäre, um ihrer Bewahrung willen, der Krieg notwendig gewesen. Aber was ist denn das eigentlich: ein Staat und eine Großmacht? Ist jenes Österreich, das sich vermeßen hat, seine Existenz so hoch einzuschätzen, daß es, um sie zu behaupten, einen Weltkrieg nicht scheut, ist dieses Österreich wirklich nicht mehr gewesen als das Patrimonium einer Familie? Hat denn dieser Staat wirklich nur den Sinn und die Bedeutung gehabt, das Bedürfnis zu erfüllen, das aus einer lafterhaften Familie der gerade Zuständige immer wieder Kaiser wird, daß einem schwachsinnigen Greis ein unreifer Junge nachfolgt, der Wackelbart vom Schmirrbart abgelöst wird? Mußte die Menschheit in das Entsetzen des Krieges gestürzt werden, damit jener Karl, der seiner intellektuellen Begabung nach für die Geschäfte eines Diurnisten unzulänglich gewesen wäre, ja in die Lage komme, „den Thron seiner Väter zu besteigen?“ War das für den Weltkrieg ein zureichender Grund? Denn wenn man die Großmacht nicht vom Standpunkt der Dynastie, sondern vom Standpunkt der Völker betrachtet, wie stellt sich da die Bilanz? Auf dem Gebiet des habsburgischen Imperiums hatten fünfundfünfzig Millionen Menschen gelebt: wie viele von ihnen waren bereit, die Großmacht zu bejahen, in ihrem Dasein ihre Wünsche und Sehnsüchte beschloffen zu sehen? Wie viele also ohne Zwang, aus wirklicher Überzeugung, aus freiem Entschluß, für die Großmacht „Gut und Blut zu opfern?“ Welche Nationen betrachteten das habsburgische Erbgut als ihr Vaterland? Alle haßten es, die Tschechen, die Polen, die Ukrainer, die Slowenen und Kroaten, die Italiener, die Rumänen; zu Habsburg standen nur die zwei herrschenden Nationen, die Deutschen in Österreich und die Magyaren in Ungarn, und natürlich auch nur und insoweit, als Habsburg zu ihnen stand. Aber auch von den zehn Millionen Deutschen, die in Österreich wohnten, wäre ein sehr beträchtlicher Teil, wären die Sozialdemokraten für den gottverdammten Einfall, die Menschheit um des Effektes willen, daß die Groß-

DER KAMPF

Nr.:

TAG:

254

Kriegsschuld und Dolchstoß.

macht weitervegetiere, in den Krieg zu stürzen, natürlich nie zu haben gewesen. Gewiß hat sich gegen die Kriegserklärung kein Widerstand geregt, denn die Gewalt hätte ihn blutig erstickt. Aber schon als er begann, war der Krieg in Österreich verflucht; und was man dann Verrat und Dolchstoß genannt hat und als Unmoral brandmarken möchte, war die tiefsittliche Auflehnung gegen einen Krieg, den sich die Machthaber geleistet haben, ohne die Völker, die ihn mit ihrem Blute zu fundieren hatten, auch nur zu fragen. Der Krieg wurde begonnen, um der Großmacht, um der habsburgischen Herrschaft Dasein und Dauer zu gewinnen. Der „Verrat“ war aber die Antwort der Nationen: daß sie die Großmacht und die habsburgische Herrschaft nicht wollen. Und was sie Dolchstoß nennen und wovon sie sich einbilden, daß die Verzichtigung jemandem Unruhe bereiten könnte, der sozialistische Kampf für den Frieden, der so berechtigt war, daß er jedes Mittel legitimiert, der war wieder die Antwort des Proletariats auf den Krieg, in den die Menschheit zu stürzen sich eine Handvoll von Verbrechern vermaßen hatte.

Eine Handvoll von Verbrechern! Die furchtbare Tragik des Weltkrieges wird zur Grotteske, wenn man sich vergegenwärtigt, wer eigentlich die Menschen waren, deren Wille die Weltkatastrophe herbeigeführt hat. Da ist erstens der Kaiser, ein seniler Thaddäus, dem die Fähigkeit, die Dinge zu betrachten und die Menschen zu durchschauen, längst entwichen war. Man meint, Gott weiß, welche durchschlagende Entschuldigung vorgebracht zu haben, wenn man auf Franz Josefs Alter hinweist und für ihn die Befreiung von der Verantwortlichkeit heischt, weil wir alle dem Alter den Zoll zahlen müssen, und wenn wir so alt würden, wohl alle nicht anders dastünden. Aber ist es nicht die denkbar stärkste Satire auf die Einrichtung der Monarchie, namentlich der, wie sie in den Mittelmächten im Schwange war, daß sie die oberste Leitung eines großen Staates unter Umständen einem schwachsinnigen Greis vorbehält? Und war der famose Thronfolger, obwohl dem Alter nach ein Mann, eigentlich nicht ebenso senil? Wie er, selbst oben, gewertet wurde, ersieht man schon daraus, daß es in jenen Tagen keinem Menschen einfiel, den jungen Herrn zu fragen, obwohl es doch sozusagen um sein Reich ging, was zu dem Vorhaben, die gebrechliche Monarchie dem Sturm eines Weltkrieges auszuweichen, wohl er sage. Jeder mußte eben, daß da an eine Antwort nicht zu denken sei.

Und nun stelle man sich die Bande vor, die etwa in dem gemeinsamen Ministerrat vom 7. Juli 1914 versammelt war, in der der Krieg gegen Serbien beschlossen und die Möglichkeit, daß er zu dem großen Kriege führen könnte (Berchtold in seiner Eröffnungsrede: „Er sei sich klar darüber, daß ein Waffenangriff mit Serbien den Krieg mit Rußland zur Folge haben könnte“), als kein Grund erklärt worden ist, ihn zu unterlassen, stelle sich nur vor, wer da Weltgeschichte spielen konnte! Der einzige, der auch in seinem Lande etwas zu sagen hatte, war der Tisza; aber der war, wenigstens damals noch, ganz entschieden gegen den Krieg. Wer waren aber die anderen? Die Hauptperson, obwohl er dort gar nichts zu tun hatte, war selbstverständlich der Conrad. Er konnte schweigen, weil er den Berchtold mit den hirnrissigen Ideen von dem Krieg, der nicht tötet, sondern heilt, schon ganz durchtränkt halte. Es gibt Leute, die die vorgefaßte Meinung von einer Genialität, die in dem Herrn, der den Krieg nicht erst am Ende, sondern schon gleich zu Beginn verloren hatte, wirkend sei, nicht aufgeben mögen, obwohl sie Conrads Memoirenwälzer über Art und Wesen dieser Genialität ausreißend belehren könnten. Dem kritischen Blick erweist sich aber Conrad mehr als ein Gamaßchenknopf denn als Feldherr. Aber was hatte Conrad bis dahin geleistet? War er überhaupt etwas anderes als ein Geschöpf Franz Ferdinands? Die bescheidene Wahrheit über Conrads Kriegsfanatismus ist die, daß er aus dem Predigen der Notwendigkeit eines Krieges gegen Italien und Serbien eine Spezialität gemacht hatte, und sich dieser Spezialität, die ihm den Ruf eines besonders besorgten Patrioten und eines gar weitblickenden Staatsmannes eintrug, ohne Gefahr hingeben konnte, weil er wußte, daß ihm die Probe auf das Exempel erspart bleiben wird. Daß er aber nach dem Ereignis von Sarajevo der Gefangene seiner Behauptungen geworden war und nun den Krieg wahrmachen mußte, den er so lange als Heilmittel gepredigt hatte.

DER KAMPF

Nr.:

TAG:

Kriegsschuld und Dolchstoß.

255

Aber Herr Conrad hatte den Katzenjammer schon damals im Leibe, und wenn er nicht ein so kleiner Mensch wäre, so hätte er, was er einen Monat später seinem Tagebuch anvertraute, sogleich öffentlich gesagt und betätigt: daß dieser Krieg, rein vom Standpunkt der Großmacht betrachtet, ein Wahnsinn ist, der mit dem Untergang dessen enden muß, was er vor dem Untergang bewahren will. Wer war aber der Akteur und Regisseur bei der Vorbereitung des Krieges? Der Graf Berchtold, ein Lümplein ohne Moral, ein Schuftlein ohne Verstand, ein Kerlchen vom Jockeiklub her, der das ganze diplomatische Getue so etwa unter der Devise betrieb: „Hab' mir unjern Spaß g'habt! Dann der Stürgkh, dem der Kriegsausbruch der große Glücksfall war: da gibt es kein Parlament mehr, keine innere Politik, da ist dem Aeber und Streber die Erhaltung der Pfriünde sicher! Dann noch der skeptische Bilinski, aber auch längst ein Abgehauster: das waren sie, die im Dunkel einer verheimlichten Beratung über den Frieden der Welt entschieden!

Denn über die Sitzung, von deren Inhalt die Verschwörer wohl wußten, sie werde „in Tod und Todesnacht viel tausend Seelen reißen“, erzählten sie dann, der gemeinjamie Ministerrat sei einberufen worden, „um sich mit der Beratung von Maßnahmen zu beschäftigen, welche in der inneren Verwaltung Bosniens und der Herzogewina zu ergreifen sein werden“. „Gleichzeitig hat der Ministerrat diese Gelegenheit zu Vorbesprechungen allgemeiner Natur über das nächstjährige gemeinjamie Budget benützt, zu welchen auch der Chef des Generalstabes und der Vertreter des Marinekommandanten behufs Aufhellung über einige technische Fragen zugezogen wurden.“ So wurde schon im Urbeginn das Volk belogen! Kann nun jemand diese Conrad, Berchtold, Stürgkh, Bilinski als Exponenten irgendeines Volkswillens ansehen? Nur mit dem Gefühl unfäglicher Schmach erinnert man sich an die Tatsache, die so deutlich beweist, daß auch dieser letzte Krieg Österreichs ein Krieg ausschließlich für die Hausmacht war, daß es diese Leute gewesen sind, die den Funken ins Pulverfaß geworfen haben, aus einem wahrhaft schurkischen Gleichmut heraus, der sich über nichts Gedanken macht, weil uns bekanntlich nichts geschehen kann. Und die Macht, in der ein paar Abenteuer über Krieg und Frieden entschieden haben, die sollte von der Verantwortung für das entsetzteste Unheil befreit werden? Und wenn sie alle, die den Krieg angefangen haben, schuldig sind, und wenn insbesondere von der Schuld Deutschlands das, statt die Wiener Abenteuer zur Ordnung zu rufen, sie, wenigstens in einem langen, entscheidungsschweren Augenblick, eher noch ermuntert, aufgestachelt und vorwärtsgetrieben hat, keine Akten etwas wegnehmen werden, so ist und bleibt es doch, daß die Macht, die bewußt den Krieg gewollt hat und unter keinen Umständen, und würde darüber der ganze Erdball in Rauch und Feuer aufgehen, von ihm ablassen wollte, die Habsburgermacht war, wenn sie sich auch in ihrem letzten Ausklang in Gestalt der Conrad, Berchtold und Stürgkh präientiert, also in Menschen ohne Halt, Charakter, Moral und Würde. Und daß die Weltgeschichte mit dem Vampyr, der sich vom Blut nähren wollte, Schluß gemacht hat, ist wahrlich nur eine dürftige Erfüllung des Anspruchs auf Gerechtigkeit.

Da nun die Dinge so stehen, so wäre das Unternehmen, das in nationalistischen Kreisen im Reiche zu einer Kardinalforderung erhoben wird, nämlich „die Frage der Schuld am Weltkrieg aufzurollen“, vorweg zur Unfruchtbarkeit verurteilt. Von Deutschland und von Österreich werden sich die Völker, die den Krieg der Mittelmächte so furchtbar erlitten haben, nicht beweisen lassen, daß die deutschen und die österreichischen Regierer ohne Schuld gewesen seien, denn auf die Mitschuld ihrer Regierungen müssen sie selbst kommen. Den edlen Geistern, die in Frankreich, die in England, die Schuldfrage nicht ruhen lassen und mit Festigkeit darauf dringen, daß die Mitschuld der französischen und der englischen Machthaber klargestellt werde, ihnen gebührt der Dank der Welt. Aber die Klarheit über die französische, die britische, die russische Schuld am Kriegsausbruch, darf nicht zur Entlastung der Schuldigen in Wien und Berlin benützt werden. Wie groß auch das Maß jener Verschuldung ist, an der Schuld derjenigen, die den Krieg gewollt hatten, ändert sie nichts. Die französischen und die englischen Friedensfreunde haben wohl guten Grund und reichlichen Anlaß, mit ihren Kriegsregierungen abzurechnen, in der Anklage gegen ihr Treiben nicht

DER KAMPF

Nr.:

TAG:

nachzulassen. Aber unsere Verpflichtung, in unersöhnlichem Zorn auf der Verurteilung der Kriegsverbrecher in Wien und in Berlin zu bestehen, mindert das nicht; es erhöht noch diese Verpflichtung. Nun sind zehn Jahre seit jenen unseligen Tagen verflossen, aber für das Verbrechen der Schuld an diesem Kriege gibt es kein Vergessen, hier verliert auch die Zeit ihre Macht. Todfeindschaft gegen die ganze kapitalistische Ordnung, die diesen Krieg gebär; Todfeindschaft allen jenen, die der allgemeinen Schuld die persönliche Niedertracht zugefellt haben.

Die Schuld.

In den nun kommenden Wochen, die dem zehnten Gedächtnistag des Mordes von Sarajevo folgen und die bald auch die verstärkte Erinnerung an den Kriegsausbruch mit sich bringen, wird voraussichtlich ein großes Getöse von Stimmen aller Art laut werden, die sich erheben, um das Urteil der Geschichte auszusprechen. Denn obwohl bekanntlich von den Archiven der kriegsführenden Mächte nur das von Wien teilweise und das von Berlin vollständig sich geöffnet haben — die Drucklegung der deutschen Akten wird allerdings erst zu Weihnachten beendet sein — geht doch das Urteil der Welt überwiegend dahin, daß es nichts mehr aufzuklären und zu beweisen gebe, da durch die Tatsachen und durch das eigene Bekenntnis die Verantwortlichkeit der Mittelmächte für den Krieg schon festgestellt sei. Deutschland kämpft einen verzweifeltsten Kampf gegen die Kriegsschuldfrage, zunächst noch mit den Kräften einzelner und durch Zeitschriften, Verbände usw., da die Regierung erst nach der Vervollständigung des Kriegsaktentwerkes hervortreten will; aber, wer da kritisch zusieht und auch auf die Stimmen des Auslandes horcht, der weiß, daß der Erfolg in einem ganz kläglichen Verhältnis zur aufgewendeten Mühe steht. Sogar im Inland predigt die Aufklärung überall dort unabänderlich tauben Ohren, wo man schon während des Krieges von den Feinden sich von der eigenen Schuld überzeugen ließ und wo man jetzt noch das Interesse der Partei durch die Wahrheit gefährdet sieht. Das Ausland aber sieht vielfach auf dem Standpunkte, daß es seine Ruhe nicht durch den deutschen Lärm stören lassen will; es hat seit 1914 seine Gründe, die Mittelmächte als die Schuldigen anzusehen, das österreichische Ultimatum und den Einfall in Belgien, zwei unleugbare Tatsachen, die das Urteil leicht und bequem machen, und da

dieses Urteil ohnehin zu allen alten Vorurteilen gegen die Mittelmächte trefflich hinzupast, hat man gar keine Neigung, es abzuändern. Um der Gerechtigkeit willen werden aber nur wenige Leute in der Welt sich in die Aufregung einer neuerlichen Prüfung der Schuldfrage stürzen lassen, denn sie sind ja alle fest überzeugt, daß ihr Urteil äußerst gerecht sei. So steht es also im zehnten Jahre nach dem bosnischen Mordtag um die Meinung der Welt derart, als hätten an jenem 29. Juni die Mittelmächte mit offener Absicht und erklärtem Willen die Tore des Janustempels aufgerissen. Kann man diese Erscheinung nicht ein Welträtsel nennen?

Die Stimmen des Auslandes lauten immer dahin, daß nicht die etwa aus den Akten erweisbaren Absichten der Entente entscheidend seien für die Kriegsschuldfrage, sondern die Wirklichkeit der ersten Taten, die von den Mittelmächten begangen wurden, denn von den Absichten könnte man immer noch nicht behaupten, daß sie sicher ausgeführt worden wären. Die Abwehr der Lüge muß sich vielmehr auf den Gedankengang einlassen, wenn sie einen Erfolg haben will. Sie muß viel nachdrücklicher darauf bestehen, daß der Mord von Sarajevo als die erste Kriegshandlung erkannt und anerkannt werde. Als er geschah und noch durch Wochen nachher stand die Welt tatsächlich unter diesem Eindruck, und es ist lediglich dem Mangel an Verständnis für die Bedeutung und die Behandlung der Frage auf Seite der Mittelmächte zuzuschreiben, wenn sich mit dem allgemeinen Urteil ein so verhängnisvoller Wandel vollziehen konnte. Österreich-Ungarn ist nicht in der Haltung aufgetreten, die ihm die Sympathien der Welt, die es nach dem Mordtag allgemein auf seiner Seite hatte, gewahrt hätte, nicht in der Haltung des wider Willen zum letzten Kampf um seinen vierhundertjährigen Bestand gezwungenen ehrwürdigen Völkerstaates, der durch seinen Herrscher

allein schon den Eindruck rührender Friedens-
liebe bis zum Äußersten erwecken und in der
Überzeugung der Welt festhalten konnte. Nein,
da mußte wieder der durch Ahrenthal er-
neuerte traditionelle Hochmut der Ballplatz-
politik in Wirkung treten und binnen kurzen
Wochen diesen ganzen Eindruck verwischen,
der dann durch kein Manifest mehr hergestellt
werden konnte; ohne psychologische Vor-
bereitung ließ man das Ultimatum in die
Welt plagen und machte sich dadurch aus
dem Vergewaltigten zum Gewalttäter, sein
klares Recht zur Grundlage eines Vorgehens,
das leicht als Unrecht ausgelegt werden
konnte.

Ebenso widersinnig ging die deutsche
Reichsregierung vor, die sich vor einen Krieg
gestellt sah, den sie einzig und allein zur Ver-
teidigung des am Leben bedrohten Bundes-
genossen führen mußte. Daß dem so war,
das kann auch heute noch bewiesen werden,
denn es lag nirgends ein Grund vor, wes-
halb Deutschland damals hätte in einen Krieg
verwickelt werden können, die Marokkofrage
war mit allen ihren Gefahren bereinigt und
beseitigt, mit England tauschte man freund-
liche Worte und die Militärmission in der
Türkei allein hätte noch zu keinen ernstlichen
Verwicklungen mit Rußland geführt. Es ge-
hört zu den ungeheuerlichsten Geschehnissen
der ganzen Weltgeschichte, daß die deutsche
Politik es unter solchen Umständen fertig
brachte, selbst als führender Angreifer zu er-
scheinen, statt hinter, sich vor den Verbündeten
zu stellen und statt gegen dessen Bedränger sich
sowohl nach einer anderen Seite zu wenden,
die dann das Geschrei erheben konnte, sie sei
ganz unbeteiligt und unvorbereitet gewesen,
was die von den Ereignissen überrumpelte
Welt willig glaubte.

Wie aber nun die Folgen abwälzen? Das
ist mir so möglich, daß man der Welt
wiederum die Tatsache klarzumachen vermag,
die heute so gut wie vergessen ist: daß der
Krieg als der Daseinskampf der Habsburger-
monarchie ausgebrochen ist, den Deutschland
als Verbündeter mitmachen mußte. Wenn es
gelingt, diese Erkenntnis wieder aufzurichten,
dann hat der Kampf gegen die Kriegsschuld-
lüge bessere Aussichten. Denn es ergibt sich
dann als nächstes, daß Deutschland weder im
aktiven noch im passiven Sinne selbst Grund
zum Kriege hatte, sondern in ihn hinein-
gezogen wurde, wodurch es allmählich in den
Augen aller Denkenden des größten Teiles
seiner angeblichen Schuld entlastet werden
muß. Und erst wenn so die Meinungen sich
verschieben, wird die Möglichkeit da sein, mit
dem Nachweise der Ententepläne Eindruck zu
machen und sich auch des Restes der Schuld
zu entledigen. Osterreich aber kann ruhig
heraustreten, denn es hatte das Recht, ja die
Pflicht, den Endkampf um sein Dasein zu

181

unternehmen, den die Schüsse vom 28. Juni
1914 einleiteten und der niemals abzuwenden
gewesen wäre. Gegen Serbien mußte es
sich zur Wehre setzen, und wenn es daran von
Rußland gehindert werden sollte, so war es
auch ihm, wie Serbien gegenüber, durchaus
in der Verteidigung. Kommt die Welt zu der
Einsicht, daß der Krieg zuerst ein rein öster-
reichischer Verteidigungskrieg war, der das

europäische Bündnisystem in Tätigkeit setzte,
dann ist einmal eine Atmosphäre da, in der
sich das Gerücht von einer willentlichen Schuld
am Kriege zunächst unbehaglich fühlt und die
Neigung entsteht, eher an eine elementare
Katastrophe zu denken. Und erst nachher wird
die Bestimmung zu einer unparteiischen
Untersuchung des Verlaufes der Dinge in der
Welt vorhanden sein.

2
SEELIGER mit
BERCHTOLD

Wie es zur ersten Kriegserklärung kam.

Zum zehnjährigen Gedenktage am 28. Juli.

Von Emil Seeliger (Wien).

Oberst Seeliger war zur Zeit des Kriegsausbruchs Presseschef im Präsidialbüro des k. u. k. Kriegsministeriums und der Marineektion. D. Red.

Es war vorauszu sehen: Seit dem Sarajevoer Attentat erschöpfte sich die Innen- und Außenpolitik der Großmacht Österreich-Ungarn in einer Serie Ministerratsitzungen, deren ständiges Ergebnis lautesäussliches Ja und Nein heißt. „Auwarten der Untersuchung“ war die Handhabe, ein rasches Entschlußfassen, was ganz unösterreichisch gewesen wäre, tunlichst hinauszuschieben. Nach drei Wochen Hin und Her hatten alle verantwortlichen Minister, Tisza ausgenommen, die Überzeugung von der Unvermeidlichkeit eines Krieges mit Serbien gewonnen. Graf Tisza keimte, den Krieg gegen Serbien zum jetzigen Zeitpunkt nicht zu wollen. Seiner Ansicht nach müßte ein unseinerseits provoziertes Krieg unter ungünstigen Bedingungen durchgeführt werden, während die Verschiebung der Abrechnung auf spätere Zeit bei guter diplomatischer Ausnützung eine Besserung der Kräfteverhältnisse hervorrufen würde. Der k. u. k. Gesandte in Belgrad Baron Kiehl war in Wien eingetroffen. Er äußerte sich nach einer Konferenz mit Grafen Berchtold und Baron Macho zu Conrad v. Hödenborn: „Gott sei Dank, endlich herrscht ein anderer Ton im Ministerium des Äußern. Serbien wird die gestellten Forderungen nicht annehmen, es wird zum Krieg kommen. Der Moment dazu ist glänzend.“ Der Chef des Generalstabes, der die Verhältnisse besser kannte und die traurige Gemüthung erlebte, seine seit 1908 in zwei Duzend Denkschriften niedergelegten Prophezeiungen bestätigt zu sehen, berichtete mit trübem Lächeln: „Na, gar so glänzend ist er nicht.“

Unsere Diplomatie erkannte als ihrer Weisheit letzten Schluß, Außenpolitik nach dem Kalender zu machen: wenn es schon zum Krieg gegen Serbien kommen soll, so ist das passendste Datum dazu abgezeichnet ein Monat nach dem Attentat. Man liebte eben die marlanten Gedenktage: an einem 18. August wurde Sarajevo, an einem 2. Dezember Belgrad Seiner Majestät zu Füßen gelegt. Darum ist auch genau berechnet: Graf Berchtold fährt am 25. Juli nach Ischl zum Kaiser — am 28. Juli, dem vormonatigen Datum des Attentats, kann es dann so weit sein.

Gewiß war die Lage ungeheuer schwierig. Die unerhörte Demütigung hatte Österreich-Ungarn zum Kriege geradezu gezwungen. Hat doch fast die gesamte englische und französische Presse unmittelbar nach dem Attentat geschrieben: eine Großmacht kann auf solchen Faustschlag nur mit schärfster Riposte antworten! Aber die klägliche „Mise en scène“ der k. u. k. Diplomatie war es, die den Haupttakt so ins Jhynische verzerrte, daß schließlich alle Mächte über Österreich-Ungarn herrschten.

Graf Berchtold ist in Begleitung des Kriegsministers Ritter v. Krobatin am 25. Juli um 3 Uhr nachmittags in Ischl eingetroffen. Wir haben im Ministerium natürlich direktes Telephon, sowohl mit dem Kriegsminister in Ischl wie mit der Kaiservilla. Begreiflich, daß alles in vibrierender Nervosität den Weidungen des heutigen Abends entgegensteht. Hat doch mein unmittelbarer Chef, der Vizeadmiral v. Kaiser, der als „Chef der Marineektion“ die Funktion des Marineministers ausübt, Verständigung erhalten: „Die Note an Serbien wurde mit Datum vom 23. Juli 1914 abgeschickt; und zwar ist der königlichen Regierung zur Annahme der Forde-

rungen eine Frist von 48 Stunden eingeräumt worden.“

Jetzt, Samstag den 25. Juli, gegen Abend, steigert sich hier in allen Kanzleien des Ministeriums die Nervenspannung bis zur Unerträglichkeit. Auch der Chef ist zum Ischler Telephon getreten, dessen winzig kleine Hörmuschel jede Minute mit knisterndem Schall ein riesengroßes Kapitel Weltgeschichte diktieren kann! Wir haben bereits erfahren, daß Graf Berchtold seit 5 Uhr nachmittags allein oder gemeinsam mit dem Kriegsminister im Arbeitskabinett des Kaisers war. Und daß gerade jetzt, um dreiviertel 8 Uhr abends, beide Minister beim Monarchen weilen, da vor einer halben Stunde bei Grafen Berchtold die Antwort der serbischen Regierung auf die österreichisch-ungarische Note eingelangt ist.

„Auch wenn Serbien die Note ablehnt, wird der Kaiser die Kriegserklärung nicht unterschreiben“, sagt gerade der Chef, der als Beisitzer an den Ministersektionen solche Meinung geäußert hat, „die Sache kommt dann, trotz aller Überredung, doch vors Konzert der Großmächte.“ Da klingelt — es ist gerade fünf Minuten vor halb 10 Uhr abends — das Ischler Telephon: „Salvo! Allerhöchster Befehl für die Mobilisierung, Fall B' (Balkan). Erster Alarmtag der 27. Juli, erster Mobilisierungstag der 28. Juli.“...

Die Hörmuschel sinkt, ich blüde auf meinen Chef. „Das ist Kriegszustand zwischen der Monarchie und Serbien,“ sagt dieser, „das europäische Pulverfaß ist entzündet.“

Wie war solch jäher Wandel geschehen? Wofür hatte Conrad v. Höbendorf vergangene Nacht dem zu diesem Zeitpunkt noch in Wien weilenden Grafen Berchtold die Meldung des Ugramer Korpskommandanten zur Kenntnis gebracht, in der serbischen Stadt Schabatz sei bereits gestern, den 24. nachmittags, die Mobilisierungsbefehle angeschlagen worden. Hatte Berchtold das Befehlsrundenwunder vollbracht, den so hartnäckigen Kaiser in dieser Stunde zum Kriegsführen umzustimmen?

Ich frage immer wieder ins Telefon, der Chef will Näheres wissen. Erhalte keine Antwort. Erst um 10 Uhr abends höre ich: „Seine Majestät war zur Unterschrift nicht leicht zu bestimmen. Erst als Graf Berchtold eine Sarajevoer Depesche über den Einbruch serbischer Komitadschi-Banden über den Einbruch serbischer Komitadschi-Banden über den Einbruch serbischer Komitadschi-Banden auf bosnisches Gebiet verlas, wobei auf unserer Seite vierhundert Grenzsoldaten und Gendarmen getötet oder verwundet wurden, da suchte der Kaiser zusammen und sagte konsterniert: „Was? So viel Blut ist schon geflossen? Dann allerdings ist der Krieg unvermeidlich geworden.“ Und der Monarch setzte sich zum Schreibtisch und unterschrieb mit zitternder Greifenhand den Mobilisierungsbefehl für den 26. Juli...

Krieg! „Sei so gut und bleib statt mir eine Viertelstunde beim Telefon“, ersuchte ich den Inspektionsoffizier. Ich eilte hinüber ins Evidenzbüro, Näheres über den blutigen Kampf an der Grenze zu erfahren. Organisationsgemäß laufen im Evidenzbüro des Generalstabes ausnahmslos alle belangreichen Meldungen aus Bosnien und der Herzegowina ein, um dort geprüft, gesichtet und nach Bedarf weitergegeben zu werden. Die später so berüchtigte Zensur ist noch nicht aktiviert, ich kann also den ganzen Einlauf von gestern und von heute durchstöbern. Aber — was ist das? Keine Spur von den so folgenschweren vierhundert Toten oder Verwundeten! Oder verhalten sich die Kameraden im Evidenzbüro trotz meiner eigentlich dienstlichen Anfrage so „reservat“? Doch sie wissen auch unter vier Augen nichts von einer derartigen Nachricht. Allerdings hat an der Drina eine der alltäglichen Grenzschiebereien stattgefunden, wobei jedoch nur vier Gendarmen leicht verwundet wurden. Sonst nichts.

Was soll das bedeuten? Verblüfft gehe ich hinaus. Draußen auf der Straße begegne ich trotz der Nachtstunde dem Grafen Rudi Kinsky. Einflüchtiger Herrenreiter-Champion von Altdorf und in seiner Glanzzeit ständiger Begleiter der Kaiserin Elisabeth bei ihren Parforceritten, hält er noch immer infolge persönlicher Beziehungen sozusagen den Ariadnefaden auch zu verborgenen Irrgängen des I. u. I. Labyrinth in seiner Hand: niemand zeigt sich über Ursache und Zusammenhang geheimster Dinge gründlicher orientiert als der wegen seiner beißenden Ironie bei diskreten Standesgezwungen nicht allzu beliebte, nun grauöpfige Kavallerier. Ich teile ihm meine Ratlosigkeit über das mit, was ich mir seit fünf Minuten nicht enträtseln kann.

Da beugt sich der hagere Graf zu meinem Ohr: „Freunden! sind Sie doch nicht so naiv! Was stellen Sie sich denn unter dem Berchtold vor? Der Kerl! Die Depesche mit den vierhundert Toten, die hat er sich ja selbst gemacht — sonst hätte er dem alten Herrn doch nie und nimmer die Unterschrift zur Mobilisierung herauslösen können!“

Ich verstehe nicht, wie der sonst so trefflich urteilende Kinsky in dieser ernsten Stunde zu dummen Wägen aufgelegt sein kann! Wie vor den Kopf geschlagen wankte ich über die mitternächtlichen Stiegen und hallenden Korridore in mein Büro zurück: Morgen, den 26. Juli, wird das jetzt schlafende Wien und der ganze

noch ahnungslose Fünfzigmillionenstaat ein einziger, brutal aufgestörter Ameisenhaufen sein!

Die Frage der Kriegsschuld.

Von Karl Kautsky.

Der deutsche Reichskanzler hat es für angezeigt gehalten, erneut die Frage der Kriegsschuld aufzurollen. Es ist zur Zeit, wo diese Zeilen geschrieben werden, noch nicht klar, ob der Kanzlerprotest bloß das Ergebnis einer momentanen Stimmung ist oder das eines wohlüberlegten Manes. Auf jeden Fall aber steht fest, daß augenblicklich nicht leicht etwas geschehen konnte, das absurder und unheilvoller gewesen wäre. Denn allgemein wird der Protest als ein Teil des Kaufpreises betrachtet werden, den die Deutschnationalen für ihren Umfall beanspruchen, und als ein Schritt der Annäherung der Regierung an die bisherigen Gegner der Londoner Abmachungen, die schließlich dafür stimmten, um ihre Mandate zu retten. Aber auch in der Erwartung, dadurch die Macht zu bekommen, die Ausführung der Abmachungen in deutscher Treue zu sabotieren.

Seit Jahrzehnten haben die Deutschnationalen es verstanden, durch ihre Brutalitäten und Treulosigkeiten alle Welt mit Haß und Mißtrauen gegen das deutsche Volk zu erfüllen.

Je größer der Einfluß der Deutschnationalen in Deutschland, desto stärker Haß und Mißtrauen gegen dieses in der Welt. Eine Neubelebung dieser Stimmung, das ist die einzige außenpolitische Wirkung, die der Kanzlerprotest in der Frage der deutschen Kriegsschuld augenblicklich hervorrufen kann. Nach dem Siege der sozialistischen Demokratie in England und Frankreich begann dort wieder Vertrauen zur deutschen Demokratie, zum deutschen Sozialismus und damit zum deutschen Volk aufzutreten und damit dessen Lage erträglicher zu werden. Und gerade diesen Moment hält die deutsche Regierung für passend, ihrer äußeren Politik eine deutschnationale Note zu verleihen.

Natürlich sind nicht etwa die Deutschnationalen die einzige Partei in Deutschland, die gegen den Paragraphen 231 des Versailler Friedens protestiert, in dem es heißt, Deutschland erkennt an, verantwortlich zu sein für alle Verluste und Schäden, die der Krieg den alliierten und assoziierten Mächten durch den Krieg verursacht habe, der ihnen durch den Angriff Deutschlands aufgezwungen wurde. Alle deutschen Parteien, wie immer sie über die Kriegsschuld dachten, haben dagegen protestiert, daß eine entsetzliche Zwangslage dazu benützt wurde, ein Geständnis zu erpressen, das die große Mehrheit des deutschen Volkes für falsch hielt.

Kein ernsthafter Mensch wird ein in dieser Weise zustande gekommenes Geständnis für einen Beweis ansehen.

Andererseits darf man die politische und ökonomische Bedeutung dieses Paragraphen nicht übertreiben. Deutschland ist nicht deswegen die Verpflichtung auferlegt worden, die Reparationen zu zahlen, weil es das Geständnis seiner Schuld am Kriege unterzeichnete, sondern deswegen, weil es den Krieg verloren hat.

Schlimm für Deutschland war aber nicht, daß es sein angebliches Geständnis der Schuld unter-

schrrieb, sondern daß fast alle Welt außerhalb Deutschlands von seiner Kriegsschuld fest überzeugt war, so daß man in dem Erpressen des Geständnisses keine Ungebühr sah.

Hier, bei der allgemeinen Auffassung der Welt, und nicht bei dem Paragraphen 231 des Versailler Friedens müssen diejenigen einsehen, die Deutschlands Position verbessern wollen. Das wird aber am besten geschehen von Freunden Deutschlands, die keine Deutschen sind, und am besten durch unbefangene Klarlegung aller Tatsachen. Bloße Proteste und gar von dem Angeklagten selbst bleiben wirkungslos. Sie können bloß den Eindruck hervorrufen, als suche Deutschland nach Argumenten, sich der einmal übernommenen Verpflichtungen zu entledigen. Und so lange dieser Eindruck besteht, werden die Sieger stets auf Zwang sinnen, ist voller Friede unmöglich.

Deutschlands Interesse an der Klärung der Kriegsschuldfrage besteht darin, daß es dringend des Vertrauens und der Freundschaft der anderen Nationen bedarf. Hat es sie gewonnen, dann wird es wirtschaftlich aufblühen und seine Reparationsschulden abzahlen können. Jeder Schritt, der danach aussieht, als wolle es seine Verpflichtungen nicht erfüllen, raubt ihm Freundschaft und Vertrauen der Welt, die Grundlagen jeglichen wirtschaftlichen Gedeihens für einen großindustriellen Staat, dem die Nachmittel fehlen, sich gewaltsam durchzusetzen. Ohne das Vertrauen der

Welt versinkt Deutschland immer tiefer im Elend, wobei es freilich auch mit den Reparationen für die anderen windig aussieht.

Darum war der Marxische Protest unheilvoll, wie alles unheilvoll ist, was auf deutschnationales Drängen hin geschieht.

Damit sei nicht gesagt, daß von deutscher Seite in der Kriegsschuldfrage gar nichts getan werden könnte, um Deutschlands Position zu verbessern, daß alles seinen Freunden außerhalb Deutschlands zu überlassen sei.

In dieser Frage gilt es vor allem, eine große Unterscheidung zu machen: zwischen dem deutschen Volke und der Regierung Wilhelms II.

Es steht fest, und dazu bedarf es nicht der Eröffnung geheimer Archive, daß der größte Teil des deutschen Volkes den Krieg nicht gewollt hat. Die eigentliche Kriegsursache, das österreichische Ultimatum an Serbien, wurde von niemand energischer bekämpft als von der deutschen Sozialdemokratie, weit energischer als von der Masse der Tschechen, Polen, Kroaten, Italiener und Rumänen in Oesterreich. Aber auch ein großer Teil bürgerlicher Elemente in Deutschland lehnte die österreichische Politik ab. Daß sich die deutschen Friedensfreunde im Juli 1914 nur gegen Oesterreich und nicht auch gegen die Politik der deutschen Regierung wendeten, ist bloß dem Umstand zuzuschreiben, daß sie von dieser getäuscht wurden, so daß sie vermeinten, Deutschland sei an der österreichischen Politik unbeteiligt, es vermittele zwischen Oesterreich und Rußland und werde bei dieser Tätigkeit für den Frieden vom Zaren überfallen.

Noch am 29. Juli 1914 schrieb Wilhelm II. in einer seiner bekannten Randglossen über die Friedensdemonstrationen der deutschen Sozialdemokratie: „Die

✓

Sozi machen antimilitaristische Umtriebe in den Straßen; das darf nicht geduldet werden, jetzt auf keinen Fall. Im Wiederholungsfall werde ich Belagerungszustand proklamieren und die Führer samt und sonders tutti quanti einsperren lassen."

Daß es dazu nicht kam, rührt daher, daß die deutsche Regierung klüger war als ihr Herr und fand, am Vorabend des Krieges sei es sicherer, die Sozi zu betrügen als sie einzusperren. Und das stimmte.

Die kaiserliche Handgloffe beleuchtet aber bereits den tiefen Abgrund, der sich in der Kriegsfrage zwischen dem deutschen Volke und dem deutschen Kaiser aufat, und wie unrecht man tut, jenem eine Verantwortung aufzubürden, die nur diesem zufällt. Allerdings hat auch Wilhelm II. den Weltkrieg nicht gewollt, nicht planmäßig herbeigeführt. Während des Krieges hatte ich an eine derartige planmäßige Herbeiführung geglaubt. Ich hatte die Herren gewaltig überschätzt. Als ich durch die Revolution Gelegenheit bekam, die Akten des Auswärtigen Amtes in Berlin zu studieren, enthüllte sich mir ein ganz tolles Chaos von Dummheit, Verlogenheit, Leichtfertigkeit und Kopflosigkeit, aber keine Spur eines weitausschauenden und systematisch verfolgten Planes. Merkwürdigerweise haben die deutschen Nationalisten der verschiedensten Richtungen geglaubt, als ich dies feststellte, das als Ehrenrettung der kaiserlichen Regierung für ihre Zwecke ausbeuten zu können!

Die eigentlichen Verbrecher, die planmäßig auf den Krieg hinarbeiteten, saßen in Wien, bekämpft von der Sozialdemokratie, gestützt, ja gedrängt von den Christlichsozialen. Aber diese Verbrecher hätten es nicht gewagt, allein vorzugehen. Erst als Wilhelm plötzlich die Laune hatte, ihnen zuzustimmen, vollbrachten sie ihren Anschlag. Hinterdrein, als die Kugel schon im Rollen war, dämmerte dann Wilhelm eine Ahnung des Unheils auf, das sich vorbereitete, aber alle seine Ausbrüche von Verzweiflung und sein sprunghaftes Hin- und Herschwanken zwischen Versuchen, in Wien zu bremsen und doch Rußland und Frankreich bei dem befürchteten Zusammenstoß militärisch zuvorkommen, konnten die verfahrenere Situation nicht mehr retten.

Wollten die Sieger ein moralisches Richteramt übernehmen, dann durften sie nicht das deutsche Volk anklagen, sondern Wilhelm II. Allerdings nicht ihn allein, sondern auch die Minister Franz Josefs, die ihn durch verlogene Vorspiegelungen in den Krieg getrieben haben.

Im § 227 des Versailler Vertrages stellten denn auch die alliierten und assoziierten Mächte „Wilhelm II. von Hohenzollern, ehemaligen Kaiser von Deutschland, öffentlich unter Anklage wegen Verletzung der internationalen Moral und der Heiligkeit der Verträge“.

Ein Sondergericht von vier Richtern sollte seine Schuld beurteilen. Es ist natürlich nie dazu gekommen. Nach welchem Strafkodex sollte man auch den Angeklagten richten? Immerhin hätte der Prozeß Bedeutung gewinnen können dadurch, daß dem Angeklagten alle Bürgschaften freier Verteidigung zugesichert wurden. Da hätte man zum erstenmal in der Kriegsschuldfrage den Austausch von Rede und Gegenrede hören können.

Merkwürdigerweise haben die Sieger, denen nichts höher steht als die Heiligkeit der Verträge und die an keinem der anderen Paragraphen des Versailler Vertrages tippen lassen, den § 227 ganz in Vergessenheit geraten lassen, obwohl seine Durchführung die Kriegsschuldfrage wohl hätte erhellen können. Dafür haben sie ein paar Paragraphen später, ohne jegliche Beweisführung und ohne dem Angeklagten die Möglichkeit der Verteidigung zu geben, das deutsche Volk in Bausch und Bogen als

Schuldigen am Kriege bezeichnet; Ankläger, Richter und Henker in gleicher Person.

Der schuldige Kaiser wurde geschont, das unschuldige Volk aufs schwerste bestraft. Die siegreichen Demokratien verfuhrten immer noch nach dem Horazischen Satz: Quidquid delirant reges, plectuntur Achivi (Wenn immer die Könige rasen, das Volk bekommt für sie die Prügel).

Die deutschen Regierungen erleichtern den Siegern allerdings das Tun, wenn sie sich selbst hüten, zwischen dem Kaiser und dem Volke zu unterscheiden. Sie glauben, das deutsche Volk zu entlasten, wenn sie die kaiserliche Politik verteidigen. Aber sie belasten es dadurch nur mit der Verantwortung für diese Politik, die unverantwortlich war.

Man mag bei ihrer Bewertung über einzelne Details streiten, ihr Grundzug steht fest, und keinem Reichskanzlerprotest, so emphatisch er sein mag, wird es gelingen, an der allgemeinen Politik Wilhelms etwas zu ändern.

Eine günstigere internationale Atmosphäre in der Kriegsschuldfrage wird das deutsche Volk erst dann erlangen, wenn seine Regierungen entschieden und unzweideutig von Wilhelms Politik von 1914 abrückten. Das ist es, was einer deutschen Regierung der Republik obliegt, die auf die Kriegsschuld zu sprechen kommt, und nicht ein Protest gegen den Artikel 231 des Versailler Vertrages.

Das bedeutet aber entschiedenen Kampf gegen die Deutschnationalen. Sie sind die eigentlichen Schuldigen am Weltkrieg, so weit die deutsche Politik für seinen Ausbruch verantwortlich ist. Die Beherrschung des deutschen Volkes durch diese engstirnigen brutalen Junker, die von der Welt nichts kennen als ihre ostelbischen Jagdreviere und glauben, jedes Problem lasse sich mit einem Faustschlag lösen, ist seit einem Jahrhundert das Verhängnis des deutschen Volkes und der Welt, in der es eine so hervorragende Rolle spielt.

Ihre Herrschaft in Deutschland war eine Gefahr für ganz Europa, solange das Reich den stärksten Militärstaat bildete. Heute, wo es militärisch völlig ohnmächtig ist, bildet das Ueberwiegen ihrer Denkweise die größte Gefahr für das deutsche Volk selbst. Aber es scheint, daß die bürgerlichen Parteien Deutschlands, auch wenn sie die Gefahr erkennen, nicht die Kraft besitzen, mit ihr fertig zu werden. Die Deutschnationalen haben zu lange Deutschland regiert, als daß sie nicht jeder der bürgerlichen Parteien etwas infiziert hätten, die unter dem Kaiserreich gestrebt hatten, an die Regierung zu kommen.

Die Sozialdemokratie allein dürfte die Kraft besitzen, die Deutschnationalen in die Enge zu treiben, sie zur Bedeutungslosigkeit zu verurteilen und damit der Kriegsschuldfrage die beste Lösung zu geben: die, ihr alle praktische Bedeutung zu nehmen und sie zu einem bloßen Problem für Historiker zu machen.

Das deutsche Wesen, es kann nur am Siege der Sozialdemokratie genesen.

18. XI. 1924

Poincarés Journal am Krieg.

Paris, 17. November.

„Deuire“ veröffentlicht heute wieder Aufzeichnungen des ehemaligen französischen Botschafters in Petersburg, Louis, aus den Publikationen, die die „Revue d'Europe“ demnächst herausgeben wird. Die erste Veröffentlichung ist vom 24. Dezember 1914. Aus ihr geht hervor, daß im April 1913 Zswolsky in Petersburg schlecht angefahren war und daß man über seine Abberufung diskutierten, daß sich aber Delcassé in Petersburg und Poincaré in Paris dafür einsetzten, daß er Botschafter bleibe. Poincaré habe dies geraten und Zswolsky habe Poincaré dafür seine sämtlichen Aktionsmittel zur Verfügung gestellt.

„Die Vereinigung dieser beiden Länder hat uns dahin geführt,“ sagte den Notizen Louis' zufolge Gerard, „wohin wir gekommen sind.“

Louis erwiderte: „Haben Sie im englischen Weißbuch die Depesche von Buchanan gelesen, in der der Aufreizter Paléologue genannt ist?“ Auf Gerards bejahende Antwort fragte Louis weiter: „Und haben Sie bemerkt, daß man das in unserem Weißbuch bestritten

hat,“ worauf Gerard entgegnete: „Zawohl!“ Die zweite Veröffentlichung, ein Brief vom 23. Oktober 1919, gibt ein Urteil über Zswolsky von dem damaligen englischen Botschafter in Petersburg Sir Albert Nicholson: Zswolsky tat mir etwas vollkommenes, mit der einzigen bekannten Ausnahme der Bestätigung, daß die vom deutschen Botschafter in der serbischen Affäre unternommene Demarche einen bedrohlichen Charakter gehabt habe.

Eine Erwiderung Poincarés.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Paris, 17. November.

Die Veröffentlichung der Tagebuchnotizen des einstigen Botschafters in Petersburg, Louis, durch den „Deuire“ hat im nationalistischen Lager die Wirkung einer Bombe gehabt, obgleich diese Veröffentlichung seit Monaten angekündigt war. Die Besitzer des Tagebuches haben allem Anschein nach aus patriotischen Gründen mit der Veröffentlichung gewartet, bis Poincaré zurückgetreten war. Der Inhalt des Tagebuches, soweit man ihn nach den bis jetzt veröffentlichten Proben beurteilen kann, hat die schlimmsten Erwartungen der Nationalisten übertroffen.

Die Agence Havas veröffentlicht ein längeres Schreiben, das Poincaré an die Direktoren der Agentur gerichtet hat. Poincaré erklärt, er wisse nicht, ob die unter dem Namen „Georges Louis“ veröffentlichten, in der deutschen Presse bereits seit einiger Zeit angekündigten Notizen einem authentischen oder einem apokryphen Manuskript entnommen seien, sie enthielten jedoch ebenso viel Unwahrscheinlichkeiten als sachliche Unrichtigkeiten. Die nachfolgenden Aussagen, sagt Poincaré, beweisen, daß sie keinen Glauben verdienen. Jules Cambon schreibt, die ihm und seinem Bruder zugeschriebenen Äußerungen, betreffend Poincaré, seien offenkundig unrichtig. Er bedauere, daß sein verstorbener Bruder dies nicht bezeugen könne, erkläre jedoch, daß er und sein Bruder nach ihren besten Kräften mit Poincaré daran gearbeitet haben, die drohende Kriegsgefahr zu beseitigen, denn sie seien sich der Unmöglichkeit bewußt gewesen, der französischen Regierung die geringste Verantwortlichkeit für die Ereignisse des Jahres 1914 zuzuschreiben. Dreeschner, gegenwärtig Botschafter in Washington und Kabinettschef im Auswärtigen Amt unter Poincaré im Jahre 1912, erklärt die Äußerungen George Louis für absurd und unglaubwürdig. Er sendet Poincaré ein Schreiben, in dem er betont,

daß letzterer als Außenminister im Jahre 1912 keinerlei Subvention oder Geldunterstützung an irgendein Mitglied der Presse gewährt habe. Die geheimen Kredite und Fonds, die damals nur eine Million betrugten, hätten die Ausgaben für die ganze Propagandatätigkeit decken müssen. Der Rest des Dispositionsfonds des Ministeriums des Äußern sei außerordentlich beschränkt gewesen und habe es dem Minister, selbst wenn er gewollt hätte, nicht gestattet, davon in nützlicher Weise den Gebrauch zu machen, den die Verfasser der Dokumente Georges Louis' Poincaré zuschreiben. Dreeschner fügt hinzu, eines der Hauptmotive der Reise Poincarés nach Petersburg im Jahre 1912 sei die Sorge gewesen, gewisse Mißverständnisse aufzuklären, die damals zwischen den beiden Regierungen bestanden und die zum großen Teil der Rolle Sazonows in Paris und dem Mangel an einer Verbindung Louis' mit Sazonow zugeschrieben wurden.

Stephan Bichon schreibt an Poincaré, die ihm von George Louis zugeschriebenen Äußerungen seien absolut unwahrscheinlich, und betont, er habe niemals an Dinge gedacht, die so der Wahrheit und den Gefühlen widersprächen, die er stets für Poincaré gehegt habe. Die gleichen Gefühle hege er auch für Delcassé und Paléologue. Er betont, Poincaré habe in allen von ihm behandelten Stellungen stets für die Aufrechterhaltung des Friedens gearbeitet. Als er sein Außenminister war, habe es niemals eine Unstimmigkeit zwischen ihm und Poincaré gegeben. Er gestehe zu, bedauere zu haben, daß Clemenceau nicht früher zur Leitung der Politik während des Krieges berufen worden sei, aber er könne sich nicht den Feinden Frankreichs hegeben, die den Frieden zu sabotieren versuchten, nachdem sie den Krieg mit Vorbedacht hervorgerufen hätten. Es handle sich um jämmerliche Erfindungen und Fälschungen.

Nach der Veröffentlichung der obgenannten Schreiben, bemerkt Poincaré, werde ich gegenwärtig es dabei bewenden lassen. Ich werde aber Gelegenheit haben, auf die Ereignisse des Jahres 1912 und der folgenden Jahre zurückzukommen. Es werden noch andere Briefe die obigen Berichtigungen verstärken und die ununterbrochenen Bemühungen, die alle Kabinette der Republik im Interesse des Friedens entfaltet haben, ins helle Licht setzen.

Das radikale Organ „Paris Soir“ erinnert daran, daß Bichon sich wegen eines mit Gehirnschwind verbundenen Gehirnleidens seinerzeit aus dem politischen Leben zurückziehen mußte. Der frühere Botschafter in Petersburg, Paléologue, richtet einen Brief an die Abendblätter, in welchem er versichert, er für seinen Teil habe immer für den Frieden gearbeitet, was unter anderen auch Poincaré bezeugen könne. Paléologue will übrigens, ebenso wie Poincaré, glaubhaft machen, daß die veröffentlichten Aufzeichnungen gar nicht von Louis herrühren. Am L'Union ist über die Angelegenheit noch keine Mitteilung gemacht worden.

NEUE FREIE PRESSE

Nr.: 21630

TAG: 30. XI. 1924

94. 53 WELTKRIEG I
HERZ Friedrich
FELBRÜCH, Haus

Antwort an Herrn Friedrich Herz.

Von Hans Delbrück.

Berlin, 27. November.

Obgleich die Redaktion der „Neuen Freien Presse“ bereits selber ihren Vorbehalt zu den Artikeln von Friedrich Herz gegen mich (12. und 26. Oktober) gemacht hat, so muß ich mich doch auch noch selber direkt gegen die ungeheuerlichen Entstellungen meiner Ansicht in den Herzschen Artikeln verwahren.

1. Es ist mir nicht eingefallen, zu verlangen, daß die Serben schlechthin auf ihre nationalen Ideale verzichten sollten. Ich habe nur gesagt, daß Oesterreich nicht dulden dürfte, daß dieses Ideal im Gegensatz zu Oesterreich, daß heißt mit dem Ziel der Zertrümmerung Oesterreichs, angestrebt wurde; es hätte ja auch im Anschluß an Oesterreich verfolgt werden können.

2. Es ist durchaus unrichtig, daß ich die Weltlage vor dem Kriege ganz anders angesehen habe als heute, denn ich habe zwar immer vor dem Kriegsausbruch der Alldeutschen gewornt, aber auch immer ebenso bestimmt behauptet, daß der Ausbruch des Krieges mit diesem alldeutschen Treiben nichts zu tun hatte.

3. Daß gerade Anfang 1914 eine Entspannung der internationalen Lage eingetreten war, ist auch meine Auffassung. Aber eben deshalb, habe ich immer zugefügt, haben wahrscheinlich die panslawistischen und serbischen Fanatiker die Krisis provoziert.

4. Daß der Fehler Deutschlands in dem Bau der Kriegsmarine bestand, ist von mir von je, sogar schon vor dem Kriege, ausgesprochen worden. Wie kann Herr Herz, der doch meine Schriften ziemlich genau zu kennen scheint, gegen mich den Vorwurf erheben, daß ich Deutschland von diesem Fehler vermahnen wolle?

5. Herr Herz läßt mich sagen, Deutschland und Oesterreich seien am Weltkrieg nicht etwa bloß minder schuldig als andere Mächte, sondern „schlechthin unschuldig“. Das ist eine Entstellung, wie sie größer gar nicht gedacht werden kann. Ich habe nicht gesagt „schlechthin unschuldig“, sondern „schlechthin unschuldig hinsichtlich der Versailler Anklage, daß wir den Weltkrieg mit Vorbedacht und Absicht entfesselt hätten, um eine Welt hegemonie zu erwerben“. Herr Herz ist darin ganz derselben Ansicht wie ich, nimmt aber die Miene an, als ob die Formulierung der Anklage, die zur Freisprechung der Centralmächte führen muß, von mir stamme und ich mir auf diese Weise leichte Arbeit gemacht hätte. Wie

ist es möglich, daß jemand, der sich mit der Kriegsschuldfrage beschäftigt, so sehr das Wesen des Problems verkennt? Die Kriegsschuldfrage ist die Anklage, die in dem Ultimatum vom 16. Juni 1919 amtlich von den alliierten und associierten Mächten gegen Deutschland erhoben worden ist, und über die Berechtigung dieser Anklage gilt es, eine Entscheidung zu treffen. Wer dazwischen mit irgendwelchen anderen Formulierungen kommt, der verdunkelt das moralische Problem, mit dem das Weltgewissen sich heute auseinanderzusetzen hat. Ich freue mich, daß Herr Herz in der absoluten Verneinung dieser Anklage mit mir einig ist. Wenn er sich aber der Vorstellung hingibt, als ob auf diese Feststellung nicht so sehr viel ankäme, so befindet er sich in einem fundamentalen Irrtum. Noch beiehem der größte Teil der öffentlichen Meinung in der Welt glaubt an diese Anklage, und wie soll es möglich sein, daß die Welt sich mit Deutschland versöhnt, die sie sich nicht von der Grundlosigkeit dieser Anklage überzeugt hat? Wie kann Deutschland in den Völkerbund eintreten, solange die amtlich erhobene Beschuldigung, daß Deutschland „das größte Verbrechen der Weltgeschichte“ begangen habe, nicht zurückgenommen ist? Herr Herz hat dem Völkerfrieden, für den er doch arbeiten will, wahrlich einen schlechten Dienst erwiesen, indem er der klaren Fragestellung, wie sie uns das Versailler Ultimatum besichert hat, ausweicht und verdunkelt, was erhellt werden mußte. Sehr schön, wenn er sagt, man könne die frühere deutsche Regierung gegen den Vorwurf, den Weltkrieg von langer Hand geplant zu haben, verteidigen; aber wenn er hinzufügt, daß man dann nicht in den Fehler verfallen dürfe, auf der anderen Seite eine Kriegsschwörung zu wittern, so frage ich: wo bleibt die Logik? Wenn der eine Beschuldigte das Verbrechen nicht begangen hat, kann es nicht darum ein anderer gewesen sein? Es sind doch nun einmal zum wenigsten überaus starke Indizien, nach meiner Meinung sogar vollgültige Beweise dafür vorhanden, daß es so ist. Ich empfehle Herrn Herz, die neueste Veröffentlichung, die soeben erschienene Ausgabe des diplomatischen Schriftenswechsels Nawolinskis von

1911 bis 1914, herausgegeben von Legationsrat Friedrich Stieve, zu studieren, oder eines der neueren Werke der Franzosen Demartial „La guerre de 1914“, oder Morhardt „Les Preuves“ oder Fabre-Luce „La Victoire“.